

Marcus Havel
Stefan Kalmring (Hrsg.)

Wie lernt das linke Mosaik?



Die plurale Linke
in Bewegung

Marcus Havel / Stefan Kalmring (Hrsg.)
Wie lernt das linke Mosaik?

Marcus Hawel / Stefan Kalmring (Hrsg.)

Wie lernt das linke Mosaik?

Die plurale Linke in Bewegung

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-Non-Commercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2016, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Umschlagfoto: madochab / photocase.de
Druck- und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH
ISBN 978-3-89965-647-3

Inhalt

Marcus Hawel / Stefan Kalmring

Einleitung 7

1. Die Entstehung des linken Mosaiks als Lernprozess

Stefan Kalmring

Organisierungsprozesse auf des Messers Schneide 16

Die Ausbildung eines linken Mosaiks als strategisches Projekt
pluraler Selbstermächtigung

Marcus Hawel

Freie Radikale und Organische Intellektuelle im linken Mosaik 40

Überlegungen zu den Voraussetzungen kollektiver
Handlungsfähigkeit und die katalytische Kraft der Spontaneität

2. Gegenhegemonie ohne Autorität und Zentrum – Suchbewegungen

Hanna Meißner

**Konstitutive Abhängigkeit, geteilte Verhinderungen
und unhintergehbare Vielfalt** 64

Probleme und Bedingungen kollektiver Handlungsfähigkeit

Rahel Sophia Süß

**Hegemonie und kollektive Handlungsfähigkeit
in der Vielfalt gesellschaftlicher Widersprüche** 77

Über die Schwierigkeit eines linken Mosaikprojekts

Marcus Hawel

Vom Proletariat zum Mosaik 91

Zur Rekonstruktion verloren gegangener Handlungsfähigkeit

Michael Vester

Pluralisierung und Konfliktlinien in der Klassengesellschaft 120

Die Wiederentdeckung der Differenzierungen der alten
und der neuen sozialen Bewegungen und Milieus

Jan Schlemmermeyer	
Komplexes Mosaik	157
Ansätze linker Bündnispolitik im neoliberalen Kapitalismus und das Problem gesellschaftlicher Differenzierung	
Philippe Kellermann	
Zur Organisationsdebatte im klassischen Anarchismus	179
Peter Hudis	
Über die Notwendigkeit einer Vermittlung von Zielen und Wegen sozialistischer Politik	196
3. Hybride Lernräume – Keimformen einer verändernden Praxis?	
Gregor Kritidis	
Quadratur des Kreises	212
Die Linke und das Regime der Troika in Griechenland	
Amir Taha	
Die Tahrir-Assemblage von 2011	235
Lernprozesse des »Arabischen Frühlings« während und nach der Revolution in Ägypten	
Martina Blank	
Mosaik im Stadtviertel?	250
Soziale Bewegungsräume im Großraum Buenos Aires	
Stefanie Kron	
Lernen neu lernen?	267
Wie unterschiedliche Akteur_innen in der Sozialforenbewegung Entscheidungen finden	
Ronald Höhner	
Politik als Veränderungsprojekt	275
Über kollaboratives Lernen und die Herausbildung eines linken Mosaiks als Beitrag politischer Weiterbildung	
Autorinnen und Autoren	291

Einleitung

Die Entstehung des linken Mosaiks als plebejischer Lernprozess zwischen Zementierung und »offenem Kunstwerk«

Der Gewerkschafter Hans-Jürgen Urban hat 2009 mit der Metapher des »linken Mosaiks« (Urban 2009) eine großkollektive Subjektkonstruktion ins Gespräch gebracht, die kollektive Handlungsfähigkeit der pluralen Linken erleichtern soll. Sie ist eine Antwort auf die komplexen Differenzierungen, Individualisierungen und Flexibilisierungen unter dem marktradikalen Kapitalismus.

Das Mosaik weist einen relativ geringen Abstraktions- und – damit einhergehend – einen höheren Strukturierungsgrad auf. Die strukturellen Ordnungskriterien sind relativ gering, um keine zentralistischen oder traditionell autoritären Konzepte zu rekonstruieren. Dies ist von großer Notwendigkeit, denn das Mosaik muss, um wirkmächtig sein zu können, auf die Pluralität der Linken ausgerichtet sein. Pluralität darf jedoch nicht mit postmoderner Beliebigkeit oder Kontingenz verwechselt werden. Die Begrifflichkeit des linken Mosaiks weicht insofern von dem Konzept traditioneller Bewegungen ab.

Kollektive Handlungsfähigkeit ist stets zugleich auf Quantität und Qualität verwiesen. Die Wirkmacht einer sozialen Bewegung zeichnet sich üblicherweise durch Größe und Programm aus. Je allgemeiner das Programm, desto größer kann eine Bewegung als Einheit werden, und je allgemeiner eine Bewegung Zulauf erhält, desto unentschiedener und vielgestalteter muss eine Programmatik sein. Bewegungen sind also darum bemüht, sich nicht nur zu vergrößern, sondern auch ihr politisches Profil, gleichsam ihren identifikatorischen Kern zu bewahren; sie bewegen sich im Spannungsfeld zwischen Verallgemeinerung (Inklusion, Identitätserweiterung) und Distinktion (Exklusion, Identitätspolitik), deren Pole in der Regel kontrafaktisch und arbeitsteilig von gemäßigeren und radikaleren Gruppen oder Friktionen eingenommen werden, die zueinander in Zusammenhang stehen. Heterogene Singularitäten wie in einer *non-movement*-Bewegung (vgl. Bayat 2010) ergeben jeenfalls noch kein handlungsfähiges Mosaik. Dieses ist auch nicht mit einem »kontingenten Ensemble von Praktiken« (Deleuze/Guattari 1987: 504f.), welches eine *Assemblage* beschreibt, identisch. Für den Zusammenhalt eines linken Mosaiks bedarf es vor allem einer gemeinsam geteilten Program-

matik oder Weltanschauung, an der sich das kollektive Handeln allgemein orientiert.

Das linke Mosaik, wie es Urban ins Gespräch gebracht hat, ist plural strukturiert, aber im Vergleich zur *Assemblage* oder einer *Multitude* (vgl. Negri/Hardt 2004) weist es deutlich mehr innere Homogenität auf und ist organisatorisch deutlicher angeordnet.

Das *Mosaik* soll handeln, ohne in Beliebigkeit zu versinken oder einem Dirigismus zu verfallen. Allerdings kann eine Homogenisierung des Handelns, wie es zu Zeiten der traditionellen Arbeiter_innenbewegung noch möglich schien, nur noch bedingt aus den ökonomischen und politischen Interessen der Gesellschaft rekonstruiert werden. In post- oder spätmodernen Zeiten überlagern die Mentalitäten oft die Interessen. Die Gleichheit der Interessen findet in der Regel jedenfalls nicht mehr automatisch zueinander, wenn Mentalität und Herkunftsmilieu verschieden sind. Es kommt zu einer Entsolidarisierung trotz gleicher Klassenzugehörigkeit – oder zu einer Solidarisierung trotz ungleicher Klassenzugehörigkeit.¹ Identitätspolitik entzweit die Solidarität der Subalternen. Daher besteht der Zweck des linken Mosaiks in der Rekonstruktion von kollektiver Handlungsfähigkeit auf Basis der Pluralität *zugleich* von Interessen, Mentalitäten und Herkunftsmilieus der verschiedenen Akteur_innen aus der Zivilgesellschaft. Nicht nur Organisationen haben mithin unterschiedliche Handlungslogiken, sondern auch die unterschiedlichen Mentalitätstypen aus verschiedenen Herkunftsmilieus agieren nach diversen »Mentalitätslogiken«. Das zielt auf die Mikrophysik des *linken Mosaiks*. Der Blick auf die Akteur_innen muss so differenziert sein, dass er deren unterschiedlichen Lebensbedingungen und Motive berücksichtigen kann, die ganz verschiedenen Logiken folgen, um sich dem »verrechtlichten Zustand der Enteignung« (Butler/Spivak 2007: 31) zu entziehen: »Wir brauchen ein komplexeres Verständnis der Vielgestaltigkeit und der Taktiken der Macht, um jene Formen von Widerstand, Aktion und Gegenmobilisierung zu erfassen, welche sich der staatlichen Macht entziehen oder sie blockieren.« (ebenda)

Allerdings ist am Begriff des linken Mosaiks ein Konstruktionsfehler zu erkennen, der gleich am Anfang von seinem Schöpfer gemacht wurde: Das Mosaik soll lediglich eine »Metapher der politischen Rhetorik« (vgl. Urban 2012: 172) sein, womit verloren gegangene Handlungsfähigkeit zu kompensieren versucht wird. Solche Rhetorik kann sich des Verdachtes nicht erwehren, sie zielt auf ein taktisches und instrumentelles Verhält-

¹ Siehe den Beitrag von Michael Vester in diesem Band.

nis zu den Akteur_innen. Es handelt sich offenbar um eine Abstraktion, die sich in der außerbegrifflichen Wirklichkeit gar nicht empirisch konkretisieren möchte. Aber Abstraktionen in der Wirklichkeit geltend zu machen, verändert nicht die Wirklichkeit, sondern zerstört sie (Georg Wilhelm Friedrich Hegel).

Die von Urban verwendete Metapher des Mosaiks ist nicht nur auf Zustimmung gestoßen, sondern auch deutlich kritisiert worden. (vgl. z.B. Neupert 2013) Die Kritik zielt nicht nur auf die Anlage des von Urban Gemeinten, sondern auch auf das Bild vom Mosaik selbst.

Eine Analogie und ihre Schwächen

Die Mosaik-Metapher weckt gewisse Assoziationen, die durchaus problematisch sind. Die einzelnen Mosaik-Steinchen erscheinen in der Metapher als etwas fest Geprägtes (vgl. Redaktion LUXEMBURG 2010), obwohl sich die linken Teilakteure auch selbst verändern müssten, wenn sie mosaikfähig werden sollen. (vgl. Candeias/Völpel 2014) Wo mehr als nur eine instrumentelle Bündnispolitik mit anlassbezogenem Charakter entstehen soll, müssen die selbstbezogenen Organisations- und Politikmuster aufgebrochen werden, die ein systematisches Zusammenspiel der Praktiken der linken Teilakteure behindern. Die Frage nach der elastischen, wenn nicht sogar dynamischen Verbindungsmasse, welche die einzelnen Steinchen miteinander zu einem gemeinsamen Ganzen zusammenfügen soll, ohne sie starr und statisch einzubetonieren, bleibt in der Analogie vom Mosaik ebenso unbeantwortet, wie sie in problematischer Weise zudem suggeriert, dass es eine Art Schöpfer oder Baumeister geben müsse, der die Steinchen planvoll zu einem Bild zusammenlegt und unter der Vorgabe des emanzipatorischen Zwecks mit Richtschnur, Senkblei und Winkelmaß für die Bodenständigkeit, Symmetrie und Präzision des Mosaiks, gleichsam für dessen Bildhaftigkeit und Handlungsfähigkeit sorgt.

Ein Mosaik entsteht auf diese Weise dann aber weder ergebnisoffen noch experimentell in einem gemeinsamen Lernprozess seiner Teile, sondern es würde wie ein Puzzle nach einem vorgegebenen äußerlichen Plan ineinandergefügt. Der Baumeister besitzt entsprechend jene Außenperspektive des im Plan enthaltenen Ganzen und wäre gleichsam, wie in der Hegelschen Philosophie lediglich eine Marionette des Weltgeistes, der über einen besonderen Überblick verfügt und den Einzelteilen einen Sinn im Ganzen zuweist. Bei der Herstellung des Mosaiks gäbe es dann also eine

klare Subjekt-Objekt-Scheidung. Der Baumeister will sich selbst, seine Vorstellungen und Zwecke durch die Schaffung des Mosaiks vergegenständlichen; er weiß, welches Material er für sein Kunstwerk zur Verfügung hat und spielt verschiedene mögliche Alternativen für sein Mosaik im Kopf durch. Danach fügt er zweckhaft die Einzelteile zusammen.

Was die Metapher in besonderer Weise problematisch macht, ist ihr autoritär-objektivistischer Überhang. Dieser gewinnt einen anmaßenden Charakter, wenn er praktisch-politisch wird und das Mosaik von außen oder im Sinne eines besonders machtvollen Akteurs innerhalb des Mosaiks zu organisieren beginnt. Sie legt aber auch eine Form von Wissensproduktion nahe, die den distanziert-diagnostischen Blick bürgerlicher Sozialwissenschaften oder des orthodoxen Marxismus kopiert. Wird den Suggestionen der Metapher Folge geleistet, dann wird es unter der Einnahme einer Vogelperspektive gedacht und konstruiert. Damit wird die Produktion von gesellschaftskritischer Erkenntnis auch nicht auf etwas zielen, das Joachim Hirsch einmal als »plebejisches Wissen« (Hirsch 1986: 141) bezeichnet hat. Dieses würde auf der notwendigen Selbstaufklärung sozialer Bewegungen über sich selbst, über ihre eigenen Antriebe, Möglichkeiten und über die Grenzen und Hindernisse der Verwirklichung ihrer Forderungen mittels einer kritischen Theorie der Gesellschaft beruhen (vgl. Márkus 1980). Es wäre »praktisches Wissen der Handelnden von und über sich selbst« (Hirsch 1986: 138). Es wäre damit kein Wissen, dass die eigensinnig handelnden, denkenden und rebellierenden Subjekte »von außen« betrachtet und über begriffliche und statistische Mittel einen Zugriff auf sie ermöglicht.

Wir haben es mit einer klaren Linie im Sand zu tun, die zwei Formen von Wissensproduktion auseinanderdividiert. Bei der Herstellung von plebejischem Wissen erfolgt die emanzipatorisch unabdingbare »Selbstverständigung (kritische Philosophie) der Zeit über ihre Kämpfe und Wünsche« (MEW 1: 346) von unten und durch die linken Teilakteure selbst. Es wird relevantes soziales Bewegungswissen innerhalb und durch die Bewegungen selbst gewonnen, indem sich Wissenschaft, Theorie und Intellektualität durch die Bewegungen angeeignet wird. (vgl. Hawel/Kalmring 2014) Auf der anderen Seite der Linie wird »Wissen über gesellschaftliche Individuen« (Hirsch 1986: 138) und linke Akteure ausgebildet. Die Gefahr eines potenziell verfügbaren Zugriffs auf die linken Teilakteure ist bei einer solchen Wissensform nicht zu leugnen. (vgl. Kalmring 2012)

Gleichzeitig bringt es eine derart erzeugte Form von Wissen mit sich, dass es wahrscheinlich nicht – oder nur am Rande – von den linken Teilak-

teuren angenommen wird. Geschieht dies, würde der Mosaik-Diskurs genau jenen gegenhegemonialen und einbindenden Zielsetzungen widerstreben, denen er zuarbeiten will. Entsprechende Befürchtungen werden durch die gegenwärtig begrenzte Verbreitung der Mosaik-Debatte bestätigt. Sie konzentriert sich bisher auf bestimmte universitäre Zirkel, sowie Partei- und Gewerkschaftszentralen. Jenseits ihrer Führungskader, findet eine aktive Aneignung der Kontroversen durch linke Parteien, Gewerkschaften, NGOs, radikale Linke oder soziale Bewegungen kaum statt. Der Mosaik-Diskurs neigt dazu, sich methodisch und begrifflich von möglichen Veränderungssubjekten abzusondern, indem er die Form bürgerlicher Wissenschaft übernimmt. Er wiederholt den Fehler anderer linker Diskurse, indem er sich kaum noch »nach unten, zu den wirklichen Erfahrungen der Menschen hin« (Negt/Kluge 1972: 16) öffnet.

Sondert sich die Mosaik-Debatte aber von den konkreten Erfahrungswelten der Subalternen im Allgemeinen, wie von den bereits organisierten Veränderungsakteuren im Besonderen ab, dann wird sie auch den subalternen Akteuren selbst nicht wirksam helfen können, das Gelände zu gestalten, »auf dem Menschen in Bewegung geraten, Bewusstsein ihrer Lage erlangen, kämpfen usw.« (Gramsci 1983: 95). Sie wird kaum gegenhegemoniale Wirksamkeit entfalten und auf Funktionsebenen begrenzt bleiben. Perspektivisch würde die Debatte jedoch einerseits eine Form benötigen, die sich mit Vorstellungswelten der Subalternen verbinden kann. Andererseits müsste sie ein mehr oder weniger treffender Ausdruck der konkreten Situationen der Subalternen sein, um von ihnen wirklich aufgenommen zu werden. Sie müsste Reflexionsmöglichkeiten der spezifischen Lage von Subalternen bereitstellen und Hebel zur Verbesserung ihrer Lebenssituation durch sie selbst diskutierbar machen.

Nach marxistischer Auffassung liegt die mögliche Wahrheit bestimmter Ideensysteme, von besonderen Theoriekonzepten oder auch von Kunst und Kultur, niemals darin, eherne Prinzipien aufzudecken oder zu transportieren, sondern darin, dass sie die besondere historische Situation aus dem Blickwinkel bestimmter sozialer Gruppen klar zum Ausdruck bringt und sie in ihrer gesamten Widersprüchlichkeit erfahrbar und insbesondere veränderbar macht. (vgl. Eagleton 1976) Sämtliche Debatten über die Konstitution einer pluralen Linken im neoliberal-globalisierten Kapitalismus werden sich an diesem Maßstab messen lassen müssen. Ein verfestigter Zustand ihrer Trennung von den subalternen Akteuren, wie er zurzeit die Mosaik-Debatte kennzeichnet, genügt diesem bisher nicht.

Eine Analogie und ihre Stärken

Die Mosaik-Metapher ist somit problematisch. Unzweifelhaft kann sie nur ein Platzhalter für eine Begrifflichkeit sein, die noch zu finden ist. Ungeachtet ihrer Mängel, verfügt sie jedoch auch über eigene Stärken. Diese lassen es wiederum nicht ratsam erscheinen, bei einer kritischen Auseinandersetzung das Kind mit dem Bade auszuschütten. Aber die Mosaik-Analogie schweigt sich punktuell aus, da sie zum Beispiel den Kitt zwischen den Steinchen nicht wirklich benennen kann, der das Mosaik zusammenhalten soll. Zudem suggeriert sie ein Verständnis von sozialen Veränderungen, das autoritär ist und mit einer Selbstermächtigung subalternen Gruppen wenig zu tun hat – möglicherweise gegen Urbans eigene Absicht.

Die Vorstellung eines Mosaiks hat durchaus statische Implikationen, da sich ein Mosaik, das einmal gesetzt ist, nicht mehr verändern kann. Es müsste zerstört werden, bevor seine Einzelteile neu zusammengesetzt werden können. Die Metapher spart schließlich auch Formfragen des Politischen systematisch aus, da auch die Organisierungsprinzipien und Politikmuster der linken Teilakteure als gegeben vorausgesetzt werden.

Dennoch schafft es die Metapher unseren Blick auf Zentrales zu fokussieren. Sie lenkt unsere Aufmerksamkeit erfolgreich auf die Notwendigkeit einer Erforschung der konkreten Verwirklichungsbedingungen für die Reorganisation einer pluralen Linken. Die Suche nach Alternativbegriffen und –diskursen wird sich daran zu messen haben, ob sie in ähnlicher Weise, die Frage nach den möglichen Konstitutionsbedingungen eines verbindenden Projekts der heterogen gefassten Linken auf die Tagesordnung zu setzen vermag. Denn von selbst oder mit einfachen Mitteln wird ein solches nicht realisiert.

Weder kann davon ausgegangen werden, dass im Geschichtsprozess hegelianisch-naturwüchsige Kräfte walten, die im sozialen und politischen Prozess mehr oder weniger automatisch eine Mosaik-Linke *an sich* zu einer Mosaik-Linken *für sich* entwickeln werden. Entsprechende Vorstellungen bezüglich des Proletariats gingen bereits in der alten Arbeiter_innenbewegung theoretisch und politisch fehl. (vgl. Hall 1989) Noch kann davon ausgegangen werden, dass ein linkes Mosaik schon dann entstehen wird, wenn die Vorzüge eines Zusammenspiels der einzelnen Mosaiksteinchen ausreichend appellativ herausgestrichen werden.

Rationale Vorteilsabwägungen der beteiligten Organisationsträger_innen sind ungenügend, um ein entsprechendes Projekt zu bilden. Die Mosaik-Akteure benötigen vor allem gemeinsame Erfahrungen und auch eine Sprache, die spektrenübergreifend verstanden wird. Sie müssen aufeinander

der zugehen, sich selbst verändern und sich für wechselseitige Lernprozesse öffnen. (vgl. Candeias/Völpel 2014) Dafür braucht es Räume, Anlässe und Orte, die aber nicht von selbst entstehen. Sie benötigen schließlich auch die Strahlkraft eines gemeinsamen Projekts, das in der Lage ist, große gegenhegemoniale und verknüpfende Energien freizusetzen.

Durch ein entsprechendes Projekt müsste sich ein gemeinsames Fundament ausbilden, das Platz lässt für die weiter vorhandenen Gegensätze und Unterschiede, das Raum für verschiedene Themenschwerpunkte herstellt und ein Engagement auf diversen gesellschaftlichen und politischen Feldern ermöglicht. Es darf weder die linken Teilakteure von oben gewaltsam vereinheitlichen, so wie es in bestimmten Flügeln der alten Arbeiter_innenbewegung oftmals geschehen ist. Noch kann es sich vorbehaltlos der postmodernen Verherrlichung von Fragmentierung hingeben. Es muss eine komplexe Basis zimmern, die Unterschiedliches zu tragen vermag.

Wenn das Mosaik als multipluraler, kollektiver Akteur reale Wirkmacht erlangen soll, muss es aus der Abstraktion einer Metapher und Rhetorik befreit und für die einzelnen Akteur_innen und Akteursgruppen in konkrete Erfahrbarkeit, das heißt in gelebte Demokratie ohne oben und unten oder vorne und hinten überführt werden: in ein Mosaik als »offenes Kunstwerk« (Umberto Eco), das durch die rezipierenden Akteur_innen gemeinsam fortwährend weiterentwickelt wird. Hierzu bedarf es verschiedener Aushandlungsprozesse der einzelnen Akteur_innen untereinander und vor allem miteinander an ganz konkreten Themen und Konflikten.

Die politische Praxis der einzelnen Akteur_innen benötigt jedenfalls eine Metaebene, die der Selbstreflexion dient. Ist diese vorhanden, kann dem falschen Schein der Projektionen und Abstraktionen entgangen werden, der die Metapher des linken Mosaiks nahelegt. Dynamik, Homogenität und Pluralität, Verallgemeinerung und Distinktion, Repräsentation und Selbstermächtigung auszuloten, welche dem linken Mosaik zugleich die nötige Stabilität, Beständigkeit, Flexibilität, Beweglichkeit und Wirkmacht verleihen, um als großkollektives Subjekt emanzipatorisch von der Gegenwart ausgehend in die Zukunft hineinzuwirken.

Mit diesem Band folgen wir der Absicht, die Debatte dazu anzustoßen.

Marcus Hawel und Stefan Kaltring
Berlin, im Frühling 2016

Literatur

- Bayat, Asef (2010): How ordinary people change the Middle East, Stanford.
- Butler, Judith/Spivak, Gayatri Chakravorty (2007): Sprache, Politik, Zugehörigkeit, Zürich 2007.
- Candeias, Mario/Völpel, Eva (2014): Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise. Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland, Hamburg.
- Deleuze, Gilles/Guattari, Felix (1987): A Thousand Plateaus. Capitalism and Schizophrenia, Mineapolis 1987.
- Eagleton, Terry (1976): Marxism and Literary Criticism, Berkeley, Los Angeles.
- Gramsci, Antonio (1983): Marxismus und Kultur. Ideologie, Alltag, Literatur. Hrsg. und übersetzt von Sabine Kebir, Hamburg.
- Hall, Stuart (1989): Das »Politische« und das »Ökonomische« in der Marxschen Klassentheorie, in: ders.: Ideologie, Kultur, Rassismus. Ausgewählte Schriften, Bd. 1, Hamburg, S. 172-206.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio: Multitude. Krieg und Demokratie im Empire, Frankfurt am Main, New York 2004.
- Hawel, Marcus/Kalmring, Stefan (Hrsg.) (2014): Bildung mit links! Gesellschaftskritik und emanzipatorische Lernprozesse im flexibilisierten Kapitalismus, Hamburg.
- Hirsch, Joachim (1986): Der Sicherheitsstaat. Das Modell Deutschland, seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen. Frankfurt am Main.
- Kalmring, Stefan (2012): Die Lust zur Kritik. Ein Plädoyer für utopisches Denken, Berlin.
- Kluge, Alexander/Negt, Oskar (1972): Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt am Main.
- Márkus, György (1980): Four Forms of Critical Theory. Some Theses on Marx's Development, in: Thesis Eleven, Nr. 1, S. 78-94.
- Marx, Karl; Engels/Friedrich: Marx-Engels-Werke (zit. als MEW Band: Seite), Berlin.
- Neupert, Alexander (2013): Parteilichkeit und Aufklärung. Zur Kritik der Mosaik-Linken, in: Prokla 171.
- Redaktion LUXEMBURG (2010): Editorial. Für ein linkes Mosaik, in: LUXEMBURG. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, Heft 3.
- Urban, Hans-Jürgen (2009): Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 5, S. 71-78.
- Urban, Hans-Jürgen (2012): Mosaiklinke, in: Ulrich Brand, Bettina Lösch, Benjamin Opratko, Stefan Thimmel (Hrsg.): ABC der Alternativen 2.0. Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft, Hamburg, S. 172-173.

1. Die Entstehung des linken Mosaiks als Lernprozess

Stefan Kalmring

Organisierungsprozesse auf des Messers Schneide

Die Ausbildung eines linken Mosaiks als strategisches Projekt
pluraler Selbstermächtigung

Politische Herausforderungen in und nach der Eurokrise

Die politische Linke steht vor großen Herausforderungen angesichts einer handgreiflichen »Vielfachkrise des Kapitalismus« (Demirović 2013), die sich von der Wirtschafts- und Finanzkrise über die ökologische und soziale Krise bis zur Krise der Repräsentation erstreckt. Die Verwerfungen und Instabilitäten der marktradikalen Formierung des Kapitalismus sind nicht mehr zu leugnen. (vgl. Kalmring 2013) Nicht nur an den linken Rändern des politischen Spektrums wird zunehmend deutlich, dass der neoliberale Kapitalismus »weg muss – weil er die Menschen, die Gesellschaft, nicht zuletzt auch die Natur ruiniert« (Dörre/Lessenich/Rosa 2009: 232).

Das linke politische Feld sieht sich mit großen Aufgaben konfrontiert. Gut gerüstet scheint es dafür aber nicht zu sein. Die weitgehende Folgenlosigkeit der vielgestaltigen Proteste im Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 hat sichtbar gemacht, dass die sorgsam eingeübten Transformationsmodelle der verschiedenen linken Teilakteure offenkundig nur unzureichend greifen und überdacht werden sollten. Eine strategische Neuausrichtung sollte anstehen. (vgl. Seibert 2015) Weder haben die Demonstrationen und Platzbesetzungen von Millionen sozial Bewegter in ganz Europa zu einer substanziellen Abkehr von der Austeritätspolitik der Marktliberalen geführt, (vgl. Candeias/Völpel 2014) noch konnte die radikale Linke – wie von ihr selbst erhofft – von der Krise profitieren. Sie verharrt weiterhin isoliert und erstarrt in konsequent kritischer Pose.

Merkwürdig leise war es aber auch um die deutschen Gewerkschaften bestellt. Gestaltend konnten sie nicht in die Auseinandersetzungen eingreifen. Aber auch die parteiorganisierte Reformlinke hat sich in der *Bundesrepublik Deutschland* (BRD) nicht gerade als ein Mobilisierungskern eines anstehenden Wandels erwiesen. (vgl. Sablowski 2015) Man hat sich mit feuilletonistischen Analysen, mit kleinen Anfragen im Bun-

destag und Kommentierungen aus den Bundespartezentralen zufrieden gegeben. In Griechenland hat es das linke Reformbündnis *Synaspismos Rizospastikis Aristeras* (SYRIZA) immerhin bis auf die Regierungsbank geschafft. Allerdings auch hier mit ernüchternden Ergebnissen. Die konflikthaften Entwicklungen rund um die Reformbemühungen SYRIZAs haben erneut die Richtigkeit von Kurt Tucholskys Wendung unterstrichen, dass es einen Unterschied macht, ob man an der Macht ist oder bloß an der Regierung.¹

Somit täte eine kritische Bestandsaufnahme und eine Neuaufstellung linker Politik dringend Not. Sie sollte mit nüchternem Blick zu analysieren und – wenn notwendig – die Hebel einer Politik sozialer Transformation neu zu bestimmen bereit sein. Insbesondere sollte sie aber auch auf eine Bündelung von Kräften angelegt sein, die die vielgestaltigen Zersplitterungen innerhalb des linken Feldes überwindet. Die Erkenntnis, dass Befreiung nur in einem gleichberechtigten Zusammenspiel verschiedener Akteure und Bewegungen zu erstreiten sein wird, scheint zwingend. Nur wenn Ökologie-, Frauen- und Arbeiter_innenbewegung zusammenarbeiten, mit internationalistischen Solidaritätsgruppen kooperieren und substantziell die Forderungen einer »materialistischen Menschenrechtspolitik« (Narr/Vack 1983) einzubinden wissen, wird mittelfristig das »befremdliche Überleben des Neoliberalismus« (Crouch 2011) zu beenden sein. Nur so wird darüber hinaus auch längerfristig der »objektive Zwangscharakter der reproduktiven Gesellschaft« (Agnoli in Burgmer 2002: 11f) des Kapitalismus in Frage zu stellen sein.

Politische Schlagkraft und eine unausgeräumte Sehnsucht nach ideologischer, organisatorischer und sozialer Homogenität

Die Vorteile eines mehr oder weniger abgestimmten Zusammenspiels verschiedener linker Kräfte liegen auf der Hand. Ein Zusammenwirken linker Teilkkräfte würde die politische Schlagkraft einer Restlinken steigern, die unter den gegenwärtigen postkommunistischen Bedingungen jede Verbesserung ihrer Interventionsfähigkeit in politische Auseinandersetzungen dringend benötigen kann. Je stabiler die inhaltlichen und

¹ Vgl. den Beitrag von Gregor Kritisidis in diesem Band. Zu den Potenzialen und Grenzen linker Politik im Arabischen Frühling siehe den Beitrag von Amir Taha in diesem Band. Über die sozialen Bewegungen in der Argentinienkrise 2001 siehe den entsprechenden Artikel von Martina Blank.

organisatorischen Verknüpfungen einer Kooperation unter Linken wären, umso größer könnte die innere Kohärenz und Wirkkraft eines gegenhegemonialen Projektes sein. Dies gälte umso mehr, je stimmiger die verschiedenen Kämpfe und Einzeldiskurse im Sinne einer gemeinsamen Logik aufeinander bezogen werden würden. (vgl. Hall 1989b: 194) Stimmt die Einschätzung, dass es linker Politik zurzeit weniger an tragfähigen Konzepten fehlt als an einer realen Durchsetzungskraft ihrer gesellschaftspolitischen Vorstellungen,² dann liefert Kooperation einen wichtigen Hebel, um diesen Mangel wirksam zu überwinden.

Die politische Aufgabe einer Bündelung von linken Akteuren bringt jedoch auch Risiken mit sich. Diese liegen teilweise in einer nach wie vor in Teilen der Linken präsenten Sehnsucht nach »ideologische[r] Homogenität« (Wahl 2002: 16). Sie finden ihren Grund im Wunsch einer Nivellierung von Gegensätzen, die aus sozialer Differenz und verschiedenen Organisationsvorstellungen und Weltansichten resultieren oder unterschiedliche kulturelle Prägungen oder andere thematische Schwerpunkte zur Ursache haben können. Das Prinzip einer innerlinken Kooperation, das einen wechselseitigen Austausch auf Augenhöhe und einem messbaren Nutzen *sämtlicher* beteiligter Parteien zur Grundlage haben muss, droht unter bestimmten Bedingungen durch die Idee eines relativ homogenen Veränderungsakteurs mit möglichst großer politischer Schlagkraft ins Hintertreffen zu geraten. Die Vorstellung einer inneren Ordnung des eigenen politischen Lagers, einer vielleicht trennscharfen und gefestigten Struktur des linken Feldes oder einer eindeutig-prästabilen Repräsentationsbeziehung zwischen den subalternen Gruppen und den handelnden politischen Akteuren, wird mit der realen Pluralität in der linken Grundströmung kaum zusammenzubringen sein.

Den verschiedenen innerlinken Vereinheitlichungsbemühungen liegt meist die Absicht zu Grunde, politische Effizienz zu mehren. Diese wird als Voraussetzung der Erlangung von Macht begriffen – meist verstanden als ein »Gelingen zur Staatsmacht« (Kautsky 1972: 111). Die anvisierte Macht soll zur Durchsetzung linker Programmatiken dienen, wie sozialer Gleichheit, ökologischem Wandel oder eines demokratischen Sozialismus selbst. Politik wird von der Annahme einer streng-logischen Stufenfolge einer Gewinnung von Machtpositionen im Staat und nachfolgender gesellschaftlicher Veränderung getragen.

Als besonders prägendes Beispiel haben sich die mit dem Begriff der »Kautsky-Lenin-Linie« (Agnoli 2001: 264) beschriebenen sozialdemo-

² Vgl. dazu den Beitrag von Jan Schlemmermeyer in diesem Band.

kratischen und kommunistischen Teile der alten Arbeiter_innenbewegung zwar durch erhebliche Unterschiede untereinander ausgezeichnet; in dem eben beschriebenen Sinne haben sie aber ihre zentralen Grundvorstellungen von linker Politik allesamt aus der Logik des *bestehenden* politischen Systems hergeleitet. Systematisch trennt dieses die politischen Entscheidungen vom Alltagsleben breiter Bevölkerungsteile ab. (vgl. Quijano 1981) Das »Wollen« der politischen Basis und das »Handeln« (vgl. Offe 1980) politischer Eliten wird strukturell voneinander geschieden und kann nur über eine gedachte Repräsentationsbeziehung überbrückt werden.

Dieses Muster spiegelt sich unterschiedlich ausgeprägt wieder. Über den Modus der Machtgewinnung bestand zwischen den Flügeln keine Einigkeit. Die eine Seite wünscht sich einen (relativen) (inner-)parteilichen Pluralismus und will entweder den Sozialismus über den Wahlzettel einführen (vgl. Kautsky 2001) oder aber die bürgerliche Produktionsweise durch Reformen stufenweise zu zivilisieren helfen (vgl. Kremen-dahl 1978); die andere Seite hält eine von einer Kaderpartei getragene Revolution vonnöten. Rosa Luxemburg erkannte bei den einen, dass diese offenbar von den Vorstellungen einer »bürgerliche[n] Demokratie« (LGW 4: 362; Herv. i. O.) getragen werden, während die anderen bei ihrer Methodenwahl Affinitäten zu den Formen einer »bürgerlichen Diktatur« (ebd.; Herv. i. O.) aufweisen. Nach ihr haben beide eine genuin sozialistische Form von Emanzipation nicht gefunden.

Vorteile und Risiken einer Bündelung von Kräften. Das Beispiel der traditionellen Arbeiter_innenbewegung

Beide Flügel haben sich eine Elitenzirkulation in sozialistischer Absicht erhofft. (vgl. Agnoli 2001: 263) Der Klassenkampf erfordert eine basale Sammlung von Kräften, da politische Entscheidungen letztlich über Stärke erzwungen werden sollen. Ein »bürokratisches Organisationszentrum« (Vester 1973: 6) in Form einer Partei ist unverzichtbar. Bestrebungen einer autonomen Selbstorganisation der Arbeiter_innen werden mit Skepsis betrachtet (vgl. LW 5: 394 f.); man setzt auf »politische und ökonomische Einsicht und die Selbstbeherrschung der Bevölkerung« (Kautsky 1972: 64).

Andere Organisationsweisen (wie Gewerkschaften, Genossenschaften, Kultur- und Bildungsvereine usw.) gewinnen ihre Legitimität, wenn sie durch eine Partei miteinander verbunden werden und sie der

Hauptbezugspunkt ist. Das Primäre bleibt bei der Partei und der Fokus der politischen Bestrebungen liegt mit Selbstverständlichkeit auf dem Staat. (Vgl. LW 25: 416 f.) Getragen wird diese Politikform von einer moralisierenden Haltung, die das Leid und Elend ganzer Bevölkerungsteile legitimierend für das politische Handeln in Anspruch nimmt, meist zugespitzt in Form einer Prognose fortschreitender Verelendung. (vgl. kritisch: Wagner 1976: 236) Man vertritt eine Stellvertreter_innenideologie, die von einer weitgehend prästabilen Harmonie von politischen Eliten und der Arbeiter_innenklasse ausgeht. Diese beansprucht, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen zu fußen, über die sich Intellektuelle selbst über die objektiven Interessen der subalternen Arbeiter_innen aufgeklärt haben. Die Intellektuellen vergewissern sich über die Kerninteressen der Arbeiter_innenschaft, indem sie deren objektive Stellung in der kapitalistischen Produktionsweise in den Blick nehmen. (vgl. Hawel/Kalmring 2014)

Die aus der objektiven Position bestimmbaren Interessen sollen im Kern über einen größeren politischen Wirklichkeitsgehalt verfügen als die widersprüchlichen und uneinheitlichen Lernprozesse, die konkrete Arbeiter_innen in den eigenen politischen und sozialen Konflikten immer wieder neu durchlaufen, da sie sich nicht nur an der Oberfläche der Ereignisse bewegen sollen, sondern eine tiefere Bedeutung zu offenbaren scheinen. (vgl. Vester 1973; Vester 1974)

Die These eines prästabilen Zusammenspiels von Basis und Führung ruht dabei auf der Annahme, dass die Arbeiter_innenschaft ein tendenziell in sich »homogenes und undifferenziertes »Klassensubjekt« sei, das »eine Rolle in der Geschichte spielt, aber selbst keine eigene, innere, widersprüchliche Geschichte hat« (Hall 1989a: 23).

Da die Spaltungen der Arbeiter_innenklasse immer nur zeitweilig Bestand hätten, könnten die Anführer_innen stellvertretend auch dessen Gesamtinteresse formulieren und vertreten. Sie müssten dieses gegebenenfalls auch *gegen* Mehrheiten der Klasse ausdrücken und durchsetzen, denn sie verfügten aufgrund ihrer wissenschaftlichen Befähigung über geistige und materielle Mittel, die die Arbeiter_innenschaft in ihrem Durchschnitt selbst nicht besitzen könne, da sie ungebildet sei. (vgl. Kautsky 1901/02: 79f.)

Im Grundsatz können sich Intellektuelle gegen ein »falsches Bewusstsein« (Lukács 1997) erwehren, das in einer Verzerrung des Bewusstseins besteht und das die bürgerliche Gesellschaft aufgrund ihrer ureigensten Struktur ausbilden soll; obwohl sie einem solchen ebenfalls aufsitzen können. Die Arbeiter_innenschaft ist den Verkehren der bürgerlichen Welt frei ausgeliefert. Dies hindere sie daran, ihre eigenen Interessen auf

spontane Weise selbstbewusst und revolutionär zu vertreten. (vgl. LW 5: 394f.)³ Nur die Partei und die Intellektuellen können ihr helfen, eine tiefere Erkenntnis über ihre Interessen und Aufgaben zu gewinnen. (vgl. Kautsky 1901/02; Lukács 1997)

Die Thesen spitzen sich in einem Punkt besonders problematisch zu, der den zentralen Gegenstand der vorliegenden Überlegungen bildet. Den Anführer_innen wird eine zentrale Rolle bei der Herstellung der politisch so wichtigen Einheit zugesprochen, die die Stärke im Klassenkampf absichern soll. Der Zusammenhalt der Klasse ist in ständiger Gefahr. Unzureichende theoretische und politische Kenntnisse innerhalb der Arbeiter_innenklasse (und von bestimmten Intellektuellen, die sich mit der Arbeiter_innenklasse verbunden fühlen) einerseits, branchentypische, konfessionelle oder ideologische Differenzen andererseits tragen hierfür Verantwortung. Substanzielle Gegensätze zwischen Teilen der Arbeiter_innenklasse – eventuell sogar Herrschaftsbeziehungen (zum Beispiel zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern oder migrantischen und einheimischen Arbeitskräften) – können und dürfen in diesem politischen Modell nicht gedacht werden, da sie die theoretische und politische Gesamtkonstruktion unterhöhlen würde.

Der Ansatz ignoriert an seinem Fundament (siehe z.B. LW 25: 416f.), dass es selbstverständlich einen »kolossalen Unterschied« (Bahro 1977: 36) ausmacht, ob sich Repräsentant_innen die politische Artikulation von Interessen in Stellvertretung aneignen oder ob die Subalternen selbst aktiv werden – in welcher Form auch immer. Ebenso leugnet er die Verwicklungen, die entstehen, wenn man sich »mit stellvertretenden Kämpfen« (Wagner 1976: 236) auf eine imaginierte Klasse oder ein »imaginäres Volk« bezieht.⁴

Dies führt einerseits mehr oder weniger zwangsläufig dazu, dass man »an den wirklichen Interessen und Bedürfnissen der wirklich existierenden Bevölkerung« (ebenda) vorbeigiht, da diese sich teilweise auch erst in konkreten politischen Konfliktdynamiken ausbilden. (vgl. Vester 1974) Andererseits sorgt er dafür, dass strukturelle Spaltungen innerhalb der Klasse als vorübergehende umgedeutet werden müssen. Erfolgt dies nicht, wird der selbstgesetzte Anspruch der Stellvertreter_innen,

³ Vgl. den Beitrag von Hanna Meißner in diesem Band zu der Art und Weise, wie die bürgerliche Gesellschaft als Struktur emanzipatorisch politisches Handeln behindern kann.

⁴ Vgl. zur Problematik imaginärer politischer Konstruktionen auch den Beitrag von Marcus Hawel in diesem Band.

zu jeder Zeit »die Interessen der Arbeiter zu verfechten und die Interessen der gesamten Arbeiterbewegung zu vertreten« (LW 2: 105), brüchig. Er wird darüber hinaus brisant, wenn die verfestigten Ungleichheiten in der Klasse einen Herrschaftscharakter tragen. Die Bemühungen von Eliten zu einer schlagkräftigen politischen Sammlung laufen dann Gefahr, Machtbeziehungen zuzudecken und zu relativieren. Die Stellvertreter_innen werden *gegen* die subalternen Positionen im eigenen Lager auftreten müssen, wenn die Differenzen dergestalt sind, dass sie sich nicht vermitteln lassen. Schließlich benötigen sie die Mehrheit zur Bildung einer Einheit.

Zu guter Letzt neigt die These eines »falschen Bewusstseins« (Lukács 1997) dazu, einen unerbittlichen Charakter von weltanschaulichen Flügelkämpfen auch innerhalb der Eliten zu befördern: Wenn sich »richtige« (kritisch: Hall 1989b) Positionen nicht im pluralen Meinungs-austausch der Positionen gewinnen lassen, sondern angeblich nur aufgrund einer korrekten wissenschaftlichen Erkenntnis gefunden werden können, dann kann Abweichung nur auf unkorrektem Denken und Verhalten beruhen, und ein Solches riskiert dann das politische Gesamtprojekt. Deshalb müsse diesem Denken mit Strenge begegnen werden, da einfach »zu viel auf dem Spiel steht« (Holzkamp 1983: 54).

Vorzüge und Risiken einer Organisierung, die eine bunte Vielfalt bewahren will. Das Beispiel der globalisierungskritischen Bewegungen

Direkte Bezüge auf Ansätze aus der Kautsky-Lenin-Linie der Arbeiter_innenbewegung mag es heutzutage noch im politischen Sektenwesen geben; im Großen und Ganzen gehört diese jedoch der Vergangenheit an. Dennoch wirken noch in vielen Spektren der politischen Gegenwartslinken Momente jenes Politikverständnisses fort. Weitreichende Stellvertreter_innenmodelle, die auf den verkürzten Ansätzen einer Elitenzirkulation basieren, sind ebenso verbreitet, wie moralisierende Verelendungsansätze, die heute eher ökologisch, internationalistisch oder sozialpolitisch auftreten. Wir kennen Vereinheitlichungsbestrebungen, die strukturelle Gegensätze und Herrschaftslinien im linken Feld selbst zu relativieren bemüht sind und einem pluralen Meinungs-austausch mit Skepsis begegnen.

Verkannt wird immer noch, dass Emanzipation dialektisch erstritten wird. Sie bedarf eines Zusammenwirkens und eines gemeinsamen Pro-

jekts, das zu erstreiten ist und eine kollektive Handlungsfähigkeit⁵ erfordert, sie muss aber gleichzeitig auch immer *gegen* andere Teile der linken Grundströmung erstritten werden, da Praktiken und Diskurse der Herrschaft auch das linke Feld durchziehen, wie strukturierte Machtverhältnisse von *Race*, *Class* und *Gender* auf der einen Seite, aber auch Bürokratie, Elitenanmaßungen oder ein ideologischer Imperialismus auf der anderen Seite.

Versuche, bürokratische Organisationszentren wie Parteien oder Gewerkschaften einseitig strategisch zu privilegieren, sind allgegenwärtig. Solche Versuche beschränken die linke Interventionsfähigkeit, da sie kaum in der Lage ist, eine Kritik der bürgerlichen Alltagswelt zu leisten, die jene Handlungen und Denkweisen aufs Korn nehmen könnte, über die kapitalistische, rassistische und patriarchale Verhältnisse von den Subjekten und Klassen gelebt, interpretiert und praktisch reproduziert werden; geschweige denn, dass die Intervention die Fähigkeit entwickeln könnte, »eine neue Kultur, eine neue Zivilisation, eine neue Humanität, eine neue Lebensweise zu definieren« (Lefebvre 1974 Bd. 1: 56), die eine »überzeugende Kraft« (ebenda) für breite Bevölkerungsteile gewinnen kann. Zivilgesellschaftliche Politiken, wie kulturelle oder diskursive Interventionen oder solidarökonomische Experimente, wären dafür genauso erforderlich, wie Versuche einer Entfaltung neuer Kommunikations- und Verknüpfungsformen und Organisationsweisen. Ein eindimensionales Schielen auf die Schaltstellen staatlicher Macht kennen wir von den »dogmatisch verhärteten Kaderpolitiken« (Kastner 2007), die auch heute noch bestehen, aber nicht nur von ihnen. Auch im reformpolitischen Lager ist dieses weit verbreitet.

Die große sympathische Kraft der globalisierungskritischen Bewegungen und der Sozialforen bestand darin, dass sie ein neues und anderes Politikverständnis entwickeln wollten, das auf gegenseitigem Respekt, auf wechselseitiger produktiver Bezugnahme und einer Anerkennung von Unterschieden beruhen sollte. (vgl. Brand 2001)⁶ Niemandem sollte die Möglichkeit genommen werden, für sich selbst zu sprechen und zu streiten. In diesem Sinne sollte ein organisatorischer Rahmen der Politik und Räume des Austauschs geschaffen werden. Keineswegs wollte man die Fehler der Vergangenheit wiederholen und »in den sattsam bekannten Sackgassen der letzten hundert Jahre enden«

⁵ Vgl. dazu den Beitrag von Rahel Süß in diesem Band, der den Begriff der kollektiven Handlungsfähigkeit expliziert.

⁶ Vgl. dazu den Beitrag von Stefanie Kron in diesem Band.

(Wahl 2002: 16). Dass die Aktiven jedoch große Schwierigkeiten damit hatten, ein gemeinsames und übergreifendes gesamtgesellschaftliches Projekt zu formulieren, deutet Schwächen an, die kritisch ausgewertet werden müssen. Parolen wie *Eine andere Welt ist möglich* kamen nicht zufällig konturlos daher und in den Bewegungen war die Angst verbreitet, dass ein mannigfaltiger Widerstand zugunsten des Ziels einer umfassenden Transformation der Verhältnisse zurechtgestutzt werden könnte. Man wollte nicht in Fallen tappen, in die nach ihrer Wahrnehmung die Arbeiter_innenbewegung und die Nationalen Befreiungsbewegungen bereits getreten waren; Postmoderne Kritikmuster dürften bei dieser Einschätzung ebenfalls eine Rolle gespielt haben. Die postmoderne Kritik hatte bereits in den 1980er Jahren deutlich gemacht, dass die Geschichte voll ist von universalistisch gefassten Konzepten, die letztlich einer gewaltsamen Durchsetzung besonderer Lebens- und Produktionsweisen Vorschub geleistet haben. (vgl. Baudrillard u.a. 1983) Sie hatte demonstriert, dass selbst ihre herrschaftskritischsten Varianten bisher bestenfalls ambivalente Ergebnisse aufgewiesen haben.

Wir haben es hier mit einer berechtigten und treffenden Kritik und gleichzeitig mit einem Kurzschluss zu tun. Und mit einer historisch verkürzten Argumentation. Die obigen Ausführungen zur Kautsky-Lenin-Linie in der Arbeiter_innenbewegung belegen, dass die Befürchtung, ein Projekt gesamtgesellschaftlicher Veränderung könne neue Herrschaft und eine Politik der gewaltsamen Homogenisierung hervorbringen, nicht unberechtigt ist. Es gab aber immer auch eine »andere Arbeiterbewegung« (Roth 1974), die eben jene Tendenzen kritisiert und Alternativen formuliert hat, die sowohl den Weg als auch das Ziel sozialistischer Politik betrafen. (vgl. Bock 1976; Cantzen 1995; Bergmann/Keßler 2000) Zudem mag die Arbeiter_innenbewegung im Verhältnis zur heutigen Linken wenig vielgestaltig erscheinen.⁷ Ungeachtet aller Einigkeitspostulate ist die Arbeiter_innenbewegung aber immer eine heterogene gewesen. Regionale, konfessionelle und weltanschauliche Differenzen waren allgegenwärtig. Der Normalzustand der Klasse ist immer einer der Spaltung, nicht der Einheit gewesen. (vgl. Deppe 1981) Dafür hat schon die permanente Neuzusammensetzung der Klassen- und Geschlechterverhältnisse gesorgt, die den Kapitalismus kennzeichnet. (Vgl. Werlhof 1991: 83ff) Ohne ein Angebot von Mechanismen der Interessensabstimmung, von organisatorisch, kulturell und politisch integrativen Formen,

⁷ Vgl. zur Ausdifferenzierung der politischen Milieus und der Klassenmilieus auch den Beitrag von Michael Vester in diesem Band.

aber auch von Bündnisstrategien wäre Politik innerhalb der alten Arbeiter_innenbewegung ganz alltagspraktisch gar nicht zu machen gewesen. Dass diese einen deutlich unterschiedlich repressiven oder emanzipatorischen Gehalt hatten, kann nicht überraschen.

Die Konfusion auf Seiten der globalisierungskritischen Bewegungen zeigt sich schon daran, dass sie die freiheitlicheren Strömungen der Arbeiter_innenbewegung, die Pluralität und ein gewisses Maß an Autonomie mit dem Ziel einer Gesellschaft der Freien und Gleichen zu verbinden gehofft hatten, unter den Tisch fallen lässt. Wir stehen vor der Frage, *wie* die politisch notwendige Perspektive der Einführung einer solidarischen gesamtgesellschaftlichen Alternative mit der Vielfalt der Bewegungen, Themen und Ansätze in Einklang zu bringen ist und nicht, *ob* die Schaffung neuer Sozialstrukturen überhaupt aufrechterhalten werden kann. Die These, dass hier *per se* ein Widerspruch vorliege, ist bestenfalls eine unbewiesene Behauptung. Sie führt zu einer Politik, die Protest nur noch im Sinne eines existenzialistisch aufgeladenen *l'art pour l'art* betreiben kann, die Zerstreung und Aufspaltung von Ansätzen um ihrer selbst willen liebt und Veränderung nur noch *pro forma* postulieren kann. Die Herausforderung ist eine andere. Es sollte darum gehen, »Verbindungen und Zusammenhänge zwischen all diesen Bewegungen sowie zwischen ihnen und der Arbeiterbewegung herzustellen, nach einer gemeinsamen Grundlage und nach Konvergenz zu suchen und eine Einheit anzustreben, die die Eigenständigkeit einer jeden einzelnen Bewegung respektiert, aber sie in einem gemeinsamen Kampf für weltweite und umfassende Emanzipation vereint« (Löwy 2000: 97).

Linke Organisationsprozesse sind Organisationen auf des Messers Schneide

Die bisherigen Erörterungen zeigen: Linke Organisationsprozesse sind Organisationen auf des Messers Schneide. Sie haben eine schwierige Balance zu halten. Ein Abrutschen auf die eine oder andere Seite der Schneidlinie verletzt eigene Ambitionen und Ziele. Auf der einen Seite droht eine Zersplitterung in eine Vielzahl von Einzelbewegungen und Identitäten, die schon vorab ein Scheitern jedes gesamtgesellschaftlichen Projekts in emanzipatorischer Absicht nach sich ziehen würde. Es ist nicht einzusehen, wie »ein vorauseilendes Sich-Teilen« (Gerlach u.a. 2009: 13) in zahllose und unverbundene Einzelpolitiken ausreichend gemeinsame Kraft entwickeln könnte, um Staat, Kapital, Patriarchat oder

Rassismus als soziale Herrschaftsstrukturen noch ernsthaft in Gefahr zu bringen. Eine lebensweltlich und kulturbezogen orientierte Politik der Veränderung ist unter solchen Bedingungen ebenso möglich wie ein vielgestaltiges Experimentieren im Rahmen einer »solidarischen Ökonomie« (Altvater/Sekler 2006) oder ein eigeninitiatives Laborieren in Sachen Energie, Wohnen oder Müllverarbeitung. Radikale Gesten in Theorie oder auf der Straße können mit unterschiedlicher Stoßrichtung attraktiv sein. Kleinere oder größere politische Reformen über die staatlichen Apparate oder vermittelt über gewerkschaftlichen Druck oder Nichtregierungsorganisationen (NGO) in der Zivilgesellschaft, die den Nahverkehr, die Sozialversicherungssysteme oder betriebliche Prozesse bis zu einem gewissen Grad umgestalten, sind machbar – solange sie innerhalb des Rahmens bestehender Herrschaftsbeziehungen bleiben. Sie alle finden eine Grenze darin, dass sie »gerade keine anderen Gesellschaftsformen« (Narr 2009: 106) bedeuten.

Auf der anderen Seite birgt die libertäre und die postmoderne Auseinandersetzung mit zentralisierenden Organisationspraxen, linken Stellvertreter_innenkonzepten und traditionellen Machtpolitiken im linken politischen Feld eine zweifellos »brisante Kritik« (Gerlach u.a. 2009: 13). Diese trifft viele klassisch-linke Selbstbilder und Ansprüche empfindlich, da sie kenntlich macht, dass eine linke Theorie und Praxis auch ihren eigenen Ansprüchen zu genügen hat; und zwar weniger aus moralisch-ethischen Motiven, sondern aus Gründen, die sie als wichtige Bedingung des politischen Erfolgs struktureller Veränderungen ausweisen. (vgl. Cantzen 1995; Holloway 2004; Rancière 2010)⁸ Gesellschaftspolitische Ambitionen dürfen nicht nur nach außen getragen werden, sondern sollten auch untereinander Geltung haben, indem Organisationsweisen Pluralität und Selbstermächtigung auf den verschiedenen Ebenen linker Praxis nicht nur erlauben, sondern auch befördern. Sie sollten Herrschaftsbeziehungen abzubauen helfen – auch innerhalb des linken politischen Feldes selbst. Es gilt alltagspraktische Keimformen eines anderen Lebens im Heute auszuprägen, die sich in Zeiten weiterer Krisen ausbreiten könnten und schon jetzt eine gewisse Attraktivität haben.

⁸ Vgl. dazu den Beitrag von Philippe Kellermann in diesem Band.

Projektionen und Anmaßungen von Sprechpositionen als Fallstricke linker Politik

Ich habe im bisherigen Verlauf der Argumentation auf die Beispiele aus der Geschichte der alten Arbeiter_innenbewegung und der Nationalen Befreiungsbewegungen verwiesen, die das linke Feld im Namen einer künftigen Emanzipation gewaltsam zu homogenisieren versucht haben. Gibt es aber nicht auch unterhalb einer solchen Ebene der Erscheinungen ein Abrutschen von der Schneide? Gibt es nicht auch andere Fallstricke, die zu meiden sind? Hatte nicht etwa die erste Frauenbewegung nicht-weiße Frauen aus den Peripherien für sich vereinnahmt, indem sie zu unstatthaften Verallgemeinerungen neigte? (vgl. Dietrich 2007) Sie wollte Herrschaft überwinden und hat sie an einem anderen Ort wieder reproduziert, indem sie die reale Vielfalt, die innerhalb der eigenen Reihen bestand, schlicht leugnete. Die Anmaßung dieser Bewegung bestand darin, dass sie sich als primär weiße Bewegung aus den Mittelklassen der kapitalistischen Zentren eine Sprechposition angeeignet hat, die ihr schlichtweg nicht zustand. Sie hat nicht-weiße Frauen, lesbische Frauen, Frauen aus den Arbeiter_innenklassen und Frauen aus den Peripherien für ihre eigenen Zwecke vereinnahmt, indem sie sich selbst und ihre eigenen Forderungen zum entscheidenden Maßstab feministischer Politik gemacht hat. Sie hat – bewusst oder unbewusst – entscheidende Differenzen und Unterschiede zwischen Frauen unkenntlich gemacht und auf diese Weise Frauen die Möglichkeit genommen, für sich selbst zu streiten. Ihre privilegierte Stellung im Herrschaftsgeflecht von *Race*, sexueller Orientierung und globalem Kapitalismus hat dafür gesorgt, dass viele Frauen erst wieder auf Gehör gestoßen sind, als sie sich *gegen* die erste Frauenbewegung gewandt und von ihr abgesetzt haben.

Ein Abgleiten von der Schneidelinie wird aber auch dann wahrscheinlich, wenn wir die komplizierte Problematik linker Projektionen in den Blick nehmen. Revolutionäre Bewegungen aus fernen Ländern (vgl. Braunmühl 2009), soziale Randgruppen (vgl. Marcuse 1975) oder ein idealisiertes Bild einer industrialisierten Arbeiter_innenklasse (vgl. Koenen 2004) werden immer wieder mit dem projektiven Gewicht der eigenen Hoffnungen und Wünsche beladen. Sie sollen eben jene Befreiung verwirklichen, die Linke in ihrer eigenen Marginalisierung und politischen Impotenz selbst nicht zu realisieren in der Lage sind. Die eigene mangelhafte politische Gestaltungskraft wird durch ein Bild sozialer Gruppen kompensiert, das mit deren Realität meist nur begrenzt vereinbar ist. Die eigenen Praxisbezüge wiederum werden lose, indirekt

und vermittelt. (vgl. Larrain 1986) In der Praxis bestimmter Sozialgruppen soll angeblich die Kraft und Energie ruhen, die Linken selbst oftmals so schmerzlich fehlt. Sie sollen einen »naiven Volksboden« (MEW 1: 391) darstellen, der nur auf die eigenen Ideen und Politikvorstellungen wartet, um sie machtvoll zu verwirklichen.

Die projizierenden Linken konstruieren sich »[ihre] Armen« (Rancière 2010). Es handelt sich um nicht weniger als um eine versuchte Inbesitznahme. Denn die Konstruktion beinhaltet in der Regel nicht nur eine Rechtfertigung der ausgemachten Sonderstellung eines besonderen Transformationssubjekts im gesamtgesellschaftlichen Emanzipationsprozess, sondern auch die der eigenen. Man schafft sich passend zu den projizierten Bildern Organisationskonzepte und Ideologien, die den Linken, »noch eine gewisse Macht garantieren« (Cohn-Bendit 1975: 10) – ganz nach dem Vorbild der Kautsky-Lenin-Linie der Arbeiter_innenbewegung. Schließlich soll der »naive Volksboden« nicht nur durch Wort und Schrift gedüngt werden, er soll auch geführt und angeleitet werden, wenn Aufklärung ihn fruchtbar gemacht hat. Tendenziell hat die gesamte Anordnung etwas Emanzipationsfeindliches. Dies gilt gegenüber dem umworbenen Kollektivakteur des Wandels *selbst*, da dieser durchaus organisatorisch, ideologisch und politisch durch angehende politische Eliten verfügbar gemacht werden soll. Die angenommene privilegierte Stellung des Veränderungssubjekts sorgt aber auch dafür, das *andere* subalterne gesellschaftliche Gruppen leicht in die Rolle eines Nebenwiderspruchs linker Politik herabfallen können. Sind die Forderungen und Bestrebungen eines bestimmten Kollektivakteurs für die gesamtgesellschaftliche Transformation *insgesamt* maßgeblich, können es die anderer Gruppen, die unter der Wirklichkeit des globalen Kapitalismus und Patriarchats ebenfalls leiden, *nicht* sein – wenigstens nicht im selben Maße. Die reale Pluralität des linken Feldes droht wie allzu oft aus dem Blick zu geraten. Sie droht von wie auch immer organisierten bürokratischen Eliten eingehegt zu werden, um für sich relative Machansprüche im politischen Kampf zu erheben.

Enttäuschte Hoffnungen und irrationale Reaktionsweisen im linken politischen Feld

Vor allem ist die Konstruktion aber enttäuschungsanfällig und damit nicht nachhaltig. Denn der ideologisch projizierte Veränderungsakteur kann in seiner konkreten Wirklichkeit nur einen mehr oder weniger grö-

ßeren Eigensinn gegenüber den Hoffnungen und Traumbildern an den Tag legen, in die er von links eingesperrt werden soll. Es liegt in der Natur entsprechender Ansätze, dass sie die politische Realität zerbrechlich machen. Groß ist die Desillusionierung, wenn sich das Veränderungs-subjekt widerspenstig verhält und die ihm äußerlich zugewiesene Aufgabe nicht erfüllen will. Dies gilt auch für den Fall, wenn das Objekt linker Begierden die relativen Machtansprüche linker Gruppen von sich weist, die gegenüber ihm erhoben werden; oder sie einfach ignoriert. Das Werben schlägt in ein Gefühl unerfüllter Liebe um.

Projektionen führen zu Enttäuschungen, und diese können zu Reaktionsweisen führen, die entweder das problematische Politikmuster verfestigen oder aber neue ausbilden, die genauso fragwürdig sind. So können beispielsweise die Objekte des eigenen Begehrens schnell und immer wieder von Neuem ausgetauscht und durch andere ersetzt werden. Wir kennen diese Verhaltensweise insbesondere aus den internationalen Solidaritätsbewegungen. (vgl. Balsen/Rössel 1986) Man konserviert die projizierende Politikform, indem man sich auf eine nicht enden wollende Wanderbewegung durch politische Traumlandschaften mit wechselndem Hintergrund und Reisegefährten begibt.

Andere zerreißen den Theorie-Praxis-Zusammenhang und ziehen sich auf die Theorie alleine zurück, die, wie in der *Kritischen Theorie* (vgl. Marcuse 1965: 122) oder der *Neuen Marx Lektüre* (vgl. Reichelt 2008), zum letzten Statthalter der Emanzipation werden soll. Ihr wird die Rolle einer »Quasi-Praxis« (Neusüss 1968a: IV) zugewiesen. In der *Kritischen Theorie* soll die Theorie Phantasie und Einbildungskraft bewahren helfen und das Fenster zu einer anderen Welt offen halten. Indem sich die Theorie auf diese Weise zunehmend sprachlich verkompliziert und verstärkt akademisch ausrichtet (vgl. Anderson 1978), vergrößert sich jedoch ihre Distanz zu möglichen Akteuren einer wirklichen revolutionären Praxis immer mehr. Es ist das Muster einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung, die die Nutzlosigkeit von linker Politik nicht nur beschreibt, sondern auch selbst verfestigt.

Eine dritte Gruppe nutzt ihren theoretisch geschulten und ihren aktivistischen Hintergrund, indem sie sich ihren sozialen Aufstieg in bestehenden Parteien, Gewerkschaften und NGOs organisiert (kritisch: Gorz 1970: 7). Man erkennt an, dass das ersehnte revolutionäre Subjekt augenblicklich nicht weltumstürzlerisch gesinnt ist und begibt sich an den linken Rand derjenigen Organisationen, die es gegenwärtig zu großen Teilen repräsentieren und organisieren. Man pflegt dort oftmals eine relativ dissidente Haltung und hofft durch Kleinstarbeit weiter dem großen

Ziel entgegenzuarbeiten. Ob die Kräfteverhältnisse innerhalb der Organisation, deren Programmatik, ja sogar die Form der Organisation selbst,⁹ dazu aber überhaupt größere Möglichkeiten bieten, oder nicht besser an einem anderen Ort in einer anderen Art und Weise gearbeitet werden sollte, wird kaum reflektiert.

Wiederum andere werden ihre überschießenden Hoffnungen, die an eine angebliche historische Mission eines besonderen Veränderungsakteurs gesetzt werden, in eine tiefe politische Resignation überführen. Der anstehende Bruch in der eigenen Biographie wird vom Motto: »einmal und nie wieder« (Narr 2009: 107) getragen. Ohne dass er immer bekannt wäre, wird der Nationalliberale Ludwig August von Rochau zum Paten eines solchen politischen Identitätswechsels. (vgl. Kraushaar 2001) Dieser hatte nach dem Scheitern der 1848er Bewegung die »Realpolitik« (Rochau 1972) zur neuen politischen Maxime eines erstarkenden Nationalliberalismus erhoben. Diese sollte einer staatlich fokussierten Machtpolitik im Zeichen des Möglichen verpflichtet sein. Eine Pathologisierung gesamtgesellschaftlicher Visionen jeglicher Art war ihr eine Herzensangelegenheit.

Konkrete Utopien, ein verbindender Aktivismus und die Notwendigkeit einer strategischen Erneuerung

Wir wissen jedoch von Ernst Bloch, dass es auch noch eine andere Reaktionsweise auf die Enttäuschung von Hoffnungen gibt. (vgl. Bloch 1985) Hoffnungen können sich von der Erfahrung belehren lassen und neu ausrichten. Um das gewollte und erwünschte Ziel künftig besser erreichen zu können, können sie (neu) mit der Wirklichkeit in Verbindung treten. Linke politische Hoffnungen tun dies, indem sie kritisch und ohne Scheuklappen den »Möglichkeitsradius« (vgl. Krätke 2006) eines angestrebten sozialen Wandels in Augenschein nehmen. Auf der Grundlage einer solchen Betrachtung wird das »utopische Defizit einer Gesellschaft« (Neu-süss 1968b: 48) sichtbar, das den Abstand des real Möglichen und des heute Bestehenden bemisst und damit »ihre Distanz vom historisch erreichbaren Grad der Demokratieverwirklichung« (ebenda).

Zunächst wird so der bürgerlichen Kultur eines *There is no alternative!* eine »Kultur der Hoffnung« (Löwy 2000: 87) entgegengesetzt. Diese sollte die Wünsche und Träume der Menschen nach einem bes-

⁹ Vgl. dazu den Beitrag von Peter Hudis in diesem Band.

seren Leben genauso aufnehmen wie ihre Wut, ihren Zorn und ihre Visionen. (vgl. Lakey 1988) Die Bestimmung der utopischen Fehlstände der Gegenwart ist aber auch deshalb relevant, da sie den Weg ebnet, um die berechtigte Frage vieler Menschen nach der Lebensfähigkeit und der möglichen Natur gesellschaftlicher Alternativen diskutierbar zu machen. Sie tut dies, wenn sie sich einer Erörterung der Funktionsweise von gesellschaftlichen Kerninstitutionen einer gesellschaftlichen Alternative nicht länger verschließt (zum Beispiel der Ökonomie, eines sozialistischen Rechtssystems, Strukturen einer sozialistischen Demokratie usw.), ohne sich in den Detailbeschreibungen des klassischen Utopismus zu ergehen. (vgl. Kalmring 2012: 321ff.) Den Radius möglicher Veränderungen fest im Blick, können schließlich die zentralen strategischen Fragen diskutiert werden, die für die Durchsetzung linker gesellschaftspolitischer Ziele so wichtig sind.

Die Chancen und Möglichkeiten linker Bestrebungen hängen nicht unwesentlich davon ab, ob sie den historisch-sozialen Gegebenheiten entsprechen. Deshalb ist eine möglichst treffende Analyse der sozialen und politischen Ausgangslage linker Politik wichtig. Ebenso relevant ist es, aus der Geschichte sozialer Bewegungen »zu lernen« (Kolb 2002: 7). Es geht darum zu verstehen, was soziale Bewegungen, Parteien, Gewerkschaften oder Bürgerinitiativen ausmachen, wo ihre jeweiligen Chancen und Grenzen liegen und wie sie einander blockieren aber auch ergänzen können. In diesem Kontext sollte auch die Frage vorbehaltlos aufgeworfen werden, ob nicht auch ganz neue und andere Organisationsformen entwickelt werden sollten, da sie möglicherweise zieladäquater wären. Eine Fetischisierung von Organisationspraxen, welcher Art auch immer, ist so wenig sinnvoll, wie die bestimmter Theoriemuster oder besonderer Interventionsformen. Denn alles ist vom »Boden der gegenwärtigen praktischen Brauchbarkeit« (Korsch 1996: 681) neu zu bewerten, wenn mit dem Ziel einer allgemeinen gesellschaftlichen Emanzipation ernst gemacht werden soll. Praxisbezogen sollte der Zusammenhang von politischer Situation, den Strategien der linken Teilakteure, ihren Zielen und zu guter Letzt den einbindenden oder repressiven Gegenreaktionen der anderen Seite intensiv untersucht werden, um die Bedingungen linker Durchsetzungsfähigkeit zu verbessern. (vgl. Kolb 2002)

Eine zeitgemäße Strategie für das linke Feld kann nur in einer breit geführten Debatte gewonnen werden, die möglichst viele Akteure einschließt und sich nicht auf das politische »Leadership« (Raschke/Tills 2008: 20) eines besonderen linken Teilakteurs konzentriert, das dann andere Akteure und die eigene Basis für die eigenen strategischen Über-

legungen zu gewinnen versucht. Linke Konzepte und Strategien können nur in einer »ständigen Vermittlung von Reflexion und Aktion, von Praxis und Theorie« (Dutschke 1968: 90f.) aller am politischen Prozess Beteiligten tragfähig werden. Sie sollten bereits im Entwurf unterschiedliche Perspektiven enthalten und von unten nach oben entwickelt werden. Denn nur so ist die Motivation all jener abzusichern, die die Strategie umsetzen sollen und damit für den politischen Erfolg die eigentliche Verantwortung tragen. (vgl. Lakey 1988)

Dies gilt erst recht dann, wenn das Ziel der Emanzipation künftig nicht mehr im Sinne eines politischen Elitismus sterilisiert werden soll, sondern darauf ausgerichtet ist, dass »die fremdbestimmten Menschen sich an der Basis ihres tagtäglichen Existenzkampfes, auch außerhalb des Arbeitsprozesses, zu parapolitischer Selbsttätigkeit organisieren« (Vester 1973: 8). Nicht nur im Ergebnis, sondern im politischen Prozess selbst – und damit auch bei der Ausbildung von Strategien – sollte nicht nur ein anonymisierter Markt und Staat zurückgedrängt werden, sondern auch »Macht- und Entscheidungsstrukturen« (ebenda) verändert werden. Ziel und Mittel von sozialer Emanzipation ist es schließlich, möglichst Vielen »die Möglichkeit zu geben, sich frei auszudrücken« (Geismar 1968: 68).

Die Organisierung einer breit geführten Strategiedebatte, die den skizzierten Ansprüchen genügt, stellt eine Herausforderung dar. Geeignete Formen müssen noch gefunden werden. Eine in diesem Sinne entwickelte Strategie sollte nach meiner Auffassung den alten Gegensatz von Reform und Revolution in Frage stellen. (vgl. Gorz 1967; Gorz 1970) Beide Vorstellungen haben sich in der Geschichte in ihrem dominierenden Formen als unzulänglich erwiesen. (Vgl. Gorz 1968) Das Warten auf das letzte große Gefecht übersieht, dass das Leben bereits heute substantiell verbessert und verändert werden muss. Reformistische Politiken unterliegen wiederum häufig der Illusion, dass sie glauben, dass man eine neue Gesellschaft mehr oder weniger im Konsens oder aber in einer Form einführen könnte, so dass es die herrschenden Gewalten gar nicht so richtig bemerken. (vgl. Gorz 1970) Zudem ist der qualitative Unterschied zu grün-alternativen oder einer sozialdemokratischen Politik der Reformen nicht immer kenntlich. Es werden mehr oder weniger unverbundene Reformprojekte im angenommenen Sinne und im Namen bestimmter sozialer Gruppen angestrebt, die besonders sozial, bürgerrechtsbetont oder ökologisch sein sollen. (vgl. Gorz 1967)

Im Unterschied zu diesem Reformverständnis gilt es, eine Klammer auszubilden, die alle Aktionen und Maßnahmen in einen geteilten Zu-

sammenhang bringt und sie logisch aufeinander bezieht. (vgl. ebenda) Jede Handlung wäre darauf hin zu befragen, ob es der angestrebten Veränderung vorarbeitet oder nicht. Dies scheint mir dann der Fall zu sein, wenn sie als zentrales Merkmal die Konfliktfähigkeit und (para-)politische Selbsttätigkeit der Menschen zu steigern und Formen von Fremdbestimmung zurückzudrängen versuchen. Der Kern einer solchen Politik kann nur in einer systematischen Politisierung sogenannter »radikale[r] Bedürfnisse« (Heller 1976: 88) bestehen, denn diese sind »inhärente Momente der kapitalistischen Bedürfnisstruktur« (ebenda), weisen aber gleichzeitig über diese hinaus. Die politische Kunst eines transformativischen Ansatzes besteht nun darin, diese in einer Weise auf die politische Tagesordnung zu setzen, die sich dagegen sperrt, dass sie wieder reintegriert werden. (vgl. Gorz 1970: 5) Nehmen wir ein Beispiel: Waren im fordistischen Kapitalismus Lohnforderungen und Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen mit dieser besonderen kapitalistischen Formierung im Grundsatz durchaus vereinbar gewesen, so galt dies keineswegs für eine Politik, die dessen starre Arbeitsteilung (vgl. Holloway 2007: 10), dessen ökologisch oder kriegerisch destruktive Kraft oder seine weitreichenden Normierungen im Alltag zum Gegenstand gemacht hat. Im flexibilisierten Kapitalismus liegt der Fall anders. Hier müssen wenigstens zum Teil neue Bedürfnisse mit radikalen Qualitäten gefunden und auf veränderte Weise politisiert werden. Dies kann nur in einem gemeinsamen Suchprozess geschehen. Denn diese sollten programmatisch so formuliert werden, dass sie ein breites Dach für eine Vielzahl von linken Akteuren bilden können.

Eine aktuelle linke Strategie sollte das Konzept eines verknüpfenden Aktivismus mit Leben zu erfüllen versuchen.¹⁰ Ein verknüpfender Aktivismus versucht Verbindungen innerhalb des linken Spektrums auszubilden, zu stärken und weitreichende Übersetzungsarbeiten zu leisten. Er versucht, unterschiedliche Sprachen, Blickwinkel, Organisationskulturen, Themen und Milieuanbindungen in einen besseren Austausch zu bringen. Es handelt sich um einen Aktivismus, der die Zusammenarbeit und die Vernetzung von linken Teilakteuren zu einem eigenständigen Zweck erklärt und deshalb immer wieder neue Anlässe für Kooperationen sucht, die er mit schon bekannten, aber auch immer mit neuen Partner_innen eingeht, ohne jemals ihren Kreis fest abzuschließen. Er

¹⁰ Vgl. das zum Konzept eines verknüpfenden Aktivismus kompatible Modell der »freien Radikalen«, das Marcus Hawel in seinem Beitrag in diesem Band entwickelt.

probiert aktiv Räume der Begegnung und Kommunikation zu schaffen.¹¹ Diesem Aktivismus ist eine ergebnisoffene Haltung eigen. Denn wenn Vernetzung und Zusammenarbeit gelingen, dann können sie Unerwartetes und Neues hervorbringen und somit dringend benötigte Lösungsansätze für drängende Probleme ausbilden. Das *preguntado caminamos* (fragend voranschreiten) der globalisierungskritischen Bewegungen ist in ihm aufgehoben, auch weil er die Vielfalt der widerstreitenden Interessen und Ansätze zu respektieren sucht. Haben die Kooperationen Erfolg und finden sie auf Augenhöhe statt, dann können sie bei den beteiligten Partner_innen ein Verständnis davon generieren, dass Pluralität ein Wert an sich und kein Problem ist – eine Erkenntnis, die auf Seiten vieler Linker nach wie vor vordringlich wäre.

Kooperationen gelten einem verknüpfenden Aktivismus als ein Ziel, das den politisch-programmatischen Inhalten gegenüber gleichgestellt ist. Aufgrund der in ihnen schlummernden Potenziale erhalten sie den Status einer wünschenswerten Notwendigkeit. Dass Kooperationsversuche anstrengend und nervenaufreibend sind, steht außer Frage, da das linke Feld nicht nur äußerst divers und widersprüchlich, sondern durchaus auch machtdurchtränkt ist. Auch scheitern Kooperationen regelmäßig. Anderslautende Illusionen wären unangebracht. Dabei fehlt einem verknüpfenden Aktivismus jene instrumentelle Note, die traditionell gedachten Bündnispolitiken eigen ist. Politiken solcherart versuchen Akteure vorübergehend zusammenzubringen, um entweder zeitweilig die Durchsetzungsbedingungen eines mehr oder weniger geteilten Ziels zu verbessern oder aber um sich die Ressourcen der jeweils anderen direkt oder indirekt zu eigen zu machen. Er hat aber auch nichts mit den Konzepten eines (Neo-)Gramscianismus gemein. Nach Antonio Gramsci muss eine nach Hegemonie strebende Gruppe versuchen, »führend gegenüber verbündeten Klassen« (Gramsci 1991-2002: 101) und Gruppen zu werden, um sich eine Position der Herrschaft gegenüber gegnerischen Klassen zu erstreiten. (vgl. ebenda). Zu diesem Zweck entwirft sie ein gesamtgesellschaftliches Projekt mit eigener Prioritätensetzung, das auch gewisse Zugeständnisse (auch materieller Art) an die Perspektiven potenzieller Verbündeter enthält. Eine Hegemoniepolitik im Sinne Gramscis strebt also danach, *eigene* Machtbeziehungen im politischen Feld zu etablieren, indem sie nach ideologischer und symbolischer Herrschaft strebt. Das hegemoniale Projekt wird von oben

¹¹ Vgl. dazu auch den Beitrag von Ronald Höhner in diesem Band.

und an einem besonderen Punkt entworfen, um sich von dort aus herrschaftlich auszubreiten.

Dies ist das Gegenteil einer Politik, die im vorliegenden Artikel vertreten wird und nach Selbstbestimmung und einer radikal gedachten Demokratie von unten strebt. Sie soll Herrschaft abbauen sowie Vielfalt und Konvergenz zur selben Zeit befördern. Der (Neo-)Gramscianismus widerspricht der hier propagierten Idee einer Verknüpfung des linken Feldes, die dadurch entsteht, dass sie von verschiedenen Orten aus durch Aktivist_innen verschiedener Art angestrebt wird, wobei durch das gemeinsame Tun der beteiligten Akteure ein kulturelles Band entstehen soll, das horizontal ausgerichtet ist und sie zum wechselseitigen Vorteil verbindet. Die (neo-)gramscianische Perspektive ist jedoch nicht nur politisch problematisch, sie ist zudem unter heutigen Bedingungen nicht sonderlich erfolversprechend, wenn es um das linke Feld geht. Denn viele linke Teilakteure haben ein ausgeprägtes Bedürfnis nach relativer Eigenständigkeit und nach Selbstwirksamkeit entwickelt. Wie oben ausgeführt, haben sie aus der Geschichte und aus der postmodernen Kritik gelernt und werden ihre Themen, Aktionsformen und Politikfelder nicht so einfach in ein hegemoniales Projekt anderer einzugliedern bereit sein, da sie wissen, wie schnell sie unter die Räder kommen können. Der verknüpfende Aktivismus ist da realitätstauglicher. Und er wird von einer Vorstellung getragen, für die es sich einzusetzen lohnt.

Literatur

- Agnoli, Johannes (2001): Nachbemerkungen über die politische Sprengkraft der Skepsis, in: ders.: Politik und Geschichte. Schriften zur Theorie, Freiburg, S. 261-265.
- Altwater, Elmar/Sekler, Nicola (Hrsg.) (2006): Solidarische Ökonomie, Hamburg.
- Anderson, Perry (1978): Über westlichen Marxismus, Frankfurt am Main.
- Bahro, Rudolf (1977): Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln, Frankfurt am Main.
- Balsen, Werner/Rössel, Karl (1986): Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik, Köln.
- Bloch, Ernst (1985): Das Prinzip Hoffnung, 3 Bände, Frankfurt am Main.
- Baudrillard, Jean u.a. (1983): Der Tod der Moderne. Eine Diskussion, Tübingen.
- Bergmann, Theodor/Kessler, Mario (Hrsg.) (2000): Ketzler im Kommunismus. 23 biographische Essays, 2. erweiterte Auflage, Hamburg.
- Brand, Ulrich (2001): Il popolo di Genova. Eine Einschätzung der neuen internationalen Protestbewegung, in: iz3w. Blätter des Informationszentrums 3. Welt, Nr. 255, S. 8-10.

- Braunmühl, Claudia von (2009): Geschichte und Perspektiven der Solidaritätsbewegung in der BRD, in: Gerlach, Olaf u.a. (Hrsg.): Globale Solidarität und linke Politik in Lateinamerika, Berlin, S. 33-44.
- Bock, Hans Manfred (1976): Geschichte des linken Radikalismus in Deutschland. Ein Versuch, Frankfurt am Main.
- Burgmer, Christoph (2002): Das negative Potential. Gespräche mit Johannes Agnoli, Freiburg.
- Candeias, Mario/Völpel, Eva (2014): Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise. Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland, Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hamburg.
- Cantzen, Rolf (1995): Weniger Staat – Mehr Gesellschaft. Freiheit-Ökologie-Anarchismus, Grafenau.
- Cohn-Bendit, Daniel (1975): Der große Basar, München.
- Cohn-Bendit, Daniel (1998): Wir haben sie so geliebt, die Revolution, erweiterte Neuauflage, Frankfurt am Main.
- Crouch, Colin (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus – Postdemokratie II, Berlin.
- Deppe, Frank (1981): Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse. Überlegungen zu einer politischen Geschichte der Arbeiterbewegung, Marburg.
- Demirović, Alex (2013): Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung, in: PROKLA, Heft 171, 43. Jg., Nr. 2, S. 193–215.
- Dietrich, Anette (2007): Weiße Weiblichkeiten. Konstruktion von Rasse und Geschlecht im deutschen Kolonialismus. Bielefeld.
- Dutschke, Rudi (1968): Die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhältnis zur Dritten Welt, in: Bergmann, Uwe u.a.: Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Reinbek bei Hamburg, S. 33-93.
- Geismar, Alain (1968): Zum ersten Mal ist es in einem ökonomisch hochentwickelten Land zu einem Kampf solchen Ausmaßes gekommen. Interview von Hervé Bourges, in: Sauvageot, Jacques u.a.: Aufstand in Paris. Oder: Ist in Frankreich eine Revolution möglich?, hrsg. v. Hervé Bourges, Reinbek bei Hamburg, S. 33-50.
- Gerlach, Olaf/Hahn, Marco/Kalmring, Stefan/Kumitz, Daniel/Nowak, Andreas (2009): ... hört die Signale? Globale Solidarität und linke Politik in Lateinamerika, in: dies. (Hrsg.): Globale Solidarität und linke Politik in Lateinamerika, Berlin, S. 9-17.
- Gorz, André (1967): Zur Strategie der Arbeiterklasse im Neokapitalismus, Frankfurt am Main.
- Gorz, André (1968): Reform und Revolution, in: ders.: »Ein Anfang: Der Pariser Mai« und »Reform und Revolution«, Basisheft 3, Berlin, S. 17-68.
- Gorz, André (1970): Die Aktualität der Revolution. Nachtrag zur »Strategie der Arbeiterklasse im Neokapitalismus«, Frankfurt am Main.
- Gramsci, Antonio (1992-2002): Gefängnishefte, kritische Gesamtausgabe in 10 Bänden, Berlin, Hamburg.
- Hall, Stuart (1989a): Das »Politische« und das »Ökonomische« in der Marxschen Klassentheorie, in: ders: Ideologie, Kultur, Rassismus. Ausgewählte Schriften

- 1, Hamburg, S. 11-55.
- Hall, Stuart (1989b): Der Thatcherismus und die Theoretiker, in: ders.: Ideologie, Kultur, Rassismus. Ausgewählte Schriften 1, Hamburg, S. 172-206.
- Hawel, Marcus/Kalmring, Stefan (2014): Politische Lernprozesse. Zur schwierigen Rolle der kritischen Intellektuellen in sozialen Bewegungen, in: dies. (Hrsg.): Bildung mit links! Gesellschaftskritik und emanzipatorische Lernprozesse im flexibilisierten Kapitalismus, Hamburg, S. 16-33.
- Heller, Agnes (1976): Theorie der Bedürfnisse bei Marx, Hamburg.
- Holzcamp, Klaus (1983): »Aktualisierung« oder Aktualität des Marxismus? Oder: Die Vorgeschichte des Marxismus ist noch nicht zu Ende, in: Altvater, Elmar, u.a.: Aktualisierung Marx', Argument Sonderband Nr. 100, Berlin, S. 53-64.
- Holloway, John (2004): Aufhören, den Kapitalismus zu machen, in: Grundrisse. Zeitschrift für linke Theorie & Debatte, Nr. 11, S. 6-17.
- Holloway, John (2007): Thompson und die Zersetzung der abstrakten Zeit, in: ders./Thompson, Edward P.: Blauer Montag. Über Zeit und Arbeitsdisziplin, Hamburg, S. 5-17.
- Kalmring, Stefan (2012): Die Lust zur Kritik. Ein Plädoyer für soziale Emanzipation, Berlin.
- Kalmring, Stefan (2013): Die Krise als Labor gesellschaftlicher Entwicklungen. Fortgesetzte ursprüngliche Akkumulation und die großen Krisen des Kapitalismus, in: Backhouse, Maria u.a. (Hrsg.): Die globale Einhegung. Krise, ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus, Münster, S. 72-111.
- Kalmring, Stefan/Nowak, Andreas (2009): Globalisierungskritik und Solidarität. Zur Theorie, Strategie und Geschichte eines notwendigen Projekts, in: Gerlach, Olaf u.a. (Hrsg.): Globale Solidarität und linke Politik in Lateinamerika, Berlin, S. 69-84.
- Kastner, Jens (2007): »Alles für alle!« Kulturelle Differenz, soziale Gleichheit und die Politik der Zapatistas, in: translate.transversal webjournal, »Universalismus«, 06/2007, Wien.
- Kautsky, Karl (1901/02): Die Revision des Programms der Sozialdemokratie in Österreich, in: Die Neue Zeit, H. 3, 20. Jg., 1. Band, S. 79-80.
- Kautsky, Karl (1972): Der Weg zur Macht, hrsg. v. Georg Fülberth, Frankfurt am Main.
- Kautsky, Karl (2001): Terrorismus und Kommunismus, in: Dewey, John/Kautsky, Karl/Trotzki, Leo: Politik und Moral. Die Zweck-Mittel-Debatte in der neueren Philosophie und Politik, hrsg. v. Ulrich Kohlmann, Lüneburg, S. 65-84.
- Koenen, Gerd (2004): Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977, 2. Auflage, Frankfurt am Main.
- Kolb, Felix (2002): Soziale Bewegungen und politischer Wandel, Studienbrief des Kurs Zukunftspiloten, hrsg. vom Deutschen Naturschutzring e.V., Lüneburg.
- Korsch, Karl (1996): Marxismus (Why I am a Marxist), in: ders.: Krise des Marxismus, Schriften 1928-1935, Gesamtausgabe, Band 5, hrsg. v. Michael Buckmiller, Amsterdam, S. 681-693.
- Krätke, Michael (2006): Jenseits des Kapitalismus. Oder wo die kapitalistische Entwicklung über sich hinausweist, in: Hawel, Marcus/Kritidis, Gregor (Hrsg.): Auf-

- schrei der Utopie. Möglichkeiten einer anderen Welt, Hannover, S. 163-183.
- Kraushaar, Wolfgang (2001): Realpolitik als Ideologie. Von Ludwig August von Rochau zu Joschka Fischer, in: ders.: Fischer in Frankfurt, Hamburg, S. 120-187.
- Kremendahl, Hans (1978): Demokratischer Sozialismus versus sozialistische Demokratie. Zur aktuellen Demokratie-Diskussion im demokratischen Sozialismus, in: Horn, Hannelore/Schwan, Alexander/Weingartner, Thomas (Hrsg.): Sozialismus in Theorie und Praxis. Festschrift für Richard Löwenthal, Berlin, New York, S. 599-632.
- Lahey, George (1988): Manifest für eine gewaltfreie Revolution, in: Lahey, George/Randle, Michael: Gewaltfreie Revolution, hrsg. v. Wolfram Beyer und mit einem Vorwort von Ossip K. Flechtheim, Berlin, S. 19-68.
- Larrain, Jorge (1986): A Reconstruction of Historical Materialism, London, Boston, Sydney.
- Lefebvre, Henri (1974): Kritik des Alltagslebens, 3 Bände, München.
- Dörre, Klaus/Lessenich, Stefan/Rosa, Hartmut (2009): Soziologie, Kapitalismus, Kritik, Frankfurt am Main.
- Lenin, Wladimir Iljitsch: Werke, Berlin (zit. als LW, Band: Seite).
- Löwy, Michael (2000): Die Alternative zum Neoliberalismus, in: Hinzer, Jürgen/Schauer, Helmut/Segbers, Franz (Hrsg.): Perspektiven der Linken. Ein kämpferisches Leben im Zeitalter der Extreme, Hamburg, S. 85-101.
- Lukács, Georg (1997): Geschichte und Klassenbewusstsein. Studien über materialistische Dialektik, Reprint der Erstausgabe von 1923, London.
- Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke, Berlin (Ost), 1970ff (zit. als LGW, Band: Seite).
- Marcuse, Herbert (1965): Philosophie und kritische Theorie, in: ders.: Kultur und Gesellschaft I, Frankfurt am Main, S. 102-127.
- Marcuse, Herbert (1975): Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Neuwied, Berlin.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke, Berlin (Ost), 1956 ff. (zit. als MEW, Band: Seite).
- Narr, Wolf-Dieter (2009): Fremderscheinung Solidarität in Zeiten globaler Konkurrenz. Eine kontrafaktische Spurensuche, in: Gerlach, Olaf/Hahn, Marco/Kalmring, Stefan/Kumitz, Daniel/Nowak, Andreas (Hrsg.): Globale Solidarität und linke Politik in Lateinamerika, Berlin, S. 105-130.
- Narr, Wolf-Dieter/Vack, Klaus (1983): Menschenrechte wofür? Entwurf einer menschlichen Praxis, in: Freiheit + Gleichheit. Streitschrift für Demokratie und Menschenrecht, Nr. 4, S. 93-130.
- Negt, Oskar/Kluge, Alexander (1973): Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt am Main
- Neusüss, Arnhelm (1968a): Einleitung, in: Jakubowski, Franz: Der ideologische Überbau in der materialistischen Geschichtsauffassung, hrsg. von Arnhelm Neusüss, Frankfurt am Main, S. I-XI.
- Neusüss, Arnhelm (1968b): Außerparlamentarische Opposition, in: Schoeps, Hanns Julius/Dannemann, Christopher (Hrsg.): Die rebellischen Studenten. Elite der

- Demokratie oder Vorhut eines linken Faschismus?, München, Esslingen.
- Offe, Claus (1980): Konkurrenzpartei und kollektive politische Identität, in: Roth, Roland (Hrsg.): Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen, Frankfurt am Main, New York, S. 26-42.
- Quijano, Aníbal (1981): Über die direkte Demokratie der Produzenten, in: Lateinamerika Jahrbuch. Analysen und Berichte, Nr. 5, S. 41-64.
- Rancière, Jacques (2010): Der Philosoph und seine Armen, Wien.
- Raschke, Joachim/Tills, Ralf (2008): Politische Strategie, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 21, Heft 1, S. 11-24.
- Reichelt, Helmut (2008): Neue Marx-Lektüre. Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Logik, Hamburg.
- Rochau, Ludwig-August (1972): Grundsätze der Realpolitik – angewandt auf die staatlichen Zustände Deutschlands, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt am Main, Berlin (West), Wien.
- Roth, Karl Heinz (1974): Die andere Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte Deutschlands, München.
- Sablowski, Thomas (2015): Die Etappenschwäche, in: Junge Welt vom 18.7.2015.
- Seibert, Thomas (2015): Plan A für das »dissidente Drittel«, in: Neues Deutschland vom 19.12.2015.
- Vester, Michael (1973): Solidarisierung als historische Möglichkeit, Materialien zur sozialistischen Theorie und Praxis (SOAK), Wunstorf.
- Vester, Michael (1974): Solidarisierung als historischer Lernprozess. Zukunftsperspektiven systemverändernder Praxis im neueren Kapitalismus, in: Krebs, Diethart (Hrsg.): Die hedonistische Linke. Beiträge zur Subkulturdebatte, Wien, S. 143-198.
- Wagner, Wolf (1976): Verelendungstheorie. Die hilflose Kapitalismuskritik, Frankfurt am Main.
- Wahl, Peter (2002): Wahl, Peter (2002): Die Zukunft ist plural. Quo vadis Globalisierungskritik?, in: iz3w. Blätter des Informationszentrums 3. Welt, Nr. 261, S. 16.
- Werlhof, Claudia von (1991): Was haben die Hühner mit dem Dollar zu tun? Frauen und Ökonomie, München.

Marcus Havel

Freie Radikale und Organische Intellektuelle im linken Mosaik

Überlegungen zu den Voraussetzungen kollektiver Handlungsfähigkeit und die katalytische Kraft der Spontaneität

»Ich empöre mich, also sind wir.«
Albert Camus

Die formlose Masse

Die Fragen, wie und wann Menschen sich politisieren und als Masse formieren, wie sie sich organisieren, wie sie kollektive Handlungsfähigkeit erlangen und die Gesellschaft verändern, sogar eine Revolution machen, sind alles andere als neu. Die Zusammenhänge wurden in der Bewegungsforschung auf vielfache Weise aufgeheilt, und die Strategien des Handelns wurden stets weiterentwickelt.

In ihrem populär gewordenen Streitgespräch über Sprache, Politik und Zugehörigkeit vermögen sich Judith Butler und Gayatri Chakravorty Spivak auf die Debatte nur cursorisch zu beziehen, als sei der Zusammenhang zerbrochen, und als lägen die Teile wie Trümmer auf dem Grund ihres Gedächtnisses, aus dem sie einzelne hervorholen und wieder zusammenfügen. Butler sagt über das Zustandekommen einer revolutionären Masse: »Wenn hier irgendwer zusammenkommt, um eine Revolution zu machen, dann deshalb, weil diese Leute gelitten haben und weil sie Kritik lautwerden ließen und weil sie aus verschiedenen Gründen aneinander gebunden sind und aufgrund einer Analyse und einer Geschichte Solidarität untereinander schafften.« (Butler/Spivak 2007: 77)

Man könnte das Zwiegespräch leicht als postmodernes, ironisierendes Gerede abtun, in dem es bloß noch darum geht, das Sprechen aufrechtzuhalten, ganz gleich, welchen Sinn es ergibt. Als ginge es bloß noch darum, mit abstrakten Begriffen, die vom Gesamtzusammenhang isoliert sind, um sich zu schmeißen und künstlichen Nebel aufsteigen zu lassen, um darin zu stochern. Als könnte man in der heutigen Zeit gar nicht viel mehr wissen als bloß, dass »irgendwer« sich für eine Revolution zu-

sammengefunden hat, wenn eine Revolution stattfindet. Über »diese Leute«, die sich zusammenfinden, ist dann offenbar nicht viel mehr Gemeinsames und Verbindendes zu sagen als bloß, dass sie Leid erfahren und »aus verschiedenen Gründen aneinander gebunden sind«. Sie geben ihrem Leid einen gemeinsamen und öffentlichen Ausdruck und lassen »Kritik lautwerden«. Sie haben zudem eine Analyse über den Zusammenhang des Leids und eine gemeinsame Geschichte; aus beidem erwachse Solidarität. Diese Vagheit, welche die Diskussion von Butler und Spivak charakterisiert, ist typisch für eine allgemeine Verunsicherung unserer Zeit: eine Unübersichtlichkeit, die sich in den Texten auch anderer zeitgenössischer Autor_innen – in der Spannweite von Gilles Deleuze und Felix Guattari über Ernesto Laclau und Chantal Mouffe bis hin zu Antonio Negri und Michael Hardt – findet: in deren Subjektkonstruktionen kollektiver Handlungsfähigkeit. Die Verunsicherung ist durch kollektive Handlungsunfähigkeit ausgelöst und schlägt sich in der Sprache nieder, die wiederum wie in einem Zirkelschluss die begrifflichen Zusammenhänge unsichtbar macht und auflöst, wodurch sich Handlungsunfähigkeit und Unübersichtlichkeit noch zusätzlich verstärken.

Wer zusammenkommt, um eine Revolution zu machen, hat sehr wahrscheinlich gelitten, aber das Leid ist nicht automatisch der Ausgangspunkt einer Politisierung, und eine Politisierung führt nicht automatisch zu einer Solidarisierung oder gar zur Revolution. Die kausal-konsekutive Formel »Ich habe gelitten, also empöre ich mich in der Öffentlichkeit und finde Andere, die mir Recht geben sowie sich mit mir solidarisieren und sich so ein Wir konstituiert, dass eine Revolution macht«, ist zu einfach gedacht und funktioniert nur aus der Retrospektive einer tatsächlich stattgefundenen Revolution. Auf jeder dieser Stufen, die dorthin führen, kann die Dynamik zum Erliegen kommen. Leid und Wut sind individuell und intim; sie finden zunächst eher im Privaten und schamhaft statt. Empörung wiederum muss in die Öffentlichkeit, wenn sie den Effekt der Solidarisierung sucht; sie muss die Scham überwinden, das Private verlassen und sich an die gängigen Artikulationsformen der öffentlichen Diskurse mehr oder weniger anpassen, das heißt, den Affekt zurücknehmen. Die Solidarisierung, die bloße Empörung in der Regel erfährt, ist unpolitischer Natur, kommt gleichsam auf der Grundlage von Emphase und Mimesis zustande. Das Wir, das hier entsteht, ist eine abstrakte und hochgradig ambivalente Gemeinschaft. Der Leidensdruck und die Empörung bringen zunächst nur Menschen als formlose Masse zusammen mit einem hohen Maß an Zufälligkeit, die zum Hauptfaktor der Strukturierung wird. So liegt das Hauptproblem darin, dass auf die-

ser Hochebene der Abstraktion auch das chauvinistische Erwachen einer rechten Bewegung oder eines ganzen Volkes erklärt werden kann.

Butler sagt mit George Sorel, dass »wir uns falsche Bilder von der Zukunft machen müssen, um zu radikalem Streik mobilisieren zu können, aber dass wir diese natürlich nicht verwirklicht haben möchten« (ebenda: 75). Das sei das »Versprechen des nicht zu Verwirklichenden« (ebenda). Ist Praxis demnach auf Ideologie (Lüge, Propaganda, übertriebene Narrative) angewiesen? Muss die Analyse übertreiben, damit der Funke zur Praxis überspringen kann? Wäre das nicht Alarmismus, gleichsam Demagogie, die Hand in Hand mit dem Autoritarismus geht, der die Menschen zum Handeln bewegen soll? Da die Theorie sich erst in der Praxis als wahr erweist (Karl Marx), liegt es im Interesse der Theorie, den Funken auf die Lunte selbst zu legen. Übertreibung ist daher ein Anliegen auch der Wahrheit selbst (vgl. Adorno 1994: 567): Um den Gedanken zur Wirklichkeit zu drängen, muss dieser emphatisch über sich hinaustreiben. Aber der Zweck heiligt nicht jedes Mittel. Viele Mittel entheiligen die Zwecke (Ernst Bloch). Lüge und Propaganda stehen nicht im Dienste der Wahrheit. Ein taktisches Verhältnis zur Wahrheit erschleicht sich allenfalls den Zusammenschluss der Einzelnen und ein gebündeltes, auf einen Fluchtpunkt konzentriertes kollektives Handeln, das aber von der Wahrheit bedroht ist und sich ebenso destruktiv auf den Zustand kollektiver Handlungsfähigkeit auswirken kann. Damit wäre also nicht nur nichts gewonnen, sondern alles verloren.

Allgemeine Ordnungskriterien des Handelns

Sich allgemeiner Ordnungskriterien des Handelns bewusst zu sein, erleichtert die Organisation kollektiver Handlungsfähigkeit auf wahrhaftiger Grundlage. Ohne Organisation besteht die Gefahr, dass soziale Bewegungen keinen nachhaltigen Charakter aufweisen und frühzeitig verpuffen oder in die falsche Richtung gehen.

Sprache ist das erste Ordnungskriterium für das Handeln

Das Handeln ist von der Sprache, das heißt von den Begriffen beeinflusst, die wir uns von den Verhältnissen durch die intelligible Verarbeitung von Erfahrung machen. Edward Sapir schreibt: »Die Menschen leben nicht allein in der objektiven Welt, noch leben sie allein in der Welt des gesellschaftlichen Handelns, wie gemeinhin angenommen wird, sondern sie sind sehr weitgehend in der Gewalt der jeweiligen Sprache, die sich

als Ausdrucksmittel ihrer Gesellschaft herausgebildet hat. Es ist ziemlich illusorisch zu glauben, dass man sich der Realität im Wesentlichen anpassen könne, ohne die Sprache zu gebrauchen, und dass die Sprache nur ein nebensächliches Mittel zur Lösung spezifischer Probleme von Kommunikation oder Reflexion sei. (...) Unser Sehen, unser Hören, unsere ganze Wahrnehmung ist in hohem Maße dadurch geprägt, dass die Sprachgewohnheiten unserer Gesellschaft eine bestimmte Auswahl von Interpretationen vorgeben.« (zit. n. Young 1997: 13) Das Handeln ist die Signifikanz des Wahrgenommenen, wobei die Sinne der Wahrnehmung selbst historisch geworden sind (vgl. MEW 40: 533ff.; Horkheimer 1937: 174); in ihnen sedimentiert sich Geschichtliches, wodurch also die Instrumente der Wahrnehmung selbst zu dynamischen Komponenten werden und folglich unser Handeln auf dynamische Weise beeinflussen.

Die Sprache ist ein wesentliches Ordnungskriterium für das Handeln. Die Reflexion auf die gemeinsame Sprache und die Verständigung auf allgemeine Begriffe (Theorie) orientiert das Handeln. In der Sprache und insbesondere in den Begriffen verdichtet sich die Geschichte der Menschen, mit anderen Worten: Die in der Sprache verdichtete Geschichte ist eine der vorgefundenen Bedingungen des Handelns, die es präformiert. Das Handeln ist eine Art doppelt dynamischer Signifikant, das heißt die Tat zum Begriff des Dings: Was der Begriff zum Ding, ist die Tat zum Begriff gemäß grammatisch und konventionell festgelegter Regeln der Sprache wie auch des Umgangs miteinander im Sinne einer gouvernementalen Ordnung der praktischen und theoretischen Diskurse. Dies hat zuweilen mehr mit Macht als mit Wahrheit zu tun. (vgl. Foucault 1991: 32; Nietzsche 1873)

Im Umkehrschluss bedeutet Sprachlosigkeit Geschichtsvergessenheit, Orientierungslosigkeit und Handlungsunfähigkeit. Sprachlosigkeit ist vor allem ein Erzeugnis von Zusammenhangslosigkeit, beziehungsweise der Defragmentierung des Zusammenhangs, das heißt der Herrschaftspraxis »gesellschaftlicher Produktion von Unbewusstheit« (Erdheim 1982). Von dieser Herrschaftspraxis des Stummmachens ist weitaus mehr als bloß die Subalterne betroffen, wie Spivak meint (vgl. Spivak 2007), sondern gleichsam alle, die in der Ordnung der Diskurse nicht an den Hebeln der Gestaltungsmacht sitzen, sondern durch diese repräsentiert und objektiviert werden.

Repräsentation bedeutet, den demokratischen Prozess auf halbem Wege seiner Realisierung wieder zum Erliegen zu bringen, weil sie eine pragmatische Variante der künstlichen Reduzierung eines Kollektivs auf ihre Stellvertreter_innen ist. Die repräsentative Demokratie bekommt

immer wieder Auftrieb, wenn die Kollektive zu groß und unübersichtlich werden, sodass die Einzelnen nicht gleichermaßen sprechen und selbstbestimmt handeln können, ohne eine übersteigerte und damit unübersichtlich werdende Polyphonie von Stimmen zu erzeugen. Denn mit der Größe der Kollektive nimmt auch die Heterogenität und Uneinigkeit zu, so dass sich als Reaktion darauf als erstes Friktionen und im zweiten Schritt, wenn dies nicht ausreicht, beziehungsweise die Friktionen zu zahlreich werden, Paternalismus und Autoritarismus herausbilden, die der »Involution« (Agnoli 1986: 10) der Demokratie Vorschub leisten, weil sie Befreiung vermöge des Stellvertreter_innenprinzips auf die symbolische Ebene des Kollektivs umlenken. Symbolische Befreiung bezieht sich dann nur noch auf das Kollektiv, nicht mehr real auf die Einzelnen des Kollektivs, die durch das repräsentative Prinzip für die Befreiung unfrei gemacht werden.

Herbert Marcuse schreibt: »Gegen die Sprache der brutalen Fakten und Ideologie besteht (...) die dialektische Logik darauf, dass die Sklaven *frei für* ihre Befreiung sein müssen, ehe sie frei werden können, und dass der Zweck in den Mitteln, ihn zu erreichen, wirksam sein muss. Marx' Satz, dass die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muss, stellt dieses Apriori fest. Der Sozialismus muss mit dem ersten Akt der Revolution zur Wirklichkeit werden, da er bereits im Bewusstsein und Handeln jener vorliegen muss, die die Träger der Revolution waren.« (Marcuse 1982: 61, Herv. i. O.) Befreiung heißt, sich der Sprache zur Vermittlung von Begriff (Theorie) und Handeln (Praxis) als Instrument der Orientierung zu bedienen. Missverständlich an Marcuses Satz ist wiederum allerdings der Begriff der Arbeiter_innenklasse als singuläres Großkollektivsubjekt, dessen Werk der Befreiung von keinem anderen übernommen werden könne. Gemeint ist aber nicht die Klasse, sondern die der Klasse zugehörigen Arbeiter_innen, die sich selbst befreien müssen. Mithin dürfen sie auch nicht durch eine paternalistische Avantgardepartei stellvertretend befreit werden, die am Ende verkündet, dass die Arbeiter_innenklasse befreit sei, auch wenn die einzelnen Arbeiter_innen davon nichts spüren. Das repräsentative und autoritär-paternalistische Prinzip ist – auch von linker Seite adaptiert – das Gegenteil emanzipatorischer Praxis.

Daher muss Befreiung – genauer – das Werk der einzelnen Subjekte selbst sein, das durch keine Stellvertreter_innen übernommen werden kann. Es ist so, wie Hegel bereits in der »Phänomenologie des Geistes« schrieb: Selbstbewusstsein ist das Resultat eines Kampfes auf Leben

und Tod, der durch niemand anderen für einen selbst ausgefochten werden kann, ohne von dem Resultat der Befreiung: vom Selbstbewusstsein und dem aufrechten Gang abgeschnitten zu sein. (vgl. Hegel 1986) Diese Einsicht bewahrt als Impuls des Eigensinns, sich das eigene Sprechen nicht zu versagen, also Skepsis und Distanz vor den paternalistischen und autoritären Organisationskonzepten vor allem des Marxismus-Leninismus.

Bei Klaus Holzkamp findet sich hinsichtlich dessen ein interessanter Gedanke, der auf eine tiefe Skepsis der Möglichkeit selbstbestimmter Handlungsfähigkeit von Großkollektiven hindeutet, gegen die er seine Kritische Psychologie, die auf die Handlungsfähigkeit des einzelnen Subjekts zielt, wendet. Er schreibt: »[Weil sich] die individuellen Subjekte (...) nur als ›unselbständige Teilmomente‹ assoziieren können, wird das ›gesellschaftliche Subjekt‹ den individuellen Subjekten quasi als eine ›fremde Macht‹ außerhalb ihrer selbst gegenübergestellt. Damit werden sie als individuelle Subjekte nur so weit bzw. in den Aspekten erkannt und anerkannt, wie bzw. in welchen sie unmittelbar in Partizipation am gesellschaftlichen Subjekt aktiv sind, sich am gemeinsamen Kampf beteiligen o.ä. (...). So wäre (...) Unreduzierbarkeit ›je meiner‹ subjektiven Welt- und Selbstbefragung (in der allein die erste und letzte Rechtfertigung meiner Beteiligung am politischen Kampf liegen kann) verleugnet.« (Holzkamp 1984: 27) Die »fremde Macht« des Kollektivs, der sich die Einzelnen gegenüberstehen sehen, erscheint wie eine Absage an die emanzipatorische, selbstbestimmte Handlungsfähigkeit großkollektiver Subjekte. (vgl. Süß 2015: 95) Die Unselbständigkeit wird den Einzelnen als stahlhartes Gehäuse der Unbeweglichkeit mit der repräsentativen Organisationsform auferlegt. In einer repräsentativen Organisationsform tritt das Kollektiv dem Einzelnen notwendig als eine fremde Macht – ja als reale Fiktion – gegenüber: als metaphysische, hypostasierte Dinglichkeit, die keinen anderen Subjektcharakter als den der Führung hat und alle Repräsentierten zu Objekten macht und vermöge der verliehenen Autorität die unter die immanente Disziplin Unterworfenen instrumentalisiert.

Nur durch paternalistische Autorität, die den Einzelnen entmündigt und sprachlos macht, scheint es eben möglich zu sein, ein kollektives Subjekt auf Grundlage des repräsentativen Prinzips sprechen und handeln zu lassen. Die Frage ist, ob es eine Alternative dazu auf der Ebene des Handelns oder nur des Nicht-Handelns (Verweigerung von Politik) gibt? Die Repräsentation ist jedenfalls die Grundlage des Verkehrten. Die Aporie der Emanzipation, die sich durch die Repräsentation des Sprechens und

Handelns ergibt, führt notwendig in der Praxis in die Krise, das heißt zu Konflikten, Streit um die Demokratisierung der Strukturen oder in die Apathie und Absence von der Politik.¹

Wann immer jemand in einem System der Repräsentation, etwa dem demokratisch verfassten Nationalstaat, das »Wir« im Munde führt, werden viele betrogen und belogen. Butler schreibt: »Ich denke, Selbstbestimmung ist ein von Nationalismus, vom Nationalstaat unterschiedenes Konzept. Selbstbestimmung kann manchmal die Form annehmen, eben nicht nach dem Staat, sondern nach anderen Formen regionaler Autorität zu verlangen, die das Territorium denationalisiert, so dass man zu sehr verschiedenen Ansätzen gelangt. Selbstbestimmung kann eine Deformation von Souveränität sein, Selbstgesetzgebung eine Deformation von Souveränität, was nicht dasselbe ist wie jenes Verfahren der Souveränität, das nach Belieben deportiert oder Rechte vorenthält. Mir scheint, als müssten wir dieses Konzept miteinander etwas sorgfältiger in Augenschein nehmen.« (Butler/Spivak 2007: 70)

Wir können nur für uns selbst sprechen. Aber »Ich« zu sagen, ist ebenfalls kein einfacher Akt der Souveränität oder Autonomie. Das Ich ist auch nicht Herr im eigenen Haus (Sigmund Freud). Wenn das Ich spricht, ist es von der gesellschaftlichen Instanz des Über-Ichs und dem triebhaften Unbehagen kreuz und quer geleitet. Es gibt kein natürliches Ich. Wo Ich ist, ist immer schon Gesellschaft (Wir). Wer täuscht sich also nicht, wenn er das Wir nicht im Munde führt?

Geschichte ist das zweite Ordnungskriterium für das Handeln

Marx schreibt im »18. Brumaire« (MEW 8: 559), dass die Menschen ihre Geschichte selbst machen – allerdings unter vorgefundenen Bedingungen. Damit ist Geschichte ein wesentliches Ordnungskriterium für das Handeln. An diesen Gedanken schließen sich zentrale Fragestellungen mit Blick auf kollektive Handlungsmöglichkeiten an: Was sind die gesellschaftlichen und materialistischen Voraussetzungen für kollektive Handlungsfähigkeit?

Die Räume des Handelns sind abstrakt durch die Verhältnisse vorstrukturiert. Das macht sich an den Bedingungen der Möglichkeit von wirkmächtigen Handlungen fest. Es gibt Handlungsspielräume und Hand-

¹ Zur Krise des Signifikanten (Basis, *demos*), das heißt dem Vorrang des Signifikanten (Führung, Leitung, Eliten) als Ursache der Krise der Repräsentation, in der sich der Signifikant gegenüber dem Signifikaten verselbständigt, siehe auch den anderen Beitrag von mir in diesem Band.

lungsspielzeiten – zum Beispiel den fordistischen und integralen Raum der Zivilgesellschaft, in dem eine organisierte Arbeiter_innenklasse handelt; den globalisierten Raum, der kein einziges Machtzentrum mehr kennt und in dem eine *Multitude* handelt (vgl. Negri/Hardt 2004); den neoliberalen Raum, der sich flexibilisiert und diversifiziert, in dem ein pluralisiertes *Mosaik* handelt (vgl. Urban 2009); den postdemokratischen Raum, der privatisiert ist und überwacht wird, um Handeln zu unterbinden.

Die Räume sind durch den jeweiligen Ort und die spezifische Zeit vorstrukturiert. Räume können an einem Ort ganz unterschiedlich entwickelt sein und, insbesondere in der Globalität, eine Gleichzeitigkeit von Ungleichzeitigkeit und Ortsindifferenz aufweisen, das heißt mit unterschiedlichen, gleichgültigen Praxen, Strategien, Organisations- und Handlungslogiken verbunden sein, die das Zusammenkommen als erweitertes Kollektiv, etwa als plurales Mosaik auf internationaler Ebene, erschweren. Insbesondere zwischen dem postfordistischen, postbürgerlichen und postdemokratischen, spätkapitalistischen *global north* und dem überwiegend noch fordistischen, autoritär kapitalistischen *global south* ergeben sich Schwierigkeiten der Verständigung zu Organisations- und Handlungslogiken aufgrund der aus den unterschiedlichen Gesellschaftsformationen resultierenden Entgegensetzungen politisch-ökonomischer Subjektkonstitution.

Hier schließt sich eine weitere Frage an: Wie bestimmen die Verhältnisse die Handlungsfähigkeit großkollektiver Subjekte und die Weise des Handelns? Die Subjekte sind wie die Räume des Handelns auch durch die Verhältnisse abstrakt vorstrukturiert. Zum einen lernen sie, ihr Handeln formal und inhaltlich im vorgegebenen Raum an die Bedingungen des Handelns anzupassen. Zum anderen sind sie aber auch auf diese bestimmte Weise als Subjekte strukturiert. Hieraus ergibt sich die Objektivität des Subjekts, das immer erst im zweiten Schritt die Notwendigkeiten zu durchbrechen und Objektivität auf subjektive Weise umzugestalten vermag. Allerdings schreiben sich noch in jeden subjektiven Widerstand die Bedingungen der Herrschaft, gegen die opponiert wird, ein, sodass sie sich zugleich perpetuieren: »Die Unfreien erstreben die Freiheit, wie der bestehende Zustand sie definiert.« (Schweppenhäuser 1986: 19) Es gibt demnach keine nicht-verunreinigte Praxis, die unabhängig von den Räumen, gleichsam »unter dem freien Himmel« (Benjamin 1955: These XIV) in das ganz Andere springen könnte. Revolution und allgemein politische Praxis sind vielmehr ein dialektischer Prozess aus bestimmten Negationen: notwendig widersprüchlich, beziehungs-

weise sich fortwährend in Widersprüche verwickelnd. Das Handeln ist immer durch das Bestehende zugleich kontaminiert und das Bestehende kontaminierend, aber auch von Kontamination sich befreiend. Es gibt keine politische Praxis, bei der die Hände sauber bleiben oder man mit Cutaway und Zylinder über den Wolken schwebt; sie ist stets nur als ein Handeln zu denken, das durch das *gesellschaftlich notwendig falsch Bestehende* – das ist die Ideologie des gesellschaftlich notwendig verkehrten Bewusstseins (Marx), die in die Verhältnisse eingesickert ist – ideologisch konstituiert wird. (vgl. Hawel 2014: 16ff.)

Wir müssen also mit einem veränderten Ideologiebegriff umgehen: Die Ideologie zieht in die Verhältnisse ein. Sie ist nicht mehr bloß Rechtfertigung (*idola fori*, Francis Bacon), der Synkretismus aus Richtigem und Falschem, die sich in den geistigen Erzeugnissen durch Kritik voneinander scheiden lassen, oder gesellschaftlich notwendig verkehrtes Bewusstsein, das sich aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen ableitet (Marx). Die in diesem Sinne ideologische Praxis der Menschen und Institutionen schafft ideologische Produkte, das heißt ideologische Bedürfnisse und Verhältnisse. Die Kritische Theorie hat mit dem Begriff der Kulturindustrie den umfassenden Mechanismus der systematischen Ideologieproduktion theoretisch erfasst: einen »Zirkel aus Manipulation und rückwirkendem Bedürfnis« (Horkheimer/Adorno 1988: 129). Ideologische Verhältnisse – nicht nur deren ideologische Widerspiegelung – schaffen eine zunehmende Verstrickung in ideologische Praxis. (vgl. Hawel 2015: 337ff.)

Das ist eine erweiterte historisch-materialistische Ableitung aus dem Marxschen Ideologiebegriff. Auch Antonio Gramsci kam zu einem ähnlichen Ergebnis, allerdings vereinseitigte er den Ideologiebegriff auf recht undialektische Weise, weil er die Vorstellungswelt zugunsten gesellschaftlicher Praxis verlässt, statt sie miteinander zu vermitteln: »Indem Gramsci die gesellschaftliche Ordnung nicht als Ergebnis manipulativer Strategien der Herrschenden im Sinne eines falschen Bewusstseins oder aus der Form kapitalistischer Warenproduktion und dem ›Fetischcharakter der Warenwelt‹ erklärt, bricht er mit einer bedeutenden marxistischen Traditionslinie seiner Zeit. Terry Eagleton formuliert diesbezüglich die Einschätzung, dass Gramscis Ansatz einen Übergang markiert ›von Ideologie als System von Vorstellungen zu Ideologie als gelebter, habitueller, gesellschaftlicher Praxis – die vermutlich die unbewussten, unartikulierten Dimensionen gesellschaftlicher Erfahrung ebenso umfasst wie formelle Institutionen.« (Süß 2015: 36; vgl. Eagleton 2000: 136)

Mit dieser Einebnung des Ideologiebegriffs kann Gramsci den Übergang der Ideologie vom Geistigen zur Praxis und den Grund, warum die Ideologie in die Verhältnisse einsickert, nicht ausreichend erklären. Es ist nämlich die Praxis als ideologisches Handeln, die hier zwischen Wille und Vorstellung und der Welt selbst vermittelt in einem infinitesimalen Zirkelschluss: Das gesellschaftlich notwendig verkehrte Bewusstsein handelt ideologisch und reproduziert damit ideologische Verhältnisse auf erweiterter Stufenleiter. Es tut dies auf der Basis vorgefundener, das heißt bestehender Verhältnisse, die bereits ideologischen Charakter aufweisen. Mit anderen Worten: Praxis besteht gesellschaftlich notwendig in Form von Ideologie; sie reproduziert, verstetigt, vertieft und erweitert ideologische Verhältnisse; sie ist lediglich zu einem gewissen Umfang zugleich eine von Ideologie befreiende Praxis, gerade weil die Menschen ihre Geschichte selbst machen, aber nicht aus freien Stücken, sondern unter vorgefundenen Bedingungen. Dieser komplexe Zusammenhang stimmt mit Hegels dialektischem Begriff der Aufhebung überein, die stets zugleich konkrete Bewahrung, bestimmte Negation und qualitativen Sprung bedeutet. Das Negierte ist das, wovon Praxis sich befreit; das Aufbewahrte ist jenes, welches Praxis perpetuiert; und das Neue ist ein Synkretismus aus dem Aufbewahrten und Produzierten.

Wie man Handeln in einem gewissen Umfang freier von seinen Voraussetzungen machen kann, ist eine zentrale Frage, die dazu führen muss, sich mit diesem erweiterten Ideologiebegriff eingehender zu beschäftigen, damit kollektives Handeln weniger durch Herrschaft, das heißt die Herrschenden und das Vorherrschende präformiert, eingegrenzt, kanalisiert, neutralisiert, instrumentalisiert oder unterbunden wird. Hierzu zählt auch die Frage, wie sich die Praxis der Herrschenden, die in ähnlichem Maße durch den vorstrukturierten Raum, die Schwerkraft des Bestehenden, konstituiert wird, im Zuge des gesellschaftlichen Wandels verändert und Räume der Handlungsmöglichkeit beeinflusst, beziehungsweise wie Handelnde (vor)bewusst ihr Handeln als politische Strategie der Praxis konzeptionieren. Theorie dient – so hat es den Anschein – selten noch bewusst der Orientierung des Handelns, sondern wird zur politischen Prosa der legitimierenden Narrative herabgesetzt, wodurch die Praxis zur Taktik wird und ihre Weitsichtigkeit und Umsichtigkeit verliert, der kurzsichtigen Realpolitik und den vermeintlichen Sachzwängen Vorschub leistet. Damit verstärkt sich die kollektive Handlungsunfähigkeit. Das Leiden dirigiert in der Folge – da es sich nicht mit Theorie vermittelt – mehr oder weniger unmittelbar das Handeln; es ist aber kein Ordnungskriterium des Handelns, sondern ein Gefühl, das

mit den Affekten und Instinkten des Menschen unmittelbar kommuniziert, mithin die »Revolte der Natur« (Horkheimer 1985: 93ff.), das heißt unbewusste Handlungsfähigkeit auf höchst gefährliche Weise zu befördern vermag.²

Kontingenz ist das dritte Ordnungskriterium für das Handeln

Das akzidentelle Ereignis, das katalytische und konstruktive Kraft zur kollektiven Politisierung besitzt, spielt in der Konstituierung kollektiver Handlungsfähigkeit die tragende Rolle des Anstoßes. Solche katalytischen Ereignisse lassen sich meistens nur im Nachhinein benennen, oder sie sind von solch substanzieller Durchschlagskraft wie der Unfall von Tschernobyl 1986, die Auflösung der bipolaren Weltordnung 1990/91, der terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 oder die Finanzkrise seit 2007, sodass sie hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Welt über jeden Zweifel erhaben sind. Man sieht den Ereignissen ihre Tragweite an, weil sie auf einer historischen und geschichtlichen Kontinuitätslinie wie ein Blitz einschlagen und durch ihre Wucht den Zusammenhang des historischen Kontinuums nachhaltig verändern. Dieses Kraftfeld des mehr oder weniger akzidentellen Ereignisses im historisch-geschichtlichen Kontinuum muss stark genug gegenüber der Schubkraft der historischen Zeitläufte sein, die als Tradition für gewöhnlich den geschichtlichen Fortlauf gegen akzidentelle Politik entscheidend mitbestimmt, damit es als katalytisch gelten, das heißt sich die geschichtliche Richtung durch politische Praxis signifikant ändern kann. Damit hängt kollektive Handlungsfähigkeit maßgeblich auch von der Kontingenz der Ereignisse ab.

Das katalytische Ereignis öffnet im geschichtlichen Kontinuum ein Zeitfenster, in dem kollektives Handeln – sei es der Massen oder deren Repräsentanten – als Fortschreiten gegen Tradition und historische Tendenz möglich wird. Je schneller sich ein Zeitfenster wieder schließt, desto geringer ist die katalytische Kraft des Ereignisses gegenüber der Gravitation und Schubkraft der Historie gewesen. Die kollektive Handlungsmöglichkeit leitet sich demzufolge nicht nur aus dem Ereignis ab, sondern auch aus der Konstellation des geschichtlich vorstrukturierten Raumes (Ort und Zeit), in der es sich vollzieht. Hinsichtlich dessen sind Gegenkräfte in die Analyse kollektiver Handlungsfähigkeit miteinzube-

² Wie versuchen kritische Intellektuelle die (vor)bewussten Konzepte kollektiven Handelns durch Kritik zu stabilisieren und zu justieren? Ist das überhaupt möglich, oder bewegen wir uns hier den Grenzen der Aufklärung zu?

ziehen, da sie den Verlauf nonlinear und polykausal machen (List/Ironie der Geschichte). Die Brüche und Kursänderungen erscheinen erst aus der Retrospektive sinngebend linear – als naturwüchsige Entwicklung.

Viele Zeitfenster schließen sich wieder, ohne dass mögliches Handeln zu wirklichem Handeln überging (vertane Chancen). Dort, wo die Chancen genutzt werden, führen sie beinahe aus Notwendigkeit zu sozialen Bewegungen oder deren Erneuerung: die Umwelt-, Friedens- oder auch die globalisierungskritische Bewegung haben auf diese Weise in den vergangenen Jahrzehnten Auftrieb bekommen. Katalytische Ereignisse können gleichsam soziale Bewegungen initiieren; aus ihnen speisen politische Akteure Motivationen für die Verallgemeinerung von Handlungsmotiven – sei es aus persönlicher Betroffenheit und Befangenheiten oder aus politisierbaren Affekten und Reflexionen.

Katalytische Ereignisse sind also tragfähige Ereignisse, die etwas substanziell Neues anstoßen können, das einen nachhaltigen Effekt auf die Welt hat. Sie werden zu historischen Knotenpunkten, wo die Dinge in eine lebendige Bewegung geraten und kulminieren (vgl. Negt/Kluge 1992: 18; Hawel 2007: 28ff.), das heißt sie werden zu Weichen an Kreuzungen oder Gabelungen, wo die Linie ihre Ausrichtung verändert. In diesen Knotenpunkten verdichtet sich die Dialektik von Allgemeinem und Besonderem.

Ein *linkes Mosaik* als emanzipatorisches Gestaltungsprojekt sollte sich auf ein umfassendes Thema und den Gesamtzusammenhang konzentrieren. Dieses besondere stoffliche Moment (Telos) ist Voraussetzung für die Motivierung der einzelnen Akteur_innen des Mosaiks, und es bündelt die Wirkmacht. Das Thema aber ist nicht beliebig zu wählen. Es generiert sich nur als eines, das über jede individuelle und vereinzelte Betroffenheit oder Befangenheit hinausgehend verallgemeinerbar ist. Weder allein Moral, noch Mitleid, sondern Einsicht in die Notwendigkeit schafft es, in den fortgeschrittenen Industriegesellschaften die Voraussetzungen für eine kollektive Praxis im Sinne »organischer Solidarität« (Durkheim 1992) zu generieren. Das Thema ist also bereits durch die langen Linien vorhanden; es wird entsprechend auch nicht ausgesucht, sondern entdeckt, indem es als allgemeine oder besondere Wirklichkeit zum Gedanken drängt. Das Katalytische an dem Ereignis, welches einen Knotenpunkt auf der Linie setzt, besteht darin, dass es die Einsicht in die Notwendigkeit massenwirksam befördert.

Die Reorganisation einer pluralen Linken hin zu kollektiver Handlungsfähigkeit als *linkes Mosaik* muss dieses Zusammentreffen eines kataly-

tischen Ereignisses mit der Einsicht in die Notwendigkeit im Blick haben, da es darauf ankommt, innerhalb eines bestimmten Zeitfensters zu handeln, zuvor die entsprechenden Narrative auszubilden und als Massenvehikel zu kolportieren, also auf Handlungsspielzeiten vorbereitet zu sein. Weil die Reorganisation kollektiver Handlungsfähigkeit ein langer und schwieriger Prozess ist, ist es wichtig, dass Zeiten dafür genutzt werden (Bildungs- und Theoriearbeit), in denen nichts Katalytisches vor sich geht. Ein linkes Mosaik muss demnach wandlungsfähig und spontan sein, das heißt sich permanent weiterbilden.

An den historischen Wende- und Knotenpunkten entlang der langen Linien gelangen mithilfe der ausgebildeten Narrative massenwirksam die Wirklichkeit zum Gedanken und der Gedanke zur Wirklichkeit. Das Reaktionsvermögen kollektiver Subjekte, wie ein *linkes Mosaik*, erhöht sich und lässt sich in Aktionsvermögen steigern, je besser das *exemplarische Prinzip*, welches auf das Allgemeine im Besonderen zielt (vgl. Negt 1971: 112f.), erfasst ist. Daher ist es von Vorteil, wenn das »exemplarische Lernen« in den Theorie-Praxis-Gruppen des *linken Mosaiks* als Lernmethode verankert ist. Das exemplarische Lernen als soziologische Denkweise hält mit der Dialektik zwischen Allgemeinem und Besonderem »Aufnahmestrukturen« für das Wahrnehmen und Begreifen der Wirklichkeit als Lernerfolg bereit, so dass die »Schulung der soziologischen Denkweise« zu einer »selbständige[n] Aneignung und Verarbeitung von Informationen« (ebenda), das heißt zur verlässlichen Orientierung für das Handeln nach den eigenen oder verallgemeinerten Interessen führen kann.

Mit diesen Aufnahmestrukturen wird es auch möglich, eine lange Linie nicht nur als historische aus der Retrospektive, also mit Blick in die Vergangenheit, zu rekonstruieren (Reaktionsvermögen), sondern gleichsam auch mit Blick nach Vorwärts in die Zukunft als konkret utopische zu konstruieren (Aktionsvermögen). Wenn dies als »radikale Realpolitik« verstanden werden würde, wäre das gegenstandsadäquat. Verlängerungen der Linien in die Zukunft sind allerdings zunächst nur Projektionen, die sich auf die historische Schwerkraft der Tradition und das Reaktionsvermögen kollektiver Akteure verlassen. Es sind Prognosen mit relativer Wahrscheinlichkeit, nach denen die Rechnungen in der Zukunft aufgehen werden – oder aber durch weitere unvorhersehbare katalytische Ereignisse (Kontingenz), die neue Knotenpunkte auf der Linie setzen und wodurch sich die Richtungen im Gravitationsfeld von Tradition und Geschichte abermals ändern können und durchkreuzt werden.

Die Reflexion und Internalisierung der Implikationen dieser drei allgemeinen Ordnungskriterien für das Handeln reichen noch nicht aus, um sichergehen zu können, dass sich kollektive Handlungsfähigkeit auch auf konkret utopische oder radikal realpolitische Weise entwickelt. Auf den realen Praxisfeldern bedarf es schließlich der Kohärenz- und Kongruenzarbeit der organischen Intellektuellen (Gramsci) in den Gruppen, um das nötige Maß an Homogenität und Ausrichtung auf eine allgemeine Theorie und Programmatik zu erreichen.

Zur Kohärenzarbeit der organischen Intellektuellen

Der organische Intellektuelle bewegt sich mit seiner Tätigkeit zur Herstellung von Kohärenz in den politischen Gruppen und Organisationen (vgl. Niggemann 2014: 210ff.; Süß 2015: 50ff.; Merckens 2007: 170) zwischen den drei Ordnungskriterien des Handelns: Er spricht die besondere Sprache der Akteursgruppe und wirkt auf sie durch politische Bildung ein. Er kennt die ortsbezogene Geschichte, die durch Sozialisation und Lernprozesse ihm inkorporiert ist und die ein Gravitationsfeld der Tradition mit magnetischer Schubkraft darstellt, wodurch sich das Handeln stets innerhalb eines bestimmten, determinierten Feldes bewegt, das ihm vertraut ist und das er aus sich heraus zu reproduzieren vermag, wenn er den Ort wechselt. Er reagiert zudem mit einem gewachsenen Sensorium aus Erfahrung, Wissen und Mentalität auf kontingente Ereignisse rekonstruierend wie ein zeitgenössischer Ortskundiger; er wird auch an anderen Orten durch Projektion schnell mit der neuen Lage vertraut und bewegt sich wie ein Fisch im Wasser.

Der begriffliche Zusammenhang des organischen Intellektuellen muss heute allerdings in gewisser Hinsicht anders gefasst werden als bei Gramsci selbst. Der Neogramscianismus, welcher die Begrifflichkeiten ohne Veränderung in die heutige Zeit überträgt, stellt jedenfalls ein Problem dar: Er ist allzu oft das Theorie-Praxis-Asyl für die Anhänger_innen eines delegitimierten Leninismus. Ist der Leninismus erst einmal delegitimiert, verstecken sich seine Anhänger_innen hinter Gramsci und wachen über die vermeintliche Werktreue. Der organische Intellektuelle wird bei Gramsci durch die politische Massenpartei ausgebildet, deren Organisationsstrukturen autoritäre Züge tragen. Die Partei bildet den »institutionellen Rahmen für die Organisation von subalternen Kräften« (Süß 2015: 53). Der »Raum für wechselseitige Lehr- und Lernverhältnisse, die darauf abzielen, ›die Regierten von den Regierenden

intellektuell unabhängig zu machen, eine Hegemonie zu zerstören und eine andere zu schaffen« (Süß 2015: 53; vgl. Gramsci 1991-2002: 1325), mochte zu Gramscis Zeiten noch durch die *Kommunistische Partei* geschützt werden müssen. Heute aber fällt dieser Rahmen eher als autoritärer Restleninismus negativ ins Gewicht. Denn die Intellektuellen müssen frei und unabhängig nicht nur von den Herrschenden, sondern auch von den Führenden in den Organisationen, insbesondere den Parteien, bleiben, die als Vehikel der Emanzipation aufgestellt sind, damit die solidarische Kritik und Opposition als Triebkräfte der innerparteilichen oder -institutionellen Demokratie erhalten bleiben. An dieser konkreten Schnittstelle muss also Gramsci zugunsten Rosa Luxemburgs »Freiheit des Andersdenkenden« weichen. Denn Gramsci scheint zur Herstellung linker Hegemonie oder Gegenhegemonie dieselben Mittel recht gewesen zu sein, die auch zur Herstellung kapitalistischer, bürgerlicher oder rechter Hegemonie verwendet werden. Bei ihm heißt es zum Verhältnis von Herrschen und Führen: »[Die hegemoniale Gruppe; MH] ist führend gegenüber den verbündeten Klassen und herrschend gegenüber den gegnerischen Klassen. Deswegen kann eine Klasse, bereits bevor sie an die Macht kommt, ›führend‹ sein (und muss es sein): wenn sie an der Macht ist, wird sie herrschend, bleibt aber auch weiterhin ›führend‹.« (Gramsci 1991-2002: 101f; vgl. Süß 2015: 35ff) Dies ist für heutige Verhältnisse und die organische Zusammensetzung der Zivilgesellschaft zu mechanisch und affirmativ gedacht. Die Zivilgesellschaft wird zu sehr von der Seite des politischen Staates, das heißt aus der antizipierten Herrschaftsperspektive ausgelegt, was darauf hinweist, dass auch der Gramscianismus sich allzu sehr von Macht affizieren lässt und womöglich die emanzipatorischen Ziele aus dem Blick verliert, wenn er einmal auf den Kommandohöhen der staatlichen Herrschaft angelangt ist. Hinzukommt, dass Gramsci das umkämpfte politische Terrain der Zivilgesellschaft zu militärisch konnotiert hat (»Kasematten«, »Stellungskrieg« usw., siehe Gramsci 1991-2002: 816; vgl. Süß 2015: 60; Niggemann 2014: 213). Mit einer solchen Vorstellung aus der Zeit des Ersten Weltkrieges, die sich in den Termini spiegelt, lässt sich heute eine faktische gegenseitige Durchdringung von Staat, Gesellschaft und Individuum nicht mehr begreifen, ohne an der Realität vorbeizusehen, und dies legt wie schon bei Lenin das Missverständnis nahe, man müsse den Staat frontal erobern, statt durch die Zivilgesellschaft kompensieren. Dabei hat vor allem Gramsci ja eine plausible Erklärung dafür geliefert, warum in einem integralen Staat gerade aufgrund der Rolle der Zivilgesellschaft eine frontale Revolution nicht gelingen kann. (Gramsci 1991-2002: 874) Die heutige Zivilgesell-

schaft hat durch die wechselseitige Durchdringung der jeweiligen Sphären als wesentlicher Bestandteil des integralen Staates an politischem Einfluss noch deutlich dazugewonnen – gerade dort, wo der Autoritarismus sich zurückgenommen hat und die gewachsenen Strukturen auf Anerkennung der Individuen beruhen. Diese Anerkennung allerdings mit dem Begriff der »pädagogischen Autorität« (Niggemann 2014) wiederum in den Zusammenhang der Kohärenzarbeit des organischen Intellektuellen zu stellen, wertet die Autorität – zwar Strukturelement nahezu aller bisherigen Gesellschaften und damit zentrale geschichtliche Kategorie (vgl. Horkheimer 1936: 357) – als Störfaktor der Entwicklung von demokratischen Verhältnissen wieder affirmativ auf und verharmlost ungewollt deren nicht harmlose Begleitfolgen.

Die Quintessenz der Kritik am Neogramscianismus ist diese: Gramsci müsste heute aus der Position als Mittler zwischen Luxemburg und Lenin verschoben werden in die Mittlerposition zwischen Luxemburg und einer libertären Richtung, wie sie etwa von Gustav Landauer vertreten wird. Dies erfordert eine Reinterpretation Gramscis auf autoritäts- und herrschaftskritische Weise. Aber auch Landauer und Luxemburg bleiben durch diese gegenseitige Vermittlung nicht dieselben. Sie müssen sich eben mit Gramsci an einen Tisch setzen, um einen theoretischen Konsens hinsichtlich kollektiver Handlungsfähigkeit auszuhandeln.

Sofern wir es bei der kollektiven Handlungsfähigkeit um die Anreicherung der Hegemonietheorie Gramscis auch durch die Kritische Psychologie von Klaus Holzkamp zu tun haben, sind hinsichtlich des organischen Intellektuellen zusätzlich nicht unerhebliche Probleme zu erwarten: Wenn zur Herrschaftsstabilisierung die »äußeren Zwänge, die immer wieder die subjektive Funktionalität/Begründetheit des Akzeptierens der Handlungsrestriktionen gefährden, (...) vom Individuum so verinnerlicht werden [müssen], dass ihr Ursprung in den Herrschaftsverhältnissen, mit denen man sich arrangieren will, ein für alle Male unsichtbar bleibt; d.h. dass die äußeren Zwänge in ihrer »Verinnerlichung« (als weiterer Spielart der »Psychisierung«) für das Subjekt von motiviert verfolgbaren Anforderungen nicht mehr unterscheidbar sein dürften« (Holzkamp 1985: 413; Süß 2015: 78), dann ist es Motivation der Kritischen Psychologie, diese Internalisierung von passiven Normen der Herrschaftsaffirmation wieder bewusst und rückgängig zu machen, um Widerständigkeit im Rahmen kollektiver Handlungsfähigkeit herzustellen. – Soweit befindet sich Holzkamps kritische Intention im Einklang mit der Arbeit des organischen Intellektuellen, insofern dieser die widerständigen Impulse bündelt und linke Kohärenz gegen die bürger-

liche Herrschaft herstellt. Ist aber einmal diese Kohärenz hergestellt und die bürgerliche Hegemonie erfolgreich durch eine linke Hegemonie ersetzt worden, das heißt die Linke beginnt allgemein zu herrschen, muss sich der Holzkampsche Impuls erneut mit dem Bedürfnis zu Wort melden, gegen die Zwänge der Verinnerlichung der mit der Kohärenz verbundenen passiven Normen wieder rückgängig zu machen. Der organische Intellektuelle könnte sich allerdings mit den Mitteln der »pädagogischen Autorität« dagegenstellen, weil er den Nonkonformismus dieses Mal als Gefahr für den Fortbestand linker Hegemonie ansieht. Jedenfalls lässt sich dies mit Gramscis Hegemonietheorie nur schwer vereinbaren. Oder aber es gibt eine leninistische Seite bei Holzkamp, die sich gegen die Generalisierbarkeit, also gegen dessen anarchische Seite richtet und damit zu verstehen gibt, dass der Zweck (linke Hegemonie) zu seiner Erhaltung Mittel heilige (Unterdrückung von Widerspruch), die zuvor zur Überwindung der bürgerlichen Hegemonie noch entgegengesetzt sanktioniert wurden. Der Widerspruch wird also umso stärker, je leninistischer sich der Neogramscianismus geriert und insofern während der Kohärenzarbeit in den Gruppen eben nicht nur auf Konsens, sondern auch auf (Identitäts-)Zwang, das heißt auf Kohärenz im Sinne Hegelscher Sittlichkeit gesetzt wird. Der Holzkampsche Impuls würde sehr schnell von den Verantwortlichen in den Institutionen als störender und den Zwang durchbohrender unbotmäßiger Eigensinn, der sich dem linken Identitätszwang widersetzt, empfunden werden.

Holzkamp ist in Wahrheit ein Pfahl im Fleische Gramscis, und die Kritische Psychologie müsste gegen ihre eigene Sympathie für den Leninismus verteidigt werden.³ Oder aber die Kohärenzarbeit des organischen Intellektuellen reicht zur Gewährleistung konkreter kollektiver Handlungsfähigkeit ohnehin noch nicht aus, weil der Holzkampsche Impuls durch einen anderen Charaktertypus als den organischen Intellektuellen besser verkörpert wird. Man kann in der heutigen Zeit jedenfalls seine Hoffnungen nicht mehr auf einen einzigen bestimmenden politischen Charaktertypus fokussieren, der es richten soll. Man hat lange Zeit einen vermeintlichen Widersacher ausgrenzt, der aber als notwendige

³ Mit der Politischen Psychologie von Peter Brückner und Alfred Krovoza in Kombination mit Paul Parins Überlegungen zu den Anpassungsmechanismen des Ichs und Mario Erdheims Ethnopschoanalyse hätte man allerdings auch eine einwandfreie Alternative zur Kritischen Psychologie und insbesondere zum Theorem »restriktiver Handlungsfähigkeit«, die sich jedenfalls Sympathien gegenüber dem Leninismus unverdächtig macht. (Vgl. Brückner 1981; Krovoza 1976; Parin 1977; Erdheim 1982)

Ergänzung zur Arbeit des organischen Intellektuellen auf das praktische Feld gehört, weil er für die Erhaltung der Beweglichkeit und Widerständigkeit des Mosaiks gebraucht wird: den *freien Radikalen*. Dieser ist für die Wandlungsfähigkeit des Mosaiks als das Nichtidentische von zentraler strategischer Bedeutung.

Die Unordnungsarbeit der freien Radikalen

In den Naturwissenschaften werden »Radikale« als funktionelle Gruppen bezeichnet. Die Chemie des 19. Jahrhunderts hatte den Begriff der Radikalen (Radix = Wurzel) aus der Geisteswissenschaft adaptiert und analog verwendet. Fruchtbar erscheint es, nunmehr den Begriff aus der Chemie für die Sozialwissenschaft zu entlehnen und in die Hegemonietheorie als antipodische Ergänzung zum organischen Intellektuellen einzuführen. Das ist nicht ganz einfach, denn in den Naturwissenschaften ist der Begriff pejorativ besetzt. In der Biologie gelten etwa »Freie Radikale« als gefährlich. Ihnen wird eine destruktive Wirkung nachgesagt, die sie in den Zellen eines Körpers entfalten, indem sie assoziative Modifikationen der organischen Substanz herbeiführen, die im schlimmsten Fall zum Absterben des Körpers oder zur Auflösung der organischen Organisation führen können (Schädigung, Hemmung, Oxidation, Weitergabe von Stoffen/Informationen, Provokation von unvorhersehbaren Ereigniskaskaden).

Freie Radikale sind instabil, weil sie eine offene Elektronenhülle haben (ungepaarte Elektronen). Daher – und das ist das Entscheidende, das positiv zu nutzen wäre – sind sie sehr reaktionsfreudig und hemmungslos, man könnte im übertragenen Sinne auch sagen: »neugierig« und »weltoffen«. Ihr ungepaartes Elektron ist gleichsam völlig »amoralisch« und »vorurteilsfrei«, ungebunden, ungesättigt, daher »lustvoll« und »phantasiereich«, mithin konstruktiv und destruktiv zugleich. Sogenannte *Radikalstarter* – das wären, wenn wir die Freien Radikale aus der Chemie in die Sozialwissenschaften übersetzen, die katalytischen Ereignisse – können bei Freien Radikalen entsprechende assoziative, »radikalische« Reaktionen in Gang bringen, die eine Ordnung außer Kraft setzen oder verändern. Mit anderen Worten: Die freien Radikale sind in der politischen Sphäre imstande, an den Knotenpunkten auf den langen Linien neue Wege einzuschlagen.

Es bedarf sicher einiger Überzeugungsarbeit in den politischen Organisationen, genau diese Eigenschaften der Unabhängigkeit und des

Eigensinns freier Radikaler als positive und notwendige Ergänzung anzusehen. Die freien Radikalen könnten in straffen und hierarchisch gebildeten Organisationen als Störfriede wahrgenommen werden. Sie sind aber diejenigen, die katalytische Ereignisse zum Anlass nehmen, nach vorne zu denken, während die organischen Intellektuellen in gewohnter Weise rekonstruieren. Durch ihre unbotmäßige und eigensinnige Widerständigkeit geben freie Radikale Impulse, die die innere Dynamik einer Institution oder Organisation zu bewahren helfen, während die organischen Intellektuellen versuchen, das Gebilde zusammenzuhalten, das heißt die Dynamik in eine stromlinienartige, lang-weilige Form zu bringen. Auf beide Pole kommt es an, um »Wechselstrom« zu erzeugen, damit die politische Praxis einer Gruppe, Organisation, Institution oder Bewegung sich weder verdinglicht, noch zerfasert.

Der freie Radikale ist also ein anderer Organisations- und Charaktertypus als der organische Intellektuelle. Während dieser sich der Disziplin einer Organisation unterwirft und sie durchsetzt, ist jener ein assoziativer – und in diesem Sinne kaum berechenbarer, das heißt nichtidentischer – Charaktertypus, der sich in funktionalen Gruppen temporär zusammenschließt (Kollaboratur)⁴ und gestalterisch einbringt. Sie sind wie die chemischen Radikale besonders reaktionsfreudig (reaktiv) und offen, aber von einem individualistischen, unabhängigen, schwer korrumpierbaren Standpunkt aus. Sie reagieren auf Ereignisse wie in einer biochemischen Reaktion aufgrund von Energiezufuhr mit Gestaltwandel und initiieren damit Veränderungsprozesse, bei denen Assoziationsketten, das heißt große, nicht selten auch »explosive« Energiemengen freigesetzt werden, die innerhalb einer Organisation also Paradigmenwechsel oder radikale Delegitimationsvorgänge und Anomalien auslösen können.

Bei Stuart Hall findet sich ein ähnlicher Gedanke hinsichtlich freier werdender Energie beim Zusammenprall verschiedener Identitäten. Er sagt: »[W]enn Sie mich fragen, ob die Identitäten gleich bleiben, wenn sie in Netzwerken aufeinanderstoßen, so kann ich nur sagen, dass sie nie gleichgeblieben sind, und sie werden auch durch die Vernetzungen nicht gleich bleiben. (...) Jedes Mal, wenn du jemand anderem begegnest, änderst du dich – das ist das, was ich das »unvermeidliche In-Beziehung-Treten mit dem anderen« nenne. (...) Aber Identität bedeutet

⁴ Siehe den Aufsatz von Ronald Höhner und ergänzend die Überlegungen zum Konzept eines verknüpfenden Aktivismus in dem Beitrag von Stefan Kalmring in diesem Band.

auch, die Geschichte zu kennen, wie man in die verschiedenen Beziehungen hineingeraten ist. (...) Wenn ich über Hybridität spreche, spreche ich nicht über so eine Art Fruchtsalat. Ich spreche über die fundamentale Nicht-Singularität.« (Hall 2001) Dies gilt vor allem für die freien Radikal_innen: Identitäten verändern sich durch Kontakt mit dem Nicht-identischen.

Wenn sich freie Radikale assoziieren, dann sprudeln die Funken; es wird warm und bunt im großen grauen Raum. Es setzt sich immer Energie frei, wenn freie Radikale sich zu neuen Verbindungen zusammensetzen. Ihre eigenen Organisationen sind derart instabil, weil sie auf jede kleinste Veränderung der Umwelt bereits mit einer Reformulierung ihrer Assoziation reagieren. Sie sind im Gestaltwandel schneller als der Wind, nach dem sie sich bewegen, und reaktionsfreudiger als das Licht, das ihnen die Energie für ihre radikalen Reaktionsbildungen gibt. In stabilen Organisationen erweist sich diese Eigenschaft als besondere Stärke für den *dynamischen* Fortbestand der Organisation. Keine Minerva könnte sich jedenfalls eine muntere und ausgeschlafenerere Eule halten als freie Radikale, die sich angstfrei ihrer Identität entledigen und jeden Kontakt, jede Begegnung mit anderen Menschen als kreativen Anstoß der Selbstüberschreitung und Veränderung begreifen, sich vorübergehend assoziieren und unbeschadet, aneinander und miteinander bereichert, wieder entbinden. Solche anarchischen Bindungen und Gebilde haben den Vorteil, dass sie wirklich kein Zentrum haben, durch keine Autorität gebunden oder gar unbeweglich gemacht werden können. Sie sind gleichsam Wechselbälge, die sich aus jeder Schelle lösen können. Sie schützen einen Organismus vor der Verdinglichung, indem sie die radikale Freiheit des Zusammenschlusses beanspruchen und veraltende und petrifizierende Autoritäten reflektieren und abstoßen.

Der gesellschaftliche Transformationsprozess bedarf einerseits einer stetigen und beständigen Organisation, um für Kontinuität und Bestand zu sorgen. Damit man nicht immer wieder von vorne anfangen muss und damit Lernprozesse nicht in Verlernprozesse umschlagen, müssen Wissen und Erfahrung von einer Generation zur nächsten weitergegeben werden. Aber diese Organisationen dürfen andererseits keine allzu homogenen und unbeweglichen Identitäten aufweisen. Sie müssen lernen, die Dialektik des Nichtidentischen, negative Dialektik (Adorno), zu hegen und die Verbindungstüren im linken Mosaik für freie Radikale zu öffnen. Arbeiten wir also daran, dass die Chemie zwischen organischen Intellektuellen und freien Radikalen stimmiger wird.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1994): *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, Frankfurt am Main.
- Agnoli, Johannes (1986): *Die Transformation der Demokratie*, in: Johannes Agnoli, Peter Brückner: *Die Transformation der Demokratie*, Frankfurt am Main.
- Benjamin, Walter (1955): *Über den Begriff der Geschichte*, in: *Schriften*, Bd. 1, Frankfurt am Main.
- Brückner, Peter (1981): *Zur Sozialpsychologie des Kapitalismus*, Hamburg.
- Butler, Judith/Spivak, Gayatri Chakravorty (2007): *Sprache, Politik, Zugehörigkeit*, Zürich.
- Durkheim, Émile (1992): *Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften*, Frankfurt am Main.
- Eagleton, Terry (2000): *Ideologie. Eine Einführung*, Stuttgart.
- Erdheim, Mario (1982): *Die gesellschaftliche Produktion von Unbewusstheit. Eine Einführung in den ethnopsychoanalytischen Prozess*, Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel (1991): *Die Ordnung des Diskurses*, Frankfurt am Main.
- Gramsci, Antonio (1991-2002): *Gefängnishefte, kritische Gesamtausgabe*, Bd. 1-10, Berlin, Hamburg.
- Hall, Stuart (2001): »Turn identity inside out!« (Interview), in: *kulturrisse. Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik*, Nr. 02, URL: <http://kulturrisse.at/ausgaben/022001/oppositionen/turn-identity-inside-out> (Letzter Zugriff: 09.03.2016).
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2004): *Multitude. Krieg und Demokratie im Empire*, München.
- Hawel, Marcus (2007): *Die normalisierte Nation. Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik in Deutschland*, Hannover.
- Hawel, Marcus (2014): *Ideologie und Kritik im flexibilisierten Kapitalismus*, in: *Kritik des kritischen Denkens, Denknetz Jahrbuch*, Zürich, S. 8-22.
- Hawel, Marcus (2015): *Immanente Kritik und politische Praxis. Stichworte zum methodischen Verfahren Kritischer Theorie*, in: *Work in Progress. Work on Progress, Beiträge kritischer Wissenschaft, Jahrbuch 2015*, hrsg. v. Marcus Hawel und Herausgeber_innenkollektiv, Hamburg, S. 333-352.
- Hegel, G.W.F. (1986): *Phänomenologie des Geistes, Werke*, Bd. 3, Frankfurt am Main.
- Holzkamp, Klaus (1984): *Kritische Psychologie und phänomenologische Psychologie. Der Weg der Kritischen Psychologie zur Subjektwissenschaft*, in: *Forum Kritische Psychologie*, Nr. 14.
- Holzkamp, Klaus (1985): *Grundlegung der Psychologie*, Frankfurt am Main, New York.
- Horkheimer, Max (1936): *Vorwort zu den Studien über Autorität und Familie*, in: *Gesammelte Schriften*, Bd. 3, Frankfurt am Main, S. 329-335.
- Horkheimer, Max (1937): *Traditionelle und kritische Theorie*, in: *Gesammelte Schriften*, Bd. 4, Frankfurt am Main, S. 162-216.
- Horkheimer, Max (1985): *Zur Kritik der instrumentellen Vernunft*, Frankfurt am

Main.

- Horkheimer, Max; Adorno, Theodor W. (1988): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt am Main.
- Krovoza, Alfred (1976): Produktion und Sozialisation, Köln, Frankfurt am Main.
- Marcuse, Herbert (1982:): Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Darmstadt, Neuwied.
- Marx, Karl; Engels, Friedrich: Marx-Engels-Werke (zit. als MEW Band: Seite), Berlin.
- Merkens, Andreas (2007): »Die Regierten von den Regierenden intellektuell unabhängig machen«. Gegenhegemonie, politische Bildung und Pädagogik bei Antonio Gramsci, in: Andreas Merkens, Victor Regio Diaz (Hrsg.): Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis, Berlin, Hamburg.
- Negt, Oskar (1971): Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie und Praxis der Arbeiterbildung, Frankfurt am Main.
- Negt, Oskar; Kluge, Alexander (1992): Maßverhältnisse des Politischen. 15 Vorschläge zum Unterscheidungsvermögen, Frankfurt am Main.
- Niggemann, Janek (2014): Mit schmutzigen Händen die Herzen von Intellektuellen brechen. Zum Verhältnis von Hegemonie und pädagogischer Autorität, in: Work in Progress. Work on Progress, Beiträge kritischer Wissenschaft, Jahrbuch 2014, hrsg. v. Marcus Hawel und Herausgeber_innenkollektiv, Hamburg, S. 203-220.
- Nietzsche, Friedrich (1873): Über Wahrheit und Lüge im außermoralischen Sinne, (aus dem Nachlass), KSA 1.
- Parin, Paul (1977): Das Ich und die Anpassungs-Mechanismen, in: Psyche, 31, 6, S. 481-515.
- Schweppenhäuser, Hermann (1986): Zur Dialektik der Emanzipation, in: Vergegenwärtigungen zur Unzeit? Gesammelte Aufsätze und Vorträge, Lüneburg.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (2007): Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation, Wien 2007.
- Süß, Rahel Sophia (2015): Kollektive Handlungsfähigkeit. Gramsci – Holzkamp – Laclau/Mouffe, Wien, Berlin.
- Urban, Hans-Jürgen (2009): Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 5, S. 71-78.
- Young, James E. (1997): Beschreiben des Holocaust, Frankfurt am Main.

2. Gegenhegemonie ohne Autorität und Zentrum – Suchbewegungen

Hanna Meißner

Konstitutive Abhängigkeit, geteilte Verhinderungen und unhintergehbare Vielfalt

Probleme und Bedingungen kollektiver Handlungsfähigkeit

Nicht nur in sozialwissenschaftlichen Debatten, auch in den Feuilletons etablierter Medien ist eine »Renaissance der Kapitalismuskritik« zu beobachten, die »die gute (beziehungsweise böse) alte ›Systemfrage« (Dörre/Lessenich/Rosa 2009: 14) wieder aufkommen lässt. Angesichts der Dramatik aktueller Krisen ist zugleich bemerkenswert, dass es nicht nur zu keiner grundsätzlichen Revidierung von bislang hegemonialen theoretischen und politischen Konzepten und Strategien kommt, sondern diese offenbar sogar gestärkt aus dieser Krise hervorgegangen sind. (Vgl. Crouch 2011) Etwas resignativ lässt sich feststellen, dass »gegenwärtig medial inszenierte Kapitalismusschelten (...) den Lauf des globalen Finanzmarktkapitalismus nicht zu beeinflussen« (Urban 2012: 19) scheinen, dass »der vielen Kritik allerorten eine bemerkenswerte Wandlungsresistenz gesellschaftlicher Strukturen gegenübersteht« (Stückler 2014: 279).

Wenn also Kritik mehr sein soll als ein »feuilletonistische[r] radical chic« (van Dyk 2012: 303), dann gilt es Visionen gesellschaftlicher Transformation zu formulieren und die aus guten Gründen »in Verruf geratene universelle Dimension (...) als auf neue Weise relevant gewordene und neu zu begründende auf die Tagesordnung« (Knapp 2013: 106) zu rücken. Vor dem Hintergrund langer Auseinandersetzungen über die Unmöglichkeit, universelle Bedürfnisse und Werte zu bestimmen, sollten emanzipatorische Visionen allerdings nicht in nostalgischem Rückgriff auf überkommene Ideale begründet werden. (Vgl. Meißner 2015a) Angesichts der vielfachen Kritik an Versuchen, universelle Dimensionen eines emanzipatorischen Projekts anhand eines gesellschaftlichen Hauptwiderspruchs zu formulieren, ist die Möglichkeit emanzipatorischer Visionen gesellschaftlicher Transformation als *neu zu begründende Frage* unserer Zeit anzugehen.

Als Beitrag einer solchen Neubegründung kann die Metapher der Mosaik-Linken verstanden werden; sie spricht den komplizierten Zusammenhang von Einheit und Totalität sowie von Vielfalt und Hetero-

genität an und greift damit die Herausforderung auf, angesichts globaler Strukturen durch lokale und individuelle Differenzen hindurch ein gemeinsames Projekt gesellschaftlicher Transformation formulieren zu können. Aufgrund der Verschränkungen unterschiedlicher (hetero-sexistischer, rassistischer, neo-kolonialer, ableistischer) Macht- und Herrschaftsverhältnisse gibt es keine klaren Konfliktlinien und allgemeingültigen Zielvorstellungen. Allianzen, die darauf beruhen, dass Individuen sich solidarisieren, weil sie (etwa als ›Arbeiterklasse‹ oder als ›Frauen‹) in derselben Situation sind, sind problematisch, da eine solche Gemeinsamkeit immer auch durch andere Machtverhältnisse durchzogen ist. Dieser Problematik trägt die Mosaik-Metapher insofern Rechnung, als sie das Ganze eines emanzipatorischen Projekts als Zusammenkommen vielfältiger Einzelteile fasst, die in ihrer jeweiligen Besonderheit für die spezifische Verfasstheit des Ganzen konstitutiv sind. Wie jede Metapher ist jedoch auch das Mosaik auf seine möglichen Grenzen zu befragen, die Herausforderung besteht darin, statische Interpretationen zu vermeiden. So ist es wichtig, die Einzelteile des Mosaiks nicht als vorgängig bestehende Elemente aufzufassen – als Subjekte mit bestimmten Identitäten und Interessen – sondern vielmehr das Zusammenkommen unterschiedlicher Elemente in ihrer gegenseitigen Hervorbringung zu begreifen. Dies heißt, dass die Gestalt des Mosaiks zum einen konstitutiv für die Elemente ist und zum anderen als Gestalt vermutlich auch niemals vollendet sein wird.

Ein linkes Projekt ließe sich zunächst ganz allgemein als (Re-)Politisierung der Frage nach den Bedingungen eines guten Lebens formulieren. Angesichts der Vielfältigkeit der Akteur_innen kann dies jedoch nur als eine äußerst abstrakte Formulierung verstanden werden. Das Gemeinsame ist daher vielleicht eher in negativer Weise zu formulieren, nämlich als Anerkennung, dass uns historische Lebensbedingungen gemeinsam sind, die eine spezifische, zerstörerisch fragmentierte Sozialität hervorbringen und systematisches (in vielfältiger und ungleicher Weise erfahrenes) Leid erzeugen. Die gemeinsame Stoßrichtung der Kritik richtet sich insofern gegen geteilte strukturelle Beschränkungen und Behinderungen; die Solidarität, die sich an dieser Kritik entfalten kann, beruht nicht auf vermeintlichen substanziellen Ähnlichkeiten, auf gemeinsamen Bedürfnissen und Zielen, sondern in der Anerkennung einer gegenseitigen Abhängigkeit.

Geteilte Verhinderungen

Im Hinblick auf die Formulierung eines gemeinsamen linken Projekts sind die Marx'schen Analysen der kapitalistischen Produktionsweise nach wie vor unverzichtbar. Zum einen begründen sie die Subjekthaftigkeit des Menschen gegenüber vermeintlich sachlichen oder natürlichen Verhältnissen und lassen diese Verhältnisse daher als grundsätzlich kollektiv gestaltbar erscheinen. Zum anderen machen sie auf spezifische Probleme aufmerksam, die einer emanzipatorischen Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse entgegenstehen. Ein entscheidender Punkt ist, dass diese Probleme in der Verfasstheit der gesellschaftlichen Verhältnisse verortet und nicht als menschliche Eigenschaften naturalisiert werden. Auf diese Weise lassen sich Argumente zurückweisen, die eine alternative, auf Kooperation und (Für-)Sorge statt auf Konkurrenz begründete Produktionsweise mit der Begründung für unmöglich erklären, ›die Menschen‹ seien von Natur aus egoistisch und auf ihren eigenen Vorteil bedacht.

Indem er die kapitalistische Produktionsweise begrifflich als eine spezifische Kombination von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen rekonstruiert, die auf der Existenz von Privateigentum an Produktionsmitteln beruht und als treibende Dynamik die Produktion von Mehrwert hervorbringt, macht Marx Phänomene, die ohne diese begriffliche Rekonstruktion als sachliche oder natürliche Bedingungen erscheinen, als *historische* Phänomene erkennbar – als etwas, das als solches geworden ist und daher prinzipiell auch grundlegend anders sein könnte. Statt also davon auszugehen, dass die Reproduktion menschlichen Lebens auf bestimmten Elementen (Arbeit, Boden und Kapital) beruht, die als ›Produktionsfaktoren‹ in allen Epochen gegeben sind, fragt Marx nach dem besonderen historischen Zusammenhang, der diese ›Faktoren‹ in ihrer Verwiesenheit aufeinander überhaupt erst hervorbringt. So macht er erkennbar, dass ›Arbeit‹ als Quelle von Einkommen auf einer bestimmten Form der Verausgabung von Arbeitskraft gegen Lohn beruht, die wiederum nur unter den gesellschaftlichen Bedingungen möglich wurde, die sich im Übergang vom Feudalismus zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft durchsetzten. Diese Form der Verausgabung von Arbeitskraft als Lohnarbeit steht wiederum in Zusammenhang mit der historischen Form des privaten Eigentums an Produktionsmitteln als ›Kapital‹. Auch die heute quasi selbstverständliche Tatsache, dass sich mit Boden Einkommen erzielen lässt, ist erst möglich, wenn Boden die historische Form des Eigentums hat. Eine ent-

scheidende Pointe dieser Rekonstruktion der historischen Entstehungsbedingungen von ›Produktionsfaktoren‹ liegt in dem Verweis darauf, dass die mit ihnen verbundenen, vermeintlich eigenständigen Einkommensformen (Lohn, Zins und Profit) nur unterschiedliche Formen der Aneignung eines gesellschaftlichen Reichtums darstellen, der durch die kollektive Produktivität lebendiger Arbeitskraft hergestellt, aber privat angeeignet wird:

»Rente, Zins und industrieller Profit sind bloß verschiedene Namen für verschiedene Teile des Mehrwerts der Ware oder in ihr vergegenständlichten unbezahlten Arbeit und leiten sich in gleicher Weise aus dieser Quelle und nur aus ihr her. Sie leiten sich nicht aus Boden als solchem her oder aus dem Kapital als solchem, sondern Boden und Kapital setzen ihre Eigentümer in den Stand, ihre respektiven Anteile an dem von dem industriellen Kapitalisten aus seinem Arbeiter herausgepreßten Mehrwert zu erlangen.« (MEW 16: 137)

Die Marx'sche Analyse der kapitalistischen Produktionsweise ist also zugleich eine Kritik dieser historischen Verhältnisse. Vor dem Hintergrund der Einsicht, dass jeder Reichtum auf der gesellschaftlich bedingten und ermöglichten Verausgabung von Arbeitskraft beruht, lässt sich problematisieren, dass einzelne Subjekte aufgrund der Eigentumsverhältnisse individuell (als Privatpersonen) über *gesellschaftliche* Ressourcen verfügen.

Die Durchsetzung des privaten Zwecks erscheint als »Menschenrecht des Privateigentums (...) willkürlich, (à son gré), ohne Beziehung auf andere Menschen, unabhängig von der Gesellschaft, sein Vermögen zu genießen und über dasselbe zu disponieren« (MEW 1: 365). Die Verfügungsmacht über gesellschaftliche Ressourcen ist insofern in hohem Maße privatisiert; kollektive Absprachen über Sinn und Zweck ihres Einsatzes sind weitgehend unterbunden. Das Gemeinwohl kann somit nicht als Ziel und Maßgabe des Einsatzes gesellschaftlicher Ressourcen zum Gegenstand kooperativer Gestaltung werden, sondern erscheint vielmehr lediglich als ein Effekt, der sich »hinter dem Rücken der sich in sich selbst reflektierenden Sonderinteressen« (MEW 42: 170) einstellt: als »Allgemeinheit der selbstsüchtigen Interessen« (ebd.). Dies erzeugt systematisch Ungleichheiten, da diejenigen, die den Reichtum mit ihrer Arbeitskraft hervorbringen, wenig bis keinen Einfluss darauf haben, unter welchen Bedingungen und mit welchen Zwecksetzungen sie dies tun und wie der produzierte Wert verteilt und eingesetzt werden soll. Zudem kommt es systematisch zu irrationalen Dynamiken, bei denen die (kurzfristigen) Interessen einzelner Privatpersonen an optimaler Ver-

wertung ihres Privatvermögens den (langfristigen) Interessen des Gemeinwesens entgegenstehen.

Marx macht aber deutlich, dass dies kein anthropologisches Problem menschlicher Unzulänglichkeiten ist, sondern dass es sich um *strukturelle* Irrationalitäten handelt, die sich dem individuellen Zugriff weitgehend entziehen und sich nur durch eine Transformation der Produktionsverhältnisse beheben lassen. Die hochproblematische Konfiguration von Privatinteressen und Gemeinwohl ist demnach nicht den Subjekten individuell anzulasten und liegt auch nicht in einer spezifischen Natur des (egoistisch auf sein Eigenwohl bedachten) Menschen – sie ist allerdings auch von ihnen als Einzelnen nicht zu verändern. Die Subjekte können individuell nicht (oder nur in sehr begrenztem Maße) die Spielregeln der Tauschverhältnisse überwinden, da sie für den Erhalt ihrer individuellen Reproduktionsfähigkeit auf diese angewiesen sind; »Subjekte« sind sie in diesem Zusammenhang nur als »Personifikationen der ökonomischen Verhältnisse (...), als deren Träger sie sich gegenübertreten« (MEW 23: 100). Das heißt, die individuelle Freiheit des Subjekts, seine Handlungsfähigkeit, beruht auf der Unterwerfung unter die sachliche Herrschaft gesellschaftlicher Verhältnisse, die durch ungleiche Besitzverhältnisse systematisch ungleiche Subjektpositionen hervorbringen.

Indem Marx die Produktionsweise als einen historischen Strukturzusammenhang rekonstruiert, kann er erklären, inwiefern diese Strukturen bestimmte Hierarchien und Machtverhältnisse systematisch reproduzieren. Zugleich kann er Versachlichungen und Naturalisierungen gesellschaftlicher Verhältnisse erkennbar machen, die dazu führen, dass diese Hierarchien und Machtverhältnisse eben nicht als strukturelle Effekte, sondern als Ergebnis individueller Eigenschaften, Neigungen und Leistungspotenziale erscheinen. Diesen Versachlichungen und Naturalisierungen setzt Marx die »visualisierende Kraft« (Castree 1996) einer begrifflich-theoretischen Rekonstruktion systemischer Zusammenhänge entgegen. Seine Sozialtheorie ist ein Projekt der Kritik, das darauf zielt, praktisch-materielle Veränderungen der Welt zu ermöglichen, indem gesellschaftliche Verhältnisse als von Menschen gemachte »sichtbar« werden und auf diese Weise als Gegenstand menschlicher Gestaltung, als bewusst veränderbar erscheinen können.

Ein zentrales Moment der Marx'schen Kritik besteht insofern darin, die Arbeiterklasse als Subjekt der Geschichte erkennbar zu machen. Damit ist die Hoffnung verbunden, dass die Produzent_innen des gesellschaftlichen Reichtums die soziale Bedingtheit ihrer gegenseitigen Abhängigkeiten erkennen und sich zusammenschließen können, um diese

Verhältnisse im Sinne eines guten Lebens gemeinsam und bewusst zu gestalten. Wie Gayatri Spivak aber bemerkt, bleibt in Marx' Analysen eine zentrale Frage offen, nämlich, warum die Arbeiterklasse überhaupt einen solchen Willen zur Macht haben sollte – einen Willen, der nicht zuletzt impliziert, gemeinschaftlich auch für den Lebensunterhalt Anderer aufzukommen. (Vgl. Spivak 2000) Wenn einerseits also argumentiert werden kann, dass Menschen nicht aufgrund ihrer Natur zu bestimmten egoistischen und wettbewerbsorientierten Verhaltensweisen neigen, heißt dies andererseits eben so wenig, dass ein Wille zu Solidarität und die Fähigkeiten kooperativer Gestaltung einfach ›da‹ sind. Ein solcher Wille zu emanzipatorischer Gestaltung muss vielmehr erfunden und hervorgebracht werden, und diese Erfindungsarbeit ist auf eine selbstreflexive Haltung der Kritik gegenüber der historischen Bedingtheit der eigenen emanzipatorischen Idealen und Hoffnungen angewiesen, die diese immer wieder situiert und in ihrer Bedingtheit und Begrenztheit reflektiert. Zu einer in dieser Weise selbstkritischen Haltung gehört nicht zuletzt die Frage, in welcher Weise wir in den Verhältnissen der kapitalistischen Produktionsweise zu Subjekten werden und um welchen Preis wir derartige Subjekte sind.

Vereinzelt Subjektivierung

Die von Spivak aufgeworfene Frage nach dem Willen zu solidarischer und kooperativer Gemeinschaftlichkeit lässt sich zunächst auch als Frage nach spezifischen Verhinderungen stellen. Die Verhältnisse der kapitalistischen Produktionsweise legen Subjektivierungsweisen nahe, die solidarische und kooperative Verhaltensweisen systematisch erschweren oder behindern. In der kapitalistischen Moderne ist das Subjekt (als Warenbesitzer_in) autonom und souverän und begreift seine Welt als Ansammlung von Bedingungen und Objekten, die ihm äußerlich sind, und derer es sich als Mittel zum Erreichen seiner Ziele bedienen kann und muss. Die spezifische Sozialität – der gesellschaftliche Zusammenhang mit anderen Subjekten – beruht in dieser historischen Konstellation auf einer strukturellen Vereinzeltung und Selbstbezüglichkeit: »Nur indem der einzelne Warenbesitzer sein privat-egoistisches Tauschwertinteresse konsequent verfolgt, hat er Anschluß an die Gesellschaft. Nur über seine Privatheit und seinen Egoismus verwirklicht er seine Gesellschaftlichkeit« (Ottomeyer 1977: 47). Diese Subjektivierung bindet Handlungsfähigkeit an individuelle Potenziale und Kompetenzen; die Ein-

zelen werden zu individuellen Zurechnungseinheiten von Leistungen und Verdiensten. Zugleich sind den Individuen ganz bestimmte Maßstäbe dessen vorgegeben, was als Leistung zählt, welche Parameter für Handlungsentscheidungen ausschlaggebend sind, wie Fähigkeiten zu beurteilen sind. Die vereinzelt Subjekte erscheinen als Ausgangs- und Bezugspunkt, als ›Letztelement‹ (Ricken 2006: 340) des Sozialen und sind zugleich in einer normierenden und normalisierenden abstrakten Verallgemeinerung unterworfen, auf deren Maßgaben sie individuell keinen Einfluss haben.

Die kapitalistische Produktionsweise bringt insofern hochkomplexe und versachlichte Abhängigkeitsverhältnisse hervor, in denen das Subjekt souverän und selbstverantwortlich agieren soll, die sich zugleich aber seinem souveränen Zugriff in dramatischer Weise entziehen. So müssen die Subjekte ihre Entscheidungen darüber, wie sie ihre Ressourcen einsetzen, individuell treffen, ohne zu wissen, wie Andere sich entscheiden werden. Zudem stehen sie in Konkurrenzverhältnissen zu diesen Anderen; der Erfolg des Einen bedeutet immer den relativen Misserfolg Anderer. Diese Verhältnisse behindern systematisch kooperatives Verhalten: »Obwohl die kapitalistischen Konkurrenzverhältnisse sich also als eine ganz unpersönlich-überpersönliche Sache entwickeln, schlagen sie sich im zwischenmenschlichen Verhalten der Individuen nieder. Die Individuen sind, soweit sie im Rahmen ökonomischer Konkurrenzbeziehungen aufeinander stoßen, gezwungen, den jeweils Anderen an seiner Tauschwertrealisierung, am Gelingen seines Tauschakts zu hindern, ihn auszustechen und zu schädigen, so daß er auf der Strecke bleibt« (Ottomeyer 1977: 80).

Da ihnen Erfolge und Misserfolge als Ergebnis ihrer Entscheidungen über den Einsatz individualisierter Potenziale zugerechnet werden, sind die Subjekte auf die Kultivierung ihrer individuellen Besonderheit verwiesen. Nur durch ihre Individualität werden sie überhaupt zu ökonomischen Subjekten, »diese natürliche Verschiedenheit ist der Grund ihrer sozialen Gleichheit, setzt sie als Subjekte des Austauschs« (MEW 42: 913). Sie sind also darauf angewiesen, ihre Besonderheit gegenüber Anderen als ihre *eigenen* Potenziale und Leistungen hervorzuheben, ihre Individualität wird zu einem Distinktionsmittel in der Konkurrenz zu Anderen und die Individualität der Anderen erscheint ihnen insofern als potenzielle Bedrohung. Eine solche Konstellation erzeugt systematisch Situationen, in denen die (individuell zugerechnete) besondere Leistungsfähigkeit des Anderen »zunächst keinesfalls etwas ist, über das ich mich freuen könnte, weil sie mir im Rahmen von koo-

perativer Tätigkeit auch zugute kommt, sondern primär etwas, das bei mir Versagensangst und die Angst, überflüssig zu sein, hervorruft« (Ottomeyer 1977: 81).

Diese Formierung von Sozialität, die auf einer spezifischen Vereinzelung und Fragmentierung beruht, hat im Zuge des gesellschaftspolitischen Siegeszugs neoliberaler Diskurse seit dem Ende des 20. Jahrhunderts eine historische Zuspitzung erfahren. Individuen werden als unternehmerische Subjekte (Bröckling 2007) adressiert und sind in verschärftem Maße aufgefordert, selbstbestimmt und eigenverantwortlich ihre individualisierten (privaten) Ressourcen im Sinne des ökonomischen Verwertungsimperativs möglichst optimal zu gestalten und verantwortungsbewusst einzusetzen. Insgesamt lässt sich von einer Ökonomisierung des Sozialen sprechen, im Zuge derer ökonomische Rationalität auch individuelle Subjektivierungs- und Lebensweisen prägt. Im Sinne eines emanzipatorischen linken Projekts bringt diese Konstellation spezifische Probleme mit sich, da sie eine Entpolitisierung gesellschaftlicher Fragen zur Folge hat. (vgl. Hark 2013; Brown 2015)

So führt die individualisierende Subjektivierung unternehmerischer Akteur_innen dazu, dass gesellschaftliche Hierarchien und Machtverhältnisse in verstärktem Maße als Effekte individueller Probleme und private Risiken erscheinen. Zugleich wird das Gemeinwesen als technologisch zu gestaltende und zu optimierende Gesamtheit von Konkurrenzverhältnissen gesetzt. Substanzielle ethische Überlegungen, in welcher Weise das Zusammenleben im Gemeinwesen organisiert werden sollte, welche Werte Geltung haben sollten – und damit letztlich auch welche Selbstverhältnisse und Subjektivierungsweisen anzustreben wären –, sind in diesem Kontext nicht verhandelbar, beziehungsweise sie scheinen bereits beantwortet: Nicht die Entfaltungsmöglichkeiten der individuellen Besonderheit der Einzelnen ist für die Beurteilung angemessener Verhältnisse maßgeblich, vielmehr sind diese Besonderheiten entsprechend einer vorgegebenen (ökonomischen) Rationalität zu formen und zu optimieren.

Brüche und Überforderungen

Um Be- und Verhinderungen kollektiver Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse in den Blick zu bekommen, ist begrifflich-theoretisches Wissen, das über strukturelle Mechanismen und Machtverhältnisse aufklären kann, aktuell wie nie zuvor, um die Illusion zu vermeiden, dass

emanzipatorische Ideen aus einem Unbehagen an krisenhaften Verhältnissen einfach »irgendwie von unten hochsprudeln« (Mirowski 2013). Im Sinne der Hoffnung, dass diese Bedingungen verändern werden können, ist ein solcher Blick auf den »Überhang von Anpassungszwängen«, der die »Phantasie darüber [einfärbt], was alles anders sein könnte« (Becker-Schmidt 2001: 105) allerdings nur ein Teil der Geschichte. So ist es für emanzipatorische Bestrebungen wichtig zu betonen, dass die am *homo oeconomicus* modellierte Figur des unternehmerischen Subjekts kein Synonym für ›den Menschen‹ ist, sondern eine historische Figur, über die eine unverfügbare Vielfalt in spezifischer Weise individualisiert wird.

Nicht zuletzt feministische Kritik hat immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass das System der kapitalistischen Produktionsweise Voraussetzungen hat, die allerdings nur als radikal Anderes, dem System Äußerliches erscheinen – gemeint sind etwa Körper, Bedürfnisse, Affekte, Materie, Natur. Die Materialität des Gebrauchswerts (nicht zuletzt der arbeitenden, produzierenden und konsumierenden Körper) verweist auf Bedingung, auf die das System der kapitalistischen Produktionsweise angewiesen ist, die es jedoch zum einen nicht selber hervorbringen kann und die es zum anderen auch nicht zum Ziel und Maßstab hat.

So ist die lebendige Arbeitskraft eine notwendige Bedingung, sie geht allerdings lediglich als »Ingrediens« (MEW 25: 34) in den Produktionsprozess ein – ihre Entstehung und Regeneration und die damit verbundenen (Für-)Sorgetätigkeiten sind in weiten Teilen aus den Prozessen der kapitalistischen Produktion ausgelagert. Die notwendige Unabhängigkeit und Sorgfreiheit, die der Arbeitskraft als »Ingrediens« des kapitalistischen Produktionsprozesses abverlangt wird, setzt notwendige Andere voraus, denen in historischen Machtverhältnissen als ›Frauen‹ und/oder als (post- oder neo-)koloniale Subjekte die Last und die Sorge für existenzielle Abhängigkeiten zugewiesen wird und die insofern nie in gleicher Weise den Status autonomer Subjekte erreichen können.

In seiner vermeintlichen individuellen Autonomie ist das am Modell des *homo oeconomicus* ausgerichtete Subjekt also auf die Möglichkeit angewiesen, seine Abhängigkeiten an Andere auszulagern. Das autonome Subjekt ist insofern zutiefst instabil; in seiner konstitutiven Abhängigkeit von Anderen ist sein Subjektstatus immer ein prekäres Privileg, das beständig abgesichert und mit unterschiedlichen Formen der Gewalt verteidigt werden muss und dabei selbst wiederum gewaltvoller Disziplinierung ausgesetzt ist. Erfahrungen von Brüchen sind aufgrund dieser Instabilität unvermeidlich. Es sind zunächst vor allem die

marginalisierten Anderen, die von ihrem Unbehagen und Leid an diesen Verhältnissen ausgehend Kritik artikulieren. Dass aber auch die privilegierten Subjekte, die den Autonomieanforderungen (vermeintlich) entsprechen können, an der Gewaltsamkeit und Überforderung dieser Subjektivierung leiden, ist in wissenschaftlichen und öffentlichen Debatten um das ›erschöpfte Selbst‹ (Ehrenberg 2008), um die Zumutungen der ›Beschleunigung‹ (Rosa 2005), um ›verwaahlste Fürsorge‹ (Becker-Schmidt 2011) präsent. Werden diese Probleme als Effekte einer spezifischen, vereinzelnden Subjektivierung thematisiert: als ›Systemfrage‹, dann eröffnet dies den Raum für Gegenerzählungen zum *common sense* des individualisierenden Zugriffs auf den Menschen.

Abhängigkeitserklärung: Relationale Subjektivität

Für gesellschaftliche Transformationen, die strukturelle Irrationalitäten überwinden und Verhinderungen kooperativer Verhaltensweisen abbauen sollen, ist nicht zuletzt die Frage entscheidend, welche Subjekte den Willen zu einem solchen emanzipatorischen Projekt haben können. Kooperative Gestaltung gesellschaftlicher »ReProduktionsverhältnisse« (Bauhardt 2015) lässt sich weder durch einem kohärenten Plan hervorufen, noch steht fest, welche Bedürfnisse dabei in welcher Weise Berücksichtigung finden sollen. Der Wille zur Transformation muss insofern auch die Bereitschaft zu Erfindungsarbeit mit ungewissem Ausgang beinhalten.

Die ›Visualisierung‹ struktureller Verhältnisse, die – in diversen Hinsichten und sehr unterschiedlichen Ausmaßen – systematisch Leid und Unbehagen hervorbringen, kann durch diese Differenzen hindurch den gemeinsamen Bezugspunkt eines linken Mosaiks erkennbar machen. Schwieriger wird dann die Formulierung gemeinsamer Ziele und Normen. In dieser Hinsicht ist die Bereitschaft wichtig, Gewissheiten zu verlieren und sich der beständigen Befragung von Normen auszusetzen. Zwar ist eine wie auch immer geartete Sozialität ohne gewisse normative Stabilisierungen und geteilte Gewissheiten nicht denkbar; angesichts der unhintergehbaren Vielfalt menschlicher Existenzweisen können Stabilisierungen aus einer emanzipatorischen Perspektive aber nicht im Modus der Integration in eine gegebenen Ordnung verstanden werden. Es geht vielmehr darum, »sich in ein kollektives Projekt [einzubinden], in welchem der eigene Status als ein Subjekt aus demokratischen Gründen eine Verunsicherung erfahren muss« (Butler 2009: 69f.).

Statt für alle das Privileg der Unabhängigkeit einzuklagen, besteht das Ziel eines solchen Projekts in der Suche nach Figurationen von Sozialität, die unsere Abhängigkeiten anerkennen. Der Kitt eines linken Mosaiks wäre nicht in bestimmten substanziellen Normen und Zielen zu suchen, sondern in der Annahme, dass wir alle existenziell abhängig sind, »dass alle Menschen darin gleich geboren sind, dass sie einander brauchen, und zwar dass sie als besondere und als soziale Wesen einander in einer Intensität brauchen, die jedem legalen Code gegenüber inkommensurabel ist« (Loick 2013: 316). Ziel gesellschaftlicher Transformation ist es nicht, grundlegende Abhängigkeit abzuwehren, sondern vielmehr eine Sozialität zu gestalten, die es erlaubt, das fundamentale Prekäresein möglichst gewaltlos zu gestalten. Praktisch ginge es zum einen darum, Räume zu gestalten, in denen Erfahrungen von Kooperation und gegenseitiger Sorge ermöglicht und Formen relationaler Subjektivierung eingeübt und praktiziert werden können. (Vgl. Habermann 2015; Meißner 2015b) Zum anderen ist die beständige Hervorbringung eines gesellschaftstheoretischen Wissens über die Bedingungen vonnöten, die strukturelle Irrationalitäten erzeugen und Kooperation begrenzen oder gar verhindern. Dieses Wissen ist wichtig, um eine selbstkritische Reflexion der Bedingtheit und des notwendigen Scheiterns an den Bedingungen zu ermöglichen, um darauf zu verweisen, dass den Dynamiken dieser Verhältnisse nicht individuell zu entkommen ist und um so die Transformation dieser Bedingungen immer wieder als gemeinsames Projekt zu avisieren.

Literatur

- Bauhardt, Christine (2015): Feministische Kapitalismuskritik und postkapitalistische Alternativen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 35-37, S. 32-39.
- Becker-Schmidt, Regina (2001): Was mit Macht getrennt wird, gehört gesellschaftlich zusammen. Zur Dialektik von Umverteilung und Anerkennung in Phänomenen sozialer Ungleichstellung, in: Gudrun-Axeli Knapp, Angelika Wetterer (Hg): *Soziale Verortung der Geschlechter. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik*, Münster, S. 91-131.
- Becker-Schmidt, Regina (2011): ›Verwahrloste Fürsorge‹ – ein Krisenherd gesellschaftlicher Reproduktion, in: *GENDER*, Heft 3, S. 9-23.
- Bröckling, Ulrich (2007): *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*, Frankfurt am Main.
- Brown, Wendy (2015): *Undoing the Demos. Neoliberalism's Stealth Revolution*, New York.

- Butler, Judith (2009): Die Macht der Geschlechternormen, Frankfurt am Main.
- Castree, Noel (1996): Invisible Leviathan: Speculations on Marx, Spivak, and the Question of Value, *Rethinking Marxism: A Journal of Economics, Culture & Society* 9, no. 2, S. 45–78.
- Crouch, Colin (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Berlin.
- Dörre, Klaus; Lessenich, Stephan; Rosa, Hartmut (2009): Soziologie, Kapitalismus, Kritik. Eine Debatte, Frankfurt am Main.
- van Dyk, Silke (2012): Kritik in der Krise. Zum Kritikhype im Gefolge des Finanzmarktkapitalismus., in: Ingrid Kurz-Scherf, Alexandra Schelle (Hrsg.): Macht oder ökonomisches Gesetz?, Münster, S. 290-311.
- Ehrenberg, Alain (2008): Das erschöpfte Selbst: Depression und Gesellschaft in der Gegenwart, Frankfurt am Main.
- Habermann, Friederike (2015): Commonsbasierte Zukunft. Wie ein altes Konzept eine bessere Welt ermöglicht, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 35-37, S. 46-52.
- Hark, Sabine (2013): Wer wir sind und wie wir tun. Identitätspolitiken und die Möglichkeiten kollektiven Handelns, in: Gabi Jähnert, Karin Aleksander, Marianne Kriszio (Hrsg.): Kollektivität nach der Subjektkritik. Geschlechtertheoretische Positionierungen, Bielefeld, S. 29-46.
- Knapp, Gudrun-Axeli (2013): Für einen Weltbegriff feministischer Kritik. *feministische studien*, 31(1), S. 105-112.
- Loick, Daniel (2013): Abhängigkeitserklärung. Recht und Subjektivität, in: Daniel Loick, Rahel Jaeggi (Hrsg.): *Nach Marx. Philosophie, Kritik, Praxis*, Berlin, S. 296-318.
- Marx, Karl; Engels Friedrich (1961ff): *Marx-Engels-Werke*, Berlin (zitiert als MEW Band: Seite).
- Meißner, Hanna (2015a): Eine Renaissance der Kapitalismuskritik? Feministische Suchbewegungen zur Erneuerung radikaler Emanzipationsvisionen, in: *feministische studien* 1/2015, S. 55-69.
- Meißner, Hanna (2015b): Studies in Ableism – Für ein Vorstellungsvermögen jenseits des individuellen autonomen Subjekts, in: *Zeitschrift für Inklusion*, 2/2015. <http://www.inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/view/276/259> (letzter Zugriff: 06.10.2015).
- Mirowski, Philip (2013): Die Linke hat auch keine Antwort, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.02.2013. <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/philip-mirowski-im-gespraech-die-linke-hat-auch-keine-antwort-12082030.html> (letzter Zugriff: 04.09.2014).
- Ottomeyer, Klaus (1977): *Ökonomische Zwänge und zwischenmenschliche Beziehungen. Soziales Verhalten im Kapitalismus*, Reinbek bei Hamburg.
- Ricken, Norbert (2006): *Die Ordnung der Bildung. Beiträge zu einer Genealogie der Bildung*, Wiesbaden.
- Rosa, Hartmut (2005): *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*, Frankfurt am Main.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (2000): »From Haverstock Hill Flat to U.S. Classroom, What’s Left of Theory?«, in: Judith Butler, John Guillory, Kendall Thomas (Hrsg.):

What's Left of Theory?: New Work on the Politics of Literary Theory, New York, London.

Stückler, Andreas (2014): Gesellschaftskritik und bürgerliche Kälte, in: *Soziologie* 43/3, S. 278-294.

Urban, Hans-Jürgen (2012): Gewerkschaften und Kapitalismuskritik, in: *Z*, Nr. 92, S. 19-30.

Rahel Sophia Süß

Hegemonie und kollektive Handlungsfähigkeit in der Vielfalt gesellschaftlicher Widersprüche

Über die Schwierigkeit eines linken Mosaikprojekts

Indem wir oft und auf vielerlei Weise den Diskurs verfestigen, dass es keine Transformationsprojekte mit Mobilisierungskraft gäbe, die eine grundlegende Alternative aufzeigen, verlieren wir leicht aus den Augen, worum es geht: um die Herstellung eines »linken Mosaiks« (Urban 2009). Was zeichnet eine solche kollektive Handlungsperspektive im Kern aus? In welchen Spannungsfeldern bewegen sich Prozesse einer linken Mosaikbildung. Wie kann die Entwicklung eines neuen und großen kollektiven Akteurs gefördert werden, der unterschiedliche kritische Akteur_innen, auch aus diversen Schichten und Milieus, miteinander verbindet?

Bei den kritischen Akteur_innen, die durch die politische Metapher des linken Mosaiks angesprochen werden, handelt es sich um soziale Bewegungen, kritische Nichtregierungsorganisationen (NGO) und Wissenschaftler_innen, unabhängige Medien, Gewerkschafter_innen und linken Parteien etc., die einen macht- und herrschaftskritischen Anspruch verfolgen. Ihr Handeln richtet sich danach, Ausschließungs- und (Selbst-)Ausbeutungsmechanismen wie zum Beispiel Klassen-, Geschlechter- oder rassistische Verhältnisse zu destabilisieren und aufzulösen, um neue Denk- und Handlungsräume zu öffnen. Kritische Akteur_innen versuchen, Produktion, Mobilität, Ernährung, Kommunikation und Lebensformen jenseits der Logik der Kapitalakkumulation, von rassistischen, patriarchalen und anderen Unterdrückungsweisen zu organisieren, das heißt eine demokratische, solidarische bzw. gemeinsame Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse zu ermöglichen.

Mein primäres Anliegen ist es, mit diesem Beitrag die Perspektive eines linken Mosaiks analytisch zu schärfen und das Terrain der Bedingungen zu erkunden, auf dem sich heute eines solches Projekt entwickeln könnte. Dazu werde ich folgende drei Thesen entfalten: Die erste These besagt, dass es für die Bildung eines linken Mosaiks keine Erfolgsgarantien, keine Gewissheiten und kein festes Fundament gibt.

Handeln, das auf signifikante Veränderungen abzielt, ist nach meiner Auffassung im Kern ein Experiment. Die zweite These knüpft an diesen Gedanken an und problematisiert, dass Eingriffe in und Verschiebungen des status quo gesellschaftlicher Verhältnisse nicht notwendig emanzipatorisch sein müssen. Individuen und Kollektive, die mit einem herrschaftskritischen Anspruch antreten, handeln nicht per se progressiv und widerständig. (vgl. Kalmring 2012) Ihre kritischen Konzepte und Aktionen können auch unintendierte Nebenfolgen hervorrufen, indem sie zu Werkzeugen der Reproduktion des Systems von sozialen Ungleichheiten, Ausschluss- und Selektionsmechanismen werden.¹ In der dritten These werde ich diesen Gedanken zuspitzen und mit Blick auf das Bedingungsverhältnis von Freiheit, Macht und Subjektivierung zeigen, dass die Möglichkeit, kollektiv zu handeln, als Bedingung von Machtbeziehungen immer anwesend ist.

Hegemoniale Ordnung des Denkbaren und Möglichen

Die Zustimmung zu kapitalismuskritischen Positionen wächst in der Gesellschaft. Zugleich hält sich die Einschätzung bei vielen Menschen, nichts wirklich verändern zu können. (vgl. Becker u.a. 2013: 6) Die Frage, warum ein linkes Projekt so schwierig ist, sieht sich auch dazu gedrängt, die hegemoniale Ordnung des Denkbaren und Möglichen in den Blick zu nehmen, um Gefühle der individuellen und kollektiven Ohnmacht, Macht- und Perspektivlosigkeit in eine kollektive politische Praxis zu wenden. Worin bestehen die Bedingungen und antiemanzipatorischen Effekte, die Handlungsfähigkeit behindern? Was verhindert die Entfaltung des Vermögens, nach dem Unvorhersehbaren und den emanzipatorischen Möglichkeiten zu fragen?

Antonio Gramscis Hegemoniebegriff (vgl. GH: 1-194) scheint in besonderem Maße geeignet, um sich einer Antwort auf diese Fragen anzunähern. Es ist seine Doppelperspektive von der existierenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung einerseits und den Bedingungen einer zu schaffenden sozialistischen Gesellschaftsordnung andererseits, vor dessen Hintergrund er den Hegemoniebegriff entwickelte. (vgl. Opratko 2012: 53) Folgen wir Gramsci in seiner Analyse, dann beruht die Absicherung

¹ Die Revolten der 1960er Jahre zeigen beispielhaft, wie der Kapitalismus die Forderungen nach Autonomie, Authentizität und Kreativität in sein eigenes Funktionieren integriert. (Vgl. Boltanski/Chiapello 2003)

kapitalistischer Macht- und Herrschaftsverhältnisse neben Zwangsmomenten wesentlich auf einem langwierigen Prozess der Organisation von freiwilliger Zustimmung zu einem für alle gesellschaftlichen Schichten verallgemeinerbaren *way of life*. (Vgl. Fiori 1990: 130) Der Kapitalismus muss demnach »Formen bieten, die mit dem Stand der sozialen Welt, in die er eingebunden ist, und mit den Wünschen derjenigen Mitglieder der Gesellschaft kompatibel sind, die ihre Stimme mit dem größten Nachdruck erheben« (Boltanski/Chiapello 2003: 215). Denn bestehende ökonomische, soziale und politische Verhältnisse erhalten ihre Stabilität auf der Basis von handlungsanleitenden Normen, Werten, Vorstellungen und Ideen, die für die meisten Menschen als annehmbar oder sogar als wünschenswert interpretiert werden – zum Beispiel, indem sie als alternativlos gelten oder Ordnungsprinzipien darstellen, die in der scheinbar bestmöglichen Art und Weise die soziale Welt organisieren.² Zur Veranschaulichung: Unsere Vorstellungen von Zugehörigkeit, Handlungsmacht und Identität werden von sozialen Beziehungen strukturiert und kontrolliert. (vgl. Macpherson 1967) Die oftmals als »natürlich« und wesentlich wahrgenommenen Alltagspraxen (zum Beispiel Konsum) und alltägliche Denkgewohnheiten des Habens und Habenwollens sind die Summe von historisch entstandenen Beziehungen, in denen Individuen zueinander stehen. Dort, wo sich die Prinzipien des Ökonomischen, wie die zweckrationale Entscheidungslogik unter der Bedingung knapper Ressourcen, in die gesamte Lebenspraxis verbreiten, wird das politische Subjekt als Handlungsträger vom Wirtschaftssubjekt verdrängt. Dort, wo sämtliche soziale Beziehungen dem Kalkül des Ökonomischen unterworfen werden, herrscht der vermeintlich freie Markt schließlich als alternativlose soziale Form. (vgl. Reckwitz 2008: 126-131) Diese »postulierte Alternativlosigkeit ist nichts anderes als ein statischer Krieg – und: Sie ist weniger krisis als vielmehr stásis, da in ihr eben nichts entschieden wird, da es nichts zu entscheiden gibt« (Nosthoff/Maschewski 2015: 12). Letztlich gerät aus dem Blick, »dass der Status quo nicht den Charakter der natürlichen Ordnung hat, sondern von Menschen gemacht und durch

² Der Hegemoniebegriff wird von Gramsci aus dem Vokabular der russischen Sozialdemokratie übernommen. In diesem Kontext bezeichnete Hegemonie ein rein äußerliches Bündnis zwischen Klassen unter der Führung der Arbeiter_innenklasse. Gramsci erweitert das Konzept hegemonialer Verknüpfung schließlich über ein reines Klassenbündnisses hinaus: »Eine hegemoniale Allianz besteht nun nicht aus Klassen, deren Identität immer schon gegeben ist, sondern diese Identität muss politisch konstruiert werden.« (Marchart 2013: 88)

sie veränderbar ist – auch wenn sie ihn (spontan) permanent reproduzieren« (Markard 2009: 186).

Um das Terrain der Bedingungen zu erkunden, auf dem heute ein linkes Mosaik möglich ist, scheint es hilfreich zu sein, das Verhältnis von Macht, Freiheit und Subjektivierung genauer in den Blick zu nehmen. Der Begriff des Subjekts ist mit der Fähigkeit des Individuums verbunden, nicht mehr ausschließlich im Dienst der Reproduktion sozialer Verhältnisse zu stehen, sondern zwischen Möglichkeiten auszuwählen und somit auch Handlungsträger bei der Schaffung von etwas Neuem zu sein: »Subjekt ist der Moment, in dem sich das Individuum in einer Möglichkeit engagiert, die über seine Singularität, seine Partikularität hinausgeht und etwas errichtet.« (Badiou 2013a: 60)

In den *Gefängnisheften* von Gramsci klingt in einer Passage zur Frage, was der Mensch ist, an, dass die Fähigkeit zu Handeln gerade in diesem Vermögen zur Selbstimagination besteht, sich selbst vor sich selbst entworfen zu sehen und von jetzt an als dieses »neue« Selbst zu handeln: »Was ist der Mensch? Dies ist die erste und prinzipielle Frage der Philosophie. (...) Die Definition lässt sich im Menschen selbst finden; und zwar bei jedem einzelnen Menschen. Aber ist sie richtig? Bei jedem Einzelmenschen lässt sich finden, was jeder ›Einzelmensch‹ ist. Aber uns interessiert nicht, wie jeder Einzelmensch ist, was schließlich heißt, was jeder Einzelmensch in jedem Einzelmoment ist. Wenn wir dies bedenken, sehen wir, dass wir, wenn wir uns die Frage stellen, was jeder Mensch ist, sagen wollen: Wozu jeder Mensch werden kann, ob nämlich der Mensch das eigene Schicksal beherrschen kann, ob er ›sich machen‹ kann, sich ein Leben schaffen kann. Sagen wir also, daß der Mensch ein Prozess ist und dass er genau der Prozess seiner Handlungen ist.« (GH: 1346)

Die Möglichkeit zu handeln ist folglich nicht einfach ein simples Produkt seiner konkreten Bedingungen. Auch liegt kritisch-subversive Handlungsfähigkeit nicht in einem von der Gesellschaft unberührten Kern des Individuums begründet. Vielmehr entsteht sie in ihrem historischen Kontext aus gesellschaftlichen Vermittlungsprozessen und konkreten Kämpfen und zwar in spezifischer Art und Weise. Von der Möglichkeit freier Subjekte auszugehen – »[d]enn Macht kann nur über freie Subjekte ausgeübt werden, andernfalls müßte von Gewaltbeziehungen gesprochen werden« (Hürlimann 2015: 15) – sollte aber nicht den Blick dafür verstellen, dass das Subjekt immer nur relativ frei ist, »weil es sich in verschiedenen Institutionen und Lebenskontexten kraft Subjektivierung verschiedene Subjektivitäten hat aneignen müssen, die sein Handeln kraft Denk- und Handlungsschemata prägen« (ebenda). Gerade weil »die Ge-

sellschaft selbst keine totale und alles umfassende, homogene Ordnung [ist], die nur einen Subjekttyp produziert, sondern eine aus pluralen und heterogenen Ordnungen zusammengesetztes Gefüge, das jedem Menschen verschiedene Subjektivitäten abverlangt« (ebenda), muss Subjektivierung immer auch als ein fragiler »Zwischenraum« (Rancière 1994: 144) begriffen werden. Sie ist »*der Abstand* zwischen mehreren Orten, mehreren Funktionsbezeichnungen und mehreren sozialen Plätzen« (ebenda). Zum Beispiel sind es »die Widersprüche der Situationen der Sans-Papiers, jener, die ›hier‹ sind, von denen man aber sagt, dass sie ›nicht von hier‹ sind« (ebenda: 40), die einen Subjektivierungsprozess in Gang setzen können. Es sind solche widersprüchlichen Situationen, die sich in alltäglichen Praxen, routinemäßigen Handlungen, unbewussten Dispositionen und schließlich dem Alltagsverstand (*senso comune*) als Weltauffassung sowie als Selbst- und Fremdbild einschreiben und politische Subjekte konstituieren. (vgl. GH: 1397) Für einen Bruch mit der hegemonialen Ordnung des Denkbaren und Möglichen ist also entscheidend, an den widersprüchlichen Handlungsbedingungen anzuknüpfen und diese systematisch in Auseinandersetzung mit den praktischen Widersprüchen des eigenen Denkens und Handelns zusammen- und weiterzudenken.

Kritische Akteur_innen kommen in Besitz von Handlungsfähigkeit, wenn sie sich ihrer vielfältigen Zugehörigkeiten und Subjektivierungen bewusst werden. Den widersprüchlichen Alltagsverstand kohärent zu machen, bedeutet dann, die konkreten Lebensumstände und Erfahrungen auf dessen gesellschaftliche Vermitteltheit zu befragen. Die Aufgabe besteht darin, die Bedeutung der in sich widersprüchlichen Erfahrungen zu erkennen und in den eigenen Willen aufzunehmen. Gramsci führt dafür ein Beispiel an: »Dass es objektive Möglichkeiten gibt, nicht Hungers zu sterben, und dass dabei Hungers gestorben wird, hat anscheinend seine Bedeutung. Aber die Existenz der objektiven Bedingungen oder Möglichkeiten oder Freiheiten reicht noch nicht aus: es gilt, sie zu ›erkennen‹ und sich ihrer bedienen zu können. Sich ihrer bedienen zu wollen.« (GH: 1341) Es geht also um ein Ringen mit den Ideen, Vorstellungen und Normen, die uns formen, um Möglichkeiten der Formierung des Geformten auszuloten. Laut Gramsci ist es entscheidend, was Menschen aus dem machen – bzw. machen wollen –, was aus ihnen bisher gemacht wurde. (Vgl. ebenda) Geschieht dies, fühlen sich jene überlegen, die eben noch von der Übermacht der Verhältnisse niedergedrückt wurden, da sie die herrschenden Verhältnisse dann gewollt haben. In einem solchen Moment übernehmen sie in doppelter Hinsicht Verant-

wortung – einerseits für ihre eigene persönliche Lage und andererseits für die »Welt als Ganzes«: »1. indem dem eigenen Lebensimpuls oder Willen eine bestimmte konkrete (>rationale<) Richtung gegeben wird; 2. indem die Mittel ausgemacht werden, die diesen Willen zu einem konkreten, bestimmten, nicht beliebigen machen; 3. indem dazu eingetreten wird, das Ensemble der konkreten Bedingungen zu verändern, die diesen Willen nach Maßgabe der eigenen Machtgrenzen und in der fruchtbarsten Form verwirklichen.« (ebd.)

Strukturierung des Möglichkeitsraumes für kollektives Handeln

Wie aus den vorangestellten Überlegungen deutlich geworden ist, sind kritische Akteur_innen nicht dazu verdammt, die bestehenden Verhältnisse immerfort und ohne Ausweg zu reproduzieren, weil sie in einer tätigen Beziehung zu den gesellschaftlichen Verhältnissen stehen. Der Möglichkeitsraum des Handelns wird durch das Handeln geschaffen und dieses wird wiederum zur Hintergrundbedingung des Handelns. Um in einem progressiven Sinne verändernd auf die herrschende Ordnung einzuwirken, muss der Möglichkeitsraum für kollektives Handeln aber strukturiert werden. Dies impliziert, die Bedingung der Möglichkeit grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen sichtbar zu machen, sich dominanten Regeln, Normen oder Konventionen zu widersetzen und Alternativen zum bestehenden Status quo wahrzunehmen, vorzustellen und aufzubauen.

Gerade die gesellschaftsprägenden Eigentumsbeziehungen sind tief in den Strukturen und Normen, in den Verhaltens- und Denkweisen verankert und werden durch alltägliche Praxen hervorgebracht. Sie erfordern eine permanente Selbstbeobachtung und Selbsterforschung der eigenen Grundannahmen, um neue Formen des Gemeinsamen jenseits von Identifikationsmustern, die die Konsumgesellschaft und auch der Nationalstaat sowie Religionen anbieten, zu etablieren und diesen entgegenzusetzen. Ein kritisches Sich-Einlassen im Sinne eines Heraustretens aus diesen Eigentumsbeziehungen bedeutet dann, eine besitzindividualistische Perspektive kritisch zu reflektieren. Das heißt zu fragen, warum bestimmte Beziehungsformen besser vorstellbar, anerkannt und gelebt werden können als andere. Dies schließt mit ein, geschichtssensibel zu denken und zu fragen, wie besondere soziale Beziehungen entstanden sind und wie sich der Wunsch nach individuellem Eigentum historisch als wesenhafte Besonderheit durchsetzen konnte. Darauf,

dass sich eine solche Form der Selbsthinterfragung nicht bloß nach Innen wendet, hat Gramsci bereits hingewiesen: »Daher kann man sagen, dass jeder in dem Maße selbst anders wird, sich verändert, in dem er die Gesamtheit der Verhältnisse, deren Verknüpfungszentrum er ist, anders werden lässt und verändert.« (GH:1348)

Den Menschen in Anschluss an ein Zitat aus den Feuerbachthesen von Karl Marx als »das ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse« (MEW 3: 6) zu denken, legt nahe, Handlungsfähigkeit als »Kreuzung des Werdens mit dem Wir-Sein« (Haug 2011: 47) zu begreifen. Was ist damit gemeint? Ein Hinterfragen der eigenen Gesellschaftlichkeit impliziert bereits eine Beziehung zu Anderen. Wir begegnen, reden und antworten einander in und durch herrschende Verhältnisse. Die Forderung nach Selbstveränderung ist demnach mindestens so wichtig, wie die Einsicht in die Gefahr, mit dieser Forderung genau das zu moralisieren und zu verdecken, was sich durch die Veränderung des Selbst verändern muss: die materiellen, gesellschaftlichen Verhältnisse, die unsere Vorstellungen von einem guten Leben vermitteln und stützen. Mit der Frage einer anderen Gesellschaft – jenseits kapitalistischer Ressourcenverteilung und -ausbeutung, heteronormativer Verhältnisse, Grenz- und Migrationsregime, sexistischer, rassistischer und anderer Formen der Gewalt – sind somit auch und insbesondere alternative und gegen herrschende Institutionen gerichtete Erfahrungs- und Kommunikationszusammenhänge verbunden. Dies schließt die Entwicklung von Kommunikationsformen mit ein, »die sich dem Anderen öffnen, ihn Anerkenn[en] und ihm seine Andersheit [lassen], statt sie zu verletzen« (Badiou/Žižek 2012: 54). Ein linkes Mosaik muss Pluralität garantieren und die Ausweitung und Freisetzung von Unterschieden fördern, statt sie zu eliminieren.

Das radikale Moment zeigt sich dort, wo die Welt, vom Unterschied ausgehend, erfahren wird und nicht von der eigenen Identität. Derjenige, den ich »besiegen« muss, ist dann nicht der andere, sondern das bin ich, das »ich«, das die Identität gegen den Unterschied will, das seine Sicht auf die Wirklichkeit gegen eine andere Sicht auf die Wirklichkeit durchsetzen will. Auch muss es darum gehen, innerhalb von Institutionen kritisch zu agieren und Entwicklungsrichtungen und Logiken von Institutionen in einer Weise zu verändern, dass sie auf neue Formen des Gemeinsamen jenseits einer besitzindividualistischen Perspektive zielen. Denn ein zentraler Bezugspunkt kollektiver Handlungsfähigkeit liegt, wie bereits erwähnt, in der Anerkennung der Grenzen souveräner Subjektivität. Aus den bestehenden Verhältnissen »herauszutreten« heißt auch, aus der Vereinzelung auszubrechen. In einem linken Mosaik wür-

den beispielsweise alle, bezogen aufeinander, jene angelernten und inkorporierten Denk-, Fühl- und Verhaltensweisen infrage stellen. So könnte reflektiert werden, wer aufgrund welcher Privilegien sich aufgerufen fühlt, für wen zu sprechen, und wie die ungleiche Sprecher_innenschaft und Partizipation bestehende Ungleichheiten reproduzieren, indem jene, für die gesprochen wird, aus dem Kreis politisch handelnder Subjekte ausgeschlossen und auf *Objekte* der Befreiung reduziert werden. Wichtig für die Entwicklung neuer Formen des Gemeinsamen ist auch die Entscheidung, über lokale Konflikte hinauszudeuten. Dort, wo kritische Akteur_innen in der Öffentlichkeit zusammenkommen und mithilfe von Slogans oder Platzbesetzungen gegenseitige Bezüge herstellen, kann die Selbstrepräsentation zu einem übergreifenden Protestzusammenhang verdichtet werden.

Kollektives Handeln am Ziel einer »revolutionären Verunordnung« (Kleesattel 2014: 75) auszurichten, würde bedeuten, die bestehende Strukturierung des sozialen und symbolischen Raumes, mitsamt ihrer identitären Begriffe und Zweck-Mittel Logiken, zu kritisieren, Kompetenzhierarchien und die Annahme von privilegierten Erkenntnispositionen zu durchkreuzen sowie Privilegien infrage zu stellen und zu unterlaufen. Wo der Wille zur Selbstveränderung und der Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse strukturell auch durch eine vermeintliche Expert_innenkultur unmöglich gemacht oder zerstört wird, braucht es vermehrt nichthierarchische Organisationformen. Neue Praxen der Aneignung von Wissen können das Selbstvertrauen in die eigene Intelligenz, in Neugier und Improvisationslust fördern. Eine Demokratisierung von Wissen kann die Effekte des Aufoktrozierens und der Monopolisierung von Wissen sowie normalisierte Ungleichheitsstrukturen zwischen Wissenden und Unwissenden verringern. Wie das Beispiel eines Wiener Magazinprojekts mit einer offenen Redaktion zeigt, lässt sich mit traditionellen Redaktionsformen, bestehend aus einer fixen Redaktion sowie eine_n Chefredakteur_in, ganz einfach brechen.³ Das Konzept sieht vor, dass alle Autor_innen, die Texte eingereicht haben, automatisch Teil des Redaktionsteams der jeweiligen Ausgabe sind.

³ Magazin engagée – politisch-philosophische Einmischungen, www.engagee.org.

Solidarisch-Werden, Bündnisse knüpfen

Sich selbst aus dem Zustand der eingeschränkten Handlungsfähigkeit herauszubewegen, bedeutet, dass begonnen wird, über neue Formen des Gemeinsamen nachzudenken und zu sprechen. Wie können kritische Akteur_innen ihre Handlungsfähigkeit aufeinander beziehen? Wie kann einem ganzen Spektrum unterschiedlicher, gar widersprüchlicher Zielsetzungen, Grundannahmen und Erfahrungen in einem kohärenten Gesellschaftskonzept Ausdruck gegeben werden?

Bereits Gramsci hat die strategische Notwendigkeit von Bündnissen betont und zugleich auf die Gefahr hingewiesen, dass Prozesse eines »Solidarisch-Werdens« (GH: 495f.) der Gefahr von Spaltungs- und Kooptierungsversuchen ausgesetzt sind: »Die Geschichte der subalternen gesellschaftlichen Gruppen ist notwendigerweise bruchstückhaft und episodisch. Zweifellos gibt es in der Geschichte der Aktivität dieser Gruppen eine Tendenz der Vereinigung, sei es auch nur auf provisorischen Ebenen, aber diese Tendenz wird durch die Initiative der herrschenden Gruppen fortwährend gebrochen.« (ebd.: 2191) Gramsci präzisiert seine Überlegungen zu einer flexiblen hegemonialen Form mit dem Begriff des Transformismus, den er aus der historiographischen Debatte um das italienische *Risorgimento*, der nationalen Einigungsbewegung Italiens, übernimmt. Transformismus bezeichnet einen Prozess der »Absorption« von untergeordneten Gruppierungen durch eine schrittweise Integration und selektive Anerkennung ihrer Forderungen. (vgl. ebenda: 1947) Im Kern beschreibt dieser Prozess das Phänomen einer relativen Stabilisierung der bürgerlichen Hegemonie unter der Mitwirkung von kritischen Akteur_innen. Oppositionellen Kräften wird die revolutionäre Spitze genommen. Ihre Interessen werden in eine Modernisierung der gesellschaftlichen Strukturen umgelenkt, ohne die soziale Basis der Klassenherrschaft anzugreifen. (Vgl. Opratko 2012: 44) Gramsci selbst bezeichnet diesen Vorgang der systematischen Integration einzelner Forderungen und Gruppen als »passive Revolution« im Sinne einer »Revolution ohne Revolution« (GH: 1948).

Ein wirksames Mittel gegen Spaltungen und Kooptierungsversuche ist die Konstitution eines neuen politischen Akteurs, der mehrere Gesellschaftsschichten, die für gewöhnlich voneinander getrennt sind, miteinander verbindet. Zum Beispiel könnte sich ein solcher kollektiver Akteur in einer Vereinigung aus Arbeitslosen, Migrant_innen, Studierenden, Rentner_innen, gewerkschaftlich organisierten und nicht organisierten Arbeitnehmer_innen entwickeln, die gemeinsam Arbeitsstätten beset-

zen und die Produktion etwa von Mobilitätsunternehmen blockieren. »So ist der Streikzustand real, obwohl die Arbeitnehmer rechtlich nicht streiken und ihren Lohn erhalten können. Dieses Verfahren erlaubt, einen Streik mit Besetzungen andauern zu lassen, obwohl sich die Dauer im Allgemeinen und vor allem heutzutage, da das Leben für die kleinen Arbeitnehmer schwierig ist und die Gewerkschaften viel zu geschwächt sind, um die Streikkassen voll zu halten, in der Mehrzahl der Fälle kaum weiter als über ein paar Tage strecken lässt.« (Badiou 2013b: 42) Die Aufgabe für ein linkes Mosaik besteht also darin, das eigene Partikularinteresse zu verallgemeinern und aus den heterogenen Elementen verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen einen »Kollektivwillen« zu bilden. Ein solcher würde dann eine Vielzahl an unterschiedlichen Positionen umfassen und sich in einem gemeinsamen politischen Projekt im Sinne einer attraktiven Lebensweise für alle Gesellschaftsschichten artikulieren. (vgl. Marchart 2013: 80)

Indem beispielsweise Flüchtlingspolitik als Gesellschaftspolitik gedacht wird, könnte unsere Produktions- und Lebensweise in einer Weise umgebaut werden, »dass sie nicht mehr die Lebensverhältnisse in anderen Regionen gefährdet«, sondern für alle Menschen attraktiv wird. (vgl. Brand 2015) Mit Badiou gesprochen geht es um die Verwirklichung eines geschichtlichen Aufstandes: »Der Aufstand wird geschichtlich, wenn seine Lokalisierung aufhört beschränkt zu sein und im besetzten Raum das Versprechen einer neuen und weitreichenden Zeitlichkeit gründet; wenn seine Zusammensetzung aufhört, einförmig zu sein und langsam eine vereinte, mosaikhafte Darstellung des gesamten Volkes nachzeichnet; wenn schließlich das negative Knurren der Revolte dem Aussprechen einer gemeinsamen Forderung Platz macht, deren Erfüllung dem Wort ›Sieg‹ eine erste Bedeutung verleiht.« (Badiou 2013b: 47) Anders als im Fall der Aufstände in der arabischen Welt hat, Badiou zufolge, mit den Aufständen in den westlichen Ländern des Jahres 2011 und den Folgejahren »wenn schon nicht die Möglichkeit, so zumindest die Möglichkeit der Möglichkeit eines solchen [emanzipatorischen] Aufstands begonnen. Darunter ist ein ereignishafter Bruch zu verstehen, der die Möglichkeit der unvorhergesehenen Entfaltung dieses oder jenes unmittelbaren Aufstands schafft« (ebd.: 40).

Schließlich ist die Frage nach kollektiver Handlungsfähigkeit immer auch eine nach der eigenen Bewegungsidentität und den selbstproduzierten Ausschlüssen. Im Spannungsfeld zwischen der Inklusion des Anderen in einem vielgliedrigen Kollektiv sowie der Essenzialisierung von Differenzen, muss sich ein linkes Mosaik der Aufgabe stellen, politische

Gewissheiten und ideologische Selbstüberzeugungen zu hinterfragen. Statt sich in schnellen Schritten auf eine identitäre Einheit hinzubewegen, muss das eigene Verortetsein und die eigene Zugehörigkeit im Hinblick auf die selbstproduzierten Ausschlüsse reflektiert werden. Es gilt kritisch zu prüfen, ob und inwiefern bestehende Normativitätsschemata, zum Beispiel bezogen auf Geschlechtsidentität, Ökonomie oder auch Nation durch die eigene politische Praxis gefestigt werden.

Das Gemeinsame eines linken Mosaiks

Wenn wir nun resümierend über ein linkes Mosaik nachdenken, dann kann das folglich nur alles andere sein, als dieses in der Polarität von Identität und Differenz und jenseits von konsensueller Politik und behaupteter Ähnlichkeit zu denken. Vielmehr erscheint es sinnvoll, von einem Gemeinsamen in der Bedeutung von Allianz und Nebeneinander auszugehen. Denn die einzelnen Elemente (politische Akteur_innen und ihre Erfahrungen, Ansprüche etc.) eines Mosaiks bleiben nicht gleich, wenn sie aufeinanderstoßen. Stuart Hall drückte dies folgendermaßen aus: »Und wenn Sie mich fragen, ob die Identitäten gleich bleiben, wenn sie in Netzwerken aufeinanderstoßen, so kann ich nur sagen, dass sie nie gleichgeblieben sind, und sie werden auch durch die Vernetzungen nicht gleich bleiben. (...) Jedes Mal, wenn du jemand anderem begegnest, änderst du dich – das ist das, was ich das ›unvermeidliche In-Beziehung-Treten mit dem Anderen‹ nenne. (...) Aber Identität bedeutet auch, die Geschichte zu kennen, wie man in die verschiedenen Beziehungen hineingeraten ist. (...) Wenn ich über Hybridität spreche, spreche ich nicht über so eine Art Fruchtsalat. Ich spreche über die fundamentale Nicht-Singularität.« (Hall 2001) Auch Gramsci stellte diesbezüglich fest: »[D]ie Synthese der Bestandteile der Individualität ist ›individuell, doch verwirklicht und entwickelt sie sich nicht ohne eine Tätigkeit nach außen, die äußeren Verhältnisse verändernd, beginnend bei denen zur Natur bis hin zu denen, zu den anderen Menschen, in unterschiedlichem Grad in den verschiedenen gesellschaftlichen Kreisen, in denen man lebt, bis zum weitesten Verhältnis, das die gesamte menschliche Gattung umfasst. Daher kann man sagen, dass der Mensch wesentlich ›politisch‹ ist, denn seine Tätigkeit zur bewussten Umformung und Leitung der anderen Menschen verwirklicht seine ›Menschlichkeit‹.« (GH: 1342) Wenn es aber kein bloßes Nebeneinander gibt, weil bereits »in dem Moment, da etwas zu etwas anderem in der Beziehung des Neben

steht, zugleich etwas Existenziales ins Spiel kommt« (Nancy 2015: 61), können wir mit dem Philosophen Jean-Luc Nancy sagen: »Wir Menschen sind nie nur nebeneinander, wir haben immer auch etwas miteinander zu tun, ob wir es wollen oder nicht.« (ebd.: 61f.) Die Strategiebildung eines linken Mosaiks als soziales und politisches Handlungsexperiment zu konzipieren, ist demnach entscheidend. Indem Handlungsoffenheit in die Formate des Protests eingebaut wird, kann Ausschlüssen, Hierarchien oder Ressentiments entgegengewirkt werden. (vgl. Marchart 2015: 10) Zudem können »neue Formen der Zirkulation von Wörtern, der Ausstellung des Sichtbaren und der Erzeugung von Affekten neue Fähigkeiten bestimmen, die mit der Konfiguration des Möglichen brechen« (Rancière 2009: 78).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Ausgangspunkt für die Bildung eines linken Mosaiks die widersprüchlichen Handlungsbedingungen sind. Gleichzeitig sieht sich die Bildung einer Mosaik-Linken mit der Herausforderung konfrontiert, nicht bei einer Analyse und Beschreibung dieser Handlungsbedingungen stehen zu bleiben. Vielmehr geht es darum, diejenigen Potenziale auszumachen, durch die es kollektiven Akteur_innen möglich ist, Brüche und Diskontinuitäten mit dem *status quo* herbeizuführen. Die vielfältigen Praxen der Unterbrechung, die Übergangsmomente und Dimensionen politischer Ermächtigung, die Entwicklungstendenzen und konkret-existierenden kleinteiligen Alternativen gilt es als Möglichkeiten, Geschichte zu bewegen, stark zu machen. Dies erfordert auch eine Auseinandersetzung mit der eigenen besitzindividualistischen Subjektivierungsweise, den Grundannahmen und Ausschließungspolitiken.

Darüber hinaus ist die kritische Reflexion historischer Versuche mit- samt ihren Erfolgen und ihrem Scheitern relevant sowie auch Diskussionen über Gesellschaftskritik, die konkret genug sind, um Vorstellungshorizonte zu erweitern, und gleichzeitig offen genug bleiben, um nicht als technokratische Projekte interpretiert zu werden. Die kontinuierliche Arbeit an Begriffen ist dafür unverzichtbar. So hat die Arbeit mit dem Begriff der »kollektiven Handlungsfähigkeit« einen praktischen, nicht nur theoretischen Sinn: Es geht nicht nur um die Präzisierung und Problematisierung eines Begriffs, sondern um die Verwirklichung einer Möglichkeit zu handeln. So setzt die Frage danach, was wir tun können, stets voraus, dass wir die Umstände und Bedingungen verstehen, von denen Handlungsfähigkeit ihren Ausgang nimmt. Gerade weil Handlungsmacht immer nur vorläufig sein kann, ist es wichtig, die Möglichkeit des Scheiterns in die Strategieentwicklungen miteinzubeziehen.

Zugleich sind wir verpflichtet, unsere politischen Gewissheiten zu hinterfragen und uns auf gemeinsame Räume der Reflexion und Revolte einzulassen, sie mit zu erschaffen.

Literatur

- Badiou, Alain (2013a): Philosophie und die Idee des Kommunismus, Wien.
- Badiou, Alain (2013b): Das Erwachen der Geschichte, Wien.
- Badiou, Alain / Žižek, Slavoj (2012): Philosophie und Aktualität, Wien.
- Becker, Florian/Candeias, Mario/Niggemann, Janek/Steckner, Anne (Hrsg.) (2013): Gramsci lesen. Einstiege in die Gefängnishefte, Berlin, Hamburg.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2003): Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.
- Brand, Ulrich (2015): Flüchtlinge und die Ideologie des Konsumismus, unter: <http://derstandard.at/2000022687552/Fluechtlinge-und-die-Ideologie-des-Konsumismus> (letzter Zugriff: 23.9.2015).
- Fiori, Giuseppe (1990): Antonio Gramsci. Life of a Revolutionary, London.
- Gramsci, Antonio (1991 ff.): Gefängnishefte, Berlin, Hamburg (zit. als GH: Seite).
- Hall, Stuart (2001): Turn identity inside out!, Interview mit Stuart Hall, bearbeitet von Angelika Bartl, in: transversalitynow, Kulturrisse Nr. 02, unter: <http://kulturrisse.at/ausgaben/022001/oppositionen/turn-identity-inside-out> (letzter Zugriff: 08.10.2015).
- Haug, Wolfgang Fritz (2011): Die kulturelle Unterscheidung. Elemente einer Philosophie der Kultur, Hamburg.
- Hürlimann, Gabriel (2015): Vom Aufstand des Elementaren im Konformen, in: engagée – politisch-philosophische Einmischungen, nr. 2, S. 10-13.
- Kalming, Stefan (2012): Die Lust zur Kritik. Plädoyer für soziale Emanzipation, Berlin.
- Machart, Oliver (2013): Die Prekarisierungsgesellschaft. Prekäre Proteste. Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekarisierung, Bielefeld.
- Machart, Oliver (2015): Vorwort, in: Süß, Rahel Sophia (2015): Kollektive Handlungsfähigkeit. Gramsci – Holzkamp – Laclau/Mouffe, Wien, Berlin.
- Macpherson, Crawford Brough (1967): Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes bis Locke, Frankfurt am Main.
- Markard, Morus (2009): Einführung in die kritische Psychologie, Hamburg.
- Marx, Karl / Engels, Friedrich (1957 ff.): Werke, Berlin-Ost (zit. als MEW, Band: Seite)
- Nancy, Jean-Luc (2015): Demokratie und Gemeinschaft, Wien.
- Nosthoff, Anna-Verena/Maschewski, Felix (2015): Ékstasis gegen Stásis oder: Der Krise widersprechen, in: engagée – politisch-philosophische Einmischungen, nr. 2, S. 10-13.
- Opratto, Benjamin (2012): Hegemonie, Münster.
- Rancière, Jacques (2009): Der emanzipierte Zuschauer, Wien.
- Rancière, Jacques (1994): Die Namen der Geschichte. Versuch einer Poetik des

Wissens, Frankfurt am Main.

Reckwitz, Andreas (2008): *Subjekt*, Bielefeld.

Urban, Hans-Jürgen (2009): Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 5, S. 71-78.

Marcus Havel

Vom Proletariat zum Mosaik

Zur Rekonstruktion verloren gegangener
Handlungsfähigkeit

»Wir werden wiederkommen als eine Menge ohne Zahl.«

Louise Michel

Ende der Arbeiter_innenbewegung?

Durch den Sieg des Faschismus und Stalinismus in Europa in den 1930er Jahren war es mit der alten Arbeiter_innenbewegung zu Ende gegangen: Sie wurde zerschlagen oder verstaatlicht. Insbesondere in Deutschland, wo sie die stärkste und größte der Welt gewesen war, hatte der Nationalsozialismus sie systematisch gleichgeschaltet. Nach 1945 wurden die Gewerkschaften zwar reorganisiert, aber die Zeiten hatten sich gewandelt, und die Arbeiter_innenbewegung konnte sich nicht wieder erholen, weil viele erfahrene Aktivist_innen: Sozialdemokrat_innen, Anarchist_innen, Sozialist_innen und Kommunist_innen in den Konzentrationslagern von den Nazis ermordet worden waren. Die Gewerkschaftsbewegung der Nachkriegszeit ist eine gezähmte Rekonstruktion: eine »blinde Macht« (Pirker 1979) gewesen, die die Erfahrung der Zerschlagung und von Auschwitz als systematische, moderne Barriere des geschichtlichen Fortschritts konstitutiv in sich aufnahm. Durch den Antikommunismus während des Kalten Krieges war sie zudem in ihrer Vorstellungskraft gehemmt sowie durch das Wirtschaftswunder in ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten in den Kapitalismus integriert worden.

Die Gewerkschaften genauso wie die sozialdemokratischen Parteien verloren überall in Westeuropa während der fordistisch-keynesianistischen Prosperitätsphase der Nachkriegszeit den Ausblick auf den Sozialismus. Die Phase des wachsenden Wohlfahrts- und Sozialstaats brach heran und damit verbunden ein allgemein verbreiteter Glaube an die Immanenz: an die Möglichkeiten, den Kapitalismus zu bändigen, zumindest zu fesseln und ein menschliches Antlitz zu versehen. Der Blick der kritischen Gesellschaftstheorie wurde in diesem Kontext daher zunächst auf die Gründe fehlenden Klassenbewusstseins gerichtet. Das Klassenbewusstsein modifizierte sich während der Prosperitätsphase, die auf

Basis fordistischer Massenproduktion und keynesianistischer Subventionierung einen industriellen Massenkonsum und soziale Absicherungen möglich machte. So hatten nunmehr die Arbeiter_innen deutlich mehr zu verlieren als bloß »ihre Ketten« (Marx/Engels 1972: 493).

Herbert Marcuse stellte bereits 1947 in den USA fest, dass der Spätkapitalismus Mechanismen in Gang setzte, die aus dem Proletariat einen integrierten, das Bestehende affirmierenden Bestandteil machten. (vgl. Marcuse 2007) Diese Transformation des Proletariats verhandelte er unter dem Stichwort der »Verbürgerlichung« (ebenda: 133f.). Die Verelendungsthese wurde *ad acta* gelegt. Weil sich seine materielle Lage quantitativ verbessere, verliere das Proletariat seine Funktion der Negativität. Der Verlust des transzendierenden Klassenbewusstseins müsse als objektive Veränderung der Klassengesellschaft verstanden werden.

In seinem Aufsatz »Reflexionen zur Klassentheorie« aus dem Jahr 1942 ging Theodor W. Adorno, ebenfalls in den USA, umfassend darauf ein, dass es sich als Problem erweist, wenn zwischen der objektiven Struktur und der subjektiven Erfahrbarkeit der proletarischen Klasse ein unüberbrückbarer Graben existiert. (vgl. Adorno 1995) Später fragte Adorno mit ironischem Unterton: »Wo ist das Proletariat?« Mit dieser »grimmigen Scherzfrage« (Adorno 1994a: Aph. 124, 258) sähen sich die Soziolog_innen konfrontiert. »Warum trotz der zur Oligarchie vorgehenden historischen Entwicklung die Arbeiter immer weniger wissen, dass sie es sind, lässt sich immerhin aus manchen Beobachtungen erraten.« (Ebenda: 257) Vor dem Hintergrund der studentischen Proteste 1968 spitzte Adorno nunmehr auch für Europa den Gedanken weiter zu: Die affirmative Verwendung des traditionellen Klassenbegriffs bekomme, obwohl sich an der Existenz von Klassen objektiv nichts verändert habe, »ein dogmatisches oder ein fetischistisches Element«, da die Proletarier_innen »überhaupt schon nicht mehr wissen, dass sie Proletarier sind« und sogar »ein solches Bewusstsein emphatisch von sich weisen« (Adorno 2003: 43f.; vgl. Adorno 1995: 377).

Jenes dogmatische und fetischistische Moment, das Adorno betonte, ohne die noch anstehende K-Gruppen-Dogmatisierung als Zerfallsprodukt von 1968 miterlebt zu haben (siehe Leineweber 1977), zeigte umso mehr den Ernst der Lage: Die 68er brauchten für ihre als Revolution verkaufte Revolte ein theoretisch legitimates, politisches Subjekt, und sie fielen dabei aus der Not ihrer Praxis heraus hinter gewonnene Einsichten zurück. Diese Legitimierung erwarteten sie von Adorno, der sich aber verweigerte, im Gegensatz zu Marcuse, welcher sich 1967 als Redner bei den studentischen Protesten in Berlin engagierte. Marcuse wurde

zum »Idol der Berliner Studenten« (Hermann 1967), weil er mit seiner »Randgruppen«theorie die theoretische Legitimation des politischen Subjekts der Befreiung lieferte und dabei mal den Studierenden, den Frauen, den Schwarzen, den *drop outs* das revolutionäre Potenzial geschichtlicher Veränderung zusprach. (vgl. Marcuse 1970; Marcuse 1982: 267; Roth 1985) Adorno formulierte indes eine radikale Kritik an Politik, die gleichsam den Charakter einer Antipolitik annahm: »Ein nicht bornierter Begriff von Praxis (...) kann einzig noch auf Politik sich beziehen, auf die Verhältnisse der Gesellschaft, welche die Praxis eines jeden Einzelnen weithin zur Irrelevanz verurteilen.« (Adorno 1969: 174) Beides, Skepsis und Antipolitik, entfremdete ihn von der Praxis der Studierendenrevolte, obwohl er Sympathien für sie aufbringen konnte und er im Kampf gegen die Notstandsgesetze in die Praxis der außerparlamentarischen Opposition zusammen unter anderem mit Wolfgang Abendroth involviert gewesen war. (vgl. Kritidis 2008) Adorno hatte in der Praxis also auch an der Gewerkschaftsbewegung festgehalten. Er war aber mehr in einem theoretischen Sinne praktisch; für ihn war »Denken (...) ein Tun, Theorie eine Gestalt von Praxis« (ebenda: 171) und die Tätigkeit des eingreifenden Intellektuellen: die Organisation eines hegemonialen Diskurses durch Kritik. (vgl. Demirović 1999) Auf Kritik zog er sich immer mehr zurück und verfasste sogar einen erklärenden Aufsatz, der den ironischen Titel »Resignation« trägt. Darin heißt es: »Demgegenüber ist der kompromisslos kritisch Denkende, der weder sein Bewusstsein überschreibt noch zum Handeln sich terrorisieren lässt, in Wahrheit der, welcher nicht ablässt.« (Adorno 1971: 149f.)

These: Das Verschwinden der bürgerlichen Gesellschaft

Was von Adorno und Marcuse hinsichtlich einer revolutionären Praxis seit längerem neben der Verbürgerlichung und Integration des Proletariats problematisiert wurde, war das Verschwinden der bürgerlichen Gesellschaft. Für Marcuse verschwand in den fortgeschrittenen Industrienationen die bürgerliche Klasse zusammen mit dem Proletariat in der »eindimensionalen Gesellschaft«, deren herrschaftliche Barrieren und integrativen Mechanismen eine Revolution undenkbar erscheinen ließen. Was sich herausbildete, sei eine totalitäre Demokratie, das heißt eine »pluralistische Aufhebung aller wirksamen Opposition durch die bestehende Gesellschaft« (Marcuse 1965: 90). Detlev Claussen arbeitete diesen Zusammenhang bei Marcuse und Adorno heraus. (vgl. Claussen

1999) Aus dem Verschwinden der bürgerlichen Gesellschaft leite sich demnach die Unmöglichkeit der Revolution ab: »Der entfaltete Kapitalismus, so lautet ihre These, scheint die Revolution durch die totale Vergesellschaftung von Menschen und Dingen unmöglich zu machen. Es geht in Adornos Worten um die ›Verhinderung der Revolution durch die totale Gesellschaft‹.« (Claussen 1999: 31; vgl. Adorno 1995) Diese Erfahrung zwingt die Kritischen Theoretiker_innen dazu, »den Begriff des Kapitalismus weiter zu fassen als den der ›bürgerlichen Gesellschaft‹« (Claussen 1999: 31).

Wie aber lassen sich der fordistische und schließlich der flexibilisierte Spätkapitalismus von der bürgerlichen Gesellschaft unabhängig fassen? Dies lässt sich vor allem am Verhältnis zwischen dem Politischen und der Ökonomie im Strukturwandel der Öffentlichkeit erkennen. (vgl. Marcuse 1965: 88) Es ist keine moderne Polis, die das Leben und Denken in den spätkapitalistischen Gesellschaften ausmacht. Das Primat der Politik ist durch die infinitesimale Inwertsetzung seitens der Ökonomie (vgl. Bittlingmayer/Bauer 2015: 246), die zudem im Neoliberalismus seit Ende der 1970er Jahre ihren politischen und sozialen Charakter sukzessive abstreift, herabgesetzt worden. Das Verhältnis zwischen dem Politischen und der Ökonomie hat sich grundlegend verschoben: Die Ökonomie ist weniger politisch geworden, indem radikal sowohl gesellschaftliche Risiken privatisiert als auch gesellschaftliche Verantwortung individualisiert werden. Das Politische wird damit umso ökonomischer gefasst, und es findet eine betriebswirtschaftliche Logifizierung aller staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen statt. (vgl. Freytag 2008) Das gesellschaftliche Ganze gerät dadurch aus dem Blick. Gesellschaft überhaupt ist im Verschwinden begriffen (vgl. Breuer 1992), indem die politische Ordnung der Öffentlichkeit durch betriebswirtschaftliche Logik ersetzt wird.

Auf der Ebene des bürgerlichen Individuums lässt sich die gleiche Entwicklung wie zuvor im Fordismus als »Veralten des ökonomischen und politischen Subjekts« (Marcuse 1965: 104) konstatieren: Die psychische Struktur des bürgerlichen Individuums wurde im Spätkapitalismus zunächst eindimensional zum Verwaltungsobjekt gemacht. (vgl. ebenda: 89) Das Ich, welches sich ohne politischen Konflikt oder Kampf um Anerkennung gegen Autoritäten entwickelt, ist schwach und hat keine Mittel zur Verfügung, sich kulturindustrieller Manipulation zu widersetzen: »Es unterwirft sich bereitwillig den erfordernten Denk- und Verhaltensweisen, indem es sein Selbst den anderen anähzelt.« (ebenda: 94) Unter dem Neoliberalismus werden die Menschen zusätzlich zu ihrer büro-

kratischen Entmündigung auch zu unternehmerischer Selbstausbeutung aktiviert. Der Wechsel von der Fremdausbeutung hin zur Selbstausbeutung unter den Tarnnamen der Selbstverwirklichung und Freiheit führt daher zu einer schleichenden Selbstentwirklichung, an dessen Ende immer häufiger die psychische Erschöpfung (siehe Ehrenberg 2004) des arbeitenden und konsumierenden Selbst steht, dem keine Anerkennung zuteilwird.

Die Frage, die Marcuse und Adorno aufwarfen, ist aber noch sehr viel weitgehender: ob nicht seit dem »stahlharten Gehäuse der Hörigkeit« (Max Weber) im Fordismus trotz eines etwaigen Innervierens des Subjekts am Rande seines Verstummens der Schritt zur emanzipatorischen Organisation von Subjekten zumindest gegenwärtig verstellt sei und bleibe. (vgl. Wagner 1965: 101)¹ Zwar begann Adorno die »Negative Dialektik« mit dem Satz, dass die Marxsche Philosophie, die einmal überholt schien, sich am Leben erhalte, weil der Zeitpunkt ihrer Verwirklichung verpasst wurde. (vgl. Adorno 1994b: 15) Aber dieses Fortleben der Philosophie, das die Aktualität der Kritischen Theorie in Gestalt der negativen Dialektik begründen sollte, musste mit dem Verlust des außertheoretischen Wahrheitsanspruches umgehen: dem Verschwinden des Proletariats und allgemeiner, dem Verschwinden der bürgerlichen Gesellschaft.

Die gescheiterte und im Faschismus ertränkte Revolution scheint in Europa einen Zustand hinterlassen zu haben, in dem alles weitergeht, ohne wirklich voranzukommen. Der Verlust des politischen Subjekts der Emanzipation hinterließ offenbar eine Leerstelle, die Geschichte mindestens auf der Stelle treten lässt, wenn nicht zu ihrem Ende führt. Geschichte als Formwandel des Immergleichen² und unter den Vorzeichen der Katastrophe (vgl. Benjamin 1991: 592): Auf jede Revolution folgte das große Fressen ihrer Kinder, in dem sich ein Formwandel der Herrschaft des Gleichen vollziehe.

Der Begriff der Kontinuität, der für die Geschichtswissenschaft zentrale Bedeutung besitzt, gewinnt durch den permanenten Formwandel des Gleichen eine andere Konnotation als bei Hegel oder Karl Marx: »Kontinuität der Geschichte als zyklische Bewegung einer nach Art des kosmischen Kreislaufs konzipierten periodischen Wiederkehr des Gleichen«.

¹ Wagner stellt die Frage nach dem Ende der (europäischen) Geschichte, das durch die Katastrophen des 20. Jahrhunderts bedingt ist.

² Damit ist nicht gesagt, dass das Immergleiche immer gleich ist; es ändert durchaus seine äußerliche Form, bleibt aber seinem Wesen nach Herrschaft.

chen.« (Baumgartner 1997: 41; vgl. Löwith 1953: 189) Solche Wiederkehr bedeutet Revolution ihrem klassischen Wortsinn nach, nunmehr als unentwegter Formwandel der Herrschaft des Immergleichen.³ Bei Hegel war die Dynamik der Wiederkehr zur Herr-Knecht-Dialektik ausdifferenziert: Zu jedem Knecht, der sich von seinem Herrn befreit und selbst Herr der Lage wird, gesellt sich ein neuer Knecht. Dagegen könne das Überwinden der Herrschaft nur das Austreten aus der Geschichte bedeuten: ihr Ende, das mit der klassenlosen Gesellschaft seinen Anfang nimmt und alle vorherige Geschichte als nicht gewesen ausmacht – oder zur Vorgeschichte, das heißt zur Herstellung der gesellschaftlichen Voraussetzungen für die eine Revolution herabsetzt. In beiden Fällen hätte Geschichte bis zu der einzigartigen Revolution noch gar nicht stattgefunden. Sie wäre denkbar nur als Tigersprung »unter dem freien Himmel« der Geschichte, gleichsam als dialektische (vgl. Benjamin 1955: XIV. These) oder finale Revolution (vgl. Camus 1969: 88; Hawel 2003), die Herrschaft mit einem Paukenschlag überwindet und Geschichte im selben Aufblitzen schon wieder beendet.

Wie sehr in diesem kompromisslosen und konsequenten Revolutionsverständnis die Religiosität ihr Recht zurückerlangt hätte, ist unmittelbar evident: es nähert sich dem messianischen Gedanken der Erlösung an, zumal auf jeden gescheiterten Revolutionsversuch die herrschaftliche Hermetik zunahm: Die Techniken der Repression verfeinerten und effektivierten sich, wurden allmählich unüberwindbar. Selbst wenn die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen, sorgte fortan das »stahlharte Gehäuse der Hörigkeit« in der verwalteten Welt für die Wiederkehr des Immergleichen. Marcuse sprach in diesem Zusammenhang, in dem personale Herrschaft in anonyme Verwaltung überführt wurde, von einer »körperschaftlichen Maschine« (Marcuse 1982: 52). Der Zusammenhang zwischen Theorie und Revolution schien mithin spätestens mit Auschwitz zerfallen zu sein. »Die Verbrechen der Gesellschaft, die Hölle, die der Mensch dem Menschen bereitet hat, werden zu unbesiegbaren kosmischen Mächten.« (Ebenda: 81; vgl. Demirović 1999: 44) Tatsächlich gab es für Adorno und Marcuse unter den Verhältnissen des integralen Etatismus und der total verwalteten und eindimensionalen Welt keine Möglichkeiten der Revolution mehr.

Marcuse entfaltete seine Begrifflichkeit zwar explizit auf der Folie der bipolaren Weltordnung, deren Geltung ging aber nach dem Epochen-

³ Dieses korreliert mit der These von Gaetano Mosca, dass in den Revolutionen stets nur Eliten ausgetauscht werden (Zirkulation). (vgl. Mosca 1950)

bruch von 1989/90 nicht verloren. Allerdings dürfte sich die Unmöglichkeit der Revolution in diesem starken Maße, was die Übermacht der bürokratischen und staatlichen Herrschaft angeht, nicht auf die Länder des globalen Südens, sondern vor allem auf die fortgeschrittenen Industrienationen des Nordens beziehen, wo die Herrschaftsverhältnisse zivilgesellschaftlich vermittelt sind. Schon Antonio Gramsci erklärte durch die Existenz der Zivilgesellschaft das Scheitern der proletarischen Revolution in Westeuropa. (vgl. Gramsci 1991ff: §16, 874)

Die Überwindung von Herrschaft scheint jedenfalls leichter zu sein, wenn das Verhältnis zwischen Staat und Individuum wie im autoritären Staat konfrontativ und nicht miteinander vermittelt ist – selbst wenn oder gerade weil der Staat dort auf Kritik und Widerstand willkürlicher und deutlich aggressiver reagiert. Festzuhalten ist auch, dass im globalen Süden die Hinwendung zu postfordistischen Produktionsweisen weitgehend erst noch bevorsteht oder im Gange ist und vielerorts das Proletariat noch wächst und an politisch-ökonomischer Gegenmacht gewinnt.

Antithese: Kritische Theorie der Neuen Sozialen Bewegungen

Die erste Generation Kritischer Theorie hatte eine umfassende Kritik an der von Hegel inspirierten metaphysischen Geschichtsphilosophie unternommen. (vgl. Horkheimer 1988) Hinsichtlich des Marxschen Proletariatsbegriffs saß sie allerdings der gleichen metaphysischen Konstruktion auf, als sie ihre Schlussfolgerung zog, dass das Proletariat *an und für sich* im Verschwinden begriffen sei, weil es in der Form, wie es sein Begriff *an sich* nahelegt, in der außertheoretischen Wirklichkeit als *für sich* nur in Form einer Hypostasierung nachgewiesen werden könne; – mit allem Unheil, welches der Marxismus-Leninismus durch diese ideologische Vergegenständlichung einer Abstraktion über die Marxsche Theorie und den Marxismus mit Blick auf eine Handlungsfähigkeit gebracht hat, die nur vermöge zentralistischer Autorität funktioniert: Nicht das Proletariat entschied (Diktatur des Proletariats) und handelte, sondern die Avantgardepartei (Leninismus), beziehungsweise die Parteiführung im Namen des Proletariats (Stalinismus). Adorno verabschiedete sich, ähnlich wie André Gorz (vgl. Gorz 1983; Hawel 2013), von dieser idealistischen Metaphysik, aber indem er das Proletariat in der empirischen Wirklichkeit *an und für sich* nicht mehr als real gegeben ansah. Insofern hatte der Abschied vom Proletariat vielmehr ein Abschied von einer be-

grifflichen Ausrichtung (hegelianische Begriffskonstruktion), welche die Illusion einer Uniformität des Proletariats genährt hat und die in der empirischen Wirklichkeit nicht zu halten war, sein müssen.

Den Weg in die Aporie der Emanzipation konnte eine zweite Generation der Kritischen Theorie so nicht weitergehen. In der Bundesrepublik der 1970er Jahre wandelte sich die Kritische Theorie im Übergang von der ersten zur zweiten Generation und zu den Neuen Sozialen Bewegungen. Dieser Wandel geschah vor dem Eindruck der sozialen Unruhen vor allem in der Peripherie in den 1960er Jahren, den spontanen Streiks: vom Prager Frühling, den Volksbewegungen in Chile, Portugal, Nicaragua, wo parallel zum Regierungswechsel Übernahmen der Betriebe durch Arbeiter_innenräte stattfanden und die »Idee eines Sozialismus der Selbst- und Mitverwaltung« (Vester 2009: 133) konkrete Gestalt annahm, bis hin zur Solidarność-Bewegung in Polen. Dieser Widerstandszyklus außerhalb Westeuropas, der über ein ganzes Jahrzehnt eine Kritische Theorie der Gewerkschaftsbewegung und Neuen Sozialen Bewegungen beflügelte, endete mit dem autoritären *roll back* Anfang der 1980er Jahre, mit neokonservativen und neoliberalen Regierungen (Ronald Reagan, Margaret Thatcher, Helmut Kohl) und den Diktaturen in Lateinamerika.

Die Forschungszusammenhänge von Peter von Oertzen und Michael Vester sind in diesem neuen Zusammenhang neben denen von Oskar Negt besonders hervorzuheben, weil sie inspiriert durch Edward P. Thompsons 1963 erschienene Werk »Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse« (Thompson 1987) mit einem empirischen, nichtmetaphysischen Proletariatsbegriff arbeiteten, das heißt sich von der idealistischen Begriffsnatur Hegelscher Prägung, die zu vielfältigem Missbrauch einlud, verabschiedeten – aber nicht vom Proletariat selbst. Sie schlugen mithin einen vermittelnden Weg zwischen dem Festhalten an der Arbeiter_innenklasse und den Neuen Sozialen Bewegungen ein und konnten insofern als eine Korrektur des von Adorno eingeschlagenen aporetischen Pfades der Kritischen Theorie verstanden werden.

Diese Überlegungen standen mit einer Beobachtung, die Maurice Merleau-Ponty bereits 1945 gemacht hatte in Korrelation. Dieser entwickelte ein Gegenkonzept zur Marxschen Verelendungstheorie und führte aus, dass soziale Bewegungen nicht vor dem Hintergrund einer Verelendung erstarken, sondern durch eine »Öffnung des sozialen Raumes«, welche durch den »Aufschwung der Konjunktur, die eine Radikalisierung der Massen nach sich zieht«, bewirkt werde. Der soziale Raum strukturiere sich zu einem solchen Zeitpunkt neu, weil der Druck

auf das Leben nachlasse, wodurch die »Horizonte (...) nicht mehr eingengt [sind] auf die unmittelbaren Bedürfnisse, es entsteht ein Spielraum, Raum für einen neuen Lebensentwurf« (Merleau-Ponty 1965: 506)⁴.

Vester zeigte in seiner Arbeit auf, dass die empirische Handlungsfähigkeit des Proletariats real aus einem langwierigen historischen Prozess von Kämpfen, aus Niederlagen und Siegen, hervorgegangen war. (vgl. Vester 1970) Für Vester und von Oertzen fungierte Merleau-Pontys Gegentheorem zur Verelendungsthese gleichsam als ein *missing link* zwischen traditioneller Arbeiter_innenbewegung und den Neuen Sozialen Bewegungen, beziehungsweise als Verbindung zwischen Klasse und Milieu, auf die sich Vester und von Oertzen in Distanz zu Adornos und Marcuses Überlegungen zum Wandel der Klassengesellschaft durch Orientierung auch an Pierre Bourdieu konzentriert haben. (siehe Vester 1970; Vester 2009; von Oertzen 1963; von Oertzen 2006; von Oertzen 2004)

Vester und andere analysierten mit erheblichem Aufwand auf empirische Weise den Strukturwandel der Gesellschaft und konnten unter Zuhilfenahme von Bourdieus Milieustudien (vgl. Bourdieu 1997) differenziert erfassen, wie sich die Klassen innerhalb ihrer Milieus transformierten: Sie verschwanden nicht, veränderten aber substanziell ihre organische Zusammensetzung. Vester begann mithin die Klassentheorie von Marx mit dem von ihm entfalteten Begriff von Lernprozessen als Selbstkonstitution des Proletariats (vgl. Vester 1970) und Bourdieus Milieutheorie anzureichern. Das war ein wichtiger Schritt, um auf undogmatische Weise an Marx festzuhalten, der Lösung der Theorie-Praxis-Krise im westlichen Marxismus (vgl. Anderson 1978) auf theoretische Weise durch empirische Unterfütterung näher zu kommen (siehe Vester 2009) und den aporetischen Pfad der Kritischen Theorie zu verlassen.

Das proletarische Klassenbewusstsein hatte sich in der Vermittlung von Klasse und Milieu oder auch von traditioneller Arbeiter_innenbewegung und Neuen Sozialen Bewegungen folglich nicht erledigt. Die Zugänge mussten aber neu gefunden werden. Negt hatte sich zugleich der Verbindung von gewerkschaftlicher Bildung und kollektiver Handlungsfähigkeit zugewandt: »Soziologische Phantasie« und das Prinzip »exemplarisches Lernens« sowie die Organisation von Gegenöffentlichkeit waren begriffliche Mittel (siehe Negt 1968; Negt/Kluge 1972), in dem unübersichtlich gewordenen Gemengelage der parzellierten spätkapitalistischen Öffentlichkeit Orientierung und kollektive Handlungsfähigkeit durch Zusammenhang herzustellen.

⁴ Vgl. den Aufsatz von Michael Vester in diesem Band.

Erschöpftes Telos. Erstarken einer »Nicht-Klasse«?

Der westliche Marxismus ist über alle Jahrzehnte hinweg damit konfrontiert gewesen, dass sich im Kapitalismus zwar die inneren Widersprüche immer wieder zuspitzten und kollektive Widerständigkeit aufkam, aber die Klassengegensätze sich nicht derart fortentwickelten, wie es aus der Marxschen Theorie zur Entwicklung der Produktivkräfte zu entnehmen wäre, weil die Widerständigkeit nicht zur Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse imstande war. Gorz stellte 1980 fest: »Niemals zuvor hat der Kapitalismus sich so wenig fähig gezeigt, die von ihm hervorgerufenen Probleme zu lösen. Aber diese Unfähigkeit ist ihm nicht tödlich. Er hat die kaum analysierte und nur unzulänglich begriffene Kraft erworben, die Nichtlösung seiner Probleme zu beherrschen; er versteht es durchaus, sein mangelhaftes Funktionieren zu überleben, ja, er schöpft daraus sogar neue Impulse.« (Gorz 1983: 9)

Gorz war im Diskurs des westlichen Marxismus einer der Wenigen, der zu radikalen Schlussfolgerungen bereit war, an denen die Kritische Theorie der ersten Generation in ähnlicher Form laboriert hatte. Die Arbeiterautonomie, die Marx in den polytechnischen Facharbeiter_innen und im Industrieproletariat zu erkennen glaubte und die, so Gorz, die »materielle Basis für die Fähigkeit zur Selbstbefreiung und Selbstverwaltung der Proletarier« (Gorz 1983: 20) darstellte, sei nur eine geschichtliche Episode gewesen; sie erweise sich im Übergang zu fordistischen Produktionsverhältnissen, in denen die polytechnischen Arbeiter_innen durch die arbeitsteilig organisierten fordistischen Arbeiter_innen abgelöst wurden und die den Produktionsprozess nicht mehr zu durchschauen vermochten, als politisch-ökonomisch verfehlt. Die polytechnischen Facharbeiter_innen seien in der politischen Ökonomie der Arbeitskraft von bestimmten Verhältnissen abhängig gewesen. Mit der fordistischen Produktionsweise sowie der darauf folgenden infinitesimalen Zergliederung der Arbeitsschritte, Taylorismus, Informatisierung und Automatisierung war die materielle Basis für ein derartiges revolutionäres Subjekt wieder verschwunden. (ebenda: 20ff.)

Für die Erforschung der Bedingungen der Möglichkeit eines politischen Subjektes der Befreiung bedurfte es ganz offensichtlich also auch einer politischen Ökonomie der Arbeitskraft (siehe Negt/Kluge 1993: 83-217), um nachzuvollziehen, wie irreversibel jener Prozess war, der zum Verlust des Befreiungsvermögens geführt hatte. Es wäre von Vorteil gewesen, frühzeitig zu erkennen, dass für die soziale Revolution in der Geschichte eben nur ein schmales Zeitfenster existiert hat und

demzufolge es auf konsequentes Handeln angekommen wäre. (vgl. Hawel 2013)

Für seinen radikalen »Abschied vom Proletariat« wurde Gorz Anfang der 1980er Jahre von marxistischen Linken heftig gescholten. (vgl. Wieser 1981) Aber er war der Erbe der Kritischen Theorie der ersten Generation hinsichtlich der Theorie-Praxis-Krise, gleichsam ein Vollstrecker in doppelter Hinsicht: Gorz war der radikale Ent-täuscher und Dekonstrukteur der Marxschen Revolutionstheorie, die bis dato auf einem metaphysischen Proletariatsbegriff als geschichtlichem Subjekt der Befreiung – vornehmlich in marxistisch-leninistischen Kreisen – beruht hatte. (vgl. Gorz 1983: 16) Max Horkheimer und Adorno hatten zuvor schrittweise die durch Hegel stark beeinflusste materialistische Geschichtsphilosophie umgestellt, ergänzt und in Teilen verworfen (vgl. Horkheimer 1988). Sie hatten damit schleichende Abschiede vom Proletariat als revolutionäres Subjekt vorgenommen, die mit historischen Brüchen wie dem Faschismus, Nationalsozialismus, vor allem mit Auschwitz, aber auch mit dem New Deal, Fordismus und dem Nachkriegskeynesianismus zu tun hatten. Sie haben das Abstraktwerden des Proletariats vom An-und-für-sich zum An-sich als vermeintlich objektive Auflösung der Klasse nachvollzogen und ihre Konsequenzen aus dem damit verbundenen Verlust eines außertheoretischen Wahrheitsanspruchs gezogen.⁵ Horkheimer und Adorno unternahmen jenen Abschied vom Proletariat *avant la lettre*, Gorz sprach ihn in voller Konsequenz aus.

Selbst mit einem empirischen Proletariatsbegriff, wie ihn Vester und andere rekonstruierten, stößt man an die Grenzen des Möglichen. Denn es wird im Übergang zum Postfordismus, so Gorz, eine signifikante Zweiteilung der erwerbstätigen Bevölkerung geschaffen: Auf der einen Seite stehe eine Elite von vollbeschäftigten und geschützten Arbeiter_innen und Angestellten, die die herkömmliche Arbeitsgesellschaft repräsentieren, an ihrer Arbeit hängen und das traditionelle Klientel der Gewerkschaften ausmachen, die das Privileg der Vollzeitarbeit verteidigen. Auf der anderen Seite strauchelt ein stetig größer werdendes Heer von Arbeitslosen und ungelerten oder nichtqualifizierten Hilfskräften – ohne Vertretung, nicht geschützt, und die zu wechselnden und immer häufiger zu unwürdigen Arbeiten auch unter Zwang herangezogen werden. Diese »Nicht-Klasse der Nicht-Arbeiter«, die Gorz Anfang der 1980er Jahre im »Abschied vom Proletariat« (Gorz 1983: 63) einführte, stehe zunehmend der Klasse der Arbeiter_innen gegenüber und könne diese als politisches Subjekt der Befreiung ablösen. Fraglich ist allerdings, ob ein politisches Subjekt emanzipatorische Wirkmacht erzielen kann, wenn

es nicht in der politischen Ökonomie verankert, sondern aus ihr herausgefallen ist. Gorz analysierte lediglich diese Nicht-Klasse noch im Rahmen einer politischen Ökonomie der Arbeitskraft und versuchte damit dem lahmen Herzen des Marxismus einen neuen Schrittmacher zu versehen – der diesen aber nur annehmen kann, wenn sich die Gewerkschaften diesem unkonventionellen Subjekt öffnen. Es sollte ermöglichen, den Blick auf ein alternatives Modell einer sozialistischen Gesellschaft zu richten, die graswurzelartig auf der Zivilgesellschaft und nicht auf dem Staat oder der Fabrik gegründet ist. Denn diese Nicht-Klasse versammelt viele produktive und kreative Potenziale um sich, die sich verselbständigen könnten. Sie war eine der Weichenstellungen für einen Paradigmenwechsel: der Nukleus für weitere Überlegungen in Richtung eines neuen politischen Subjekts, das sich in dynamischen Netzwerken organisiert.

Marcuse hatte sich Anfang der 1970er Jahre auf die Randgruppen als alternative politische Subjekte orientiert (siehe Marcuse 1970). Gorz fasste sie theoretisch zur »Nicht-Klasse der Nicht-Arbeiter« zusammen. Als Gorz den »Abschied vom Proletariat« veröffentlichte, war die Protestwelle von 1968 abgeklungen. Die italienische Autonomiabewegung hatte 1977 ihren Wendepunkt an der Frage der Gewalt erlebt. In Westdeutschland war dieses Jahr mit dem »heißen Herbst« verbunden. Linker Terrorismus, K-Gruppendogmatismus und die Sammlung von ökologisch, pazifistisch und feministisch Bewegten in einer grünen Partei waren die drei großen Zerfallsprodukte von 1968 in Westdeutschland. (vgl. Markovits/Gorski 1997) Es kam insgesamt in Westeuropa und den USA zu keinen nennenswerten Durchbrüchen oder Erfolgen der Gewerkschaftsbewegung oder der Neuen Sozialen Bewegungen mehr.

Die Suche nach neuen politischen Subjekten stellte einen qualitativen Bruch zur vorherigen, am Proletariat orientierten Revolutionstheorie dar. Seit den 1970er und 80er Jahren hatten sich in Westeuropa die Neuen Sozialen Bewegungen in one-point-movements zergliedert. Die Bewegungslinke zerfiel in ihre bewegten Teile und wurde immer weniger durch eine Gesellschaftstheorie zusammengehalten: Frauenbewegung, grüne Ökobewegung, Hausbesetzer_innenbewegung, Antiatombewegung, Linker Terrorismus, Punks und Autonome: politische und kulturalisierte Subjekte, die sich in Netzwerken zusammenschlossen, um gesellschaftsverändernde Kraft zu entfalten, oder im Gegenteil nichts miteinander zu tun haben wollten. (vgl. Hawel/Heit/Kritidis/Anhalt 2009) Der Blick auf das gesellschaftliche Ganze ging verloren. Die einzelnen Teile haben allmählich ihre eigenen theoretischen Ansätze

ausgebildet, sich von Marx entfernt und mussten für gemeinsame Verständigung erst wieder Netzwerke schaffen und kulturelle Hegemonie zurückzugewinnen versuchen. Anfang der 1990er Jahre wurde schließlich mit dem Untergang des Realsozialismus dann auch noch der Marxismus zu Grabe getragen, mithin das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Ende der 1990er Jahre wunderte sich Negt darüber, wie wenig Widerstand insbesondere von den Gewerkschaften gegen den Kapitalismus aufgebracht werde. Es sei ganz anders zu erwarten gewesen, weil nach dem Wegfall der bipolaren Weltordnung und der Auflösung des Realsozialismus der Kapitalismus sämtliche, durch die Systemkonkurrenz bedingten »Beißhemmungen« (vgl. Negt 2010) verliere und damit zum ersten Mal in der Geschichte genauso funktioniere, wie es Marx im »Kapital« beschrieben habe. Der »Kaiser« (gemeint ist das Kapital) sei nackt, und doch wage niemand, die Wahrheit über ihn zu sagen. (Negt 1998) Die Systemkonkurrenz hatte das universale Wertgesetz der Geschichte außer Kraft gesetzt, zumindest überlagert. Die Gewerkschaften hätten nunmehr damit zu tun, wieder als Akteure gesellschaftlicher Transformation zu agieren, nachdem das Wertgesetz wieder universal als Motor gesellschaftlicher Veränderung wirke. Hierzu müssten sie, wie Negt bereits 1985 einforderte (vgl. Negt 1989), um eine Erweiterung ihres Mandats kämpfen, beziehungsweise damit beginnen, ihr Mandat politisch, kulturell und ökonomisch zu gestalten. (vgl. Negt 2004)

Negt appellierte an das Selbstverständnis der Gewerkschaften als transzendierende Kraft. Das Problem aber lag und liegt nach wie vor im Verlust der Transzendenz – jener Stoßrichtung, die sich der integrativen Kraft des Kapitalismus widersetzt. (vgl. Marcuse 1982: 98) Die allermeisten Ziele, die sich linke Akteur_innen seit den 1990er Jahren noch setzten, waren mit Reformen und mit realpolitischen Kompromissen zu erreichen. Sie bewegten sich im Spektrum einer rein immanenten integrativen Anerkennungspolitik, für die Jürgen Habermas die kommunikative, rationale Diskursethik und Axel Honneth die sozialphilosophische Grundlagenseinandersetzung mit Hegel geliefert hatten. (siehe Habermas 1981; Honneth 1992) Je selbstbewusster die politischen Subjekte in den Anerkennungskämpfen der verwalteten und aktivierten Zivilgesellschaft ihren Platz einnahmen, desto ernsthafter begründete sich ein realpolitisches Anliegen ohne Transzendenz.

Realpolitik könne aber auch radikal sein und damit aus der Immanenz einen Weg in eine diesseitige Transzendenz weisen, so die zuversichtliche Botschaft des *Instituts für Gesellschaftsanalyse* (IfG) der Rosa-Luxemburg-Stiftung. (vgl. Brie 2009: 7f.) Es könnte insofern an der

Möglichkeit von Revolution festgehalten werden, als sie nicht mehr als der Sprung in das ganz Andere, sondern als ein organisierter und gebündelter (vgl. Candeias 2010), beschleunigter Prozess, der aus dialektischen Aufhebungen im Hier und Jetzt besteht, zu verstehen wäre. Diese Aufhebungen sind allerdings, jeweils für sich betrachtet, so unspektakulär, dass sie das Attribut der Revolution gar nicht verdienen. Daher ist nunmehr von »realer Transformation«, »radikaler Reformpolitik«, »Futuring« oder »radikaler Realpolitik« »im Geiste von Rosa Luxemburg« (vgl. Brie 2015: 21; Brie 2014; Polanyi 1995) die Rede.

Synthese: Großkollektive Subjekte als reale Fiktion?

Ein Impuls Kritischer Theorie der zweiten und dritten Generation legte den Fokus auf die Dekonstruktion großkollektiver Subjekte überhaupt als ideologische Identitätskonstruktionen.⁵ Die Identitätsfrage wurde mit dem cultural turn seit den 1980er Jahren ins Zentrum gerückt und erlangte Anfang der 1990er Jahre im Zuge der ethnisierenden Auflösung der Sowjetunion und ein paar Jahre später im jugoslawischen Bürgerkrieg ihren Höhepunkt der theoretischen Beschäftigung. (Vgl. Siems 2007: 152-178)

Die Dekonstruktion von Identitätskonstruktionen und Identitätspolitik (vgl. Hobsbawm 1998b; Meyer 2002; Hawel 2006) konzentrierte sich auf die Begriffe Volk, Nation und Ethnie. Großkollektive können demnach nur emanzipatorische Subjekte sein, wenn jedes einzelne ihrer Mitglieder selbst als Subjekt auftritt und für sich selbst spricht. Völker, Nationen und Ethnien können daher keine realen Subjekte sein; sie lassen sich mit Benedict Anderson mit unterschiedlicher Tragweite als »imagined communities« (Anderson 1998) oder auch als »reale Fiktionen« (Clausen) begreifen, deren Zusammenhalt durch repressive, paternalistische Autorität und durch ideologischer »invention of tradition« (vgl. Hobsbawm/Ranger 1992; Hobsbawm 1991) gewährleistet wird. Mit Georg Lukács Verdinglichungstheorem aus »Geschichte und Klassenbewusstsein« lässt sich jedes dieser großkollektiven Scheinsubjekte zudem als metaphysische, abstrakte und verabsolutierte Konstruktion verstehen: als Hypostasierung, Inthronisierung und Apotheose eines Scheins, der, um reale Wirkmacht zu erhalten, verdinglicht und dann autoritär defi-

⁵ Dies basiert auf Adornos Diktum: »Identität ist die Urform von Ideologie.« (Adorno 1994b: 151)

niert und dirigiert werden muss. Sogar jedes »Wir«, das einen Teil der Masse in Repräsentierte (Signifikat) und den anderen in Repräsentierende (Signifikant) aufteilt, ist zwar möglicherweise handlungsfähiger als ein Kollektiv aus Nichtrepräsentierten, allerdings nur durch heteronomer Autorität und Gefolgschaft, welche die repräsentierten Massen instrumentalisiert und den Subjektstatus der Einzelnen zunichtemacht, wodurch das Handeln dann aber im strengen Sinne nicht als emanzipatorische Praxis gelten kann.⁶ Selbständiges Handeln oder Sprechen in Großkollektiven scheint eine Aporie zu sein, welche eine Krise der Signifikate auslöst. Dies gilt auch für eine Klasse – und nicht nur bei einem bestimmten Organisationstypus wie dem Leninismus. Es möchte allzu oft borniert sein, »Ich« zu sagen, weil hinter dem Einzelnen die Anderen unsichtbar gemacht werden; es ist aber viel öfter problematisch, »Wir« zu sagen, – immer dann, wenn dieses »Wir« auf repräsentative und paternalistische Weise ausgesprochen wird, ohne dass jedes Individuum in diesem vereinnahmenden »Wir« selbst zu Wort kommt und »Ich«, »Aber« oder »Ich möchte lieber nicht« sagen darf, die eigene Handlungsweise für sich selbst bestimmen kann.

Es ist nur ein konsequenzlogischer Schritt, diese Überlegungen generell als innerorganisationelles oder –institutionelles Demokratieproblem der Repräsentation zu verhandeln. Ein Einzelsubjekt kann für sich selbst sprechen und handeln, ein Kollektiv aus lauter Subjekten offenbar nicht; es zerfällt in Signifikat und Signifikant. Die Repräsentierten werden objektiviert, indem die Repräsentierenden für die Organisation sprechen, unter die die Einzelnen subsumiert werden, während die Organisation dadurch subjektiviert wird. Dieses Zugleich an Subjekt und Objekt ist mithin eine pseudodemokratische Konvention des Stummnehmens des Selbstsprechens und der Unterbindung autonomen Handelns der Einzelnen. Dieser Widerspruch ist in dem Begriff der Demokratie⁷ aufgehoben und in voller Konsequenz erst im Begriff der Anarchie zumindest theoretisch aufgelöst. Dahinter steht die unausgesetzte Herr-Knecht-Dialektik, die aus dem Immergleichen nicht herausführt. Einer emanzipatorischen Bewegung steht es an, diesen die gesamte Geschichte der

⁶ Das ist ein sehr weitgehender Gedanke, der unter der Zuhilfenahme von Semiotik und Linguistik noch weiter gedacht werden muss; womöglich liefert er die Begründung, warum Praxis ab einer bestimmten Größe des Kollektivs nur nach dem repräsentativen Prinzip, das heißt symbolisch möglich ist.

⁷ Es heißt: Herrschaft *des* Volkes. Das Volk ist zugleich Subjekt und Objekt der Herrschaft, das heißt, es herrscht, aber zugleich wird es beherrscht. – Die Äquivalenz bringt das repräsentative Prinzip der Demokratie mit sich.

Menschheit bisher durchziehenden patriarchalen und paternalistischen Mechanismus zu überwinden.

Gegen den Marxismus-Leninismus hat sich nur dessen homöopathische Variante als Alternative etabliert: ein gemäßigter bürgerlicher Autoritarismus. Beide Varianten des Autoritarismus halten jedoch den emanzipatorischen Idealen der herrschaftsfreien Willensbildung und Entscheidungsfindung nicht stand. Das Problem scheint zu sein, dass man sich damit offenbar arrangieren muss, wenn über Praxis nicht das Verdikt der Aporie ausgesprochen und die Idee emanzipatorischer Handlungsfähigkeit aufgegeben werden soll.

Kollektive Handlungsunfähigkeit?

Kollektive Handlungsunfähigkeit ist kaum zu ertragen. Der empirische Verlust des kollektiven Subjekts der Arbeiter_innenklasse wird daher zu kompensieren versucht, indem plurale großkollektive Subjekte rekonstruiert werden. Pluralität wird als vermeintlich neues Moment gegen die Einheitlichkeit betont (vgl. Vester in diesem Band; Deppe 1981; Kalmring 2012: 74ff.); sie verwebte sich in den 1980er Jahren noch in einem *Netzwerk* (siehe Latour 1996) oder Bündnissen verschiedener Organisationen und Akteursgruppen, wucherte seit den 1990er Jahren in einer *rhizomatischen Assemblage*, als »kontingentes Ensemble von Praktiken und Gegenständen« (Deleuze/Guattari 1987: 504f., vgl. 1977) und pulsierte seit den 2000er Jahren in einer *Multitude* aus gemeinsam handelnden Singularitäten (vgl. Hardt/Negri 2003; Hardt/Negri 2004) oder soll sich seit Ende der 2000er Jahren zu einem *linken Mosaik* aus pluralen und heterogenen Akteur_innen (vgl. Urban 2009) zusammensetzen. Im Zentrum steht immer der Begriff kollektiver Handlungsfähigkeit. (vgl. Süß 2015) Diese großkollektiven Subjektkonstruktionen wirken alle unempirisch, wie Kopfgeburten: unkonkret und hilflos, weil das Ganze mehr als die Summe seiner Teile ist und noch viele Fragen unbeantwortet sowie Schwierigkeiten nicht problematisiert sind. Insbesondere im sogenannten *linken Mosaik*, das der Gewerkschafter Hans-Jürgen Urban 2009 ins Gespräch brachte, bleibt unklar, wie sich große und mächtige Akteure wie Gewerkschaften oder Parteien mit kleineren wie zivilgesellschaftlichen oder autonomen Gruppen ins Verhältnis setzen, ohne zu dominieren. (vgl. Candeias/Völpel 2014; Candeias 2010)

Durch das »Märchen von der Uniformität« (Vester in diesem Band) der traditionellen Arbeiter_innenbewegung und die Betonung der Plu-

ralität der Neuen Sozialen Bewegungen wird als vermeintlich neues Phänomen eine irreführende Gegenüberstellung aufgemacht, die den Blick auf die plurale Zusammensetzung der historischen Arbeiter_innenbewegung verstellt. Es besteht die Gefahr einer praxeologischen Theoretisierung der großkollektiven Subjekte, die darin besteht, dass man zwar die Pluralität der Handelnden betonen möchte, aber trotzdem die Uniformität hypostasiert, das heißt unter eine Einheit fasst, die womöglich die Vielfalt auch real negiert, wenn die Frage der Führung ins Spiel kommt. Diese großkollektiven Subjekte haben in der Theorie zwar keine Zentren mehr und verzichten mal mehr, mal weniger auf die herkömmlichen autoritären Organisationsstrukturen. Aber wer wirft das *Netz* aus? Wer sind die Botaniker_innen am *Rhizom*? Wer spricht in der *Multitude*? Wer setzt die Steine zu einem *Mosaik* zusammen? Und wenn es diese Metaakteur_innen nicht gibt, was – außer Kontingenz und Macht – bestimmt das Erscheinungsbild und den Prozess? Selbstbestimmende Strukturen bilden sich auf der kollektiven Ebene jedenfalls real kaum heraus. In jedem dieser in der Theorie konstruierten kollektiven Subjekte herrscht Erfahrungsarmut.

Es erweist sich zum Beispiel als ein Problem der Handlungsfähigkeit, wenn Akteur_innen mit unterschiedlichen Organisationslogiken und Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen zusammenkommen. Welcher Kitt hält die einzelnen Bausteine des *Mosaiks* zusammen, wenn es nicht Autorität oder auf unegalitärste Weise verteilte Geldflüsse und Infrastruktur, mithin Machtchancen sind? Das Problem der Repräsentation, die Krise der Signifikate, ist jedenfalls in diesen theoretischen Subjektkonstruktionen keineswegs gelöst. Der paternalistische Charakter scheint lediglich eskamotiert, aber das ungelöste Problem taucht semantisch wieder auf, wenn grammatisch vom Plural in den Singular gewechselt wird: von den einzelnen Akteur_innen der pluralen Linken zum *linken Mosaik*, *Rhizom* oder zur *Multitude*. Vester betont, dass gemeinsames Handeln und Selbstbewusstsein nur als Resultat eines kollektiven Lernprozesses verstanden werden können. Damit ist gemeint, dass sich die Einheitlichkeit nicht durch Autorität von oben konstruieren lässt, sondern von unten durch Verständigung wachsen muss, das heißt »durch Austragung der Unterschiede« (Vester in diesem Band; Havel/Kalmring 2014) anhand eines gemeinsamen Projektes.

Im »18. Brumaire« bezeichnete Marx die Bildung der größten Klasse innerhalb der französischen Nation aus voneinander isolierten Parzellenbauern, »ohne in mannigfache Beziehung zueinander zu treten«, als »einfache Addition gleichnamiger Größen« und verglich es damit, »wie

etwa ein Sack von Kartoffeln einen Kartoffelsack bildet« (Marx 1960: 198). So entsteht kein inneres Band, welches den Zusammenhang gewährleistet, wenn der Sack entfällt. Derart verhält es sich eben auch nicht hinsichtlich eines Klassenbewusstseins. »Eine Klasse ohne Klassenbewusstsein gleicht einer Sammlung von Kartoffeln, die zu einem Kartoffelsack werden.« (Claussen 2015: 161) Daran angelehnt ließe sich sagen, dass kollektive Subjekte jeder Art kein Bewusstsein haben. Die explizit plurale Zusammensetzung jener postfordistischen und postmodernen Subjekte macht es auch nicht möglich, das Bewusstsein von außen etwa durch Intellektuelle hineinzutragen, wie es sich Karl Kautsky und Lenin für die Arbeiter_innenklasse vorgestellt hatten. (vgl. Lenin 1963: 174f.) So könnte die Versuchung groß sein, das Problem entweder erneut durch Autorität im Sinne Lenins oder durch Paternalismus gemäß des bürgerlichen Repräsentationsprinzips zu lösen, indem etwa ein besonders einflussreicher Akteur wie eine Gewerkschaft oder Partei die Führung beansprucht und stellvertretend für das *Mosaik* mit jener empirischen Subjektivität ausgestattet wird, die die Einzelnen in Bezug auf das Ganze nicht ausbilden. Das empirische Subjekt des Klassenbewusstseins war im Marxismus-Leninismus die Partei. Zu diesem Ergebnis kam auch Lukács in seinem Kapitel »Methodisches zur Organisationsfrage« aus »Geschichte und Klassenbewusstsein«, welches konträr zu seinem Verdinglichungskapitel steht. (vgl. Claussen 2015: 178) Claussen bringt es auf den Punkt, wenn er diese Subjektivierung der Partei, die mit einer Entsubjektivierung jedes Einzelnen einherging, als »schlimmsten Objektivismus« (ebenda) bezeichnet: »Denn das Individuum hat keinen Anspruch auf Klassenbewusstsein, es kann nur partizipieren an der Partei und am Bewusstsein der Partei.« (ebenda) Am Ende dieser durch Autorität beförderten Objektivierung der Subjekte, die mit der Diktatur des Proletariats begann, stand einmal die Diktatur der Partei über das Proletariat, beziehungsweise der Parteiführung über die Partei. Die gleiche Wendung könnte heute auch großkollektiven Subjekten der pluralen Linken drohen, wenn zugunsten vermeintlicher Handlungsfähigkeit das *linke Mosaik* subjektiviert wird. In dem Augenblick, in dem es zu sprechen und zu handeln beginnt, werden die Akteur_innen objektiviert. Wenn das *Mosaik* handelt, legt es die Richtung fest, beschließt und trifft Entscheidungen, an denen die einzelnen Akteur_innen nicht mehr beteiligt sind. – Es wiederholte sich ein unausgeräumter Rest-Leninismus oder bürgerlicher Rückschritt; in beiden Fällen kann jedenfalls die reaktionäre Form der Organisation kein Vehikel der Emanzipation sein. (vgl. Hudis in diesem Band)

Die unbequeme Frage ist also, ob mit dem schweren Eingeständnis, dass imaginierte großkollektive Subjekte sich nur vermöge nicht-emanzipativer Autorität in Bewegung setzen oder sprechen können, nicht auch die Frage nach dem Ende der Geschichte zu stellen wäre – allerdings anders als Francis Fukuyama (vgl. Fukuyama 1992) sie Anfang der 1990er Jahre aufgeworfen und Hegel sich im 19. Jahrhundert dieses Ende vorgestellt hat. (vgl. Rothermund 1994)

Falsch an Fukuyamas These ist freilich, dass die beste aller möglichen realen Welten der liberale Kapitalismus sei, weil alles andere, was darüber hinausgehen wollte, scheiterte. Richtig ist aber, dass es scheiterte und sich im Westen ein Zeitfenster kollektiver Handlungsfähigkeit geschlossen hat. Dies ist ja der Grund, warum über die Rekonstruktion kollektiver Handlungsfähigkeit so intensiv nachgedacht wird. Inwieweit sich ein anderes Fenster öffnen wird, lässt sich nur schwer vorhersagen. Aber auch der Kapitalismus scheitert immer wieder. Dessen Vorteil besteht lediglich darin, dass er real existiert und Kräfte aus seiner Herrschaft bezieht, um sich wieder aufzurappeln. Überproduktionskrisen lassen sich allerdings immer schwieriger durch regulierte Monopolisierungen, Inflation, Kriege etc. in den Griff bekommen. Die herkömmlichen Wege zur Krisenlösung sind weitgehend verstellt. Die herrschenden Eliten sind genötigt, die Katastrophen des 20. Jahrhunderts nicht noch einmal als Optionen ins Auge zu fassen. (vgl. Mattick 1969: 25ff.) In kleineren Maßstäben können sie die Mittel vielleicht noch anwenden, aber ein regionaler Krieg zerstört nicht genügend Werte. Die Enteignung lokaler Bevölkerungen an der europäischen Peripherie im Zuge der Finanzkrise seit 2007 könnte sich zudem als unzureichend erweisen, um die Krise in den Griff zu bekommen. Dies belegt, wie sehr sich der Kapitalismus im »freien Fall«⁸ befindet und vielleicht das Kapital als letztes verbliebenes »revolutionäres« Subjekt sich selbst zu Grunde richtet. Gegen Fukuyama ist einzuwenden, dass die antagonistische Gesellschaft immer soziale Konflikte und Widerstand aus sich heraus generieren wird, der ihn auch überwinden möchte. Das bestritten auch Horkheimer, Adorno und Marcuse nicht. Es gibt permanent politische Kämpfe und ökonomische Streiks auf der Welt, aber diese Kämpfe scheinen inzwischen keinen geschichtlichen Charakter mehr zu haben: Sie treten auf der Stelle und sind deshalb keine Geschichte. Denn Geschichte ist das tatsächliche, nicht bloß das versuchte Fortschreiten der Freiheit. Der Widerstand gegen den Kapitalismus wird in der westlichen Welt verwaltet und ausgeses-

⁸ Siehe das letzte Kapitel in Hobsbawm 1998a.

sen, in der restlichen Welt wird er mit brutalen Mitteln und mit Hilfe des Westens niedergeschlagen. Es ist die Gewalt der Herrschenden, die Fukuyama benötigt, um seiner These vom Sieg des liberalen Kapitalismus als Ende der Geschichte reale Wirkmacht zu verschaffen. Das Verhältnis zwischen Widerstand und Herrschaft ist seit Anfang der 1990er Jahre so disproportional wie vermutlich noch nie in der Geschichte. Je ohnmächtiger aber ominöse Massen werden, desto naheliegender ist die Gefahr ihrer Mystifizierung.

Mit der Synthese zurück zur These: Versteinerung des Geschichtlichen

Die kritischen Theoreme der Eindimensionalisierung (Marcuse) und Verdinglichung (Lukács) von großkollektiven Subjekten lassen sich miteinander verbinden und mit Blick auf ein etwaiges Ende der Geschichte zu einer radikalen Organisationen- und Institutionenkritik bündeln, um die Problematik der Versteinerung des Geschichtlichen in den bürokratisierten Institutionen und Organisationen zu analysieren. Überall sind die Instrumente und Vehikel der Freiheit offenbar anti-emanzipatorische Apparaturen, die den Prozess der Eindimensionalisierung (Verlust der Transzendenz) vollziehen, den Vorgang einer autoritären Verdinglichung und Hypostasierung (Objektivierung der Einzelnen und Subjektivierung der Institutionen) hervorrufen und damit das freiheitliche Ansinnen bis zur Unkenntlichkeit verkehren, das Telos erschöpfen. Die Dialektik zwischen Statik und Dynamik stellt sich in den Institutionen und Organisationen also zugunsten der Statik still. Die Dynamik bleibt größtenteils nur als »Prosa« erhalten, indem sie sich in das Narrativ als Imagepflege einschreibt, um sich die Gefolgschaft ihrer objektivierten Mitglieder zu sichern.

Politische Aufklärung müsste bewirken, was Marcuse in seiner Kritik an der pervertierten Toleranz mit »Gegenerziehung« meinte: »Die Arbeiter, deren wirkliches Interesse dem der Betriebsleitung widerstreitet, der gewöhnliche Konsument, dessen wirkliches Interesse dem des Produzenten entgegengesetzt ist, der Intellektuelle, dessen Beruf in Konflikt gerät mit dem seines Arbeitgebers, sehen dann, dass sie sich einem System unterwerfen, dem gegenüber sie machtlos sind und unvernünftig erscheinen.« (Marcuse 1967: 104)

Selbst das gelingt allerdings nicht, beziehungsweise wo es gelingt, ist es nicht hinreichend, weil es die Abhängigkeiten nicht verändert, wenn

man diese bloß besser einsieht. So bleibt die »Große Weigerung« (Marcuse 1982: 268), von der Marcuse gesprochen hat, illusionär. In den Organisationen, in denen sich die Subalternen zusammenschließen, ist diese Dynamik ebenfalls ungebrochen am Wirken. Davon betroffen wäre demnach auch ein *linkes Mosaik*, sofern sich ein Apparat und eine Führung herausbilden. Hier kündigt sich mithin als Vorschein das Ende der Geschichte als eine ihrer Vorbedingungen an: Dem Ende der Geschichte geht eine Versteinerung des Geschichtlichen, das heißt der geschichtlichen Dynamik in den Institutionen und Organisationen voraus. Dies lässt sich mit einer kritischen Lesart von Hegels Sittlichkeitsbegriff als disziplinarische Mikrophysik der Institutionen tiefer einsehen: Die Vermittlung des Allgemeinen mit dem Besonderen zugunsten des Allgemeinen wird dort identitätslogisch vollzogen, also Sittlichkeit als Identität des Besonderen mit dem Allgemeinen hergestellt. Sie ist das Resultat einer Disziplinierung durch Herrschaft, in der jede fortschrittliche Dynamik still gestellt wird. Das Ende der Geschichte versteht sich mithin anders, als Fukuyama oder Hegel es gemeint haben, als erzieherischer, disziplinarischer und unsichtbarer Gewaltakt, als herrschaftliche Blockade, die unter den gegebenen Bedingungen unüberwindbar erscheint – als permanente Gleichschaltung der Einzelnen. Beides: die Blockade wie auch die Versteinerung erfolgen sicher nicht total. Gegenkräfte bleiben aktiv und können sich zuweilen vom lähmenden Gift der Institutionen und Organisationen freimachen. Aber die Blockaden türmen sich vor ihnen haushoch auf, was dem emanzipativen Telos keine großartige Erfolgswahrscheinlichkeit beschert.

Es gehört zu einer nur schwer zu verdauenden historischen Erkenntnis, dass die politischen Subjekte der Freiheit nur politisch handlungsfähig zu sein scheinen, wenn sie nicht vereinzelt, sondern mit der vermittelten Kraft der Institutionen oder Organisationen handeln. Auf der Straße können Menschen nur Druck auf den integralen Staat und dessen Institutionen ausüben, indem sie mit regelwidrigen Mitteln den Ablauf der herrschenden Ordnung temporär real oder symbolisch außer Kraft setzen und die staatlichen Akteure zum Handeln zwingen, die dann aber paternalistisch handeln. Insofern macht es keinen Sinn, in umgekehrter Absicht zu Rudi Dutschke den Marsch *aus* den Institutionen zu proklamieren. Die Gestaltungsmacht liegt bei den staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen. Es reicht daher nicht aus, bloß Druck von außen auf sie auszuüben. Wenn der paternalistische Charakter der Politik überwunden werden soll, muss die Idee eines Sozialismus der Selbst- und Mitverwaltung gegen das repräsentativ-autoritäre System infinitesimal

ausbuchstabiert werden. Denn wenn sich die progressiven politischen Subjekte die bestehenden Institutionen und Organisationen bloß anzueignen versuchen, schlägt die versittlichende Schwerkraft dieser, das heißt der in ihnen vorwaltende Vermittlungs- und Identitätszwang zwischen dem Allgemeinen und Besonderen auf das Bewusstsein der Subjekte nieder, bevor sie imstande wären, die Gesellschaft zu verändern: Sie werden objektiviert, gleichsam auf autoritäre, jedenfalls auf nicht-emanzipatorische Weise unter eine Identität gefasst, die im Anschluss als Klientel, Interessengruppe, Partei, Klasse, Volk oder Nation subjektiviert, das heißt als großkollektiver Akteur hypostasiert und mit einer Führung versehen wird, die im Namen aller stellvertretend zu sprechen und zu handeln vorgibt. Mit anderen Worten, die Subjekte werden als Sprachrohr instrumentalisiert und stumm gemacht.

Was kann dem entgegengesetzt werden? Hat der Anarchosyndikalismus in der Geschichte Strukturen geschaffen, die sich vor diesen verdinglichenden, identitätslogischen Herrschaftsmechanismen bewahren können? Oder muss nicht generell festgestellt werden, dass Macht affiziert und Herrschaft korrumpiert, aber man ohne das nicht auszukommen scheint? Dann muss man wenigstens darauf achtgeben, dass diese sozialpsychologischen Mechanismen durch Verfahrensregeln unter der Kontrolle der Allgemeinheit bleiben, damit sich die demokratischen Strukturen nicht allzu schnell wieder zurückbilden. Wie ist aber eine Institutionalisierung des Demokratischen als revolutionäre Praxis möglich (vgl. Castoriadis 1984), wenn sich ohne Macht und Herrschaft scheinbar nichts Sinnvolles und Sinngebendes in Gang setzt? Jede Institution hat damit den Keim der Zersetzung, zumindest der Domestizierung des Neuen in sich. Das Neue kommt in die Welt und wird stets schneller integriert und versittlicht, als es sein transzendierendes Potenzial entfalten kann. Der emanzipativen Dynamik sind Barrieren eingebaut, die das Herzversagen und die Versteinigung des Lebendigen hervorrufen. Johannes Agnoli hat diesen Vorgang an der politischen Willensbildung in der repräsentativen Demokratie anhand des Parlaments und der Parteien analysiert. (vgl. Agnoli 1968) Jene dabei ans Licht tretenden, den Einzelnen korrumpierenden und disziplinierenden Mechanismen lassen sich *mutatis mutandis* in jeder anderen politischen oder sozialen Einrichtung, gleichsam in jeder Institution des integralen Staates und der Gesellschaft aufspüren. Im Zentrum dieser Institutionen steht jeweils eine identitätslogische Vermittlung des Allgemeinen mit dem Besonderen (Sittlichkeit), die in der Tat kein idealistisches Hirngespinnst Hegels, sondern ubiquitäre Realität ist, gegen die man mit Adornos negativer

Dialektik des Nicht-Identischen allerdings nur eine stumpfe Waffe der Kritik an die Hand bekommt. Die negative Dialektik zeigt hierbei zwar ihren anarchischen Charakter gegen den vorherrschenden Geist, den Hegel als Mechanismus der institutionellen Versittlichung realistisch, wenn auch affirmativ auf den Begriff gebracht hatte. Dagegen erweist sich aber die negative Dialektik als eine hilflose Strategie, sich kollektiv zur Wehr zu setzen. Denn solange, wie sich die identifizierende Logik als vorherrschende Denkform aus der Warenform materialistisch ableitet (vgl. Sohn-Rethel 1973),⁹ mutet die Praxis einer allgemeinen subversiven Verweigerung zur Rettung des Nichtidentischen idealistisch an. Adornos negative Dialektik kann vermutlich erst nach der Überwindung des Kapitalismus die identifizierende Logik allgemein materialistisch ablösen. Solange dies nicht der Fall ist, gilt die hegelsche Logik als der herrschende Geist des Kapitals, gegen den negative Dialektik nur für den vereinzelt Einzelnen als widerständige Denkaufgabe in Anschlag zu bringen ist.

Nicht nur in der politischen Praxis, gleichsam in der Herstellung politischer Handlungsfähigkeit besteht in dem dialektischen Spannungsfeld zwischen Spontaneität und Organisation das große und notwendige Risiko der autoritären Hypostasierung des politischen Subjekts der Freiheit durch Verdinglichung des Handelns, sondern ebenso auch im Vorgang der politischen Willensbildung (Demokratie) und Meinungsbildung (Medien), sofern es sich um eine Verfahrensweise handelt, bei der aufgrund der Komplexität von Gesellschaft Institutionalisierungen, Funktionalisierungen, Operationalisierungen und Rationalisierungen erfolgen (müssen), die die Willens- und Meinungsbildung durch Macht und Herrschaft diskursiv ordnen. In den Medien wird die Ordnung des Diskurses über Machtkanäle und Herrschaftsstrukturen vorgenommen, gleichsam die Meinungsbildung zur sogenannten öffentlichen Meinung hypostasiert, eingegrenzt und kulturindustriell kolportiert. Marcuse konstatierte im Spätkapitalismus aufgrund einer »totalen Mobilisation aller Medien zur Verteidigung der bestehenden Wirklichkeit« schließlich die vollständige Unmöglichkeit, eine nicht-verdinglichte Sprache zu spre-

⁹ Adorno hatte in der »Negativen Dialektik« durchaus auf Sohn-Rethels Anwendung des Geschichtsmaterialismus auf die Entstehung und Veränderung der Denk- und Erkenntnisformen affirmativen Bezug genommen. (vgl. Adorno 1994b: 178) Umso verwunderlicher ist es, dass Adorno die Umkehrung der identifizierenden Logik nicht materialistisch zu fundieren versucht hat. Er hat den Hegel, der durch Marx hindurchgegangen ist, abermals auf den Kopf gestellt – mit dem Ziel einer Phänomenologie der Ent(un)geisterung, das heißt der Entzweiung.

chen, weil »die Ausdrucksmittel derart gleichgeschaltet [sind], dass die Mitteilung transzendierender Inhalte technisch unmöglich wird« (Marcuse 1982: 88). Mit Michel Foucault kann dieser verdinglichende Mechanismus nicht nur auf die politische Ökonomie der Ware, das heißt auf den Warencharakter, sondern auch auf die ordnende Funktion der diskursiven und institutionellen Macht und Herrschaft (Gouvernementalität) zurückgeführt werden. (vgl. Foucault 1991; Foucault 2005)

Es ist demnach die gleiche Hypostasierung, die durch autoritäre Mechanismen der verdinglichenden Lenkung das handelnde Kollektiv, den kollektiven Willen oder die öffentliche Meinung systemisch miteinander in Einklang bringt, sodass eindimensionale Verhältnisse entstehen, in denen das Widerständige in Schach gehalten ist: eine »Gesellschaft ohne Opposition« (Marcuse 1982: 11), in der das Subalterne, das Widerständige, das Nichtidentische oder das Neue unsichtbar, unhörbar und lautlos identisch gemacht und ins klanglos Bestehende integriert, dem stummen Zwang der Verhältnisse unterworfen wird.

Der Versuch der Demokratisierung von Institutionen und Organisationen durch formalisierte Verfahrensweisen wie innerparteiliche oder innerinstitutionelle Mitbestimmung scheint dagegen bisher nur temporär, phasenweise und ansatzweise zu gelingen. Es scheint eine Art *impossible mission* zu sein, das heißt es geht darum, wie lange das Nichtidentische gegenüber dem stummen Zwang der Verhältnisse durchzuhalten vermag. Das autoritäre Dreieck aus Herrschaft, Macht und Autorität affiziert den Menschen, wo immer er damit in Berührung kommt. Insofern wären die machtkritischen Mechanismen, die in den 1980er Jahren von den Grünen in der Bundesrepublik befürwortet wurden (imperatives Mandat, Trennung von Amt und Mandat, Rotationsprinzip, Leitung auf Zeit etc.), das Mindeste, das eine stets schon hintergangene Basis gegen ihre Führung vor allem in linken Organisationen immer wieder durchsetzen müsste.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1969): Marginalien zu Theorie und Praxis, in: ders.: Stichworte. Kritische Modelle 2, Frankfurt am Main, S. 169-191.
- Adorno, Theodor W. (1971): Resignation, in: ders.: Kritik. Kleine Schriften zur Gesellschaft, Frankfurt am Main, S. 145-150.
- Adorno, Theodor W. (1994a): Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben, Frankfurt am Main.
- Adorno, Theodor W. (1994b): Negative Dialektik, Frankfurt am Main.
- Adorno, Theodor W. (1995): Reflexionen zur Klassentheorie, in: ders.: Soziologische Schriften I, Frankfurt am Main, S. 373-391.
- Adorno, Theodor W. (2003): Einleitung in die Soziologie, Frankfurt am Main.
- Agnoli, Johannes (1968): Die Transformation der Demokratie, in: ders., Peter Brückner: Die Transformation der Demokratie, Frankfurt am Main, S. 7-87.
- Anderson, Benedict (1998): Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Berlin.
- Anderson, Perry (1978): Über den westlichen Marxismus, Frankfurt am Main.
- Baumgartner, Michael (1997): Kontinuität und Geschichte. Zur Kritik und Metakritik der historischen Vernunft, Frankfurt am Main.
- Benjamin, Walter (1955): Über den Begriff der Geschichte, in: ders.: Schriften, Bd. 1, Frankfurt am Main.
- Benjamin, Walter (1991): Das Passagen-Werk, in: ders.: GS, Bd. V/1, hrsg. von Rolf Tiedemann und Hermann Schweppenhäuser, Frankfurt am Main.
- Bittlingmayer, Uwe H./ Bauer, Ullrich (2015): ›Wissensgesellschaft‹ als Gegenstand Kritischer Theorie. Anmerkungen zu wissenschaftlichen Angriffen auf Kernkonzepte der Frankfurter Schule, in: Dirk Martin, Susanne Martin, Jens Wissel (Hrsg.): Perspektiven und Konstellationen kritischer Theorie, Münster, S. 240-259.
- Bourdieu, Pierre; et al. (1997): Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz.
- Breuer, Stefan (1992): Die Gesellschaft des Verschwindens. Von der Selbstzerstörung der technischen Zivilisation, Hamburg.
- Brie, Michael (Hrsg.) (2009): Radikale Realpolitik. Plädoyer für eine andere Politik, Berlin.
- Brie, Michael (Hrsg.) (2014): Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster.
- Brie, Michael (2015): Beiträge zur kritischen Transformationsforschung – ein erster Überblick über den Diskussionsstand, in: ders. (Hrsg.): Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren? Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 2, Hamburg, S. 7-29.
- Camus, Albert (1969): Der Mensch in der Revolte, Hamburg.
- Candeias, Mario (2010): Von der fragmentierten Linken zum Mosaik, in: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, Heft 1, S. 6-16.
- Candeias, Mario/Völpel, Eva (2014): Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise. Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechen-

- land, Hamburg.
- Castoriadis, Cornelius (1984): Gesellschaft als imaginäre Institution. Entwurf einer politischen Philosophie, Frankfurt am Main.
- Claussen, Detlev (1999): Die amerikanische Erfahrung der Kritischen Theoretiker, in: Keine kritische Theorie ohne Amerika, Hannoversche Schriften, Bd. 1, hrsg. v. Detlev Claussen, Oskar Negt und Michael Werz, Frankfurt am Main, S. 27-45.
- Claussen, Detlev (2015): Geschichte ohne Klassenbewusstsein. Georg Lukács' kurzes 20. Jahrhundert. Vortrag in Hamburg am 11. Juni 2013, in: Hanno Plass (Hrsg.): Klasse. Geschichte. Bewusstsein. Was bleibt von Georg Lukács' Theorie?, Berlin, S. 155-183.
- Deleuze, Gilles; Guattari, Félix (1977): Rhizom, Berlin.
- Deleuze, Gilles; Guattari, Felix (1987): A Thousand Plateaus: Capitalism and Schizophrenia, Mineapolis.
- Demirović, Alex (1999): Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule, Frankfurt am Main.
- Deppe, Frank (1981): Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse. Überlegungen zu einer politischen Geschichte der Arbeiterbewegung, Marburg.
- Ehrenberg, Alain (2004): Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart, Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel (1991): Die Ordnung des Diskurses, Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel (2005): Analytik der Macht, Frankfurt am Main.
- Freytag, Tatjana (2008): Der unternommene Mensch Eindimensionalisierungsprozesse in der gegenwärtigen Gesellschaft, Frankfurt am Main.
- Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München.
- Gorz, André (1983): Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus, Reinbek bei Hamburg.
- Gramsci, Antonio (1991ff.): Gefängnishefte, Kritische Gesamtausgabe, Hamburg.
- Habermas, Jürgen (1981): Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bände, Frankfurt am Main.
- Hardt, Michael; Negri, Antonio (2003): Empire – die neue Weltordnung, München.
- Hardt, Michael; Negri, Antonio (2004): Multitude. Krieg und Demokratie im Empire, München.
- Hawel, Marcus (2003): Albert Camus und »Der Mensch in der Revolte«, in: sopus 12/2003, www.sopus.org.
- Hawel, Marcus (2006): Identitätspolitik und die Kultur der Moderne. Kritische Anmerkungen zu Samuel Huntingtons »Kampf der Kulturen«, in: vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Nr. 174, S. 115-129.
- Hawel, Marcus (2013): Der lange Abschied vom Proletariat. Erneuerungsversuche des westlichen Marxismus, in: Harald Bluhm, André Häger: André Gorz – Querdenker, Philosoph, Häretiker, in: Solitär – André Gorz, Berliner Initial 24, Heft 4, S. 17-34.
- Hawel, Marcus/Heit, Helmut/Kritidis, Gregor/Anhalt, Utz (Hrsg.) (2009): Politische Protestbewegungen. Probleme und Perspektiven nach 1968, Hannover.
- Hawel, Marcus; Kalmring, Stefan (Hrsg.) (2014): Bildung mit links! Gesellschaftskri-

- tik und emanzipatorische Lernprozesse im flexibilisierten Kapitalismus, Hamburg.
- Hermann, Kai (1967): Das Idol der Berliner Studenten, in: Die Zeit vom 21.07.
- Hobsbawm, Eric (1991): Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, München.
- Hobsbawm, Eric (1998a): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München.
- Hobsbawm, Eric (1998b): Identitätspolitik und die Linke, in: Perspektiven, Nr. 33, S. 25-28.
- Hobsbawm, Eric/Ranger, Terence (1992): The Invention of Tradition, Cambridge.
- Honneth, Axel (1992): Kampf um Anerkennung, Frankfurt am Main.
- Horkheimer, Max (1988): Geschichte und Psychologie, in: ders.: GS, Bd. 3, Frankfurt am Main, S. 48–69.
- Kalmring, Stefan (2012): Die Lust zur Kritik. Ein Plädoyer für utopisches Denken, Berlin.
- Kritidis, Gregor (2008): Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover.
- Latour, Bruno (1996): On Actor-network Theory. A few Clarifications, in: Soziale Welt 47, Heft 4, S. 369–382.
- Leineweber, Bernd (1977): Intellektuelle Arbeit und kritische Theorie. Eine Untersuchung zur Geschichte der Theorie in der Arbeiterbewegung, Frankfurt am Main.
- Lenin, W. I. (1963): Ausgewählte Werke, Berlin.
- Löwith, Karl (1953): Weltgeschichte und Heilsgeschehen. Die theologischen Voraussetzungen der Geschichtsphilosophie, 3. Auflage, Stuttgart.
- Lukács, Georg (1967/68): Geschichte und Klassenbewusstsein. Studien über marxistische Dialektik, Amsterdam/Neuwied.
- Marcuse, Herbert (1965): Das Veralten der Psychoanalyse, in: ders.: Kultur und Gesellschaft 2, Frankfurt am Main, S. 85-106.
- Marcuse, Herbert (1967): Repressive Toleranz, in: R.W. Wolff, B. Moore, H. Marcuse: Kritik der reinen Toleranz, Frankfurt am Main.
- Marcuse, Herbert (1970): Revolutionäres Subjekt und Autonomie. Vortrag auf der Sommeruniversität Korčula, 14.-25.8.1968, in: Marxismus-Kollektiv (Hrsg.): Marx und die Revolution. Mit Beiträgen von Ernst Bloch, Ernst Fischer, Iring Fetscher, Jürgen Habermas, Herbert Marcuse u.a., Frankfurt am Main.
- Marcuse, Herbert (1982): Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Darmstadt, Neuwied.
- Marcuse, Herbert (2007): 33 Thesen zur militärischen Niederlage des Hitlerfaschismus, in: ders.: Feindanalysen. Über die Deutschen, Schriften aus dem Nachlass, hrsg. v. Peter-Erwin Jansen, Springe, S. 126-139.
- Markovits, Andrei S./Gorski, Philip S. (1997): Grün schlägt Rot. Die deutsche Linke nach 1945, Hamburg.
- Marx, Karl (1960): Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW, Bd. 8, Berlin, S. 194-207.
- Marx, Karl; Engels, Friedrich (1972): Manifest der Kommunistischen Partei, in:

- MEW, Bd. 4, Berlin, S. 459-493.
- Mattick, Paul (1969): Kritik an Herbert Marcuse, Frankfurt am Main.
- Merleau-Ponty, Maurice (1965): Phänomenologie der Wahrnehmung, Berlin.
- Meyer, Thomas (2002): Identitätspolitik. Vom Missbrauch kultureller Unterschiede, Frankfurt am Main.
- Mosca, Gaetano (1950): Die herrschende Klasse, München.
- Negt, Oskar (1968): Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie der Arbeiterbildung, Frankfurt am Main.
- Negt, Oskar (1989) Die Herausforderung der Gewerkschaften. Plädoyers für die Erweiterung ihres politischen und kulturellen Mandats, Frankfurt am Main, New York.
- Negt, Oskar (1998): Ironie der Geschichte oder: Der Kaiser ist nackt. Über alte und neue Kleider, den Kapitalismus, die Globalisierung und die Notwendigkeit der Solidarität, in: Frankfurter Rundschau vom 04.07.1998.
- Negt, Oskar (2004): Wozu noch Gewerkschaften? Eine Streitschrift, Göttingen.
- Negt, Oskar (2010): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform, Göttingen.
- Negt, Oskar/Kluge, Alexander (1972): Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt am Main.
- Negt, Oskar Negt/Kluge, Alexander (1993): Geschichte und Eigensinn, Bd. 1: Entstehung der industriellen Disziplin aus Trennung und Enteignung, Frankfurt am Main.
- Pirker, Theo (1979): *Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik*, 2. Bde., Berlin.
- Polanyi, Karl (1995): The Great Transformation. Politische und Ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, 3. Aufl., Frankfurt am Main.
- Roth, Roland (1985): Rebelle Subjektivität. Herbert Marcuse und die neuen Protestbewegungen, Frankfurt am Main, New York.
- Rothermund, Rainer (1994): Jedes Ende ist ein Anfang. Auffassungen vom Ende der Geschichte, Darmstadt.
- Siems, Siebo (2007): Die deutsche Karriere kollektiver Identität. Vom wissenschaftlichen Begriff zum massenmedialen Jargon, Münster.
- Sohn-Rethel, Alfred (1973): Geistige und körperliche Arbeit, Frankfurt am Main.
- Süß, Rahel Sophia (2015): Kollektive Handlungsfähigkeit. Gramsci – Holzkamp – Laclau/Mouffe, Wien.
- Thompson, Edward Palmer (1987): Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse, Frankfurt am Main.
- Urban, Hans-Jürgen (2009): Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 5, S. 71-78.
- Vester, Michael (1970): Die Entstehung des Proletariats als Lernprozess. Die Entstehung antikapitalistischer Theorie und Praxis in England 1792-1848. Mit einem Vorwort von Alfred Krovoza und Thomas Leithäuser, Frankfurt am Main.

- Vester, Michael (2008): Klasse an sich/für sich, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 7/1, hrsg. v. Wolfgang Fritz Haug, Frigga Haug und Peter Jehle, Berlin, S. 736-775.
- Vester, Michael (2009): Ende oder Wandel der Klassengesellschaft? Peter von Oertzen und die Forschungen zum Wandel der Sozialstruktur und zur Entstehung neuer gesellschaftlich-politischer Milieus, in: Locomer Initiative (Hrsg.): Zur Funktion des linken Intellektuellen – heute. In memoriam Peter von Oertzen, Hannover, S. 127-179.
- von Oertzen, Peter (1963): Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf.
- von Oertzen, Peter (2004): Arbeiterbewegung, Arbeiterräte und Arbeiterbewusstsein in der Deutschen Revolution 1918-19, in: ders.: Demokratie und Sozialismus zwischen Politik und Wissenschaft, hrsg. v. Michael Buckmiller, Gregor Kritidis und Michael Vester, Hannover.
- von Oertzen, Peter (2006): Klasse und Milieu als Bedingungen gesellschaftlichen Handelns, in: Helmut Bremer, Andrea Lange-Vester (Hrsg.): Soziale Milieus und Wandel der Sozialstruktur, Wiesbaden, S. 37-69.
- Wagner, Fritz (1965): Der Historiker und die Weltgeschichte, Freiburg, München.
- Wieser, Harald (1981): Ein Tempelschänder des Marxismus, in: Der Spiegel, Jg. 1981, Nr. 16, S. 220-229.

Michael Vester

Pluralisierung und Konfliktlinien in der Klassengesellschaft

Die Wiederentdeckung der Differenzierungen der alten
und der neuen sozialen Bewegungen und Milieus¹

»Das Märchen von der Uniformität des Proletariats ist längst
aufgegeben, ohne dass es deshalb nötig wäre, das Vorhandensein
einer proletarischen Klasse als Sozialgebilde zu bezweifeln.«

Theodor Geiger

Das Verdienst der These vom »linken Mosaik« ist es, darauf hinzuweisen, dass es auch im gegenwärtigen Kapitalismus keine naturgegebene Einheit und auch keine automatische Tendenz zur Vereinheitlichung sozialer Lagen, Bewusstseinsformen und Handlungsperspektiven gibt. Auch in der geschichtlichen Entwicklung waren diese Formen, wie nicht zuletzt der Historiker Jürgen Kuczynski (1980/1982) bestätigte, nie einheitlich gewesen. Die verschiedenen Teilgruppen der sozialen Bewegungen sind immer erst durch die sozialen und politischen Konflikte, die sie führen mussten, zusammengewachsen.

Die These der Einheitlichkeit war vielleicht einmal die vulgärmarxistische Annahme. Die Erwartung einer Herabdrückung und Vereinheitlichung der abhängigen Klassen durch den ebenfalls als einheitlich wahrgenommenen Kapitalismus ist zwar, unter dem Namen »Prekarisierung«, in der gegenwärtigen kapitalistischen Krise wiedergekehrt. Gleichwohl bleibt sie ein Mythos. Auch jetzt polarisieren sich die kapitalistischen und die abhängigen sozialen Klassen keineswegs in zwei sozialstatistisch oder politisch einheitliche Klassenlager. Beide Lager gibt es zwar, aber sie sind in sich vielfach in Teilgruppen fraktioniert, sowohl sozialstrukturell als auch in ihren Bewusstseinsformen und politischen Auseinandersetzungen. Diese Teilgruppen gehen ganz verschiedene Koalitionen

¹ Dieser Beitrag stützt sich in Teilen auf den Artikel »Ende oder Wandel der Klassengesellschaft? Peter von Oertzen und die Forschungen zum Wandel der Sozialstruktur und zur Entstehung neuer gesellschaftlich-politischer Milieus«, in: Locomer Initiative (Hrsg.): Zur Funktion des linken Intellektuellen – heute. In memoriam Peter von Oertzen, Hannover 2009, S. 127-179.

miteinander ein, die auch Lagergrenzen überschreiten. Die sozialen und politischen Konfliktlinien sind nicht verschwunden, aber sie folgen nicht einem einfachen Schema von oben und unten.

Die zunehmende Differenzierung der gesellschaftlichen Gliederung ist nicht neu und auch nicht als Tatsache zu bestreiten. Zu streiten ist aber darüber, was dies für die historische Entwicklung bedeutet. Seit der Zeit von Karl Marx ist diese Tatsache von vielen Autor_innen, auch unter den Linken, immer wieder zum Anlass genommen worden, mit prophetischer Geste zu verkünden, dass die Klassen sich auflösten oder anglichen und dass die Menschen sich individualisierten bzw. die Arbeiter_innen sich an die Normen des Kleinbürger_innentums, der Konsumgesellschaft oder der manipulierten Massengesellschaft passiv anpassten. Ebenso alt ist die Gegenthese, dass der Kapitalismus sich – in allen seinen Widersprüchen – nur auf einer höheren Ebene als Klassengesellschaft reproduziere. Dabei gilt gerade die Differenzierung als Ausdruck der auch von Marx fasziniert beschriebenen Höherentwicklung der Produktivkräfte, unter denen die arbeitenden Klassen die größte, über den Kapitalismus hinausweisende Produktivkraft seien. (MEW 3: 181)

Differenzierung ist unvermeidlich ein widersprüchlicher Prozess, der sich exemplarisch im Feld der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zeigt. Hier liegt sie einerseits in einer zunehmenden beruflichen Spezialisierung und Kompetenz, durch die sich die gegenseitige Abhängigkeit und damit die Notwendigkeit der Kooperation und die Möglichkeit der Solidarität erhöhen. Andererseits konkurrieren die Teilgruppen miteinander um Dominanz und Ausschließlichkeit. In allen Kämpfen der demokratischen sozialen Bewegungen ging es nicht zuletzt darum, Regeln oder Institutionen zur Austragung und Aushandlung dieser Differenzen zu finden bzw. weiter zu entwickeln, insbesondere Wahl- und Repräsentationsrechte, Koalitionsrechte, Kommunikations- und Pressefreiheit und Gleichstellungsrechte. Die Verständigung konnte nicht durch Vereinheitlichung, sondern nur durch Austragung der Unterschiede erreicht werden.

Dabei wurde auch klar, dass die sozialistische Bewegung nicht hinter die in und mit der bürgerlichen Demokratie erkämpften Rechte zurückfallen durfte, etwa durch die Fiktion einer Interesseneinheit, die durch die Vorherrschaft eines Parteiapparates verkörpert wurde. Der Weg in eine andere Gesellschaft konnte nur über die Erweiterung der bürgerlichen Demokratie, durch mehr Demokratie von unten, durch mehr gleichberechtigte Kooperation und durch die Versöhnung mit der Natur führen.

Wenn diese soziale Transformation nur ein idealistisches Projekt bleibt, droht sie im ohnmächtigen Wünschen, in voluntaristischem Aktivismus oder in einer erzwungen Beglückung von oben steckenzubleiben. Es kommt aber, wie Marx es ausdrückte, nicht nur darauf an, dass »der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muss sich selbst zum Gedanken drängen« (MEW 1: 386). Welches aber sind die Bewegungen und Struktur dynamiken, die aus den Handlungs- und Kräftefeldern der Gesellschaft, der Ökonomie und der Politik kommen und auf Veränderung drängen? Um das zu erfahren, genügt es nicht, an der Oberfläche des Mosaiks stehenzubleiben, die uns nur die bunte Vielfalt unverbundener Einzelelemente zeigt. Es kommt auf die Zusammenhänge dahinter an. Es kommt, wie gerade Marx es ausdrücklich forderte, auf die *Methode* an: von den »empirischen Daten« auszugehen, aber nicht bei ihnen stehen zu bleiben, sondern das »innre Band« und die historische Bewegung hinter ihnen zu entdecken, also die Logiken des Handelns und der Veränderungsprozesse herauszuarbeiten. (MEW 3: 29, 35; MEW 23: 27)

Dies ist allein deswegen nicht anders möglich, weil gerade im Kapitalismus die historischen Konstellationen und Bedingungen sich immer wieder enorm verändern. Schon Marx und Engels mussten sich, wie Engels im Rückblick auf die fünfzig Jahre ihres Wirkens feststellte, immer wieder auf neue, in ihren früheren Analysen noch nicht erkennbare und auch nach Ländern verschiedene Entwicklungen beziehen. (MEW 22: 1963) Sie wehrten sich daher gegen die Erstarrung und Verkürzung ihrer Analysen auf eine »Doktrin«. Es kommt vielmehr auf die Methode an.

Herausforderungen durch die Veränderungen im Kapitalismus

Die aktuellen Debatten um die neuen Differenzierungen der Klassengesellschaft und um die entsprechende Weiterentwicklung des Klassenkonzepts reichen bis in die 1950er Jahre zurück. Die damals tonangebenden Konzepte von Klasse und Schicht erwiesen sich als immer weniger geeignet, zentrale neue Veränderungen der hoch entwickelten Gesellschaften zu erfassen. Von den 1950er bis zu den 1980er Jahren waren insbesondere folgende Veränderungen bedeutsam:

- auf der ökonomischen Ebene: die neueren Differenzierungen und Verschiebungen der Sozialstruktur (Entproletarisierung, Dienstleistungen, Angestellte, höhere Konsum-, Bildungs- und Wohlstandsstandards);

- auf der *gesellschaftlichen* oder *alltagskulturellen Ebene*: die aktive Praxis der Menschen als Individuen wie in ihren alltäglichen Lebenszusammenhängen (rebellische Jugend- und Musikkultur; bis in den Mainstream hinein auch Liberalisierungen der Moralvorstellungen, Umgangsformen, biographischen Entwürfe und Zusammenlebensformen);
- auf der *politischen Ebene*: Verschiebungen des bisherigen Spektrums sozialer Bewegungen und politischer Parteienlager (sozialliberale politische Öffnungen, wie zuerst symbolisiert durch John F. Kennedy und Willy Brandt; neue spontane Jugend-, Studierenden- und Streikbewegungen, Auflösung der Macht- und Bedrohungsszenarien des Kalten Krieges und des Kolonialismus).

Nicht nur die altlinken Klassentheorien, sondern auch die liberalen Schichtungstheorien, die sie ersetzen sollten, gingen von rein äußeren Strukturmerkmalen aus (insbesondere von der ökonomischen Berufstellung) und vernachlässigten vor allem zweierlei: einerseits die aktive gesellschaftliche Praxis der Individuen und ihrer Zusammenhänge und andererseits die symbolische Seite dieser Praxis, also die von den Menschen selbst hervorgebrachte Bedeutungsgebung (die Vorstellungswelten, kulturellen Ausdrucksformen, Umgangsformen, Moralregeln usw.). Beide Strömungen verstanden zudem die Klassenverhältnisse als rein vertikale, quasi unbewegliche *Struktur* – und nicht als bewegtes, mehrdimensionales und sich veränderndes Kräfte- und Konfliktfeld.

Diese vernachlässigten Dimensionen mussten – ohne Vernachlässigung des Ökonomischen – berücksichtigt werden, wenn die Klassentheorie nicht ganz aufgegeben werden sollte. Hierzu entstand seit dem Ausgang der 1950er Jahre eine anhaltende Diskussion und Forschungstätigkeit, die insbesondere von der Neuen Linken und von Pierre Bourdieu vorangetrieben wurde. An diese Entwicklungen schlossen die Weiterentwicklungen in den breiten linkssozialistischen Diskussionszusammenhängen Westeuropas an, die vor allem an der Gewerkschaftsbewegung und der Arbeiter_innenselbstverwaltung interessiert waren. Diese wurden in der Bundesrepublik vor allem von Peter von Oertzen repräsentiert, der durch seine Habilitationsschrift über die Räte in der deutschen Novemberrevolution von 1918 (von Oertzen 1963) und als Vertreter des linken SPD-Flügels bekannt geworden war.

Nach Mitte der 1960er Jahre kam eine weitere Herausforderung dazu, die Entstehung der »alternativen« oder »neuen« sozialen Milieus und Bewegungen. Während viele diese als Beweis für die Auflösung der Klassenmilieus und -bewegungen deuteten, verstand von Oertzen sie als

Phänomen einer Weiterentwicklung der Klassenverhältnisse. Auch dafür musste das Klassenkonzept selber weiterentwickelt werden. Aus diesem gemeinsamen Interesse entstand die Wiederaufnahme der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit mir, die in seinen aktiven Jahren als Kultusminister und führender linker SPD-Politiker unterbrochen wurde. Wir fanden uns zu einem größeren, dann von 1971 bis 1988 von der Volkswagen-Stiftung geförderten Forschungsprojekt zusammen, das die neuen sozialen Entwicklungen nicht als Auflösung, sondern als Gestaltwandel, als Differenzierung und Pluralisierung der Klassenverhältnisse, verstand. Das Projekt und seine Ergebnisse sind in dem Buch »Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung« dargestellt. (Vester/von Oertzen/Geiling u.a. 2001)

Den Gestaltwandel der kapitalistischen Gesellschaft begriffen wir nicht als das Resultat subjektloser Entwicklungsgesetze der *objektiven* Strukturen und auch nicht, nach der entgegengesetzten Hypothese, als reine Schöpfung aktiver, subjektiver Praxis. Vielmehr griffen wir auf eine Theorie der sozialen Praxis zurück, die beide Seiten miteinander vermittelte. Dafür konnten wir auf eine Reihe von undogmatischen Entwicklungen zu einer subjektorientierten, *praxeologischen* Klassentheorie zurückgreifen, die vom offiziellen, zur Doktrin geronnenen, Marxismus auf einen Dissidentenstatus abgedrängt worden waren. Diese Doktrin war im Grunde längst gescheitert, sie hatte die neuen historischen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts nicht erklären können, weder die Hinwendung vieler Arbeiter_innen und Kleinbürger_innen zum Faschismus noch später die neuen sozialen Differenzierungen des wohlfahrtsstaatlich regulierten Kapitalismus. Diese neuen gesellschaftlichen Erscheinungen wurden zu Herausforderungen, die wichtige Neuentwicklungen der praxeologischen Theorie (wie bei Rosa Luxemburg, Antonio Gramsci und Karl Korsch) und Empirie (wie bei Wilhelm Reich, Erich Fromm, Theodor W. Adorno, aber auch Theodor Geiger, Hans Paul Bahrdt, Serge Mallet und anderen) motivierten.

Die Versuche, die »Defizite des Marxismus« zu überwinden, fanden schließlich bei E. P. Thompson und bei Pierre Bourdieu konsistente Gesamtkonzepte, die es ermöglichten, die einzelnen Neuansätze in einer zusammenhängenden Theorie und Methodik der praxistheoretischen Analyse komplexer kapitalistischer Klassengesellschaften zusammenzuführen.

Fragestellung: Die neuen Bewegungen als Akteure sozialer Emanzipation

Mit dem Forschungsprojekt beschränkten wir uns nicht (wie das heute leider wieder geschieht) darauf, nur nachzuweisen, dass es immer noch fixierte Strukturen sozialer Ungleichheit und Herrschaft und ungleicher Chancen- und Einkommensverteilungen *gibt*. Es ging uns vielmehr um die Frage, wie aus den Klassenverhältnissen die Akteur_innen einer Aufhebung dieser Klassenungleichheit hervorgehen könnten, als Bewegungen der Emanzipation, das heißt der mündigen, demokratischen Selbstbestimmung. Es ging nicht nur darum, ob es soziale Klassen *gibt*, sondern darum, was soziale Klassen *tun*.

Gleichzeitig war unsere linkssozialistische Richtung (wie auch immer schon die Intelligenzschicht der arbeitenden Klasse selber) nicht auf ökonomische Interessen eingeengt, sondern verbunden mit den übrigen sozialen Bewegungen, die für eine allseitige soziale Emanzipation und demokratische Mitwirkung, eine partizipatorische Demokratie, eintraten. Die neuen sozialen Bewegungen, die in der heutigen Erinnerungspolitik gerne auf einzelne Führergestalten und Jahreszahlen – wie etwa Rudi Dutschke und »1968« – zurückgeführt werden, waren in Wirklichkeit eine breite, in allen Teilen der Gesellschaft verankerte Bewegung. (Vgl. Vester 2015)

Die neuen gesellschaftspolitischen Veränderungen und Mobilisierungen waren zweifellos weitreichend genug, um in den 1980er Jahren eine neue Einschätzung der Sozial- und Milieustrukturen der Gesellschaft zu rechtfertigen. Löste sich die alte Klassengesellschaft tatsächlich auf, wie es die alten Thesen der »Nivellierung« der Klassenunterschiede und der »Verbürgerlichung« oder »Integration« der Arbeiter_innenklasse und nun die neue These einer »Individualisierung« nahe legten? Oder nahm die Klassengesellschaft, wie es unsere Gegenthese war, wieder eine differenziertere, pluralistische Gestalt an – die sie (wie ich im vierten Abschnitt dieses Aufsatzes noch näher erläutern werde) auch schon zu Beginn der Entstehung der Arbeiter_innenbewegung hatte?

Die damalige Bewegungsforschung neigte zu einer Interpretation, die vorsichtiger und nüchterner war. Sie stellte schon relativ früh fest, dass die Angehörigen der neuen sozialen Bewegungen empirisch aus *allen* sozialen Klassen oder Schichten stammten. (Brand/Büsser/Rucht 1983) Diese Beschreibung erwies sich auch in unseren empirischen Forschungen über die neuen sozialen Milieus als zutreffend. Aber was bedeutete sie?

- War die Heterogenität der Klassenherkunft das Zeichen für eine neue *Klassenlosigkeit*?
- Oder waren die neuen sozialen Bewegungen nur eine *Koalition* von jüngeren Teilen der älteren Klassenmilieus gewesen, die vorübergehend eine Allianz für ein gemeinsames Teilziel gebildet hatten und daher später wieder in ihre Bestandteile zerfallen würden?

Der Augenschein schien für die These der Klassenlosigkeit zu sprechen. Viele Angehörige der neuen Milieus, zu denen sich die Alternativbewegungen verfestigt hatten, verstanden sich, ihren damaligen idealistischen Ansprüchen nach, tatsächlich als *klassenlos*. Die Bezeichnung »Milieu« bezog sich dabei zunächst auf das Offensichtlichste, auf eine gemeinsame Kultur, die auf zwei Ebenen definiert wurde. Erstens auf der Ebene gemeinsamer Lebensstile, die sich von der *entfremdeten* Normalität durch die emanzipatorischen Ideale von Authentizität, Gemeinschaft und Autonomie abgrenzte. Zweitens auf der Ebene gemeinsamer politischer Ziele, die gegen ein *autoritäres* politisches Establishment gerichtet und antiautoritären Zielen der Basisdemokratie, der Ökologie, des Pazifismus und der sozialen, geschlechtlichen und ethnischen Gleichstellung verpflichtet waren.

Viele Autor_innen hatten angenommen, dass die idealistischen Ansprüche des alternativen Milieus Anzeichen dafür waren, dass sich die Lebensstile und Mentalitäten durch einen Wertewandel ganz von der Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Klassen »entkoppelt« hätten. Die früheren klassenbezogenen Identitäten würden abgelöst durch »postmaterialistische« (Inglehart 1977) oder »universalistische« (Offe) Wertesysteme und durch ein »neues politisches Modell«, das eine »Politik der Lebensstile« an die Stelle der Politik der sozialen Klassen setze. (Beck 1986, Giddens 1997) Damit wurden unverblümt die neuen sozialen Bewegungen und die »neuen sozialen Milieus« gegen die »alten sozialen Bewegungen« ausgespielt, die mit der Arbeiter_innenklasse identifiziert worden waren.

Die zweite, von uns bevorzugte These ging darauf hinaus, diesem idealisierenden Eindruck nicht zu trauen. Der These der Individualisierung stellten wir die These einer *Emanzipationsbewegung* von dominierten sozialen Gruppen gegen hegemoniale Gruppen und Klassen entgegen, die im Alltag wie in der Politik Elemente einer Demokratie von unten – und damit Elemente einer anderen Gesellschaftsordnung – entwickelten. Wir vermuteten, dass die neuen Bewegungen die *politisch mobilisierten Teile neu sich entwickelnder, modernerer Fraktionen innerhalb jeder Klassenstufe* waren. Diese neuen Klassenfraktionen waren nicht nur jünger und

besser berufsqualifiziert, sondern, ihrem Habitus nach, auch reflektierter und mehr auf *emanzipatorische Selbst- und Mitbestimmung gerichtet*.²

In den umfangreichen und repräsentativen Untersuchungen, die wir dann von 1988 bis 1991 an der Universität Hannover mit Unterstützung der Volkswagen-Stiftung durchführen konnten, sollte geklärt werden, ob die »klassenlosen« Ideale der neuen Bewegungen nur Ansprüche waren oder doch ihre Praxis real geprägt und repräsentiert haben. Verwirklichten sie schon in sich selber das Ende der früheren Unterschiede von Klassenkulturen und Klassenpolitik? Oder wiederholten sie nur das bekannte Verhalten aller sozialen Bewegungen, sich anfangs zu universalistischen Idealen im Interesse aller Menschen zu bekennen und diese dann später doch zur Verklärung des Aufstiegs einer neuen Generation von Führern zu verwenden? Stimmt damit die berühmte These der konservativ-autoritären Elitetheorie, dass alle Revolten letztlich nur eine »Zirkulation der Eliten« bewirkten?

Die einflussreiche These der Elitenzirkulation, die Vilfredo Pareto, parallel zu Gaetano Mosca, nach 1890 in Auseinandersetzung mit der anwachsenden Arbeiter_innenbewegung und mit Marx entwickelt hat, ging davon aus, dass die Masse der Bevölkerung des Regierens nicht fähig sei und daher immer von einer privilegierten und gut organisierten Elite regiert werden müsse. Robert Michels verband diese These mit der konservativ-autoritären Massenpsychologie von Gustave LeBon, nach der die Mehrheit der Menschen das Bedürfnis habe, geführt zu werden, sodass auch gewählte Führungen sich immer zu Oligarchien verfestigen, und bezeichnete diese Tendenz als »ehernes Gesetz der Oligarchie« (Michels 1970: 351ff.).

Die Thesen der Elitenzirkulation und der Oligarchisierung stehen jedoch, wie in diesem Aufsatz noch näher entwickelt werden wird, auf tönernen Füßen. Das Alltagsbewusstsein der Menschen ist keineswegs so einheitlich autoritär und auf die Bestätigung einer Elitenherrschaft

² Dies war auch die von Peter von Oertzen formulierte Ausgangshypothese des Forschungsprojektes, die er schon 1985 in seiner vorausschauenden empirischen Analyse »Zum Verhältnis von ›Neuen Sozialen Bewegungen‹ und Arbeiterbewegung. Zur Sozialstruktur des grünen Wählerpotentials« vertreten hat. (Vgl. von Oertzen 2004) Er hatte damit Überlegungen systematischer ausgearbeitet, die ich 1983 unter dem Titel »Die neuen Plebejer« in der Frankfurter Rundschau, vorgetragen hatte. (Vester 1983) Von Oertzen hatte sie damals in der These zugespitzt, dass die neuen sozialen Milieus in ihrer Mehrheit nichts anderes seien als die modernsten Fraktionen der arbeitenden Klassen, als Potenziale herrschaftskritischer und emanzipatorischer Gegenmacht.

ausgerichtet wie behauptet. Alltagskultur und politische Elitebildung haben sich vielmehr seit dem Ende der 1950er Jahren nach grundsätzlich verschiedenen Logiken entwickelt. Auf diesen beiden Ebenen sind die Machtverschiebungen relativ verschieden und unabhängig voneinander verlaufen:

- Auf der *Ebene der Alltagskultur*, im vorpolitischen Bereich, hatte ein Konflikt zwischen den autoritären älteren und den anti-autoritären jüngeren Generationen innerhalb jeder sozialen Klasse stattgefunden. Dieser hatte zu einem schrittweisen Vordringen von Werten der Emanzipation bzw. der Selbst- und Mitbestimmung innerhalb jedes Klassenmilieus geführt. Hier hatten sich also, entgegen der These der Elitenzirkulation, die alten Verhältnisse nicht langfristig gegen die neuen durchgesetzt.
- Die Thesen der Elitenzirkulation und der Oligarchisierung stimmen aber für die zweite Ebene, für das *Feld der politischen Macht und Kämpfe*. Hier haben sich spätestens nach 1980 in der neuen Partei der Grünen und in den »grünen« Flügeln der anderen politischen Parteien sehr wohl überwiegend, wenn auch nicht ganz, die Gruppen durchgesetzt, die aus den höheren Klassen (und den an diesen orientierten aufsteigenden Klassen) stammten und über den entsprechenden Habitus sowie Ressourcen an ökonomischem, sozialem und politischem Kapital verfügten. Sie haben eigene oligarchische Strukturen ausgebildet und sich mit den oligarchischen Führungen anderer politischer Machtgruppen arrangiert.

Es handelte sich also nicht nur um eine einfache Zirkulation der Eliten, sondern auch um die Ausweitung derjenigen sozialen Milieus, aus denen dauerhaft und nachhaltig der Druck auf eine weitere partizipatorische Demokratisierung der Gesellschaft erwachsen kann.

Herausforderung an die Theorie: Die gesellschaftliche Dynamik nach 1945

Nicht nur die vulgärmarxistischen Theorien einer zunehmenden Polarisierung der Klassen, sondern auch die stärker differenzierenden Modelle sozialer Schichtung, die seit den 1930er Jahren in den USA entwickelt worden waren, konnten den tiefgreifenden Wandel der fortgeschrittenen Gesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg nicht hinreichend erklären. In den westlichen Industrieländern entwickelte sich, verstärkt durch die Konkurrenz mit den staatssozialistischen Ländern, ein neues

Modell der politischen Regulierung des Kapitalismus. Ein enormer Schub des Wirtschaftswachstums wurde genutzt, um alte agrarische und industrielle Strukturen zu modernisieren und die arbeitenden Klassen an den durchschnittlichen Standards des Konsums, der Wohlfahrt und der sozialen Sicherheit teilhaben zu lassen. Mit diesem Sozialmodell erlangten in Skandinavien (und 1945-1951 auch in Großbritannien) die Sozialdemokraten, aber sonst überall die konservativen Parteien anhaltende Stimmenmehrheiten.

Die neuen Entwicklungen lösten heftige Kontroversen aus. Waren die Klassenunterschiede nun durch die Wohlstands- und Konsumgesellschaft nivelliert, waren die Arbeiter_innen so saturiert, verbürgerlicht und entfremdet, dass sie die Klassegegensätze nicht mehr spürten? Würden die Arbeiter_innen darüber hinaus durch den Übergang in Dienstleistungsberufe und qualifiziertere Technikberufe mit dem Merkmal der körperlichen Arbeit auch ihre Klassenidentität verlieren? – Annahmen wie diese fanden großen Anklang bei konventionellen bürgerlichen und bei konventionellen marxistischen Autor_innen bis hin zu Herbert Marcuse (1967). Beide Richtungen schienen trotz vieler Differenzen gleichermaßen anzunehmen, dass Klassegegensätze ein Ausdruck des Gegensatzes von Armut und Wohlstand bzw. von körperlicher und geistiger Arbeit seien. Im Vulgärmarxismus entsprach dies der Annahme, dass die kapitalistische Klassengesellschaft mit einer naturnotwendigen Tendenz der vereinheitlichenden Verelendung und Dequalifizierung verbunden sei.

Hiergegen rührte sich Opposition. Andere Autor_innen der Marxistischen Tradition, wie Theodor Geiger (1949), und der bürgerlichen Tradition, wie Ralf Dahrendorf (1957), hoben schon früh hervor, *dass der Klassenkonflikt nur seine Form geändert habe*. Er werde nicht mehr nur in militanten Konfrontationen, sondern auch in institutionalisierten Konflikten zwischen Kapital und Arbeit ausgetragen. In der Tat sind die neuen Verbesserungen der sozialen Lage nicht vom Himmel gefallen. In der Bundesrepublik sind die Betriebsräte, die Mitbestimmung, die Fünftagewoche, die Lohnerhöhungen und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durch die Streik- und Verhandlungsmacht der Industriegewerkschaften erkämpft worden. Große empirische Untersuchungen bestätigten, dass auch Arbeiter_innen mit einem gewissen Wohlstand weiterhin den Interessengegensatz gegenüber den Unternehmen artikulieren, wenn auch in rationalerer, weniger militanter Form. (Popitz/Bahrtdt u.a. 1957, Goldthorpe/Lockwood u.a. 1970/71, Kern/Schumann 1970) Gleichzeitig wurde nachgewiesen, dass das Wachstum der Angestellten- und

Dienstleistungsberufe nicht mit neuen Bewusstseinsformen »jenseits von Klasse und Stand« und der »Erosion« der Arbeitnehmer_innenorganisationen verbunden war, wie nun Ulrich Beck (1983, 1986) und Anthony Giddens (1997) behaupteten. Vielmehr entwickelte sich eine »Konvergenz« von Arbeiter_innen und Angestellten in einem gemeinsamen, wenn auch in sich heterogenen »Arbeitnehmerbewusstsein« (Kern/Schumann 1982).

Auch der Gegensatz von körperlicher und geistiger Arbeit wurde anders beurteilt, insbesondere von der linkssozialistischen, sogenannten »ouvrieristischen« (das heißt an der Facharbeiter_innenintelligenz orientierten) Strömung in Westeuropa, die den bürokratischen Sozialismus ablehnte und auf Arbeiter_innenselbstverwaltung und Mitbestimmung setzte. Sie verstand die wachsenden Qualifikations- und Bildungsniveaus nicht als Verlust der Klassenidentität, sondern als Bestätigung der Marxschen Prognose einer immer höheren Entwicklung der menschlichen und technischen Produktivkräfte. Studien über die Facharbeiter_innen und die wachsende Gruppe der technischen Intelligenz belegten, dass eine »neue Arbeiterklasse« (Mallet 1972) mit zunehmenden intellektuellen Kompetenzen und Ansprüchen der Selbst- und Mitbestimmung heranwuchs, was heute übrigens aktueller denn je ist. (Vgl. Vester u.a. 2007) Die Idee eines Sozialismus der Selbst- und Mitverwaltung verband die westeuropäische demokratische Linke nicht nur unter sich, sondern auch mit den Oppositionsbewegungen in Osteuropa, bis hin zum Prager Frühling. Die soziale Unruhe der 1960er Jahre schloss, was oft vergessen wird, weltweit auch erhebliche betriebliche Arbeiter_innenbewegungen, spontane Streiks usw. ein. Diese hielten bis in die frühen 1970er Jahre an, ebenso wie die Volksbewegungen in Ländern wie Chile, Portugal und Nicaragua, in denen ein politischer Regierungswechsel von starken Bewegungen des »*poder popular*« und der Übernahme von Betrieben durch Arbeiter_innenräte begleitet war. Gerade die große Reichweite der Bewegungen provozierte das autoritäre Rollback von rechts, das zu neuen Diktaturen in peripheren Ländern und zu wirtschaftsliberalen Regierungen zunächst vor allem in angelsächsischen Ländern führte. Auch bei uns ebnete die Welle emphatischer jugendlicher Protestbewegungen in den 1980er Jahren nach und nach ab. Aber die Bewegungen verschwanden nicht, sondern transformierten sich in einen festen und wachsenden Bestandteil unserer Alltagskultur und politischen Kultur, der zwar in sich vielgestaltig war – und sich doch noch gegenüber den konservativen und autoritären Milieus ein Bewusstsein der Gemeinsamkeit bewahrte.

Die Gleichzeitigkeit von neuen Arbeiter_innen-, Volks- und Jugendbewegungen sprach dafür, dass die neuen Bewegungen die historischen Arbeiter_innenbewegungen nicht ablösten, sondern (wie eben auch früher schon) ergänzten. Die Verfestigung der neuen Milieukulturen ließ vermuten, dass die Bewegungen nicht ein Strohfeuer, sondern Ausdruck eines tieferen Wandels der gesamten Gesellschaftsstruktur waren. (vgl. Vester 2015) Die Bewegungen hatten nicht nur bei den Studierenden, sondern auch bei Schüler_innen und Lehrlingen, bei den Frauen und bei den verschiedensten sozialen und politischen Minderheiten Resonanz gefunden und ein breit angelegtes praktisches Experiment alternativer Lebensführung und Milieubildung angeregt. Mit ihrem Eintritt ins Berufsleben hatten die sogenannten Achtundsechziger zunehmend Anklang in verschiedenen Berufsfeldern, Jugendverbänden, Institutionen und Parteien gefunden. Der politische Klimawechsel in der Jugend und in der Intelligenz hatte 1969 die von Brandt geführte sozialliberale Koalition mit herbeigeführt, die wiederum die Rechte der Arbeitnehmer_innen, der Frauen und anderer Gruppen erweiterte, Bildungs- und Sozialreformen einleitete und die internationalen Beziehungen verbesserte.

Das neue gesellschaftspolitische Klima blieb lange Zeit stabil genug, die Rückkehr autoritärer Konfrontationen (im Zusammenhang mit »extremistischen Gruppen«) und die Vertiefung sozialer Spaltungen (nach dem Ende des Nachkriegsbooms) abzuwehren. Auf die Phase der Konfrontationen und Ausgrenzungen der neuen Bewegungen folgten seit Ende der 1970er Jahre Schritte einer sozialen und politischen Akzeptanz sowie Normalisierung, nicht zuletzt in Teilen der Kirchen und der Gewerkschaften, und schließlich einer neuen, »grünen« Partei. Konnten die neuen Bewegungen in den 1960er Jahren nur Zehntausende mobilisieren, so waren es nunmehr, wie bei den Friedens- und Antiatomkraftbewegungen ab etwa 1980, Millionen. Auch die Rückkehr einer konservativ-liberalen Regierungskoalition, unter Helmut Kohl, konnte in den 1980er Jahren nur eine begrenzte politisch-soziale Restauration durchsetzen.

Alternativen zur Verelendungsthese: Kämpfe um soziale und politische Gerechtigkeit

Der seit Ende der 1950er Jahre anhaltende Aufschwung neuer Bewegungen widersprach den alten Theorien, die soziale Bewegungen und Proteste allein aus zunehmender ökonomischer Ausbeutung und Ver-

elendung erklären wollten. Die neuen Bewegungen entwickelten sich nicht nur im ökonomischen Feld, sondern, relativ autonom, auch im kulturellen und im politischen Feld. Sie wurden eingeleitet und begleitet von einer rebellischen neuen Musikkultur sowie neuen Lebensstilen der Jugendkultur. Sie kämpften gegen das Wettrüsten, die Atombombe, den Rassismus und autoritäre Regime, für die Rechte der Frauen, der Kinder und aller sozial oder politisch unterdrückten Gruppen.

Es schien paradox, dass die neuen Bewegungen nicht durch eine Erfahrung des Mangels, sondern durch die Erfahrung steigender Wohlstandsstandards motiviert sein sollten. Zur Erklärung dieses Paradoxons wandten Peter von Oertzen und ich uns Theorien zu, die den Protest nicht mehr allein aus der Ökonomie, sondern auch aus einem *politisch-kulturellen Konflikt* zu erklären suchten. Dazu gehörte der Versuch, diese These 1971 in einem Beitrag zu dem für die damalige unorthodoxe Linke programmatischen Buch »Die hedonistische Linke« auch theoretisch auf den Punkt zu bringen. (Vester 1971)

Es war offensichtlich, dass die neuen Lebensstile und Politikstile in oft leidenschaftlichen Konflikten mit den Autoritäten der älteren Generation entstanden. Unserer Ansicht nach war deren Ursache und Anlass gerade im »Wohlstand« zu suchen. Dieses *Wohlstandsparadox*, wie wir es heute nennen könnten, lag darin, dass es für die Jüngeren selbstverständlich geworden war, dass mit dem wachsenden gesellschaftlichen Reichtum auch die objektive Möglichkeit für erweiterte und autonomere Lebensperspektiven entstand. Sie waren nicht vom Wohlstand saturiert, sondern rebellierten gegen den einschränkenden und autoritären Lebensstil und die Politik der Elterngeneration, weil diese eher zu der überholten Gesellschaft des Mangels, der Repression und der sozialen Unsicherheit als zur Gegenwart zu passen schienen. So veränderten sich große Teile der Jugendkultur zu einer Kultur des sozialen Aufbruchs, als die sie auch damals erforscht wurde und über die inzwischen überzeugende Gesamtanalysen wie die der Historiker Detlef Siegfried und Sven Reichardt vorgelegt worden sind. (Siegfried 2006, Reichardt 2014, Reichardt/Siegfried 2010)

Die politischen Motive der neuen Bewegungen konnten nicht mehr mit Theorien der absoluten oder relativen ökonomischen *Verelendung* erklärt werden. Als Alternativen boten sich historische Theorien der *sozialen Gerechtigkeit* an, die von Dissidenten der marxistischen Tradition angeregt wurden, aber auch Theorien der *sozialen Wahrnehmung*, die aus der phänomenologischen Schule stammten, sowie psychoanalytische Theorien der *Persönlichkeitsstruktur* und ethnologisch beein-

flusste Theorien der *Jugend-, Volks- und Klassenkultur*. Mit Hilfe dieser theoretischen und empirischen Konzepte wurde das kulturelle und das politische Handeln der Menschen nicht mehr als mechanische Widerspiegelung aus ökonomischen Interessen »abgeleitet«, sondern als Ausdruck der relativen Autonomie der Praxis der Menschen im kulturellen und im politischen Feld »studiert«, wie dies bekanntermaßen bereits Friedrich Engels in einer seiner entschiedenen Kritiken am ökonomistischen Ableitungsmarxismus gefordert hatte. (MEW 37: 436, 463, 490; vgl. Vester 2013)

Die seit 1956 aus dem doppelten Protest gegen kommunistische und kapitalistische Machtpolitik (die Interventionen in Ungarn und am Suez-Kanal) entstandene »New Left« (vgl. Vester 2015) hat eine ungeheuer fruchtbare und breite Bewegung neuartiger historischer Untersuchungen und theoretischer Konzeptbildungen hervorgebracht und angeregt (die erst nach 1968 wieder Schritt für Schritt von konventionellen Orthodoxien zurückgedrängt worden ist). Dabei wurde auf verschiedenste frühere, von den herrschenden Orthodoxien abgedrängte »Ketzerereien« zurückgegriffen.

Eine wichtige Anregung lag in dem von dem Phänomenologen Maurice Merleau-Ponty (1965) entwickelten Gegenkonzept zur Verelendungstheorie. Dieses führte soziale Aufbrüche nicht auf Verelendung, sondern auf eine Art *Öffnung des sozialen Raums*, der politisch-sozialen Gesamtkonstellation zurück. Merleau-Ponty war 1945 offensichtlich von den vielfältigen Volksbewegungen beeindruckt, die nach dem Fall des Faschismus für einige Jahre aufgeblüht waren. Er folgerte, dass »durchaus nicht das tiefste Elend«, sondern »häufig ein Aufschwung der Konjunktur die Radikalisierung der Massen nach sich zieht. Dies hat darin seinen Grund, dass die Abnahme des Drucks auf das Leben eine Umstrukturierung des sozialen Raums ermöglicht: die Horizonte sind nicht mehr eingeeengt auf die unmittelbaren Bedürfnisse, es entsteht ein Spielraum, Raum für einen neuen Lebensentwurf« (Ebenda: 506).

Eine solche Öffnung des sozialen Raums war – zunächst in den Lebensstandards und dann in den Lebensstilen – die Erfahrung derer, die in den 1950er Jahren aufwuchsen. Politisch fand dies besonders augenfällig seinen Ausdruck in der Stimmenmehrheit, die 1961 in den USA Kennedy an die Regierung brachte und damit wiederum eine politische Liberalisierung einleitete, die die bis dahin eher kleinen Protestgruppen nach und nach zu großen neuen sozialen Bewegungen anwachsen ließ. Der Kalte Krieg mit allen seinen lähmenden Konfrontationen begann zu enden, ähnliche Wechsel in anderen Ländern wurden ermuntert.

Dieser Aufbruch regte eine Blüte wissenschaftlicher Neuentwicklungen an wie die Studien von E. P. Thompson (1987, 1980) und Barrington Moore (1969, 1982). Sie gingen nicht von »Merkmalen«, sondern von »Relationen« aus, das heißt sie untersuchten die *Verhältnismäßigkeit* und *Angemessenheit* von sozialer Ungleichheit und Herrschaft vor dem Hintergrund historischer »*Legitimationsvorstellungen*« (Thompson 1980: 69) in der Volkskultur, die auf ältere Klassenkompromisse zurückgehen. Moore stellte die Frage der Gerechtigkeit von historischen Klassenkompromissen in die Mitte großer, international vergleichender Studien. Thompson arbeitete heraus, dass auch schon die erste Arbeiter_innenbewegung nicht einfach durch die äußeren Strukturzwänge der Verelendung und Fabrikarbeit entstanden war, sondern sich auch selbst durch die eigene Praxis erzeugt hat, motiviert durch in den Volksklassen verankerte Traditionen sozialer Gerechtigkeit. Auf Anregung von Peter von Oertzen habe ich mit Hilfe dieser Ansätze die Entstehungsgeschichte der Arbeiter_innenbewegungen seit der Französischen Revolution in meiner Dissertation und in zwei Frühsozialismus-Editionen aufgearbeitet (Vester 1970, 1970/71) und auch eine Reihe von Dissertationen dazu angeregt.

Die neuen historischen Aufarbeitungen widerlegten vollständig die – noch von Polanyi (1978: 121) vertretene – These, dass die moderne Arbeiter_innenklasse und -bewegung erst entstanden sei, als etwa seit Mitte der 1820er Jahre die Lohnarbeit in der Industrie zur dominierenden Produktionsweise und der Konflikt zwischen Fabrikbesitzer_innen und Lohnarbeiter_innen zum dominanten sozialen Konflikt geworden war. Tatsächlich entstand sie schon vorher, aus anhaltenden polarisierenden Kämpfen gegen die Durchsetzung kapitalistischer Marktverhältnisse und ihrer Flankierung durch politische Repression.

Der Prozess, in dem kapitalistische Marktformen durchgesetzt wurden, hatte schon Jahrhunderte vorher begonnen – mit der Entstehung der Städte und des Handelskapitals, der Heimindustrie, des kapitalistischen Großgrundbesitzes und der Ruinierung des freien Bauerntums. Aber es gab noch paternalistische Sozialgarantien wie die *Commons*, das Gemeindeland, die Getreide- und Brotpreisstützung und die ständische Handwerksverfassung. Im Laufe des 18. Jahrhunderts wurden diese Abmilderungen des Klassengegengesatzes schrittweise und immer radikaler durch die Kommerzialisierung von immer mehr Wirtschaftsbereichen abgebaut. Diese Gefährdung der gewohnten Lebensweisen und sozialmoralischen Fairnessregeln durch die Vermarktlichung wurde, wie Thompson ausführt, das Motiv des Widerstands. Der Protest brachte

nach und nach ein ganzes Spektrum »subalternen Klassen«, wie wir heute mit Gramsci sagen können, zusammen.

Die Volksklassen bildeten bereits an der Schwelle zur industriekapitalistischen Revolution ein breites »Multiversum« von »subalternen Klassen«, wie es die Klassenhistoriker Marcel van der Linden und Karl-Heinz Roth nennen. (van der Linden 2008, van der Linden/Roth 2011, Roth 2015) Sie gehörten »logisch« verschiedenen historischen »Entwicklungsstufen« an, koexistierten aber realhistorisch in einem interdependenten Zusammenhang. Zu ihnen gehörten Kleinpächter_innen, freie Handwerker_innen, wandernde Handwerksgezell_innen, Heimarbeiter_innen der Verlagsindustrie (Weber_innen, Strumpfwirker_innen, Kleineisenhandwerk usw.), Lohnarbeiter_innen (Bergleute, Bauhandwerker_innen, Werftarbeiter_innen, Transportarbeiter_innen), Saisonarbeiter_innen (zum Beispiel Erntearbeiter_innen) und viele andere Gruppen, von denen nicht wenige sich auch schon gewerkschaftsähnlich bzw. mit Kassen der gegenseitigen Hilfe (*Friendly Societies*) assoziierten.³

Als nach 1789 die Französische Revolution signalisierte, dass es auch um politische Rechte ging, kamen Gruppen hinzu, die sich für das Wahlrecht, die Meinungs- und Pressefreiheit, das Koalitionsrecht, die Rechte der Frauen usw. (in Deutschland auch der Gleichstellung der Juden) zusammenfanden. Die Regierung Pitt reagierte auf diese Demokratiebewegungen 1800 mit Ausnahmegesetzen, die alle diese Freiheiten verboten und dies bis nach 1820 mit drakonischen Strafen und Gewaltmaßnahmen sanktionierte. Dies brachte das heterogene »Mosaik« betroffener Gruppen erst recht in einem politischen Lager zusammen, das dem Lager des Laissez-faire-Kapitalismus entgegengesetzt war.

Das klassische Beispiel der Entstehung der Arbeiter_innenbewegungen zeigt, dass die Abgrenzungen zwischen den großen Lagern erst durch viele Jahrzehnte der Erfahrung und Praxis sozialer Konflikte und Konfrontationen entstanden sind. In diesen Jahrzehnten ist aus den ungleichen Berufsgruppen und Milieus, deren Miteinander bis ins 18. Jahrhundert durch die herkömmlichen sozialpolitischen Reglements vor schweren Konflikten bewahrt worden war, ein antagonistisches Gegenin-ander geworden. In ihnen sind auch die gegensätzlichen Konzepte

³ Diese Koexistenz historisch »ungleichzeitiger« Produktionsweisen und Arbeitsverhältnisse ist, in Auseinandersetzung mit dem Phasenschema, schon seit langem erforscht, besonders von Werner Sombart (1916) und Geiger (1932). In den neueren Forschungen, von Thompson und vom Göttinger Max-Planck-Institut für Geschichte (besonders Hans Medick) wurde dabei auch die »Industrialisierung vor der Industrialisierung«, die sogenannte »Protoindustrialisierung« erforscht.

einer autoritär-kapitalistischen und einer solidarisch-genossenschaftlichen Gesellschaftsordnung entstanden und teilweise auch institutionalisiert worden.

Der Zusammenhalt des antikapitalistischen Lagers ist also nicht durch eine vorab vorhandene sozialökonomische Homogenität (gegründet etwa auf die Industriearbeit), sondern durch Kämpfe entstanden, in denen ähnliche, aber eben nicht völlig gleichartige Gruppen der »subalternen Klassen« zur Koalition miteinander fanden. Erst später erhielten in diesem Lager die von den Gewerkschaften repräsentierten Industriearbeiter_innen die Hegemonie. So entstand der – letztlich irreführende – Eindruck, es handle sich um eine reine Lohnarbeiter_innenklasse und -bewegung.

Dass es nicht nur um Interessen der Lohnarbeiter_innen ging, zeigte sich auch an den Institutionen, die die Bewegungen geschaffen haben. Bei diesen ging es nicht nur um das Gewerkschafts-, Arbeitskampf- und Tarifrecht sowie den Zehnstundentag. Es ging auch um Institutionen, die *allen* abhängigen Klassen nutzten: die Genossenschaften, die Pressefreiheit, das Wahlrecht der unteren Klassen und der Frauen und die Anfänge eines in den Kommunen wurzelnden Wohlfahrtsstaats, der – nach langem Kampf auf allen gesellschaftlichen Feldern – 1945 endlich auch von einer Labour-Regierung zum allgemeinen Prinzip erhoben wurde. – Aus diesen historischen Erfahrungen lassen sich vor allem vier Schlussfolgerungen ziehen:

1. Die Bewegungen haben sich nicht durch *homogene Merkmale* sozialer Ausbeutung, sondern durch den *aktiven Kampf* gegen den gleichen sozialen Gegner zusammengefunden. Sie bestanden nicht nur aus industriellen Lohnarbeiter_innen, sondern auch aus vielfältigen anderen Gruppen. Das Gemeinsame war, dass die gewohnten Lebensweisen, Arbeitsverhältnisse und Rechte aller dieser Gruppen von der autoritären Politik eines extremen Laissez-faire-Kapitalismus empfindlich in Frage gestellt wurden. Wenn die frühen Arbeiter_innen- und Volksbewegungen einen gemeinsamen Nenner hatten, dann war sie, wie es der Historiker Shlomo Na'aman (1979) vorschlug, *Emanzipationsbewegungen*.
2. Die Tatsache, dass der Kampf um den demokratischen Wohlfahrtsstaat, der zuerst in Robert Owens berühmter Botschaft an die Grafenschaft Lanark im Jahre 1820 gefordert worden war, bis 1945 schließlich 125 Jahre oder etwa fünf Generationen gedauert hat, gibt uns eine Vorstellung über die *Schwierigkeit und lange Dauer* sozialer Bewegungen und Umgestaltungen – ebenso wie die Tatsache, dass die-

ser Kampf, nach der seit etwa 1980 wieder erfolgten Demontage des Wohlfahrtsstaates, seinem mächtigen Gegner vorerst auch nur sehr langsam wieder Boden abringen kann.

3. Auch der mögliche Zerfall der Bewegungen kann nicht ohne ihren historischen Gegenspieler: das autoritär-wirtschaftsliberale Lager, verstanden werden. Die Bewegungen waren nie eine *Einheit*, sondern immer eine politische und soziale *Koalition*. Bei entsprechenden Angeboten ihres Gegners (zum Beispiel des Wahl- oder Steuerrechts für bestimmte Mittelschichten) konnte sie auch wieder auseinanderfallen. Das wirtschaftsliberale Lager hat sich den Grundsatz »Teile und Herrsche« zuletzt auch in der Ära Thatcher und Blair zunutze gemacht und die Schwächen der wohlfahrtsstaatlichen Ordnung dazu genutzt, die emanzipatorische Ausweitung der demokratischen Partizipation ein- und zurückzudämmen.
4. Schließlich können die Gemeinsamkeiten zwischen den Teilen eines sozialen Mosaiks nicht allein auf *intellektuelle* Weise, durch rein kognitive Lernprozesse geschaffen werden. Bildungsarbeit, Aufklärung oder Information über Kommunikationsmedien war historisch nur dann wirkungsvoll, wenn sie mit den *praktischen Erfahrungen* verbunden war, die in den sozialen Konflikten und in den kommunikativen Milieuzusammenhängen gemacht wurden.

In diesem Unterschied zwischen der intellektualistischen und der praktischen Weltansicht ist aber das größte Problem verborgen, das bei der Weiterentwicklung der Klassentheorie bewältigt werden muss. Auf diesen Aspekt muss daher im Folgenden näher eingegangen werden.

Die intellektualistische Fixierung auf das kognitive Bewusstsein: Die Ausblendung der Mentalitäten und ihrer sozialen Verortung

In der bisherigen Darstellung fehlt ein entscheidendes Verbindungsstück: Woher kommen die Handlungsmotive im Kopf der sozialen Akteure? Hier stoßen wir auf das Problem, dass viele Intellektuelle auf die Ebene des theoretisch reflektierten Bewusstseins oder Klassenbewusstseins fixiert sind und die Ebene der praktischen, vorreflexiven Handlungsdispositionen ausblenden.

Die herkömmlichen liberalen wie auch die herkömmlichen vulgärmarxistischen Theorien haben kein Konzept, mit dem sie diese Handlungsdispositionen angemessen erfassen können. Für sie kommen die Menschen nur als »Träger« ökonomischer Merkmale und darauf unmit-

telbar fußender, »nackter« ökonomischer Interessen vor, die insbesondere an der Einkommenshöhe oder Vermögensgröße zu messen sind. Diese Theorie des individuellen ökonomischen Nutzens, die um das Jahr 1800 von dem wirtschaftsliberalen Theoretiker Jeremy Bentham unter dem Namen »Utilitarismus« popularisiert worden ist, sollte das Handeln aller Menschen nach dem gleichen Schema, ohne Unterschied von Mentalitäts- und Milieuzugehörigkeiten erklären. Diese Vorstellungen waren spätestens angesichts des Faschismus gescheitert, als sie nicht erklären konnten, warum Arbeiter_innen, Angestellte und kleine Selbstständige entgegen ihren »objektiven Interessen« ihre Unterdrücker_innen wählten.

Das Versagen der »objektivistischen« Verhaltenstheorien hat die empfindlichste – und peinlichste – Lücke in den Klassen- bzw. Schichtkonzepten offengelegt. Diese Lücke ist von vielen Angehörigen der marxistischen wie in der liberalen Tradition erkannt, aber dann oft mit einem Pendelschlag in das entgegengesetzte Extrem verarbeitet worden. Beide Seiten erweisen sich dabei erst recht als »epistemologische Komplexen«: Beide wollen die Lücke mit intellektualistischen Konzepten überbrücken. Angehörige der marxistischen Tradition nehmen an, dass die Arbeiter_innen durch die Begrenztheit ihres Erfahrungshorizonts oder durch den Einfluss falscher Führer_innen oder manipulativer Massenmedien ein »falsches« Bewusstsein erworben hätten. Die »richtige« intellektuelle Gesellschaftserkenntnis müsste ihnen daher von den in der richtigen (»marxistischen«) Theorie Gebildeten gebracht werden. Angehörige der liberalen Tradition wie Ulrich Beck vertreten Theorien der »Individualisierung«, nach denen die Menschen infolge der gestiegenen Mobilität gar nicht mehr in Milieuzusammenhänge und Mentalitätstraditionen eingebunden seien und daher jetzt ihre Zusammenhänge und Lebensstile aus völlig freier intellektueller Reflexion und Entscheidung wählen könnten. Beide Ansätze kennen keine Theorie des Subjekts. Über der richtigen Erkenntnis, dass Verhalten nicht einfach ein Reflex auf *äußere* Zwänge ist, vergessen sie, dass es Verhaltensdispositionen, also Mentalitäts-, Habitus- und Kulturmuster gibt, die selbst bei vereinzelt lebenden Individuen so dauerhaft *verinnerlicht* sind, dass sie nicht beliebig über Bord geworfen werden können.

Um aus dem Scheingegensatz, nach dem entweder »das Materielle« oder »das Geistige« entscheidend ist, zu entkommen, hat schon die klassische Soziologie Theorien der Praxis bzw. des sozialen Handelns entworfen, die quer zu diesem Dualismus lagen. Sie zielten vor allem auf eine zwischen dem Materiellen und dem Intellektuellen liegende In-

stanz, die als Mentalität, Habitus, Alltagskultur oder Alltagsbewusstsein bezeichnet wird. Diese umfasst die Deutungs- und Klassifikationsmuster, mit denen die Menschen im Alltagsleben ihre Erfahrungen interpretieren, ihre Lebensführung organisieren und ihre Handlungen koordinieren. Diese Muster sind damit dicht bei der praktischen Erfahrung, die mit einer bestimmten Stellung im Gefüge der Gesellschaft verbunden ist. Sie sind, wie ihre Lagen, typologisch verschieden, aber keineswegs ein beliebiges Mosaik.

Die entsprechenden Ansätze von Max Weber, Émile Durkheim und übrigens auch Karl Marx (in seinen historischen und ethnologischen Untersuchungen) oder auch von Antonio Gramsci sind bis 1960 überhaupt nicht und danach nur zögerlich aufgearbeitet und inzwischen auch wieder an den Rand des wissenschaftlichen Interesses gedrängt worden. Ähnliches gilt für die auf die Psychoanalyse Sigmund Freuds zurückgehende Erforschung des Spektrums verschiedener Charakter- und Persönlichkeitstypen, das von demokratischen bis zu autoritären Dispositionen reicht.

Impulse, diese Erkenntnislücke aufzuarbeiten, kamen seit 1960 vor allem aus dem *Sozialistischen Deutschen Studentenbund* (SDS) in Frankfurt, in dem Monika Seifert-Mitscherlich eine ganze Generation jüngerer Soziolog_innen dafür begeisterte, die psychoanalytische Charakterologie aufzuarbeiten. (Aden-Grossmann 2014) Besonders bedeutsam für diese Aufarbeitung wurden die Frankfurter Schule (vgl. Adorno u.a. 1950, Adorno 1973) und besonders Wilhelm Reich (1933a,b) sowie bald auch Erich Fromm (1983) und die Autor_innen einer antiautoritären Pädagogik. Hier konnte studiert werden, dass Charakterzüge nicht angeboren, sondern in der Sozialisation vor allem der frühen Kindheit erworben werden.

Welchen sozialen Klassen oder Milieus die verschiedenen Charaktertypen zuzuordnen waren, konnten die psychoanalytischen Untersuchungen allerdings eingeständenermaßen nicht klären. Jedoch hatte hierzu die soziologische und ethnologische Mentalitätsforschung von Durkheim und Weber bis zu Theodor Geiger bereits viele wichtige Erkenntnisse erarbeitet. Zur Pflichtlektüre von Soziolog_innen in Frankfurt gehörte Theodor Geiger mit seiner Pionierarbeit »Die soziale Schichtung des deutschen Volkes« (das Wort »Klassen« im Titel wollte der Verlag 1932 aus Furcht vor den Nazis vermeiden). Er hatte darin bereits sehr früh eine erste vollständige Darstellung der Typen der »Mentalität« und des »Habitus« vorgelegt, die systematisch fünf großen, fein in sich differenzierten Klassen bzw. Klassenfraktionen zugeordnet waren. (Gei-

ger 1932) Geiger fasste diese stärker differenzierende Raumgliederung in drei vertikalen Lagen zusammen, von denen die mittlere und untere wiederum (gleichsam horizontal) in eine besitzende und eine abhängig arbeitende Untergruppe, die weiter in sich unterteilbar sind, geteilt war (vgl. ebenda: 24):

- kapitalistische Lage (Kapitalist_innen);
- mittlere Lage (Lohn- und Gehaltsbezieher_innen höherer Qualifikation und mittlere und kleine Unternehmer_innen);
- proletarische Lage (Lohn- und Gehaltsbezieher_innen minderer Qualifikation und Tagewerker für eigene Rechnung).

Damit nimmt Geiger, wie vor ihm auch schon Weber (1980: 178f.), weitgehend die Gliederung des Sozialraums in drei Klassenstufen mit jeweils zwei Klassenfraktionen vorweg, die Bourdieu später mit seinem Konzept des vertikal, horizontal und zeitlich aufgefächerten sozialen Raum entwickelt hat. (Bourdieu 1982: 212f.)

Mit seiner typologischen Differenzierung brach Geiger mit der vulgärmarxistischen Annahme einer historischen Tendenz der Vereinheitlichung der Arbeiter_innenklasse: »Das Märchen von der Uniformität des Proletariats ist längst aufgegeben, ohne dass es deshalb nötig wäre, das Vorhandensein einer proletarischen Klasse als Sozialgebilde zu bezweifeln.« (ebenda: 14) Die innere Heterogenität einer Klasse beruhe vor allem darauf, »dass unter dem Mantel *einer* Doktrinärdeologie mehrere Mentalitäten schlummern, dass ein Mentalitätstypus sich in verschiedene Doktrinärdeologien auslegen kann. (...) Der Grad des Deckungsverhältnisses zwischen Lage und Ideologie ist sehr viel geringer, als zwischen Lage und Mentalität. (...) Proletarisches Klassenbewusstsein ist Mentalität – Kommunistisches Manifest und Parteiprogramme sind Ideologie. (...) Lebenshaltung, Gewohnheiten des Konsums und der sonstigen Lebensgestaltung, Freizeitverwendung, Leseschmack, Formen des Familienlebens und der Geselligkeit – tausend Einzelheiten des Alltagslebens bilden im Ensemble den *Typ des Lebensduktus* und dieser ist *Ausdruck der Mentalität*.« (ebenda: 78-80)

Von der Mentalität unterscheidet Geiger also scharf die Ideologie, das heißt die reflexive, in Doktrinen elaborierte intellektuelle Selbstausslegung. Mit anderen Worten: Dass soziale Milieus und politische bzw. parteipolitische Lager nicht übereinstimmen, hat nicht zufällige, sondern systematische Gründe:

- Die Abgrenzungen und Konfliktlinien zwischen sozialen Milieus sind bestimmt durch soziale Lagen, Lebensweisen und Mentalitäten, die nach Klassen (und ihren Teilfraktionen) verschieden sind.

- Politische Lager grenzen sich an ideologischen Konfliktlinien voneinander ab, die im politischen, intellektuellen und publizistischen Feld definiert werden, also relativ autonom sind.

Es hat darum wenig Sinn, beispielsweise den Arbeiter_innen, die konservativ wählen, einfach ein intellektuelles Defizit, ein »falsches«, weil durch die Verführungen des Konsums, der Medien, von Demagog_innen usw. manipuliertes Bewusstsein vorzuwerfen. Die ideologischen Trennlinien haben keine primär intellektuellen Ursachen. Sie haben ihre Ursachen meist, wie M. Rainer Lepsius überzeugend nachgewiesen hat (Lepsius 1993) in früheren historischen Großkonflikten, in denen sich unter anderem liberale und konservative, protestantische und katholische, bürgerliche und sozialistische (und heute ökologische und andere) Lager gebildet, bekämpft und dann auf Dauer voneinander abgegrenzt, institutionalisiert und dabei schließlich auch intellektuell legitimiert haben.

Geiger nahm auch andere zentrale Konzepte und Unterscheidungen vorweg, (vgl. ebenda: 12-16, 77-81) die erst nach 1970, durch Bourdieu, neu entdeckt wurden. Dazu gehören vor allem seine Konzepte des »*Habitus*« und (bei Geiger damit weitgehend austauschbar) der »*Mentalität*«, die eng mit der Ebene der lebensweltlichen und beruflichen Erfahrung verwoben sind und daher auch die Zuordnung zu ökonomischen Gruppen erleichtern. Ebenso nahm Geiger Bourdieus Konzept des *mehrdimensionalen sozialen Raums* vorweg, das eine bessere Bestimmung der Gliederung nach Akteursgruppen und nach den Konfliktlinien zwischen ihnen ermöglicht. Geiger ging dabei, wie Bourdieu, empirisch vor. Er hielt die großen Sammelkategorien der amtlichen Erwerbsstatistik für unbrauchbar, weil diese ein zu heterogenes Spektrum überspannten. Er zerlegte sie daher in kleine Berufsgruppen, bis er auf relativ homogene Typen des Berufsethos bzw. der »*Wirtschaftsmentalität*« stieß. Aus diesen nach ihrer Mentalität verwandten Gruppen setzte er dann das Gesamtmosaik der Klassen- und Klassenfraktionen in einem zu größeren Gruppen aufsteigenden (»*aszendierenden*«) Verfahren wieder neu zusammen. Damit stellt das »*Mosaik*« allerdings nicht, wie der Begriff nahelegen könnte, eine beliebige Vielfalt von Erscheinungsformen dar, sondern eine systematische, auf die reale Klassengliederung nach Berufsstellungen, Soziallagen und historischen Traditionen bezogene Ordnung. Jede Mentalität hat auch ihren sozialen Ort.

Bei der Suche nach dem sozialen Ort der für den Nationalsozialismus anfälligen sozialen Gruppe gelangte Geiger zu einer weiteren Innovation, die sogar über Bourdieu hinausging. Sie betraf den historischen Wandel

der Mentalitäten und der ökonomischen Produktionsweisen, die Bourdieu nicht behandelt hat. Am empirischen Material stellte Geiger eine hohe Beharrungskraft historischer Strukturen und Mentalitäten fest. (Geiger 1932: 84-105) Dabei entdeckte er das Phänomen der »sozialgeschichtlichen Verwerfung« (ebenda: 85), insbesondere das Fortwirken von Elementen der mittelalterlich-ständischen Kultur und Wirtschaftsweise im alten bäuerlichen und gewerblichen Mittelstand und bei Teilen des »neuen Mittelstands« der Angestellten und Beamten, das diese besonders anfällig für die ständisch-autoritäre Nazi-Propaganda machte. Die autoritären Mentalitäten hatten also ihren sozialen Ort in den kleinbürgerlichen Segmenten der Gesellschaft (die bei Bourdieu am rechten Pol des sozialen Raums lokalisiert sind).

Als Geiger nach 1945 unter anderem die neuen Entwicklungen des Wohlfahrtsstaates und der Differenzierungen der Arbeiter_innen- und Angestelltenklassen beobachtete, verallgemeinerte er diese Beobachtung zu einem Theorem der historischen Ungleichzeitigkeit. (Geiger 1949: 37-73) Er stellte fest, dass jede moderne Gesellschaft ebenso Elemente früher Produktionsweisen mit sich schleppt wie sie (wie Marx das schon gesehen, die vulgärmarxistische Orthodoxie aber verdrängt hatte) auch Elemente künftiger, vielleicht nachkapitalistischer Gesellschaften hervorbringt. Wenn Marx betont (und auch empirisch darstellt), dass sich die Elemente einer neuen Gesellschaft »im Schoße« der alten Gesellschaft entwickeln, dann kann dies nur bedeuten, dass in der gleichen Gesellschaft die Elemente verschiedener historischer Entwicklungsstufen zeitgleich miteinander koexistieren.

Praxeologisches Konzept: Die Klassenmilieus als historische Akteurszusammenhänge

Die Neuentwicklungen des Klassenkonzepts waren mit der nicht zuletzt von Thompson propagierten Hinwendung zu kulturwissenschaftlichen und ethnologischen Ansätzen verbunden. Sie sollten nicht nur für historische, sondern auch für aktuelle Gesellschafts- und Klassenanalysen genutzt werden. (Hier besteht durchaus eine Parallele zur ethnologisch-kulturgeschichtlichen Wende, die Marx und Engels im Alter vollzogen und die wenig später Durkheim in die Soziologie einbrachte.) Die neue »kulturelle Wende« begann nicht als Alternative, sondern als Ergänzung zu historisch-ökonomischen Analysen von Klassen und Produktionsweisen. In grundlegenden Werken arbeitete Raymond Williams (1972) he-

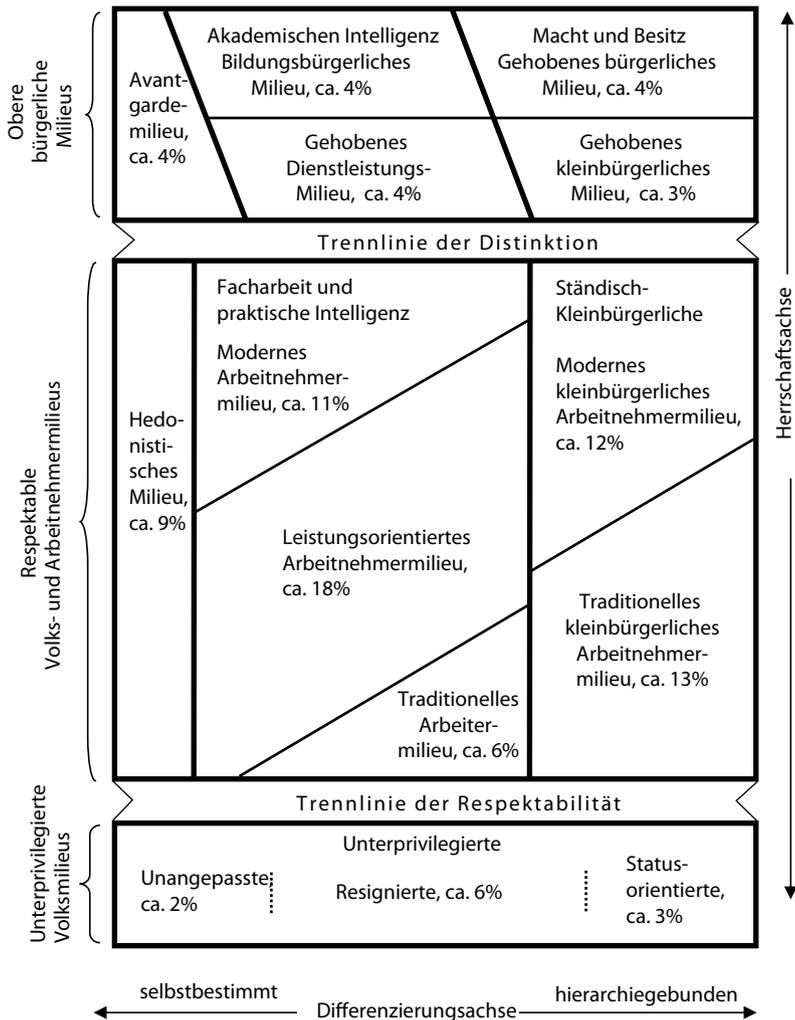
raus, dass Kultur nicht nur universelle, sondern auch nach Klassen kontrastierende Werte beinhaltet und damit ein eigenes, relativ autonomes Feld sozialer Konflikte bildet.

Der Kulturosoziologe Williams, der aus der marxischen Tradition heraus einen »kulturellen Materialismus« forderte und von manchen als »der Adorno von Cambridge« bezeichnet wird, regte nicht nur in England breite Forschungen zur Geschichte und zum Fortbestehen der *working class culture* an. Diese Strömung musste sich ihrerseits mit der Auffassung des Mainstreams der Jugendforschung auseinandersetzen, dass die Klassenkulturen in der neuen Konsumgesellschaft durch eine nicht mehr klassengebundene Jugendkultur ersetzt würden. Diese These wurde besonders von der Jugendforschung des von Stuart Hall geleiteten *Centre of Contemporary Cultural Studies* (CCCS) in Birmingham widerlegt. John Clarke und andere (1979) wiesen nach, dass die neuen Jugendkulturen immer noch der symbolischen und moralischen Ordnung der elterlichen Klassenkultur folgten, wenn auch auf eine modernisierte, autonomere Weise. Danach ist der Wandel der Milieus nichts anders als eine Modifikation oder Metamorphose der elterlichen Klassenkulturen durch die jüngere Generation.

Dies konnten wir in unserer repräsentativen Untersuchung über den Milieuwandel umfassend bestätigen, die wir mit Bourdieus Konzepten des Habitus und des sozialen Raums durchführten. (Vester u.a. 2001) Danach haben sich die Klassenkulturen der Bundesrepublik nicht aufgelöst, sondern nur einen Gestaltwandel durchgemacht. Mit mehr als 200 qualitativen Zwei-Generationen-Interviews wurde nachgewiesen, dass der Habitus der Angehörigen der alternativen Milieus sich grundsätzlich nicht von dem ihrer Eltern unterschied, wohl aber stärkere emanzipatorische Elemente enthielt. Diese Unterschiede betrafen vor allem die Geschlechterrollen, die Gleichstellung von Zuwanderern, die direkte demokratische Partizipation, das ökologische und pazifistische Engagement und die Toleranz gegenüber Minderheiten und anderen Kulturen. Dieser Wandel wurde durch eine große repräsentative Untersuchung auch für alle anderen jüngeren Milieufaktionen bestätigt.

Dabei ergab sich zwar eine große Vielfalt der äußeren Erscheinungsformen der Milieus und Subkulturen. Aber diese hatten auch gemeinsame Züge. Sie ließen sich daher, wie schon bei Weber (1980), Geiger (1932) und Bourdieu (1982), einer übersichtlichen Gliederung in wenige große Traditionslinien zuordnen, die innerlich nach Generationen unterteilt und nach außen durch Konfliktlinien voneinander abgegrenzt waren. Jedes Milieu hatte auch einen bestimmten beruflichen Schwer-

Abbildung 1: Die fünf Traditionslinien der Klassenmilieus und ihre Differenzierung in der BRD



Statistische Grundlage: Repräsentative Erhebung (n = 2.699) der deutschsprachigen Wohnbevölkerung der BRD ab 14 Jahre 1991 (nach: Vester u.a. 2001); Neufassung der Milieubezeichnungen aufgrund der differenzierenden Neuauswertung der Erhebung (Wiebke 2002); Hochrechnung auf die Milieugrößen von 2003 (nach Sigma 2003). Darstellung: M. Vester/D. Gardemin/A. Lange-Vester – 2015

punkt und ließ sich daher sowohl nach seiner ökonomischen Stellung als auch nach seinem Habitus einem bestimmten Ort im sozialen Raum zuordnen. Die Milieus waren also Klassenmilieus – wenn auch in einer differenzierteren und komplexeren Form. Entsprechend ließen sie sich in eine räumliche Landkarte eintragen, wie es die beigefügte stark vereinfachte Abbildung zeigt.

Dieses Forschungsergebnis stand in deutlichem Gegensatz zu der nach 1980 modisch gewordenen Lebensstil- und Milieuforschung. Sie war insbesondere aus der akademischen Schichtungssoziologie der Münchener Schule Karl Martin Boltes entstanden. Auch sie gewann ihr Profil von der Abgrenzung von der herkömmlichen Schichtungssoziologie, von der ökonomistisch-strukturalistischen Marx-Orthodoxie und von der Annahme, dass Klassen immer *homogen* sein müssten. Ein Gründungsdokument dieser innerakademischen Aufbruchbewegung ist der Sammelband »Soziale Ungleichheiten« (Kreckel 1983), dessen unbestimmter Titel der heterogenen Vielfalt seiner Beiträge und seiner Autor_innen entspricht.

Von diesen war es Stefan Hradil, der in den 1980er Jahren die differenzierenden, objektive und subjektive Dimensionen vermittelnden Konzepte der »sozialen Milieus« und der »sozialen Lage« wieder in die Soziologie einführte. (Hradil 1987) Anders als die an Ulrich Beck anschließende extreme Individualisierungsthese (Beck 1983, 1986), die eine Auflösung der sozialen Milieus behauptet, betonte er, dass Einstellungen und Bewusstseinsformen sich über Prozesse gegenseitiger Auseinandersetzung interaktiver Interpretation und kollektiver Erfahrungen aneinander angleichen und so typische Bündelungen von *objektiven* Lebensbedingungen und tieferen *subjektiven* Einstellungen und Verhaltensmustern schaffen, die einem Milieu und dessen Lebensstilen zugrunde liegen. Das Milieukonzept erhielt damit seine umfassendere soziologische Bestimmung zurück, die dem Alltagsbegriff des Milieus fehlt.

Diese Wiederentdeckung des Milieukonzepts hat zwei bedeutende wissenschaftliche Vorläufer, die allerdings erst neu entdeckt werden müssen. Der eine ist Antonio Gramsci, der in seinen Gefängnisheften allein 69-mal auf den Begriff des *Milieus* zurückgreift, insbesondere wenn er Handlungszusammenhänge von lebensweltlichen Gruppen und von Klassen- und Klassenfraktionen darstellt. Der andere ist Émile Durkheim, der nicht nur der Begründer der modernen französischen Soziologie ist, sondern, als Freund des Sozialistenführers Jean Jaurès, der Arbeiter_innenbildung und der Demokratisierung der Wirtschaft, »sehr weit links stand«, wie Bourdieu es ausdrückte.

Der klassische Milieubegriff, den Durkheim in die Soziologie eingeführt hat, stellt den Alltagsbegriff des Milieus gewissermaßen »vom Kopf auf die Füße«. Er gibt sich nicht mit äußeren Stilähnlichkeiten zufrieden, sondern führt – wie später Gramsci – soziale Milieus auf die praktischen sozialen Beziehungszusammenhänge, in denen die Menschen ungleichen Stellungen einnehmen, zurück. Damit stellt sich Durkheim ausdrücklich dem damaligen fast religiösen Kult des Individuums entgegen, der alle gesellschaftliche Gestaltung auf Einzelpersonen zurückführt. (Durkheim 1988: 227)

In seinen Werken über die Regeln der soziologischen Methode (vgl. Durkheim 1961) und über die gesellschaftliche Arbeitsteilung (vgl. Durkheim 1988) gibt er dem Milieukonzept eine systematische und zugleich sozialhistorische Bestimmung. Danach sind soziale Milieus *Beziehungszusammenhänge*, die die elementaren Handlungseinheiten der Gesellschaften bilden, nämlich die familialen, territorialen und beruflichen Milieus. Deren innerer Zusammenhalt (Kohäsion) und äußere Abgrenzung (Distinktion) beruhen auf zwei Arten von Bindungen:

- a) Die *objektiven* Bindungen der familialen, territorialen und beruflichen Milieus werden über die Beziehungen der Verwandtschaft, der (politischen) Gemeinde und der Arbeitsteilung und die damit verbundenen verschiedenen Stellungen der Menschen geregelt.
- b) Die *moralischen* Bindungen werden vom Milieu selber in einem daran anknüpfenden »Korpus moralischer Regeln« entwickelt, das von den Individuen in einem eigenen »moralischen Habitus« verinnerlicht wird.

Die besondere Leistung Durkheims liegt nicht allein darin, dass er eine Soziologie der sozialen Beziehungszusammenhänge entwickelt hat. Das hat parallel auch Weber (1972) in seiner Soziologie der Vergemeinschaftungen und Vergesellschaftungen und des damit verbundenen Beziehungshandelns getan. Durkheim geht über Weber – und auch über die heutige beschreibende Milieuzoologie – hinaus, indem er sie mit einer Soziologie der *historischen Dynamik* verbindet. Danach sind die beruflichen Milieus die Akteure, die als wirtschaftliche *und* soziale Kräfte die gesellschaftliche Entwicklung vorantreiben. Die beruflichen Milieus bringen nach Durkheim sozialen Zusammenhalt und Moral, Arbeitsteilung und fachliche Spezialisierung hervor und damit eine Zunahme von intellektueller Kompetenz, Reflexivität und Individualität sowie die Ausweitung wirtschaftlicher Interdependenz und sozialer Zusammenhänge über die verwandtschaftlichen, lokalen und nationalen Schranken hinaus. (Durkheim 1988: 55f., 474f.) Die Praxis der Milieus vergegenständlicht sich in materiellen Ob-

jekten, Kulturgütern und in Rechts- und Moralnormen, die als beherrschende Kräfte wirken. Doch ihre »überragende Bedeutung« haben sie als »lebendige Kraft« und aktiver, »bestimmender Faktor der kollektiven Entwicklung«; ohne den »Begriff des sozialen Milieus« ist »die Soziologie in die Unmöglichkeit versetzt, irgendwelche Kausalbeziehungen festzustellen.« (Durkheim 1961: 195-198)

An dieser Argumentationsfigur wird deutlich, dass Durkheim soziale Praxis nicht »subjektivistisch« oder »interaktionistisch« versteht. So wie für Marx das Kapital nur »akkumulierte Arbeit« ist, sind für Durkheim die objektiven Institutionen und Strukturen durch die Praxis der Menschen in ihren Milieus geschaffen und damit auch änderbar, auch wenn sie sich gegenüber ihnen, wie Marx es ausdrückt, zu einer fremden Macht verselbständigt haben. Durkheims Auffassung der Dialektik von Struktur und Praxis entspricht einem Marx, für den die wichtige historische Entwicklung nicht in der Verelendung der Arbeiter_innenklasse und der politischen Machtübernahme einer Arbeiter_innenpartei, sondern in der langwierigen historischen Entwicklung emanzipatorischer Gegenmächte lag. Durkheim *dehnte nur Marx' Theorie der ökonomischen Produktivkräfte auf das sozio-kulturelle und politische Feld aus*, indem er dort ähnliche Logiken aufspürte.

In der Tat verwendet Durkheim den Milieubegriff nicht als Gegenkonzept zum Klassenbegriff. Er verwendet ihn als »Oberbegriff«, das heißt Stände, Kasten und Klassen sind historische Spezialformen der beruflichen Milieus, die entstehen, wenn das Gefüge der Milieus in Form einer bestimmten ökonomischen Produktionsweise und sozialen Herrschaftsordnung organisiert ist. (ebenda: 443-445) Dabei ist davon auszugehen, dass in den heutigen Milieus sich die familialen, territorialen und beruflichen Beziehungszusammenhänge überlagern.

Der so verstandene klassische Milieubegriff blieb, vielleicht wegen seiner ketzerischen Stoßrichtung, im bürgerlichen und marxistischen Mainstream lange unbeachtet. Er wurde erst nach 1980 wieder in die Sozialwissenschaften eingeführt, als es darum ging, neuen Umformungen sozialer Zusammenhänge und einer neu anwachsenden Komplexität und Dynamik sozialer und kultureller Differenzierungen gerecht zu werden.

Erkannte und unerkannte Konfliktlinien in der pluralisierten Klassengesellschaft

Der Mosaikbegriff hilft wesentlich weiter, um die Vielfalt der Gruppierungen, in die die Gesellschaft sich teilt, überhaupt erst als Tatsache anzuerkennen. Wenn wir aber dabei stehen bleiben, haben wir eine Pluralität, die eher auf additive und beliebige Weise zustande kommt. Sie gleicht dann der kommerziellen Milieuforschung, die uns die bunte Oberfläche eines Sammelsuriums von Lebensstilen anbietet. Darauf lassen sich Werbestrategien für Autos, Kleidung und Accessoires gründen. Der innere Zusammenhang dieser fragmentierten Einzelteile wird nicht deutlich. Für die Politik und für politische Alternativen müssen wir aber wissen, wo die Konfliktlinien verlaufen und welche Allianzen möglich sind.

Die von Bourdieu aktualisierten klassischen Theorien erlauben uns zu sehen, welche systematische Gliederung der Gesellschaft hinter diesen scheinbar fragmentierten *Einzelteilen* steht. Diese sind dabei aber nicht Einzelteile eines Systems oder einer Struktur, die wie die Räder einer Maschine ineinander greifen und nur in eine einzige kausale Richtung wirken. Sie sind vielmehr Akteure in einem Kräftefeld, in dem sie sich von sich aus bewegen, zusammenfinden, abgrenzen und um ihre Stellung kämpfen. Die Entwicklung ist daher widersprüchlich, mit verschiedenartigen Gewichtsverschiebungen. Das gesellschaftliche Kräftefeld gleicht dann (in Grenzen) eher einem Fußballfeld, in dem man Spieler_innen, Mannschaften, Spielregeln, Fouls, Manipulationen und Spielerkäufe kennt, aber den Spielausgang eher nur langfristig als für das Einzelspiel kalkulieren kann.

Das gesellschaftliche Feld ist komplexer, aber auch nicht ungeordnet. Es strukturiert sich erstens als mehrdimensionaler Raum, in dem nicht nur vertikale Klassen, sondern auch horizontale Fraktionierungen wirken. Zweitens teilt es sich in prinzipiell drei Handlungsebenen, die zusammenhängen, aber verschieden organisiert sind und nicht direkt auseinander abgeleitet werden können. Es sind, wie ausgeführt, die Felder der ökonomischen Arbeitsteilung, der alltagskulturellen Milieus und der politischen Konflikte. Sie sind ähnlich (»homolog«, wie Bourdieu sagt), aber nicht gleich gegliedert. Alle drei Ebenen sind von uns inzwischen äußerst detailliert beschrieben, aber auch in vereinfachenden »Übersichtskarten« dargestellt. Unsere Analyse verfährt dabei nicht viel anders als die Geografie, die auch Landkarten in verschiedensten Maßstäben erarbeitet, die gleichsam wie Pergamentpapier übereinander gelegt wer-

den können. Dabei kann aus den Karten der Geologie nicht eins zu eins abgeleitet werden, wie die Menschen diesen Raum geschichtlich besiedelt haben und daraus wieder nicht, wie das Territorium politisch seine Herren gewechselt hat.

Ausführliche Darstellungen dieser Forschungen sind in unseren Veröffentlichungen nachzulesen, insbesondere in dem eingangs genannten Aufsatz in dem Erinnerungsband für Peter von Oertzen. (Vester 2009) Hier ist nur der Raum für einige ausgewählte Beispiele, zu denen ich die Abbildung über die Klassenmilieus im vorangehenden Kapitel heranziehen möchte. Die Abbildung gibt die Milieus etwa größengerecht und nach den Trenn- und Konfliktlinien zwischen ihnen wieder. Wie die Menschen die Gesellschaft sehen, hängt aber sehr oft davon ab, welchen Ort sie in dieser Gliederung selber einnehmen und welchen Teilgruppen sie dort angehören. Dem entsprechen spezifische Verzerrungen der Perspektive und der Größenordnungen. Viele Intellektuelle und viele Politiker_innen hören dies nicht gerne, weil es ihrem Selbstbild als klassenlose Akteur_innen, die anderen eine objektive und reflektierte Sicht voraushaben, nicht gerade schmeichelt.

Eine solche Verzerrung ist das »Opfer-Erlöser-Muster«. Wir finden es oft in religiösen Gruppen und auch bei Teilgruppen der vulgärmarxistischen Intelligenz, die wir oben links im sozialen Raum lokalisieren können. Ihre Angehörigen blicken von dort vor allem auf die unterprivilegierten Teile der Gesellschaft, die ihnen ganz unten gegenüber stehen. Die dazwischen liegende große Mehrheit der Volks- und Arbeitnehmer_innenmilieus wird gar nicht wahrgenommen oder mit Klischees von der »Mitte« oberflächlich klassifiziert. Interessant sind vielmehr die Unterprivilegierten, die als Opfer einer dem Kapitalismus innewohnenden Tendenz der Prekarisierung, Proletarisierung oder Verelendung gesehen werden. Dem Label »Hartz IV« gemäß werden ihnen vor allem »defizitäre« Eigenschaften zugeschrieben: Anomie, Angst, Resignation, Passivität, Hilfsbedürftigkeit, Führungsbedürftigkeit usw. Die Beobachter_innen sehen in ihnen die Bestätigung ihrer Annahmen über die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus und verallgemeinern diese dann zu einer Gesetzmäßigkeit, die sich zunehmend die ganze Gesellschaft unterwirft. Eine Variante ist die als »Zeitdiagnose« gekleidete Vorhersage, dass die Verelendung in der Krise auf die Mehrheit übergreifen, die Mitte auflösen und dann irgendwie zu einer massenhaften Empörung und schließlich zur Wahl der *richtigen* Partei und einer neuen Regierung führen müsse, die dann von oben die richtige Politik durchsetzen könnte.

Nach den Forschungen gibt es diese Gruppe tatsächlich, aber es handelt sich nur um ein kleineres Teilmilieu der unterprivilegierten Milieus. Die meisten anderen Milieus haben Strategien, die als Formen eines aktiven Widerstands gegen Prekarisierung wirken können. Dies ist sogar auch bei der Mehrheit der Unterprivilegierten so. Die meisten dieses etwa zwölf Prozent umfassenden Milieus können mit Strategien der Ablehnung an Stärkere (oder Schutzmächte wie der Gewerkschaften, der Kirche usw.) und der Gelegenheitsnutzung (wie Erwerbsskombination und informeller Erwerbsarbeit) einem Absinken in den Teufelskreis der Opferrolle und der Anomie entgegenwirken. In der Mitte der Arbeitnehmer_innen- und Volksmilieus, die immerhin fast 70 Prozent der Bevölkerung umfassen, kann allerdings dieser Widerstand erfolgreicher geleistet werden, dank besserer Ressourcen an Ausbildung und sozialem Kapital und der Gewerkschaften.

Doch diese große Mitte ist nicht einheitlich. In ihr liegt eine Art »horizontaler Klassenkonflikt« zwischen privilegierten und benachteiligten Klassenfraktionen verborgen. In den Auswertungen der Massendaten des Mikrozensus für die Böckler-Stiftung und die Rosa-Luxemburg-Stiftung haben wir schon länger nachweisen können, dass diese horizontale Schere sich seit langem und besonders seit der Agenda-Politik der rot-grünen Regierung geöffnet hat. (Vester/Weber-Menges 2015; Weber-Menges 2014) In den durch ihre Exportstärke privilegierten Industriebranchen und in den oberen Etagen der öffentlichen und privaten Verwaltungen liegen unsichere und niedrig bezahlte Arbeiten weit unter dem Durchschnitt. Demgegenüber sind insbesondere in den sozialen Dienstleistungen Einkommen und Arbeitsverhältnisse weit ungünstiger. Benachteiligt sind nach den Daten also nicht nur die gering qualifizierten Milieus im unteren Viertel der Berufshierarchie. Benachteiligt sind auch die sozialen Dienstleistungen im Bildungs-, Verkehrs-, Medizin-, Sozial- und Kultursektor. Die Gruppe der sozialen Dienstleistungen ist wegen des steigenden gesellschaftlichen Bedarfs auf mehr als ein Viertel der Erwerbstätigen angewachsen. Gerade hier tut sich eine Gerechtigkeitschere auf. Einerseits sind für die meisten die Anforderungen an Kompetenz- und Ausbildungsniveaus und Eigenverantwortung enorm gestiegen. Andererseits werden immer mehr Teilgruppen so behandelt und entlohnt, als führten sie noch die billigen Hilfsarbeiten durch, die den Sektor am Arbeitsmarkt für Frauen und Zuwanderer ausgemacht hat. Lange hat sich hier wenig bewegt. Aber nun zeigt sich eine lang anhaltende Welle von Streiks, in denen mit der Solidarität auch das Selbstbewusstsein wächst. Es geht nicht nur um das materielle Minimum, es

geht um Anerkennung der immer höher qualifizierten Arbeit, um »Respektabilität«. Es geht nicht einfach um die Abwehr eines absoluten sozialen Absturzes, sondern um soziale Verhältnismäßigkeit und Gerechtigkeit, wie zwei exemplarische Zitate aus der Presse zeigen:

- »Ich war schon immer so eingestellt, dass es mir nicht ums Geld geht.« (...) Die Gründe, aus denen sich der junge Sozialassistent am Warnstreik beteiligt, liegen für ihn auf der Hand. »Weil es eigentlich nicht sein kann, dass, ganz salopp gesagt, Menschen, die Autos bauen, mehr Anerkennung haben als Menschen, die mit Kindern arbeiten.« Und sicher ginge mit einer steigenden Wertschätzung auch ein steigendes Gehalt einher.« (Reckemeyer 2015)
- »[Der ver.di-Vorsitzende] Bsirske spricht davon, dass »Weichen gestellt« werden und »paradigmatische Auseinandersetzungen« geführt werden müssen. Er sagt: »Wir tragen einen Kulturkampf in der Arbeitswelt aus.« Über dessen Gelingen würden nicht so sehr Prozentsätze und Tariflaufzeiten entscheiden. Es gehe um Grundsätzliches (...). »Der Arbeitskampf war überfällig. Nie im Leben hätte ich so eine Resonanz für möglich gehalten. Zu den Großkundengebungen kamen jedes Mal Tausende mehr als wir erwartet hatten – da ist eine richtige Bewegung entstanden. (...) Die Frauen haben ein Berufsethos entwickelt, einen Facharbeiterstolz.« (Korbaki 2015)

Mit den Streiks nimmt endlich auch die öffentliche Debatte Fahrt auf. Gestützt auf detaillierte neue Untersuchungen der Bertelsmann-Stiftung und des Bielefelder Gerechtigkeitsforschers Stefan Liebig, setzt *Der Spiegel* unter den Titel »Die Gerechtigkeitsillusion« den Aufmacher »Einkommen. Seit Monaten folgt Streik auf Streik. Lokführer, Erzieher, Postboten, Piloten. Es geht dabei nicht bloß um ein paar Prozent mehr Geld. Es formiert sich eine Gegenwehr gegen die wachsende Ungleichheit bei der Bezahlung.« (DER SPIEGEL 2015: 62).

Wenn wir etwas weiter denken, sehen wir, dass sich dieser entstehende soziale Druck, ohne dass dies den Beteiligten bewusst sein muss, auch gegen zentrale Glaubensartikel des neoliberal gewendeten wirtschaftlichen und sozialen »Modell Deutschland« richtet. Seit Ende der 1970er Jahre wurden, um den Exportstandort Deutschland zu sichern, die Staatsausgaben für Bildung und andere soziale Dienstleistungen gedeckelt und im Verhältnis zum wachsenden Bedarf heruntergefahren. Die Tarifkämpfe wurden so gebremst, dass seit den 1980er Jahren die durchschnittlichen Reallöhne weitgehend stagnierten. In diesem Durchschnitt sind wieder die wachsenden Niedriglohn-, Leichtlohn- und Teilzeitsegmente versteckt.

Die wirtschaftliche Konsequenz ist eine reduzierte Quote der Konsum- und Staatsausgaben, die die inländische Nachfrage dämpft. Durch das Rekordwachstum des Exports und den Aufstieg zum »Exportweltmeister« wird diese Nachfrageschwäche zwar kompensiert. Aber in den Einkommens- und Vermögenstandards partizipieren daran nur die relativ oder absolut privilegierten Kerngruppen in Industrie und Management. Entsprechend öffnet sich die Schere zu einem wachsend unsicheren und unzufriedenen Rand der Erwerbstätigen, zu dem nicht nur das Viertel der gering Qualifizierten und das Viertel der sozialen Dienstleistungen gehören, sondern auch ein weiteres Zehntel, das alte Prekariat innerhalb der kleinen Selbstständigen und das neue Prekariat innerhalb der akademischen Selbstständigen. Nach Abzug von Überschneidungen bleiben etwa 60 Prozent Benachteiligte. Dies ist für einen »Rand« ein zu großes Potenzial von Unzufriedenheit und Konflikt. Aber es ist auch sehr vielgestaltig und steht daher erst am Anfang der langen Kampf- und Lernprozesse, aus denen eine breitere Solidarisierung hervorgehen kann.

Viel von dem Problem- und Konfliktpotenzial ist, durch die günstigen Außenhandelsbedingungen und eine zusätzlich erzwungene Austeritätspolitik, an die Peripherie vor allem Südeuropas ausgelagert worden. Dort haben wirtschaftliche Stagnation, Arbeitslosigkeit, Ausschluss aus dem Gesundheitssystem, Wohnungsverluste der Hypothekenbetrogenen und Einkommensenkungen ebenso sehr extreme Niveaus erreicht wie die Bereicherung der korrupten alten Oberschicht und der Banken. Dies hat wiederum dazu geführt, dass alten bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien ihre Stammwähler_innen massenhaft an neue Parteien verloren haben, die die Vorherrschaft der BRD in Europa offen anfechten. Aber entgegen manchen Erwartungen sind sie doch nicht so stark geworden, dass sie ohne Koalitionspartner und ohne Arrangements mit den mächtigen Ländern Europas regieren könnten. Auch hier stehen also noch komplizierte und langwierige Lernprozesse bevor, die mit der ökonomisch-politischen Krise der EU verwoben sind.

Im »Modell Deutschland« sind solche extremen, überhaupt nicht abgepufferten Zuspitzungen sozialer Polarisierungen eher unwahrscheinlich. Die unter Gerhard Schröder eingeführten neoliberalen Deregulierungen sind immer noch durch ein Minimum von Regulierungen flankiert. Sie bilden das Modell einer »regulierten Deregulierung« (Roth 2015), das als Erfolgsmodell zu internationaler Nachahmung reizt. Dieses Modell nimmt aber, mit der Förderung des regierenden neoliberalen SPD-Flügels, die Schieflagen zu Lasten der zukunftswichtigen Dienstleis-

tungen in Bildung, Infrastruktur, Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen billigend in Kauf. Damit dämpft sie selber die Staats- und Konsumnachfrage, die mit aus der Stagnation führen könnte. Sie verprellt ferner auf Bundesebene und in Ländern wie Niedersachsen die Milieus der qualifizierten Arbeitnehmer_innen und, durch ihre sehr unpopuläre Schul- und Hochschulpolitik, die Bildungsmilieus, die eine anhaltende Protestbewegung hervorgebracht haben.

Es reicht nicht, wenn – wie die neoliberale Politik verspricht – die Gefahr äußerster Not durch Minimalsicherungen eingedämmt wird. Die sozialen Kämpfe entzünden sich – ebenso wie die wiederkehrenden Kämpfe um die Probleme von Umwelt, Zuwanderung und Lebensqualität – an den Schieflagen sozialer Gerechtigkeit auch dann, wenn eine absolute Katastrophe noch nicht da ist.

Literatur

- Aden-Grossmann, Wilma (2014): Monika Seifert. Pädagogin der antiautoritären Erziehung. Eine Biographie, Frankfurt am Main.
- Adorno, Theodor W. (1973) [1950]: Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt am Main.
- Adorno, Theodor W./Frenkel-Brunswick, Else/Levinson, Daniel/Sanford, R. Nevitt (1950): The Authoritarian Personality, New York/Evanston/London.
- Beck, Ulrich (1983): Jenseits von Klasse und Stand? Soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten, in: Kreckel, Reinhard (Hrsg.) (1983): Soziale Ungleichheiten, Göttingen, S. 35-74.
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft, Frankfurt am Main.
- Brand, K.-W./Rüssler, D./Rucht, D. (1983): Aufbruch in eine neue Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main.
- Bourdieu, Pierre (1982) [1979]: Die feinen Unterschiede, Frankfurt am Main.
- Clarke, John/Hall, Stuart/Jefferson, Tony u.a. (1979) [1977]: Jugendkultur als Widerstand, Frankfurt am Main.
- Dahrendorf, Ralf (1957): Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft, Stuttgart.
- DER SPIEGEL (2015): Die Gerechtigkeitsillusion, H. 27 (27.6.) 2015, S. 62-65.
- Durkheim, Émile (1961) [1894]: Die Regeln der soziologischen Methode, Neuwied.
- Durkheim, Émile (1988) [1893/1902]: Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften, Frankfurt am Main.
- Fromm, Erich (1983): Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches, München.
- Geiger, Theodor (1932): Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart.

- Geiger, Theodor (1949): Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel, Köln, Hagen.
- Giddens, Anthony (1997): Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie, Frankfurt am Main.
- Goldthorpe, John H./Lockwood, David/Bechhofer, Frank/Platt, Jennifer (1970/71) [1968]: Der »wohlhabende« Arbeiter in England, 3 Bände, München.
- Hradil, Stefan (1987): Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus, Opladen.
- Inglehart, Ronald (1977): The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics, Princeton.
- Kern, Horst/Schumann, Michael (1970): Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein, Frankfurt am Main.
- Kern, Horst/Schumann, Michael (1982): Arbeit und Sozialcharakter: Alte und neue Konturen, SOFI-Mitteilungen, Nr.7.
- Korbaki, Marina (2015): Arbeitskampf? Kulturkampf! – Verdi-Chef Frank Bsirske ruft einen Streik nach dem anderen auf – und erforscht selbstbewusst die Grenzen des Möglichen, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 13.06.2015, S. 3.
- Kreckel, Reinhard (Hrsg.) (1983): Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt Sonderband), Göttingen.
- Kuczynski, Jürgen (1980/1982): Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Berlin (Ost).
- Lepsius, M. Rainer (1993): Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: ders.: Demokratie in Deutschland, Göttingen, S. 25-50.
- van der Linden, Marcel (2008): Workers of the World. Essays toward a Global Labor History, Leiden, Boston.
- van der Linden, Marcel/Roth, Karl Heinz (2011): Über Marx hinaus. Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts, Berlin, Hamburg.
- Mallet, Serge (1972) [1963]: Die neue Arbeiterklasse, Neuwied, Berlin.
- Marcuse, Herbert (1967) [1964]: Der eindimensionale Mensch, Neuwied.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke, Berlin (Ost), 1956ff (zit. als MEW, Band: Seite).
- Merleau-Ponty, Maurice (1965) [1945]: Phänomenologie der Wahrnehmung, Berlin.
- Michels, Robert (1970) [1911]: Zur Soziologie des Parteienwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Stuttgart.
- Moore, Barrington (1969): Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie, Frankfurt am Main.
- Moore, Barrington (1982): Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand, Frankfurt am Main.
- Na'aman, Shlomo (1979): Gibt es einen »Wissenschaftlichen Sozialismus«? Marx, Engels und das Verhältnis zwischen sozialistischen Intellektuellen und den Lernprozessen der Arbeiterbewegung, Hannover.
- von Oertzen, Peter (1963): Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf.

- von Oertzen, Peter (2004) [1985]: Zum Verhältnis von »Neuen Sozialen Bewegungen« und Arbeiterbewegung. Zur Sozialstruktur des grünen Wählerpotentials, in: ders., Demokratie und Sozialismus zwischen Politik und Wissenschaft, Hannover, S. 354-374.
- Polanyi, Karl Polanyi (1978) [1944]: The Great Transformation, Frankfurt am Main.
- Popitz, Heinrich/Bahrtdt, Hans Paul/Jüres, Ernst August/Kesting, Hanno (1957): Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, Tübingen.
- Reckemeyer, Nina (2015): »Wir haben die Wut unterschätzt«, in: Deister- und Weserzeitung, 21.03.2015, S. 19.
- Reich, Wilhelm (1933a): Massenpsychologie des Faschismus, Kopenhagen, Prag, Zürich.
- Reich, Wilhelm (1933b): Charakteranalyse, Wien.
- Reichardt, Sven (2014): Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Frankfurt am Main.
- Reichardt, Sven/Siegfried, Detlef (Hrsg.) (2010): Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968-1983, Göttingen.
- Roth, Karl Heinz (2015): Zur Kritik der politischen Ökonomie heute (unveröffentlichtes Manuskript), Hamburg.
- Siegfried, Detlef (2006): Time Is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre, Göttingen.
- Sigma - Sozialwissenschaftliches Institut für Gegenwartsfragen (2003): Die sozialen Milieus in der Verbraucheranalyse, www.sigma.online.de (letzter Zugriff: 22.9.2003).
- Sombart, Werner (1916): Der moderne Kapitalismus, München.
- Thompson, Edward Palmer (1987) [1963]: Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse, 2 Bände, Frankfurt am Main.
- Thompson, Edward Palmer (1980) [1971]: Die moralische Ökonomie der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert, in: ders., Plebejische Kultur und moralische Ökonomie, hrsg. v. Dieter Groh, Berlin, S. 67-130.
- Vester, Michael (1970): Die Entstehung des Proletariats als Lernprozess, Frankfurt am Main.
- Vester, Michael (1971), Solidarisierung als historischer Lernprozess, in: Diethart Kerbs (Hrsg.), Die hedonistische Linke. Beiträge zur Subkultur-Debatte, Neuwied, Berlin.
- Vester, Michael (Hrsg.) (1970/1971): Die Frühsozialisten 1789-1848, Bd.1/2, Reinbek.
- Vester, Michael (1983): Die »neuen Plebejer«. Thesen zur Klassen- und Schichtenstruktur und zu den Entwicklungsperspektiven der neuen sozialen Bewegungen, in: Frankfurter Rundschau vom 05.04.1983.
- Vester, Michael (2009): Ende oder Wandel der Klassengesellschaft? Peter von Oertzen und die Forschungen zum Wandel der Sozialstruktur und zur Entstehung neuer gesellschaftlich-politischer Milieus«, in: Loccumer Initiative (Hrsg.): Zur Funktion des linken Intellektuellen – heute. In memoriam Peter von Oertzen,

- Hannover, S. 127-179.
- Vester, Michael (2013): Warum Marx kein Marxist war, in: Braches-Chyrek, Rita/Nelles, Dieter/Oelerich, Gertrud/Schaarschuch, Andreas (Hrsg.): Bildung. Gesellschaftstheorie und Soziale Arbeit, Opladen, Berlin, Toronto, S. 23-40.
- Vester, Michael (2015): »1968« im historischen Kontext: Basisdemokratische Bewegungen und linker Reformismus im Wandel der BRD 1949-1989, in: Michael Thomas/Ulrich Busch, Transformation im 21. Jahrhundert, Berlin, S. 337-377.
- Vester, Michael/Gardemin, Daniel (2001): Milieu, Klasse und Geschlecht. Das Feld der Geschlechterungleichheit und die »protestantische Alltagsethik«, in: Bettina Heintz (Hrsg.): Geschlechtersoziologie, Opladen, S. 454-486.
- Vester, Michael/von Oertzen, Peter/Geiling, Heiko u.a. (2001) [1993]: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt am Main.
- Vester, Michael/Teiwes-Kügler, Christel/Lange-Vester, Andrea (2007): Die neuen Arbeitnehmer. Zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit, Hamburg.
- Vester, Michael/Weber-Menges, Sonja (2015): Zunehmende Kompetenz – wachsende Unsicherheit, Düsseldorf, <http://boeckler.de/11145.htm?projekt=2015-849-3> (Letzter Zugriff: 21.12.2015).
- Vögele, Wolfgang/Bremer, Helmut/Vester, Michael (2002): Soziale Milieus und Kirche, Würzburg.
- Weber, Max (1972): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, Tübingen.
- Weber, Max (1980) [1921]: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, Tübingen.
- Weber-Menges, Sonja (2014): Berufliche Arbeitsteilung und Prekarisierung, Berlin, <http://www.rosalux.de/publication/40648/berufliche-arbeitsteilung-und-prekarisierung.html> (Letzter Zugriff: 21.12.2015).
- Wiebke, Gisela (2002): Das Gesamtbild: Zwanzig Datenprofile sozialer Milieus, in: Vögele, Wolfgang/Bremer, Helmut/Vester, Michael, Soziale Milieus und Kirche. Würzburg, S. 275-409.
- Williams, Raymond (1972) [1958]: Gesellschaftstheorie als Begriffsgeschichte. Studien zur historischen Semantik von »Kultur«, München.

Jan Schlemmermeyer

Komplexes Mosaik

Ansätze linker Bündnispolitik im neoliberalen Kapitalismus
und das Problem gesellschaftlicher Differenzierung

»Was ist heute links?« Dass diese Frage in den letzten Jahren wieder verstärkt gestellt und diskutiert wird, zeigt auf strategischer Ebene zweierlei: Zum einen hat sich der Versuch, die politische Unterscheidung von »Rechts« und »Links« nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus einfach für obsolet zu erklären, angesichts der sozialen Auswirkungen der Politik einer vermeintlich postpolitischen »Neuen Mitte« (Blair/Schröder 1999) und des Legitimationsverlustes der »wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise« (Ziltener 1999), spätestens mit der Finanzkrise in Europa selbst desavouiert. Eine linke Politik, eine Form der Interessenformulierung und -vertretung also, die sich am Ziel der Verwirklichung von Freiheit *und* Gleichheit in einer in diesem Sinne *materiellen* Demokratie orientiert (vgl. Salomon 2012), scheint angesichts der »multiplen Krise« (Brand 2009) vielen Menschen wieder notwendig zu sein. Mehr noch: Eine auf soziale Emanzipation zielende Politik wird – trotz des historischen Scheiterns traditioneller Konzepte von Reform und Revolution – von einer wachsenden gesellschaftlichen Minderheit in der *Europäischen Union* (EU) als attraktives Angebot empfunden. Die Mobilisierung sozialer Bewegungen und die partiellen Erfolge linker Parteien, wie zum Beispiel *Syriza* in Griechenland, zeigen es an. (vgl. Broumas/Karyotis 2014) Zum anderen machen die aktuellen Konjunkturen der Diskussion über ein linkes Selbstverständnis allerdings auch deutlich, dass die Wiederkehr einer relativen Offenheit für eine explizit linke Form der politischen Interessensvermittlung noch nichts über deren Erfolgsperspektiven unter den Bedingungen des postfordistischen Kapitalismus aussagt. Denn eine emanzipatorische Veränderung der Gesellschaft oder auch nur ein sozial-ökologischer Politikwechsel lassen weiter auf sich warten, die Entwicklung eines »autoritären Wettbewerbsetatismus« (Oberndorfer 2012) in der EU geht weiter.

Problematisch ist, dass es auf der *Policy-Ebene* (Gellner/Hammer 2010) keine Vorschläge für andere Politikinhalt geben würde – jedoch gibt es sie entgegen der medial beklagten »Alternativlosigkeit« sogar in großer Zahl. (vgl. unter anderem Buckel et al. 2013; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2013) Vielmehr fehlt sowohl für die Vorstel-

lungen sozialer Bewegungen als auch linker Parteipolitik eine realistische *Durchsetzungsperspektive*. Die folgenlose Flut alternativer Konzepte ist insofern selbst schon zu einem Symptom der postdemokratischen Entpolitisierung geworden. (vgl. Crouch 2008: 30ff.) Ein wesentlicher Grund für dieses praktische Scheitern linker Politik scheint aktuell zu sein, dass die Auswirkungen der gesellschaftlichen Transformation seit den 1970er Jahren auf den Bereich des Politischen, zumindest im Hinblick auf die Politics-Dimension, also die strategische Formulierung und Konzeption von Politiken, bisher nicht hinreichend reflektiert wurden. Denn als deren Folge stellt sich das linke Milieu aktuell als »kulturell segmentiert, sozial zerklüftet, politisch dadurch gespalten« (Walter 2010: 68) dar.

Auch im Bereich der Ökonomie lässt sich zumindest in den westlichen Staaten eine Fragmentierung von Wertschöpfungsketten feststellen. Das erfordert ein neues »Wir« jenseits alter Gruppen- oder Klassenidentitäten. Diskurstheoretisch formuliert geht es um sogenannte Äquivalenzketten oder Diskurskoalitionen« (Mikfeld 2011: 239). Diese weithin geteilte, strategische Problemdiagnose verweist dabei aber zugleich auf noch tieferliegende soziale Prozesse, insbesondere auf eine Erhöhung des Grades gesellschaftlicher Differenzierung, welche die klassisch fordistischen Formen linker Politikformulierung, wie zum Beispiel das Konzept der »politischen Führung« und der »Eroberung der politischen Macht« (Kellner/Lieberam/Steigerwald 2013: 22), in der Tat problematisch gemacht haben. So stellt sich »angesichts der Fragmentierung und Individualisierung« für Bewegungen, Parteien und Gewerkschaften schon hinsichtlich der Mitgliederengewinnung die Frage, wie »diese Vielfalt organisatorisch abgebildet werden kann« (Wetzel 2014). Eine moderne Konzeption linker *Politics* muss daher systematisch auf diese Ausdifferenzierungsprozesse reagieren – zumindest wenn die politische Linke in absehbarer Zeit wieder gesellschaftlich wirkmächtig werden will. (vgl. Mikfeld 2011: 239) Dabei geht es letztlich nicht nur um die Frage der politischen Kooperationsfähigkeit *innerhalb der* Linken, sondern mehr noch um die Frage, inwiefern diese insgesamt zu ihrer *sozialen Verbreiterung* in der Lage ist.

Die Erfolgchancen linker Politik sind, mit anderen Worten, gegenwärtig nicht nur daran gebunden, dass es linken Akteur_innen vor dem Hintergrund des historischen Scheiterns autoritärer Sozialismusvorstellungen überhaupt gelingt, auf diskursiver Ebene eine authentische Konzeption materieller Demokratie als *Zielvorstellung* zu skizzieren. Sondern auch glaubwürdig die Probleme zu diskutieren, die sich aus den vielen Rückkoppelungen ergeben können, »die in einer modernen Plan-

wirtschaft entstehen« (Ernst 2009: 154). Vielmehr muss auch ein *praktischer Modus* linker Politik, eine Veränderungsperspektive, entwickelt werden, die dazu in der Lage ist, unter den aktuellen Bedingungen kultureller Liberalisierung und eines hohen Grades sozialer Individualisierung für unterschiedliche Akteure eine kohärente Handlungsperspektive darstellen zu können. (vgl. Abels 2009) Denn so lange es daran fehlt, tendiert auch die Linke immer wieder dazu, dass liberale Missverständnis zu reproduzieren und zu glauben, gesellschaftliche Differenzierung auf politischer Ebene erzeuge die Notwendigkeit, »die differenzierten Teile wieder zu einem Ganzen zusammen zu führen« (Wilke 2014: 16). Schlimmer noch: Entwickelt die gesellschaftliche Linke kein adäquates Konzept eines demokratischen Umgangs mit den differenzierten Formen von Gesellschaft, der die Emanzipations- wie Frustrationspotenziale ernst nimmt, besteht die Gefahr, dass dies der politischen Rechten in die Hände spielt. Schließlich ist, wie Patrick Gensing mit Blick auf rechtspopulistische Mobilisierungen der letzten Zeit festgestellt hat, heute wieder »die Sehnsucht nach Autorität und Orientierung (...) enorm, die fragmentierte Gesellschaft macht vielen Menschen offenkundig massive Angst. Sie wollen endlich wieder einfach Untertan sein« (Gensing 2014).

Zugleich wird der Linken von (neo-)liberaler Seite inzwischen vorgehalten, dass sie – ähnlich wie der Rechtspopulismus – mit ihrer Kritik an der postdemokratischen Verhärtung der politischen Form ebenfalls die »Sphärendifferenzierung« moderner Gesellschaften in Frage stellen und einen »Rückzug aus der institutionellen Verzahnung moderner Lebensformen« (Siller 2015: 31) propagieren würde. Da heute insofern weithin unklar zu sein scheint, wie eine linke Politik das Problem (und die Chance) der Freiheit systematisch in eine Strategie gesellschaftlicher Veränderung inkorporieren kann, ist die theoretische Frage nach einer übergreifenden Koordinierung und Vermittlung unterschiedlicher Handlungsfelder und Interessen auch eine von praktischer Relevanz. Konkret meint das die Aufgabe, einen linken Umgang mit dem aktuellen Grad der gesellschaftlichen Differenzierung zu finden, der in der Lage ist, das Freiheits- und Individualitätsversprechen des Neoliberalismus kritisch gewendet aufzunehmen und insofern als strategische Handlungsanleitung einer Praxis dienen kann, die soziale Gerechtigkeit durch (und nicht trotz) politische Freiheit verwirklicht. Das bedeutet übrigens keineswegs notwendigerweise, sich auf die Ebene von Mikropolitiken zurückziehen und damit die eigene Emanzipationsansprüche durch ontologische Setzungen schon präventiv zu relativieren. (vgl. Deleuze/Guattari 1977) Diese poststrukturalistische Variante erscheint vielmehr nur als andere Seite des

Versuches, die klassischen Politikformen des Fordismus auf heute zu übertragen. Langfristig ist sie daher als ein ebenso unbefriedigender Ausdruck der Unmöglichkeit zu verstehen, die postfordistische Wirklichkeit mit Elementen einer wesentlich fordistisch geprägten Theorie zu erfassen.

Stattdessen gilt es, auf strategischer Ebene eine *differenzierte Form demokratischer Gestaltung* mit gesamtgesellschaftlicher Veränderungsperspektive zu entwickeln. Auf *analytischer Ebene* wäre dafür eine im besten Sinne materialistische, das heißt postfundamentalistische bzw. postontologische, Konzeption gesellschaftlicher Differenzierungsprozesse zu entfalten, die Komplexität als ein historisch-spezifisches Ergebnis sozialer Praxis mit eigener Dichte ernst nimmt – ohne diese entweder in Herrschaft und Manipulation auflösen zu müssen oder sich bei dem Versuch, »sich von allen Spuren des Essentialismus zu säubern«, gleich auch jeden theoretischen Inhaltes zu entledigen. (vgl. Jessop 2008: 173) Darauf aufbauend stellt sich dann die Frage, was das für die *Zielvorstellung* und den *Modus linker Politik* heute bedeutet.

Von der Doppelstrategie zum Konflikt – vom Mosaik bis zum Kaleidoskop

Genau an diesem Punkt setzen verschiedene, häufig etwas blumig klingende, Konzepte zur Rekonfiguration linker Politik an. »Mosaiklinke« (vgl. Urban 2009), »Multitude« (vgl. Hardt/Negri 2004), »unsichtbare Partei« (vgl. Unsichtbares Komitee 2010) – auf die Handlungskrise linker Politik im Neoliberalismus ist mit verschiedenen Vorschlägen reagiert worden, die alle zwei wesentliche Punkte teilen: Sie fordern eine strategische Rekonfiguration des politischen Selbstverständnis linker Akteure jenseits fordistischer Konzepte, wie zum Beispiel der Vorstellung eines homogenen politischen Subjektes, dem Ziel staatlicher Machtübernahme oder der Privilegierung spezifischer politischer Handlungsfelder. (vgl. Beckmann 2011) Zugleich stellen sie die These auf, dass den demokratischen Potenzialen der postfordistischen Gesellschaft durch eine neue Form »polyzentrischer« Vernetzung (vgl. Kalmring 2012) oder »strategischer Bündnisorientierung« (Interventionistische Linke 2008) verschiedener Akteure entsprochen werden kann – und teilweise schon entsprochen wird.

Dabei fällt eine Bewertung der bisherigen Diskussion eines neuen bündnispolitischen Modus jedoch zwiespältig aus. Einerseits erschei-

nen die verschiedenen Ansätze einer strategischen Bündnisorientierung angesichts des bisher weitgehend zu beobachtenden Scheiterns linker Politik gegenüber dem Aufkommen postdemokratischer Governance-Strukturen (vgl. Crouch 2008, Kannankulam 2008) vielversprechend und haben teilweise eine große mediale Resonanz erfahren. Andererseits erweisen sich diese unterschiedlichen Ansätze bei genauerer politikwissenschaftlicher Betrachtung selbst analytisch als unterbestimmt. Die Vorwürfe, dass es sich eher um autosuggestive Theoriebildung und um keine der realen Komplexität gesellschaftlicher Vermittlung angemessenen, tragfähigen Konzepte handelt, sind insofern nicht ganz von der Hand zu weisen. (vgl. Korah 2010)

Eine Analyse neuer Formen linker Bündnisarbeit im Postfordismus hat noch einiges an gesellschaftstheoretischer Vermittlung und historischer Kontextualisierung zu leisten. Das gilt vor allem, um die unterschiedlichen Varianten eines neuen bündnispolitischen Modus systematisch auf das Problem kollektiver Handlungsfähigkeit unter gegenwärtigen Bedingungen beziehen zu können. Darum soll es im Folgenden vor allem gehen.

Bezüglich der Frage nach der historischen Kontextualisierung und theoretischen Vermittlung lässt sich zunächst feststellen, dass eine Diskussion über die bündnispolitischen Konsequenzen des Postfordismus in Deutschland bereits mit der politikwissenschaftlichen Debatte über die Transformation der fordistischen Regulationsweise (vgl. Hirsch/Roth 1986) – und nicht zuletzt der Entstehung der »Neuen Sozialen Bewegungen« (vgl. Habermas 1985) – begann. Schon damals wurden Forderungen nach einer »neuen Form der Politik« und eine entsprechende Verbindung zwischen dem »politischen« und dem »sozialen« Bereich, Parteien und Bewegungen, institutioneller Aktivität und Graswurzelmobilisierung« (Boggs 1986: 19) erhoben. Diese Forderungen richteten sich gegen die klassische Bündnisstrategie der 1970er Jahre. Diese postulierte zwar bereits die Notwendigkeit einer Verbindung von bewegungsorientierter und institutioneller Linker und identifizierte teilweise sogar konkrete Bedingungen der Zusammenarbeit. (vgl. von Oertzen 1974) Gleichwohl stand diese »Doppelstrategie« stets in der Tradition des Mehrheitsflügels der Arbeiterbewegung und mithin unter einem mindestens impliziten Primat der Parteipolitik (meist der SPD) und deren Erfolgen als Wahlpartei. Soziale Bewegung wurde hier gedacht als das »Standbein«, dem das »Spielbein« der Parteipolitik erst die Fähigkeit zur politischen Gestaltung gibt. Bündnisarbeit meinte daher im Zweifelsfall die Unterordnung des Eigensinnes sozialer Bewegungen unter

die Machtlogik des parteipolitischen Staatsapparates und deren Vorverlagerung in den zivilgesellschaftlichen Bereich – gewissermaßen die explizite Form einer institutionell »eingegliederten Subsidiarität«. (vgl. Agnoli 1984: 303)

Die aktuelle Debatte über die Möglichkeiten einer polyzentrischen Bündnisorientierung knüpft nun an diese frühen Kritiken sowie die Erfahrungen aus der Globalisierungsbewegung an. Damit ist zudem der Anspruch verbunden, eine Neudefinition des Konzeptes materieller Demokratie zu leisten, indem dessen interessentheoretische Vereinseitigung und Fokussierung auf die Industriegesellschaft seitens der meisten linken Spektren des Fordismus (vgl. kritisch dazu Celikates 2009) durch eine »postfundamentalistische Öffnung« des Politikverständnisses insgesamt (Marchart 2010: 15ff.) vermieden wird. Demnach haben »die Gesellschaften des entwickelten Kapitalismus einen Grad an Komplexität erreicht, in dem kein Akteur *a priori* feldübergreifende Handlungskompetenz reklamieren kann« (Urban 2012: 172). In diesem Sinne werden »Bewegungen« und »Regierung« bzw. »Institution« in den kritischen Perspektiven insgesamt nicht mehr als bloß empirische Akteure, sondern als unterschiedliche *soziale Handlungsformen bzw. -felder* gedacht (vgl. Spehr 2005), die auf der Grundlage eines programmatischen Umbaus der Institutionen der parlamentarischen Demokratie und einer Rekonfiguration des Selbstverständnisses von sozialen Bewegungen und Gewerkschaften horizontal verbunden werden können. (vgl. Dörre 2010) Dabei geht es stets um mehr als einen rein additiven Bündnisprozess (etwa im Sinne der Lenin'schen »Klassenallianzen« zur Vergrößerung der eigenen Organisationsmacht (vgl. Lenin 1972)), sondern mindestens um die kleinteilige Frage nach einer reflexiven Vermittlung zwischen den jeweiligen Akteuren, ihren spezifischen institutionellen Zwängen und Ressourcen, diskursiven Eigenlogiken, Klientel, politische Kommunikationsformen und Selbstverständnissen. (vgl. Zelik 2011: 71) Das meint insbesondere eine explizite Absage an jede Form avantgardistischer Politik und ein posttraditionales Verständnis von Solidarität, das die Veränderung des eigenen Standpunktes als produktive Chance einkalkuliert. Gerade »deswegen sind die *Methoden* der Erarbeitung von Gemeinsamkeiten und Differenzen zentral« (Buckel/Ypsilanti 2012).

Damit reflektieren die verschiedenen Zugänge zu einem neuen bündnispolitischen Modus alle den theoretischen Paradigmenwechsel von »Government zu Governance« – und kritisieren zugleich die weitgehende herrschaftstheoretische Blindheit der diesbezüglich in den Politikwissenschaften aktuell dominierenden Ansätze. Denn in deren

Mainstream werden mit der Governance-Forschung und einigen systemtheoretischen Ansätzen zwar Theorien mittlerer Reichweite zur Analyse der unmittelbaren Vermittlungsprozesse zwischen verschiedenen Akteuren und Feldern des politischen Prozesses geliefert. (vgl. Benz 2004; Luhmann 2007; Mayntz 2001; Scharpf 2000) Gleichzeitig gelingt es diesen jedoch kaum den heteronomen Charakter postdemokratischer Governance-Strukturen und der entsprechenden Handlungsfelder adäquat herauszuarbeiten, sowie deren jeweils historisch-spezifische Form zu analysieren. (vgl. Demirović/Walk 2011) Um die »unterschiedlichen Handlungslogiken und Handlungsmöglichkeiten sowie die Eigenlogiken von Handlungsfeldern der verschiedenen Akteure innerhalb von Bündnissen« (Hildebrandt 2012) überhaupt adäquat rekonstruieren zu können, wird in den kritischen Sozialwissenschaften dagegen stets die Fundierung der entsprechenden Theorien aus der Parteien-, Gewerkschafts- und Bewegungsforschung durch regulations- und hegemonietheoretische bzw. feldsoziologische Ansätze eingefordert. (vgl. Bourdieu 2001; Hirsch 2005)

Jenseits dieser grundlegenden Gemeinsamkeiten in den zeitdiagnostischen Prämissen bleiben die Ansätze eines neuen Modus linker Politik jedoch selbst unterbestimmt. Dokumentiert wird dieses Problem dadurch, dass das Subjekt emanzipatorischer Veränderung in der Mehrzahl von Analysen der autoritären Transformationen des politischen Systems, die aus der Perspektive einer kritischen Gesellschaftstheorie in letzter Zeit vorgelegt wurden (vgl. Lessenich 2008; Oberndorfer 2012), bisher weitestgehend abstrakt bleibt. (vgl. Huke/Schlemermeyer 2012) Die Debattenbeiträge, die sich explizit mit der Problematik der Subjekte und Formen linker Politik beschäftigen, zeichnen sich hingegen durch unterschiedliche und teilweise gegenläufige Ansätze aus. So wird hier schon die Überwindung fordistischer Steuerungs- und BündnisKonzeption und die kritische Anknüpfung an Elemente der Governanceforschung jeweils unterschiedlich begründet und ausbuchstabiert. Dies gilt umso mehr für die konkrete Analyse von Bündnispolitiken, deren Modi und Zielbestimmung. Dementsprechend lassen sich die entwickelteren Ansätze eines neuen Modus linker Politik zunächst idealtypisch in hegemonietheoretische, postoperaistische und poststrukturalistische Varianten unterscheiden.

Deren Unterschiede können insbesondere anhand ihres jeweiligen *Akteursbegriffes* und der Einschätzung politischer *Gestaltungskapazitäten* seitens des (National-)Staates deutlich gemacht werden. So formulieren die hegemonietheoretischen Ansätze in der Tradition Anto-

nio Gramscis (vgl. Haug 2004) das Ziel einer »Mosaiklinken«, die zwar auf einer gleichberechtigten Verbindung von Bewegungen und Institutionen beruhen soll, jedoch diese klassischen Akteurspositionen selbst nicht grundsätzlich hinterfragt, deren jeweilige Identitäts- und Repräsentationskonzepte eher öffnen als überwinden will und mittelfristig auf die Erlangung einer linken Hegemonie zielt, die konkret durch eine (rot-rot-grüne) Regierungsübernahme und ein entsprechendes sozio-ökologisches Reformprogramm flankiert werden soll. (vgl. Candeias 2010) Fraglich scheint hier vor allem, inwiefern die zugrunde gelegte, traditionelle Terminologie, wie zum Beispiel politische Repräsentation, heute überhaupt noch nahtlos anwendbar ist.

Demgegenüber bezieht sich die postoperaistische Perspektive auf das Konzept einer »Kaleidoskoplinken« (Negri 2009: 124ff.), welches nicht nur eine neue Verbindung der Akteure, sondern vor allem eine Flexibilisierung ihres Selbstverständnisses durch die Subversion fester Kollektividentitäten anvisiert. (vgl. Artzert et al. 2007; Hardt/Negri 2010) In Bezug auf die politische Zielbestimmung wird hier auch deutlicher das Primat Sozialer Bewegungen betont und linken Politiken mit Mitteln des Staates, im Rahmen einer »konfliktiven Doppelstrategie«, die Funktion der Öffnung von Freiräumen für die Entwicklung gesellschaftlicher Gemeingüter außerhalb des Rahmens staatlicher Politik zugewiesen. (vgl. Jäger/Seibert 2012: 49) Die teilweise zu konstatierende Vagheit der polit-ökonomischen Analysen und vorgeschlagenen Vermittlungsformen führt allerdings nachvollziehbarer Weise häufig zum Vorwurf des »Volutarismus«. (vgl. Brand 2001)

Die poststrukturalistischen Ansätze, insbesondere aus dem Umfeld der neueren politischen Philosophie (vgl. Bedorf/Röttgers 2010), teilen zwar die biopolitische Wende hin zum strategischen Primat horizontaler Netzwerkpolitiken, versuchen sich dabei jedoch an einer Redefinition des politischen Feldes als Ganzem. An die Stelle eines identitären Kampfes um Anteile an der politischen Gestaltungsmacht tritt hier – in der Linie von Theoretikern wie Michel Foucault und Gilles Deleuze – eine grundsätzliche Kritik an den Mechanismen der Konsensbildung in den und durch die (post-)demokratischen Staatsapparate. (vgl. Abensour 2012; Rancière 2008: 28) Statt eines repräsentierbaren Reformprogrammes mit festem Ort und Subjekt wird der, in tendenziell allen Handlungsfeldern situativ leistbare Kampf der jeweiligen Subalternen zum wesentlichen (Nicht-)Ort der Demokratie (vgl. Geppert/Hartmann 2008: 9; Loick 2012). Bündnisarbeit wird dementsprechend konsequent rhizomartig (und insofern als Gegenentwurf zu den beiden anderen ge-

nannten Entwürfen) gedacht. Damit werden zwar einerseits die »kleinen« Fragen (etwa nach der alltäglichen Lebensführung, den Kulturformen und der Diskursmacht) systematisch in den Horizont der politischen Strategie eingeführt, andererseits bleibt diese Perspektive häufig bei der negativen Festlegung auf die momenthafte Position von »Antagonismus«, »Widerstand« und »Sabotage« stehen und läuft so Gefahr, die fordistische Gegenüberstellung von etatistischen und antietatistischen Perspektiven einfach in ontologischer Diktion zu wiederholen (beispielhaft: Holloway 2010).

Vor diesem Hintergrund lässt sich bezweifeln, inwiefern die entsprechenden poststrukturalistischen Ansätze (wo sie nicht als Beitrag zu einer Debatte über politische Kooperationsformen zu wesentlichen Teilen in die postoperaistischen Konzeptionen eingegangen sind) als Grundlage der neoanarchistischen Debatte (vgl. Unsichtbares Komitee 2010) überhaupt als Konzepte für ein neues Politikverständnis der Linken gelesen werden können. Einiges spricht vielmehr dafür, sie als die andere Seite der Medaille einer fordistischen Vereindeutigung des Politischen im Postfordismus und mithin als andere, aber gleichsam ebenfalls negative Referenzfolie für eine tatsächliche Rekonfiguration linker Strategie und Bündnispolitiken zu lesen.

Insgesamt teilen alle genannten Ansätze das Problem, dass die historische Eigendynamik der kapitalistischen Ökonomie mit ihren Wachstums- und Differenzierungsimperativen gegenüber den Handlungsressourcen kollektiver Akteure unterschätzt wird. (vgl. Dörre et al. 2009; Schlemmermeyer 2010; Schlemmermeyer 2011a; Wood 2010) Das ist insofern erstaunlich, als die allgemeinen Prozesse sozialer Differenzierung im modernen Kapitalismus sich schon bei etwas genauerer Betrachtung als eine der *wesentlichen Bedingungen* für die Existenz verschiedener politischer Akteure und Handlungsfelder erweisen. Zudem wird auf der Ebene politischer Praxis häufig ganz selbstverständlich davon ausgegangen, dass die Bedingungen jeder »organisierten Struktur (...) eine thematische und funktionelle Aufgabenteilung ist« (Interventionistische Linke 2014: 7).

Soll es sich bei den Ansätzen zur Redefinition linker Politik um mehr als »Metaphern der politischen Rhetorik« (Urban 2012) handeln, gilt es daher, einen mehrdimensionalen Begriff des politischen Feldes zu entwickeln, der die in seiner kapitalistischen Verfasstheit liegenden Strukturen von Herrschaft *ebenso* wie seine demokratischen Potenziale systematisch mit einschließt. Hierzu bietet sich als theoretische Rahmung die formanalytische Reformulierung zentraler Kategorien der materia-

listischen Theorien innerhalb der *Neuen Marx Lektüre* (vgl. Hirsch 2005; Elbe 2008; Postone 2010) an, da diese mit ihrer prozesstheoretischen Konzeption kapitalistischer Gesellschaften das Problem analytischer Vereinseitigung überwinden hilft. Zudem ermöglicht sie, die verschiedenen Ansätze als unterschiedliche Reflektionsmomente desselben Prozesses gesellschaftlicher Reproduktion und seiner historischen Verlaufsformen zu begreifen. (Vgl. Schlemmermeyer 2011b) Entgegen der erwähnten Skepsis der kritischen Theoriebildung gegenüber systemtheoretischen Erwägungen aus dem Mainstream der Politikwissenschaften kann damit auch deren kritisches Potenzial für eine genauere Bestimmung der Möglichkeiten und Grenzen neuer Kooperationsmodi linker Politik anschlussfähig gemacht werden. Der Sprung über den eigenen Schatten könnte sich also schon aus Eigeninteresse lohnen. Dieser macht allerdings zunächst eine Rekonfiguration der materialistischen Gesellschaftstheorie selbst nötig. Denn wenn es stimmt, dass nur »begriffene Hindernisse überwindbare Hindernisse sind« (Türcke 1989: 27), artikuliert sich – entgegen der manchmal etwas gespreizten Selbstinszenierung einiger Gesellschaftskritiker_innen – sehr wohl einen Mangel ihrer Theorie, wenn diese immer wieder nur konstatieren kann, dass »die Gesellschaft überreif zur Umwälzung und zugleich immun dagegen ist« (ebd.).

Ein offenes Problem: Komplexität und Kapitalismustheorie

Eine Antwort auf die Frage, was der Erkenntnisgehalt und die Tragfähigkeit der unterschiedlichen Ansätze zur kollektiven Akteursbildung unter den heutigen Bedingungen einer komplexen kapitalistischen Gesellschaft ist, setzt auf theoretischer Ebene zunächst mindestens einen Doppelschritt voraus: Zum einen eine Analyse der allgemeinen – gewissermaßen strukturellen – Diversifizierungsprinzipien des modernen Kapitalismus sowie der Konstitutionsbedingungen verschiedener Politikfelder und damit auch wesentlicher Grundlagen politischen Handelns. Zum anderen eine historische Bestandsaufnahme der aktuellen Konfiguration in den unterschiedlichen Handlungsfeldern in denen die Akteur_innen linker Parteipolitik und Sozialer Bewegungen heute jeweils agieren.

Zwar gibt es zu beiden Punkten auch in den vorliegenden Konzepten zur Rekonfiguration linker Bündnispolitik einige instruktive Beiträge. Angesichts der strategischen Ratlosigkeit der politischen Linken scheint die Feststellung Uwe Schimanks, dass sich die materialistische Theo-

rie bisher ausgiebig Analysen entlang der vertikalen Ungleichheits- und Herrschaftsdimension von Gesellschaft und (zu) wenig dem Aspekt der horizontalen *Ungleichartigkeit* der verschiedenen Handlungsfelder gewidmet hat (vgl. Schimank 2000: 10), jedoch nicht ganz aus der Luft gegriffen. (vgl. Bieling 2001; Heim 2013) Zudem wird von Teilen der internationalen, neomarxistischen Theoriebildung mit Blick auf die multiplen Krisenprozesse des neoliberalen Kapitalismus inzwischen selbst die Unangemessenheit ihrer eigenen Methodologie behauptet. (vgl. Berardi 2009: 211) Abschließend wird daher im Folgenden für eine erste Annäherung an das analytische Problem des Zusammenhangs von Kapitalismus und der Differenzierung unterschiedlicher Handlungsfelder nur der grundsätzliche Versuch gemacht, die materialistische Theorie für eine Kombination mit Theorien gesellschaftlicher Differenzierung *auf materialistischer Grundlage* zu öffnen. Denn erst von dort aus lässt sich dann der Doppelschritt (konkrete Analyse der konkreten Handlungsfelder linker Akteur_innen und deren historische Bestimmung in der Gegenwart) gehen.

Ansatzpunkt für eine umfassendere Betrachtung des Problems kann zunächst die theoretische Feststellung sein, dass kapitalistische Gesellschaften nicht nur als Herrschaftsordnungen, sondern ebenso auf der »Sachebene« als komplexe Systeme von Organisationen beschrieben werden können. Komplex meint hierbei erst einmal die schlichte Tatsache, dass eine adäquate Beschreibung der kapitalistischen Form gesellschaftlicher Reproduktion, zur Erfassung seiner Funktionsweise wie seiner wesentlichen sozialen Attribute, »vieler Sätze (oder Formeln) bedarf« (Ernst 2009: 68) und nicht einfach aus einer Herrschaftslogik oder der Dominanz einer sozialen Gruppe abgeleitet werden kann. In der Sache selbst, also einem nicht normativ zu übergehenden sozialen Fakt, ist soziale Differenzierung dadurch begründet, da sie in der epistemologischen »Unmöglichkeit [wurzelt], Information mehr als bis zu einem gewissen Ausmaß zu reduzieren« (Ernst 2009: 68; vgl. Cowan 1994). Der Grad dieser (Un-)Möglichkeit ist zwar soziologisch betrachtet, historisch variabel und nicht etwa objektiv determiniert, trotzdem besteht im zeitlichen Verlauf eine jeweils spezifische Konfigurationsform sozialer Komplexität, von »Arbeitsteilung und Spezialisierung, um die Verarbeitungskapazität der Gesamtgesellschaft [aufrechtzuerhalten]« (Waschkuhn 2002: 148).

Genau in diesem Sinne scheint es auf materialistischer Seite aber nach wie vor Bedarf an einer theoretischen Präzisierung des Zusammenhangs von sozialer Herrschaft und der soziokulturellen Verarbeitungs-

kompetenz im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess zu geben, um die »komplexen institutionellen Transformations- und Entwicklungsprozesse industriekapitalistischer Gesellschaften und die damit verbundenen Verschiebungen im Verhältnis von ›Staat und Gesellschaft« (Esser/Görg/Hirsch 1994:7) zu verstehen. Denn soziale Komplexität wird hier auf grundsätzlicher Ebene häufig nur *positiv* im Sinne einer Zunahme von Variablen und Optionen und nur selten auch als eine Form der *negativen* Strukturierung von Wahlmöglichkeiten aufgrund der Überforderung von Verarbeitungskompetenzen verstanden.

Da es der Anspruch einer kritischen Theorie der Gesellschaft ist, die Herrschaftsverhältnisse und Interessen *hinter* den fetischisierten, als natürlich erscheinenden Erscheinungsformen des Sozialen zu dechiffrieren und so dem bewussten Veränderungshandeln zugänglich zu machen (vgl. Hirsch 2005: 15), ist die bisherige Konzentration auf die Herrschaftsdimension des Kapitalismus wenig verwunderlich. Zudem scheint auch fraglich, ob der Begriff der Differenzierung und das dazugehörige methodologische Design aus der liberalen Komplexitätstheorie gegenüber seinem materialistischen Gegenpart, dem der Arbeitsteilung, nicht per se zu affirmativ konzipiert ist, da er in seiner Konnotation zur Naturalisierung sozialer Verhältnisse und Prozesse zu neigen scheint. (Vgl. Demirović 2001a: 28ff.)

Andererseits verweist die Feststellung Schimanks zugleich aber darauf, dass eine kritische Analyse sozialer Differenzierungsphänomene auch jene Arbeiten, die sich außerhalb ihres eigenen gesellschaftstheoretischen Horizontes bewegen und die sich diesem Gegenstand explizit widmen, mehr zur Kenntnis nehmen sollte. Das gilt umso mehr, weil in den letzten Jahren von materialistischer Seite vermehrt selbst eingestanden wird, dass in den liberalen Konzeptionen gesellschaftlicher Differenzierungsprozesse, wie zum Beispiel der Systemtheorie, »interessante Implikationen für die sich verändernden Formen, in denen das (...) Politische in unterschiedlichen Stufen und Variationen des Kapitalismus artikuliert ist, liegen« (Jessop 2008: 170), zumindest insofern diese »im Kontext eines marxistischen Ansatzes reformuliert werden« (ebd.: 159; vgl. Greven 2001: 211; Görg 1994: 20; Bachur 2013: 182).

Die methodologische Möglichkeit solch einer Verbindung wird inzwischen ebenfalls vielfach betont. (vgl. Ernst 2009: 146; Grant/Woods 2002) Dabei wird drauf verwiesen, dass der gemeinsame Ausgangspunkt von dialektischer und Komplexitätstheoretischer Methode sowohl in der Konzeption von Wandel (Umschlag von Quantitäten in Qualitäten) wie auch der – gegen den klassischen Positivismus gerichteten – sozio-

logischen Einsicht darin liegt, dass »eine soziale Struktur nicht aus der Summe der Vorstellungen der einzelnen Akteure (...), sondern unabhängig davon besteht« (Ernst 2009: 148).

Insgesamt wird durch die zunehmenden Versuche einer Kombination von Differenzierungstheorien und Materialismus eine Perspektive auf ein ungelöstes Grundproblem kritischer Gesellschafts- und Transformationstheorie, nämlich der Zusammenhang zwischen den Herrschaftsstrukturen und deren Funktionalität für die Reproduktion der Gesamtgesellschaft, aufgemacht. Dass der Versuch zur Entwicklung eines kombinierten theoretischen Rasters, welches diese Verbindung analytisch rekonstruieren kann, auf Seiten der kritischen Gesellschaftstheorie trotzdem nach wie vor auf große Skepsis stößt. Nicht zuletzt, weil dadurch drei geschichtsphilosophische Annahmen des frühen Marx in Frage gestellt scheinen: Zum einen meint dies die Einschätzung, dass »die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen [ist]« (MEW 4: 462).

Zum anderen die Prognose, dass sich der Kapitalismus dadurch auszeichnet, dass sich in ihm »die Klassengegensätze vereinfacht haben« und sich die ganze Gesellschaft »mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen [spaltet]: Bourgeoisie und Proletariat« (ebd.: 463) – also gerade nicht ausdifferenziert. Und zu guter Letzt die Annahme, dass eine befreite Gesellschaft eine Gesellschaft wäre, in der Rollendifferenzierung und Binnenkomplexität zugunsten einer vermeintlich unentfremdeten Form der Organisation der gesellschaftlichen Gesamtarbeit aufgehoben wären, die es möglich mache, »heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe« (MEW 3: 33). Als eine Absage an die materialistische Theorie als Ganzes kann jedoch eine Kritik an dieser orthodoxen, gewissermaßen arbeitertbewegungsmarxistischen Lesart der Marxschen Theorie nur verstanden werden, wenn »die bei Marx selbst vorhandenen Momente einer Kritik naiver Revolutionstheorien« (Elbe 2008: 450) und die »ambivalenten Implikationen der Kritik der politischen Ökonomie« (ebd.: 451) für eine einseitige klassentheoretische Erklärung sozialer Entwicklung im Kapitalismus übersehen werden. Denn nimmt man »Marx' Formtheorie der Arbeit« ernst, begreift man die Kritik der politischen Ökonomie im Sinne der *Neuen Marx-Lektüre* auch als eine Theorie der besonderen sozialen Formen kapitalistischer Gesellschaft und befreit sie mithin von der geschichtsphilosophischen Überfrachtung aus dem *Kommunistischen Manifest*, können die

»Ambivalenzen zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition im Marxschen Werk in den Blick geraten« (ebd.).

Im Anschluss an die Kritische Theorie muss in diesem Sinne die monolithische Vorstellung des Emanzipationsprozesses stark bezweifelt werden. Schließlich ist ihr zu Folge »eine emanzipierte Gesellschaft (...) die Verwirklichung des Allgemeinen in der *Versöhnung der Differenzen*. Politik, der es darum im Ernst noch ginge, sollte deswegen die abstrakte Gleichheit der Menschen nicht einmal als Idee propagieren. Sie sollte stattdessen auf die schlechte Gleichheit heute (...) deuten, den besseren Zustand aber denken als den, in dem man ohne Angst verschieden sein kann« (Adorno 1951: 116).

Insgesamt ergibt sich schon aus dieser kurzen Betrachtung der vorhandenen Interpretationsmöglichkeiten innerhalb des Horizontes einer materialistischen Gesellschaftstheorie jedenfalls keine definitive Festlegung auf den »frühen Marx«. Damit erscheint dann aber eine Verbindung von Differenzierungs- bzw. Komplexitäts- und Herrschaftstheorien, trotz aller Unterschiede, zumindest möglich.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Natürlich gilt das nicht im klassisch bürgerlichen Sinne der inhaltlichen Setzung, bei dem die bestehenden Formen von Herrschaft an sich »naturnotwendig« wären oder *per se* aus einem bestimmten Maß an sozialer Komplexität folgen müssten. Solche positivistischen Ansichten verkennen schließlich die Pointe der materialistischen Einsicht in den historischen Kern des Sozialen und überdecken mithin dessen prinzipielle Veränderbarkeit zugunsten eines affirmativen Zirkelschlusses (»Es ist so, weil es so sein muss.«). Dieser hat in unterschiedlichen Varianten, sowohl in der liberalen, technokratischen Version einer angeblich sachlich begründeten Unmöglichkeit von Freiheit als auch in der marxistischen-orthodoxen Lesart einer Überwindung politischer Konflikte durch vermeintlich objektive Entscheidungsmöglichkeiten von Expert_innen, den theoretischen Bezug auf wertneutrale Organisationsprobleme des Sozialen zu recht problematisch gemacht.

Doch das beliebte Marxsche Diktum, dass die Menschen stets ihre eigene Geschichte machen, sie dies aber »nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen [tun]« (MEW 8: 115), lässt sich dagegen auch so verstehen: Gesellschaftliche Differenzierung, in einem weiten Sinne verstanden als die Ausbildung verschiedener sozialer Rationalitätsformen, Institutionentypen sowie arbeitsteiliger Spezialisierungen und kultureller Rollenbilder, ist ebenfalls ein *Ergebnis von sozialen Praxen, Erfahrungen und Wissensbeständen* ist, die historisch

sedimentieren. Das aber hieße, dass die soziale Differenzierung von Strukturen, Institutionen und Rollenbildern auf allen Ebenen als ein integrales Moment moderner Gesellschaften zu begreifen ist, das weder voluntaristisch übergangen werden kann, noch einfach in Herrschaft aufgeht, sondern vielmehr einen widersprüchlichen Bestandteil der sozialen Realität darstellt – und als solcher nicht zuletzt immer wieder von Subalternen erkämpft werden muss.

Die Feststellung, dass »die Tradition aller toten Geschlechter (...) wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden [lastet]« (ebd.), lässt sich insofern als deutlichen Hinweis darauf verstehen, dass die materialistische Behauptung einer grundsätzlichen Kontingenz sozialer Beziehungen und gesellschaftlicher Verhältnisse eben nicht von dem Problem entbindet, dass diese zunächst jeweils auf einem bestimmten, *historisch-spezifischen Niveau von Komplexität* – und das heißt immer auf der Grundlage besonderer institutioneller, räumlicher, zeitlicher, kultureller und subjektiver Artikulationen – (re)organisiert werden müssen. Denn, dass es keine objektive, keine »richtige« Antwort auf die Frage nach einer menschlichen und zugleich auch »funktionierenden« Form der gesellschaftlichen Reproduktion gibt, heißt eben leider nicht zugleich, dass selbst wenn man die heutigen Verhältnisse am Fernziel einer emanzipatorischen Gesellschaft misst, einfach alles unmittelbar möglich ist. Will man also nicht fragwürdigen Manipulationstheorien folgen oder gar einer tendenziell reaktionären Reduktion gesellschaftlicher Komplexität das Wort reden, sondern vielmehr am Ziel einer »Demokratisierung der Differenzierung« (vgl. Demirović 2001b: 234) festhalten, stellt sich daher schon aus strategischer Perspektive die Frage, ob die »Sachdimension« kapitalistischer Herrschaft als eine spezifische Ebene gesellschaftlicher Vermittlung mit eigener Materialität politisch ernster genommen werden sollte. Schließlich wird das »Reich der Freiheit« auf absehbare Zeit auch noch mit einem »sozialen Reich der Notwendigkeit«, also einem *bestimmten Stand* der Formen und Erfahrungen sozialer Vermittlung wie Informationsverarbeitung und mithin – wie bereits erwähnt – auch einer entsprechenden »Unmöglichkeit, Information mehr als bis zu einem gewissen Ausmaß zu reduzieren« (Ernst 2009: 68), verbunden sein.

Angefangen wird mittendrin

Die Komplexitätstheoretische Scharfstellung der Debatte über linke Politik in einer hochdifferenzierten Gesellschaft führt zu folgender These: Die sachliche Dimension moderner Gesellschaften wurzelt nicht in anthropologischen Konstanten, bleibt zunächst aber gleichwohl unhintergebar – als *geschichtliches Ergebnis* einer bestimmten, nämlich differenzierten Organisationsform der Reproduktion von Gesellschaft und ihrer Mitglieder, die zwar stets mit diversen (Herrschafts-)Interessen vermittelt ist, deren komplexe Wechselwirkungen und spezialisierten Wissensbestände aber doch eine eigene materielle Dichte und Rationalität aufweisen. Das macht es notwendig, sich der »Sachdimension« des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, das heißt dem Aspekt ihrer zweckrationalen Organisationsleistung, gleichrangig mit dem ihres Herrschaftscharakters zu widmen. Nicht in dem Sinne einer äußerlichen Unterscheidung von instrumentellem und kommunikativem Handeln, wie sie Habermas vorschwebte, oder der orthodoxen marxistischen Idee, dass der Widerspruch des Kapitalismus einfach zwischen existierenden sozialen Strukturen oder Gruppen bestünde. Vielmehr bedeutet dies, den Konflikt zwischen Organisationsleistung und Herrschaft jeweils »innerhalb der Institutionen, Sphären und Prozesse« (Postone 2010: 456) zu verorten. Denn der Gesamtprozess gesellschaftlicher Reproduktion »zehrt ja davon, dass die Menschen dem, was ihnen angeboten wird, auch ihr Leben verdanken. (...) Solche Erkenntnis (...) wäre die erste Bedingung dafür, dass der Bann der Gesellschaft einmal doch sich löse« (Adorno 2003: 18).

Diese Analyse hat insofern auch Auswirkung auf die Konzeption von *Zielvorstellung* wie *Modus* linker Politik. Denn genau hier – in der Einsicht in die widersprüchliche Rationalität einer gesellschaftlichen Reproduktion *durch* soziale Differenzierung – liegt die Aufgabe, dem sich alle Ansätze zur Neubestimmung linker Politik unter den Bedingungen der komplexen kapitalistischen Gesellschaft stellen müssen. Dabei geht es um nicht weniger als das Problem, dass es bisher kein dem Kapitalismus ebenbürtiges, emanzipatorisches Konzept eines »Systems gibt, welches die gesellschaftliche Gesamtarbeit in Einzeltätigkeiten zerlegt und diese wieder zusammenführt« (Pohrt 2013: 93). Daher muss die Organisationsleistung und der Rationalitätsfortschritt innerhalb der Handlungsfelder des Bestehenden, die »Erweiterung sozialer Freiheiten bereits in institutionellen Errungenschaften, in veränderten Rechtssetzungen und kaum mehr rückgängig zu machenden Mentalitätsverschiebungen« (Honneth

2015: 95) analysiert werden.¹ Die Versuche dieses Problem zu umgehen, verweigern sich der Einsicht in deren Materialität mittels der politischen Phantasie eines souveränen Neuanfangs zu schaffen. Oder um dasselbe Problem nochmal mit der etwas theologischen Metapher eines Systemtheoretikers zu beschreiben: »Am Anfang war das weiße Blatt, nicht das Wort – aber nur am Anfang, danach nicht mehr, danach gibt es kein Anfangen mehr, sondern nur ein Weitermachen.« (Nassehi 2015: 23)

So schwierig die Freilegung der rationalen Organisationsleistung *in* den jeweiligen Formen und Feldern kapitalistischer Heteronomie zu sein scheint, es könnte sich lohnen. Denn entledigen sich die Ansätze zur Neubestimmung linker Politik von der Souveränitätsfiktion eines Bruchs, egal ob er nun in Gestalt der Phantasie eines revolutionären Neustarts oder der etatistischen Idee eines reformistischen Gesamtplans auf das weiße Blatt einer doch längst beschriebenen Gesellschaft gezeichnet wird, – dann könnten die bisherigen Vorschläge zu einem strategischen Umgang mit den verschiedenen Handlungsfeldern linker Politik im Postfordismus auf der Höhe des Problems reformuliert werden. Das würde diese Ansätze zunächst von der implizit nach wie vor mitschwingenden Konnotation einer so ausgeklügelten wie instrumentellen Taktik befreien und insofern auf der Ebene des *politischen Modus* die autoritäre Frage nach der politischen Integration durch jene nach den adäquaten *Übersetzungsformen* zwischen verschiedenen, jeweils eben *auch* funktional begründbaren sozialen Logiken ablösen. Ein fatalistisches Einrichten im Bestehenden muss das nicht bedeuten, denn schließlich gibt es »keine soziale Funktion, welche die Gesellschaft nicht entbehren könnte (...). Nichts kann verhindern, dass die Gesellschaft die Verfassung oder das Eigentumsrecht aufgibt, sofern etwas an ihre Stelle tritt, was als funktionales Äquivalent dieser Struktur wirken kann« (Bachur 2013: 182). Gesellschaftliche Veränderung aber wäre dann – jenseits von Reform und Revolution – immerhin zu denken als ein Prozess der Transformation mit kaum kalkulierbaren Rückkoppelungen. Befreiung als *Zielvorstellung* wäre insofern nicht mehr das Tabula-Rasa am Ende aller Tage, sondern vielmehr die *Entfesselung* der vielfältigen Rationalitäten sozi-

¹ Jenseits der anklingenden Gemeinsamkeiten liegt der Unterschied der hier skizzierten Konzeption von Sozialismus zu Axel Honneths Versuch einer Aktualisierung darin, dass er die historische Eigendynamik einer (polit-)ökonomischen Durchdringung aller gesellschaftlichen Handlungsfelder und mithin die besondere Qualität kapitalistischer Herrschaft zugunsten eines linear gedachten, sozialen Fortschritts unterschätzt – und daher letztlich doch wieder bei den so abstrakten wie evolutionären Vorstellung der klassischen Sozialdemokratie ankommt.

aler Arbeitsteilung aus den Systemimperativen der kapitalistischen Form gesellschaftlicher Reproduktion. Mit anderen Worten: Das Ziel wäre am Ende ein »zwangloses Zusammenspiel aller sozialen Freiheiten in der Differenz ihrer jeweiligen Funktionen« (Honneth 2015: 100) – und bis dahin eine linke Politik, »die sich in einer Moderne der Abstraktion, Komplexität, Globalität und Technologie zu Hause fühlt« (Srnicek/Williams 2013: 5) und mithin aus einem strategischen Pluralismus aus disparaten Kräften und experimentellen Rückkoppelungen besteht, die fortwährend aufeinander reagieren und sich im und durch den Konflikt gegenseitig verstärken.

Literatur

- Abels, Heinz (2009): Soziale Schichtung. In: Derselbe: Einführung in die Soziologie, Band 1: Der Blick auf die Gesellschaft, Wiesbaden.
- Abensour, Miguel (2012): Demokratie gegen den Staat – Marx und das machiavelische Moment, Berlin.
- Adorno, Theodor W. (1951): Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben, Frankfurt am Main.
- Adorno, Theodor W. (2003): Gesammelte Schriften – Band 8: Soziologische Schriften I, Frankfurt am Main.
- Agnoli, Johannes (1984): Auf dem Weg zur unmittelbaren Demokratie, in: Randelzhofer, Albrecht et al (1984): Konsens und Konflikt, Berlin, S. 299-308
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2013): Umverteilen – Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln.
- Atzert, Thomas et al. (2007): Empire und die biopolitische Wende: Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri, Frankfurt am Main.
- Bachur, Joao Paulo (2013): Kapitalismus und funktionale Differenzierung – eine kritische Rekonstruktion, Baden-Baden.
- Beckmann, Martin (2011): Kooperation von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und NGOs: Eine Chance zur Erneuerung der Demokratie, in: Alex Demirović, Heike Wilk (2011): Demokratie und Governance – Kritische Perspektiven auf eine neue Form politischer Herrschaft, Münster.
- Bedorf, Thomas/Röttgers, Kurt (2010): Das Politische und die Politik, Berlin.
- Benz, Arthur (2004): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen, Wiesbaden.
- Bieling, Hans-Jürgen (2001): Sozialstruktur und gesellschaftliche Entwicklung: zwischen funktionaler Differenzierung und kapitalistischer Organisationsstruktur, in: Alex Demirović (2001): Komplexität und Emanzipation, Münster.
- Berardi, Franco (2009): The Soul at Work – From Alienation to Autonomy, London.
- Blair, Tony/Schröder, Gerhard (1999): Der Weg nach vorne für Europas Sozialde-

- mokraten, Onlinedokument: <http://www.glasnost.de/pol/schroederblair.html> (Letzter Zugriff: 27.01.2016)
- Bourdieu, Pierre (2001): *Das politische Feld*, Konstanz.
- Brand, Ulrich (2001): *Gegen-Hegemonie*, Hamburg.
- Brand, Ulrich (2009): *Die Multiple Krise*, Berlin.
- Broumas, Antoni/Karyotis, Theodoros (2014): SYRIZA rising: what's next for the movements in Greece?, Onlinedokument: <http://roarmag.org/2014/09/syriza-government-autonomous-movements> (Letzter Zugriff: 23.3.16).
- Buckel, Sonja et al (2013): *Solidarisches Europa. Mosaiklinke Perspektiven*, Hamburg.
- Buckel, Sonja/Ypsilanti, Andrea (2012): *Crossover*, in: Brand, Ulrich et al (2012): *ABC der Alternativen 2.0*, Hamburg.
- Boggs, Carl (1986): *Social Movements and Political Power*, Philadelphia.
- Candeias, Mario (2010): *Von der fragmentierten Linken zum Mosaik*, in: *Luxemburg 1*.
- Celikates, Robin (2009): *Kritik als soziale Praxis. Gesellschaftliche Selbstverständigung und kritische Theorie*, Frankfurt am Main.
- Cowan, Georg et al. (1994): *Complexity, Metaphors, models and reality*, Santa Fee.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Frankfurt am Main.
- Deleuze, Gilles/Guattari, Félix (1977): *Rhizom*, Berlin.
- Demirović, Alex (2001a): *Komplexität und Emanzipation*, in: Ders. (2001): *Komplexität und Emanzipation*, Münster, S. 13-52.
- Demirović, Alex (2001b): *Komplexität und Demokratie*, in: Ders. (2001): *Komplexität und Emanzipation*, Münster, S. 217-238.
- Demirović, Alex/Wilk, Heike (2011): *Demokratie und Governance – Kritische Perspektiven auf eine neue Form politischer Herrschaft*, Münster.
- Dörre, Klaus et al. (2009): *Soziologie – Kapitalismus – Kritik: Eine Debatte*, Frankfurt am Main.
- Elbe, Ingo (2008): *Marx im Westen*, Berlin.
- Ernst, Gernot (2009): *Komplexität – »Chaostheorie« und die Linke*, Stuttgart.
- Esser, Josef/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (1994): *Politik, Institutionen und Staat*, Hamburg.
- Grant, Ted/Woods, Alan (2002): *Aufstand der Vernunft. Marxistische Philosophie und moderne Wissenschaft*, Wien.
- Gellner, Winand/Hammer, Eva-Maria (2010): *Policyforschung*, München.
- Gensing, Patrick (2014): *PEGIDA: Wenn Untertanen aufmüpfig werden*, Onlinedokument: <http://www.publikative.org/2014/12/11/pegida-wenn-untertanen-aufmuepfig-werden> (Letzter Zugriff: 27.01.2016).
- Geppert, Gerald/Hartmann, Detlef (2008): *Cluster – Die neue Etappe des Kapitalismus*, Hamburg.
- Görg, Christoph (1994): *Regulation – ein neues Paradigma?*, in: Josef Esser, Christoph Görg, Joachim Hirsch (1994): *Politik, Institutionen und Staat*, Hamburg.
- Greven, Michael (2001): *Luhmanns »Politik« im Banne des Systemzwangs der Theorie*, in:

- Habermas, Jürgen (1985): Die neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt am Main.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2004): Multitude, Frankfurt am Main.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2010): Common Wealth, Frankfurt am Main.
- Haug, Wolfgang Fritz (2004): Hegemonie, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 6.1, Berlin-Hamburg, S. 1–25.
- Heim, Tino (2013): Metamorphosen des Kapitals – Kapitalistische Vergesellschaftung und Perspektiven einer kritischen Sozialwissenschaft nach Marx, Foucault und Bourdieu, Bielefeld.
- Hildebrandt, Cornelia (2012): Bündnispolitik, in: Ulrich Brand et al (2012): ABC der Alternativen, Hamburg.
- Hirsch, Joachim (2005): Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, Hamburg.
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus, Hamburg.
- Holloway, John (2010): Kapitalismus aufbrechen, Münster.
- Honneth, Axel (2015): Sozialismus reloaded – und revidiert, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10.
- Huke, Nikolai/Schlemmermeyer, Jan (2012): Warum so staatstragend?, in: PROKLA 168.
- Interventionistische Linke (2008): Mehr als nur ein Netzwerk, in: SoZ - Sozialistische Zeitung, vom 16.06.2008
- Interventionistische Linke (2014): IL im Aufbruch – ein Zwischenstandspapier, Eigendruck im Selbstverlag.
- Jäger, Michael/Seibert, Thomas (2012): Alle zusammen. Jede für sich, Hamburg.
- Jessop, Bob (2008): Zur Relevanz von Luhmanns Systemtheorie und von Laclau und Mouffes Diskursanalyse für die Weiterentwicklung der marxistischen Staatstheorie, in: Joachim Hirsch, John Kannankulam, Jens Wissel (2008): Der Staat der bürgerlichen Gesellschaft, Baden-Baden.
- Kalrming, Stefan (2012): Die Lust zur Kritik – ein Plädoyer für soziale Emanzipation, Berlin.
- Kannankulam, John (2008): Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus, Hamburg.
- Kellner, Manuel/Lieberam, Ekkehard/Steigerwald, Robert (2013): Reform und Revolution. Revolutions- und Klassentheorie im 21. Jahrhundert, Hamburg.
- Korah, Walter (2010): Leerformel oder neuer Aufbruch, in: Luxemburg 1.
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1972): Über Klassen und Klassenkampf, Frankfurt am Main.
- Lessenich, Stephan (2008): Die Neuerfindung des Sozialen, Bielefeld.
- Loick, Daniel (2012): Kritik der Souveränität, Frankfurt am Main.
- Luhmann, Niklas (2007): Politische Planung: Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung, Wiesbaden.
- Marchart, Oliver (2010): Die politische Differenz, Berlin.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke, Berlin (zit. als MEW Band: Seite).
- Mayntz, Renate (2001): Zur Selektivität der steuerungstheoretischen Perspektive, Köln. Onlinedokument: <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp01-2/wp01-2.html> (Letzter Zugriff: 27.01.2016).

- Mikfeld, Benjamin (2011): Auf der Suche nach dem Gemeinsamen – Überlegungen zur Zukunft der pluralen Linken, in: Blätter für internationale Politik (2011): Exit – Mit Links aus der Krise, Berlin.
- Nassehi, Armin (2015): Die letzte Stunde der Wahrheit - warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss, Hamburg.
- Negri, Antonio (2009): Goodbye Mr. Socialism, Berlin.
- Oberndorfer, Lukas (2012): Hegemoniekrise in Europa – Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbsetatismus?, in: Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hrsg.): Die EU in der Krise, Münster, S. 50–72.
- Pohrt, Wolfgang (2013): Unheilbare Krankheit – Kapitalismus als System, in: Pohrt, Wolfgang (2013): Das allerletzte Gefecht, Berlin.
- Postone, Moishe (2010): Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft – eine neue Interpretation der kritischen Theorie, Freiburg.
- Rancière, Jacques (2008): Zehn Thesen zur Politik, Berlin.
- Salomon, David (2012): Demokratie, Köln.
- Scharpf, Fritz W. (2000): Interaktionsformen: Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung, Wiesbaden.
- Schimank, Uwe (2000): Theorien gesellschaftlicher Differenzierung, Opladen.
- Schlemmermeyer, Jan (2010): Kritik der Politik als Politikwissenschaft?, in: PROKLA 160.
- Schlemmermeyer Jan (2011a): Die historische Dynamik des Kapitalismus und linke Strategien, in: PROKLA 162.
- Schlemmermeyer, Jan (2011b): Ist der Neoliberalismus ein politisches Projekt?, in: Walter Oetz et al. (2011): Gesellschaft! Welche Gesellschaft?, Marburg.
- Siller, Peter (2015): Macht es nicht selbst! Vom Rückzug des Politischen ins Private geschlossener Lebensformen, in: polar – Politik. Theorie. Alltag (2015): Selbst gemacht – Politik der Lebensformen, 18.
- Spehr, Christopher (2005): Bewegung, Strömung, Partei. Formen des Politischen heute, in: Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia (2005): Für ein anderes Europa, Berlin.
- Srnicsek, Nick/Williams, Alex (2013): Beschleunigungsmanifest, in: https://istina-blog.files.wordpress.com/2013/06/beschleunigungsmanifest_final-version.pdf (Letzter Zugriff: 21.12.2015).
- Türcke, Christoph (1989): Habermas oder Wie kritische Theorie gesellschaftsfähig wurde, in: Gerhard Bolte (1989): Unkritische Theorie – Gegen Habermas, Lüneburg.
- Unsichtbares Komitee (2010): Der kommende Aufstand, Hamburg.
- Urban, Hans-Jürgen (2009): Die Mosaik-Linke, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5.
- Urban, Hans-Jürgen (2012): Mosaiklinke, in Brand, Ulrich et al (2012): ABC der Alternativen, Hamburg.
- von Oertzen, Peter (1974): Thesen zur Strategie und Taktik des demokratischen Sozialismus in der BRD, Bonn.
- Walter, Franz (2010): Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialde-

mokratie, Berlin.

Waschkuhn, Arno (2002): Differenzierung, in: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (2002): Lexikon der Politikwissenschaft, München.

Wetzels, Detlef (2014): Wir müssen auf Beteiligung setzen – Detlef Wetzels im Interview über Wertschöpfungsketten und Organisationsstrukturen, in: Mitbestimmung 10.

Wilke, Helmut (2014): Regieren – politische Steuerung in komplexen Gesellschaften, Wiesbaden.

Wood, Ellen Meiksins (2010): Demokratie contra Kapitalismus, Köln.

Zelik, Raul (2011): Nach dem Kapitalismus?, Hamburg.

Ziltener, Patrick (1999): Strukturwandel der europäischen Integration: Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit, Münster.

Philippe Kellermann

Zur Organisationsdebatte im klassischen Anarchismus

»Man weiß genau, daß das revolutionäre Problem heute darin besteht, eine Einheit der punktuellen Kämpfe zu finden, ohne in eine despotische und bürokratische Organisation der Partei oder des Staatsapparats zurückzufallen: eine Kriegsmaschine, die sich nicht auf einen Staatsapparat bezieht, eine nomadische Einheit mit Bezug zum Außen, die sich nicht auf die innere despotische Einheit beruft.«

Gilles Deleuze

»Ich bin kein Anarchist, weil ich nicht glaube, daß man eine in ihrer Gesamtheit gegen jede revolutionäre Bewegung, gegen jede wirkliche Opposition mobilisierte und organisierte Gesellschaft, daß man eine so konzentrierte Kraft, Militärmacht, Polizeimacht usw. ohne jede Organisation bekämpfen kann. Das geht nicht.«

Herbert Marcuse

Die Standpunkte Deleuzes und Marcuses sind bezeichnend: Marcuses Anmerkung ist einer – in erster Linie sozialdemokratisch-marxistischen – Kritik am Anarchismus verpflichtet, dem unterstellt wird, dass er sich »jede[r] Organisation« verweigere, wogegen die Effektivität einer starken Organisation angemahnt wird.

Diese Haltung findet man bei Friedrich Engels vorformuliert, wenn dieser im Zusammenhang der Auseinandersetzungen in der *Internationalen Arbeiter-Assoziation* (IAA) (1864-1877) meinte: »Hätte es in der Pariser Kommune ein wenig Autorität und Zentralisation gegeben, so hätte sie über die Bourgeoisie gesiegt. Nach dem Sieg können wir uns organisieren, wie wir wollen, doch für den Kampf scheint es mir notwendig, alle unsere Kräfte zusammenzuballen und sie auf denselben Angriffspunkt zu richten.« (MEW 33: 372)

Die Frage von Deleuze wiederum ist bezeichnend, weil er eine mittlerweile recht verbreitete Problematisierung ausspricht – »eine Einheit der punktuellen Kämpfe zu finden, ohne in eine despotische und bürokratische Organisation der Partei oder des Staatsapparats zurückzufallen« –, es aber aufgrund eines ebenfalls traditionellen Anarchismusverständ-

nisses¹ versäumt, der Frage nachzugehen, welche Diskussionen gerade der Anarchismus zu dieser Problemstellung geführt hat. Nun könnte man Deleuze damit verteidigen, dass führende Figuren der (zum Teil anarchistischen) *Bewegung des 22. März* im Zusammenhang des Mai 1968 einiges über die Wichtigkeit der Spontaneität geschrieben haben. Aber nicht zufällig wiederum wurden die Ausführungen der Brüder Cohn-Bendit in ihrem Buch *Linksradikalismus* von dem Anarchosyndikalisten Augustin Souchy wie folgt kommentiert: »An ihrem Optimismus (...), daß organisatorisch amorphe Massen, die im geeigneten Moment durch Bildung von Revolutionsgruppen ad hoc eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft vollbringen und in zügiger Aufeinanderfolge eine von Kapitalismus, Paternalismus, Staatskommunismus, Bürokratismus, Technokratentum und allen andern Herrschafts- und Ausbeutungsformen gänzlich befreite ideale Gesellschaftsordnung errichten könnten – an einem solchen Glauben zu zweifeln, hat man allen Grund.«

Die Sache mit der Organisationsfrage im Anarchismus scheint also etwas komplizierter als bisweilen angenommen. Und da es kaum möglich ist, hier all die verschiedenen Facetten, Nuancen und Argumente in diesem Zusammenhang darzustellen – geschweige denn zu diskutieren –, sind die folgenden Ausführungen auch lediglich als Versuch zur Vermittlung eines ersten Eindrucks zu verstehen.

Ausgangsproblematik: (individuelle) Freiheit und (kollektive) Gleichheit

Vorab sollte man sich den normativen Kern des anarchistischen Denkens vor Augen führen. Anarchismus, so lässt sich sagen, zielt auf eine Form (oder Formen) der Gesellschaftlichkeit ab, in denen sowohl die individuelle Freiheit als auch die kollektive Freiheit und Gleichheit gewährleistet sind. Prägnant hat dies Michail Bakunin im Anschluss an Georg Wilhelm Friedrich Hegels Kantkritik folgendermaßen begründet: »Um frei zu sein, muss ich von freien Menschen umgeben sein und von ihnen als frei anerkannt werden. Ich bin nur frei, wenn meine Persönlichkeit sich im ebenso freien Bewusstsein aller mich umgebenden Menschen wi-

¹ Deleuze scheint wie sein Kollege Felix Guattari der Meinung zu sein, dass man sich bisher immer nur zwischen »dem ohnmächtigen Spontaneismus der Anarchie und der bürokratischen und hierarchischen Codierung einer Parteiorganisation« bewegt hätte. (vgl. Guattari 2003: 389)

derspiegelt und durch die Anerkennung aller verstärkt zu mir zurückkehrt. Die Freiheit aller, weit entfernt davon, eine Grenze der meinen zu sein, wie die Individualisten behaupten, ist im Gegenteil deren Bestätigung, Verwirklichung und unendliche Ausdehnung. Die Freiheit und Menschenwürde aller Menschen zu wollen, meine eigene Freiheit durch die Zustimmung aller bestätigt, gebilligt, unendlich ausgedehnt zu sehen, das ist das Glück, das menschliche Paradies auf Erden. Aber diese Freiheit ist nur in der Gleichheit möglich. Wenn es ein menschliches Wesen gibt, das freier ist als ich, so werde ich notwendigerweise sein Sklave; wenn ich freier bin als ein anderer, wird dieser mein Sklave sein. Die Gleichheit ist also eine absolut notwendige Bedingung der Freiheit.« (Bakunin 2015b: 368)

Bakunins Kernpunkt ist also ein emphatischer Freiheitsbegriff,² dessen enger Zusammenhang mit dem Begriff Gleichheit demonstriert werden soll. Da das Verhältnis zwischen Individuum und Kollektiv(en) allerdings nicht *per se* in Einklang miteinander gebracht werden kann, wurde geltend gemacht, dass »eine individuelle Freiheit doch so viel wert ist wie die andere, und daß man im allgemeinen und vom Standpunkt der Gesamtheit betrachtet, jede individuelle Freiheit nur zu respektieren braucht, solange sie der Freiheit von anderen nicht hinderlich wird« (Cornelissen 2015: 56). Zwischen den Rechten des aus Individuen bestehenden Kollektivs und seinen Rechten und der »volle[n] und unumwundene[n] Freiheit des Individuums« (Kropotkin 1989: 110) und seiner »individuelle[n] Souveränität« (Déjacque: 1980: 35) entspringt nun, da der Anarchismus letzteres als zentral setzt,³ eine andauernde Spannung, die den Anarchismus und seine Debatten in einer Art und Weise kennzeichnet, die ihn signifikant von anderen politischen Strömungen unterscheidet. Diese Spannung lässt sich auch an der Organisationsfrage nachvollziehen.

² Nicht zufällig problematisiert Bakunin immer wieder »jene[.] rein formale[.], vom Staat gewährte[.], gemäßigte[.] und reglementierte[.] Freiheit, diese[.] ewige[.] Lüge, die in Wirklichkeit nie etwas anderes verkörpert als das Privileg einiger weniger auf Grundlage der Versklavung aller« (Bakunin 2015c: 403).

³ Daher eine stete Kritik an der Abstraktion »Gemeinwohl«: »Wenn wir vom *allgemeinen Wohl* oder *Interesse* sprechen, dann meinen wir das Wohl *aller*, eines *jeden Individuums* und nicht etwa jenes vermeintliche gesellschaftliche Interesse, diese Lüge, mit deren Hilfe noch jede Gewaltherrschaft gerechtfertigt wurde.« (Malatesta 1977: 114)

Positionen zur Organisationsfrage an sich

Schematisch vereinfacht lassen sich grob drei anarchistische Positionen zur Organisationsfrage unterscheiden: zum einen jene, die jede Form der Organisation und Organisierung ablehnten – hier wird die »individuelle Souveränität« derart absolut gesetzt, dass sie jede Verbindung mit dem Kollektiven negiert und als autoritären Eingriff denunziert;⁴ zum anderen jene, die lediglich festere und verbindlichere Organisationsformen ablehnen, nicht jedoch Organisation als solche. Diese Anarchist_innen votierten meist für informelle, netzwerkartige Gruppen, die sich entweder für bestimmte Ziele zusammaten (zum Beispiel revolutionäre Stoßtruppen etc.) oder aufgrund bestimmter Sympathien und Verbindungen (Affinitätsgruppen). Schließlich sind jene Anarchist_innen zu nennen, die für verbindliche und meist auch größere Organisationseinheiten plädiert haben. Hierbei wiederum konnte es so weit gehen, dass man – gewissermaßen als Gegenextrem zur Verabsolutierung der »individuellen Souveränität« im Fall der ersteren – diese mehr oder weniger weitgehend auf Kosten des Kollektivs zurückstellte.

Wie gesagt, handelt es sich hierbei um eine recht schematische Einteilung, die sowohl grundlegende Gemeinsamkeiten aller drei genannten Positionen verwischt, wie sie auch unzählige Abstufungen und Nuancen innerhalb dieses Spektrums außen vor lässt. Die wenigsten Anarchist_innen lassen sich jedenfalls den hier erwähnten Extrempositionen eindeutig zurechnen.

⁴ Aus kritischer Perspektive siehe Malatesta: »Die Hypnotisierung erreichte tatsächlich einen Punkt, an dem sie dazu führte, dass unglaubliche Sachen vertreten wurden. Man bekämpfte jede Art von Zusammenarbeit und Bündnis, weil man den Verband für die Antithese der Anarchie hielt. Man vertrat die Meinung, dass ohne Übereinkünfte und ohne gegenseitige Verpflichtungen alles spontan in Einklang käme, indem jeder das tut, was ihm durch den Kopf geht, ohne sich wenigstens darüber zu informieren, was der andere tut; dass Anarchie bedeute, dass jeder Mensch sich selbst genügen muss und selbst all das, was er braucht, ohne Tausch und ohne vereinte Arbeit besorgen muss; dass die Eisenbahn vorzüglich ohne Organisation funktionieren könne, dass dies sogar schon längst in England geschehe (!); dass die Post nicht notwendig sei, und dass jemand, der in Paris einen Brief nach Petersburg schicken wolle (...) ihn doch selbst dorthin tragen könne (!!), etc pp. Doch dies sind Dummheiten, wird man sagen, und es lohnt nicht, sie hervorzuheben. Ja, doch diese Dummheiten sind gesagt, gedruckt und verbreitet worden: sie sind von einem Großteil des Publikums als unverfälschter Ausdruck der anarchistischen Ideen aufgenommen worden. Den Gegnern, Bürgern und Nichtbürgern, die einen leichten Sieg über uns haben wollen, dienen sie immer noch als Waffen im Kampf.« (Malatesta 2014c: 50f)

Kern anarchistischer Organisationsvorstellungen: die Ziel-Mittel-Relation

Die leitende Problematik, die sich einer anarchistischen Organisation (und der Organisation von Anarchist_innen) stellte, war es, dass man die erwähnte Spannung zwischen (individueller) Freiheit und (kollektiver) Gleichheit nicht auf die Zukunft zu verschieben meinte, wie es das anfangs angeführte Engels-Zitat unternimmt (»Nach dem Sieg können wir uns organisieren, wie wir wollen«), sondern das »Hier und Jetzt« unauflöslich mit der erstrebten Zukunft verband. Es ist dieser Punkt, der auch historisch für den Anarchismus konstitutiv wurde. So erklärte die Zeitschrift *Federación* zur Zeit der *Internationalen Arbeiter-Assoziation*: »Aber die Anarchie«, sagen einige⁵, »ist kein Mittel, sondern ein Ziel. Was soll das heißen? Halten sie die arbeitende Bevölkerung für eine Herde, die von Hirten geführt wird? Wollen sie die Macht in die Hände bekommen, um deren Regierung zu werden, wollen sie für sie denken? Haben sie wie alle Eingebildeten oder Tyrannen vor, deren Herren zu werden, unter dem Vorwand, sie auf den Weg des Heils zu führen? Mögen diese angeblichen Freunde der Anarchie, die autoritäre Machtmittel akzeptieren und sei es übergangsweise, mit ihren metaphysischen Hirngespinnsten aufhören, mögen sie sich klar und deutlich äußern und ihre wahren Absichten offenbaren; dann werden wir sehen, daß sie die Anarchie nicht akzeptieren; denn die Idee der *Anarchie* gestattet es niemandem, auch nicht ihren angeblichen Freunden, mit dem mehr oder weniger erklärten Anspruch aufzutreten Anführer, Inspirator oder Gebieter zu sein. ANARCHIE ebenso wie Solidarität und Gleichheit sind Bestrebungen nach Gerechtigkeit, sind Mittel und Zweck in einem, vollständige Ideen; und als solche müssen wir sie ohne irgendwelche Abstriche proklamieren und im größtmöglichen Umfang innerhalb der Verhältnisse

⁵ Hier wird auf Positionen, wie denen von Marx und Engels angespielt, die bekanntermaßen erklärten: »Die Anarchie, das ist das große Paradeferd ihres Meisters Bakunin, der von allen sozialistischen Systemen nur die Aufschriften genommen hat. Alle Sozialisten verstehen unter Anarchie dieses: Ist einmal das Ziel der proletarischen Bewegung, die Abschaffung der Klassen erreicht, so verschwindet die Gewalt des Staates, welche dazu dient, die große produzierende Mehrheit unter dem Joche einer wenig zahlreichen ausbeutenden Minderheit zu halten, und die Regierungsfunktionen verwandeln sich in einfache Verwaltungsfunktionen. Die Allianz greift die Sache am umgekehrten Ende an. Sie proklamiert die Anarchie in den Reihen der Proletarier als das unfehlbarste Mittel, die gewaltigen, in den Händen der Ausbeuter konzentrierten gesellschaftlichen und politischen Machtmittel zu brechen.« (MEW 18: 50)

anwenden, in denen wir uns befinden.« (zit. n. Eckhardt 2011: 286f.) Zu- grunde liegt dieser Ansicht die Vorstellung, dass es zwischen Ziel und Mittel einen grundsätzlichen Zusammenhang gebe, also dass, »[w]enn man ein Ziel erreichen will, (...) die Mittel schon von derselben Art sein« sollten »wie das Ziel«: »Niemand kommt man durch Unfreiheit zur Frei- heit, durch Bürokratie zur Selbständigkeit, durch Gedankenlosigkeit zum Denken, durch Verzicht und Ohnmacht zur Macht. Aber auch umgekehrt gilt es: an den Mitteln, die gewählt werden, erkennt man, auf was für ein Ziel eigentlich losgesteuert wird, gleichviel, ob man es schon deut- lich weiß oder nicht.« (Landauer 2010: 192)

Schon Bakunin hatte dies mit Bezug auf die Internationale festgehal- ten⁶ und damit die Vorlage für jene anti-autoritären Strömungen gege- ben, die dann im sogenannten »Jurazirkular« diesen Punkt – gegen das seinerzeit autoritäre Vorgehen des Generalrats unter Marx und Engels⁷ – in aller Deutlichkeit akzentuierten: »Die künftige Gesellschaft soll nichts anderes sein, als die universelle Anwendung der Organisation, welche die Internationale sich gegeben haben wird. Wir müssen also Sorge tra- gen, diese Organisation so weit wie möglich unserem Ideal anzunähern. Wie könnte eine egalitäre und freie Gesellschaft aus einer autoritären Organisation hervorgehen? Das ist unmöglich. Die Internationale, Keim- zelle der künftigen menschlichen Gesellschaft, ist gehalten, schon von jetzt an das treue Abbild unserer Grundsätze von Freiheit und Föderation zu sein und jedes der Autorität, der Diktatur zustrebende Prinzip aus ihrer Mitte zu verstoßen.« (Guillaume 2011: 695)

Als Grundzüge einer anarchistischen Organisationsform bestimmte Malatesta, dass sie »in keiner Weise von autoritärem Geist verschmutzt« sein dürfe; es darum gehe, »die freie Aktion der Individuen mit der Not- wendigkeit und Freude an der Zusammenarbeit zu vereinbaren«, das »Bewusstsein und die Fähigkeit zur Initiative ihrer Mitglieder zu entwi- ckeln« und »ein erzieherisches Mittel in ihrer Umgebung und eine mor- alische wie materielle Vorbereitung auf die Zukunft« (Malatesta 2014e: 204) zu sein.

Aus dieser Vorstellungswelt ergeben sich verschiedene Organisati- onsprinzipien, die kurz stichwortartig aufgezählt werden können – und

⁶ Da »die Organisation der Internationale nicht das Ziel hat, neue Staaten oder Despotismen zu schaffen, sondern alle Herrschaftsformen radikal zu beseitigen, muss sie sich von der Organisation der Staaten grundlegend unterscheiden.« (Ba- kunin 2015d: 150)

⁷ Siehe hierzu unerreicht detailliert Eckhardt 2011.

welche gewissermaßen das Gegenprogramm zu konkurrierenden sozialistischen und revolutionären Bewegungen und Strömungen formulierten: »Basis«, »Autonomie«, »Selbstermächtigung« und »freie Föderation«, werden dem Konzept der Führung(en), der Hierarchie, der Stellvertreter_innenpolitik und der (erzwungenen) Zentralisierung entgegengestellt.⁸ Diese konkurrierenden Organisationsansätze nahmen dann auch Anarchist_innen immer wieder zum Anlass gegen eine Kritik, die ihnen völlige Ablehnung des Organisationsdenkens vorwarfen, deutlich zu machen, dass es sich nicht um die Frage von Organisation oder Nicht-Organisation handle, sondern um »zwei verschiedene Organisationsprinzipien« (Volin 2013: 162).

Doppelte Begründung anarchistischer Organisationsformen

Ich kann an dieser Stelle weder genauer ausführen, wie diese Organisationsprinzipien im Detail konzipiert waren, noch wie sich eine solche vorweggenommene Politik in einer künftigen Gesellschaft realisieren sollte.⁹ Hinzuweisen ist, dass für eine anarchistische Organisationsform

⁸ Gewissermaßen klassisch hierzu der Anarcho-Syndikalist Fritz Oerter: »Eine unserer höchsten Aufgaben ist es, vor allem selbständig denkende und solidarisch handelnde Menschen zu erziehen. (...) Das ist bei den gewerkschaftlichen, politischen und staatlichen Zentralisationen gerade umgekehrt. Da drückt irgendein Gewerkschafts-, Partei-, mitunter auch ein wirklicher General auf einen Hebel oder einen Knopf, und die Maschine setzt sich in Bewegung oder – auch nicht, denn in der letzten Zeit sind die meisten Maschinen defekt. Aber selbst, wenn diese funktionieren, so kann man hier nicht von Organisation reden, sondern lediglich von einem Mechanismus. Die Industrie hat den Menschen, d.h. den Arbeiter, zu einem bloßen Maschinenteil erniedrigt, und nun haben ihn auch noch die Gewerkschafts-, die Partei- und die staatlichen Zentralen dazu herabgewürdigt. Wir aber wollen ihm wieder die Würde eines selbständig denkenden Menschen verleihen. Jeder einzelne, der sich unseren Föderationen anschließt, soll zu einem lebendigen Organ am Aufbau der neuen Welt werden. Je mehr solche organische Einzelkeime sich entwickeln, desto sicherer und desto rascher wird die soziale Revolution gefördert werden. Denn das, was unsere föderative Organisationsmethode von allen anderen Vereinigungen, die durchweg zentralistisch und autoritär sind, unterscheidet, das ist ihre Fähigkeit, sowohl die alte Welt zu zersetzen als die neue Welt aufzubauen.« (Oerter 2015: 59)

⁹ Siehe zum Beispiel die Skizzen von Barwich (2005), Ramus (2005) oder Berkman (1978: 75ff.). Als zentral in der anarchistischen Vorstellungswelt ist dabei nicht nur, dass man »unseren Nachkommen« nicht »etwas auf[.]zwingen« wollte (Malatesta 2014d: 197), sondern auch, dass die Möglichkeit zur (individuellen) Entfaltung gewährleistet wird. »In anderen Parteien«, so Malatesta, »gibt es ge-

sowohl normative als auch pragmatische Gründe angeführt wurden, wobei beides oftmals miteinander verbunden war.¹⁰ Der normative Strang wurde schon dargestellt. Eher pragmatisch argumentiert Bakunin an einer Stelle, an der er davon spricht, dass eine straffe Disziplin »innerhalb der Internationale nicht etwa ihre Macht erhöhen, sondern sie dümmere und schwächer machen, ja unweigerlich zugrunde richten würde«, da sie »das freie und spontane Denken des Proletariats im Ansatz ersticken und jede weitere Entwicklung dieser großen Vereinigung, die doch die Menschenwelt emanzipieren soll, verhindern würde«. Einheit und Stärke fände die Internationale »nicht an der Spitze, sondern an der Basis« – in der »Autonomie aller Sektionen und in ihrer freien Föderation« (Bakunin 2011: 701).

Stellte es sich nun aber heraus, dass die Effektivität solcherart nicht gegeben war, oder dass der Anarchismus es – aus Sicht mancher Kritiker_innen – nicht vermochte, sich effektiv zu organisieren, erhoben sich durchaus auch Stimmen, die vehement das Effizienzkriterium in den Vordergrund rückten (und sich dann manchmal eher herkömmlichen Organisationskonzepten annäherten). Eine solche Stimme war der Anarchist Rudolf Lange, der Anfang des 20. Jahrhunderts die Schaffung einer

wiss Menschen, die den Interessen des Volkes nicht weniger aufrichtig verpflichtet sind als die Besten unter uns. Was uns als Anarchisten jedoch auszeichnet und von allen anderen unterscheidet, ist, dass wir uns nicht im Besitz einer absoluten Wahrheit wähnen; wir halten uns für weder unfehlbar noch allwissend – was alle Gesetzgeber und politischen Kandidaten implizit zu sein vorgeben; und folglich halten wir uns nicht für berufen, die Menschen zu lenken und zu führen. Wir sind die Partei der Freiheit *par excellence*, die Partei der freien Entfaltung, die Partei gesellschaftlichen Experimentierens.« (Malatesta 2014a: 36f.) Von daher auch das Lob menschlicher Vielfalt: »Es ist eine sprichwörtliche Wahrheit, die wahrscheinlich immer wahr bleiben wird, dass derselbe Baum keine zwei identischen Blätter hat. Das ist umso wahrer in Bezug auf die Menschen, da die Menschen viel komplexere Wesen sind als Blätter. Doch diese Vielfalt ist keineswegs ein Übel, sondern im Gegenteil, wie der deutsche Philosoph Feuerbach so richtig bemerkt hat, ein Segen für die Menschheit. Dank ihrer ist die Menschheit ein kollektives Ganzes, bei dem jeder die anderen ergänzt und die anderen braucht, so dass diese grenzenlose Vielfalt menschlicher Individuen gerade die Ursache, die wesentliche Grundlage ihrer Solidarität ist, ein unschlagbares Argument zugunsten der Gleichheit.« (Bakunin 2015a: 334) Ein »wirklicher Sozialismus muß« also, wie Max Nettlau ausführt, »das Leben erweitern, nicht furchtbar verengen zu Gunsten eines Parteimonopols.« (1985 1927: 43)

¹⁰ Im Grunde ist die normative Begründung stets auch pragmatisch insofern, als ein (revolutionärer) Sieg, der aufgrund seiner Mittel nicht zum gewünschten Ergebnis führt, schließlich *per se* nicht effektiv aus anarchistischer Perspektive ist.

»einheitliche[n], nach bestimmten taktischen Grundsätzen geleitete[n] Organisation mit regelmäßig zu erfüllenden Funktionen« einforderte, und gegen die »anarchistischen Dogmenwächter«, die »jede festgelegte Form in der anarchistischen Bewegung von vorne herein als Korruption denunzieren« würden, anmerkte: »Ich kenne eine Korruption, die tausendmal schlimmer ist als jene, und wir stecken bis über den Hals darin! Ich meine damit die Schwäche und Bedeutungslosigkeit, zu welcher wir nun schon seit Jahren, dank dem gänzlichen Mangel eines festen Zusammenhanges unter uns verurteilt sind. Drei Dinge gibt es, die uns einzig und allein retten können! (...) 1) Organisation, 2) Organisation und 3) Organisation!« (Lange [1903] zit. n. Leder 2014: 413) Ähnlich war die Stoßrichtung der sogenannten »Plattform« von Nestor Machno und Peter Arschinoff in den 1920er Jahren, die gegen eine ihrer Meinung nach »chronische allgemeine Desorganisation« im Anarchismus für eine »Vereinigung der anarchistischen Aktivisten auf dem Boden bestimmter ideologischer, taktischer und organisatorischer Positionen, d.h. auf der Grundlage eines mehr oder minder abgeschlossenen *einheitlichen Programms*« (Plattform 1926) warben.

Solche Vorstöße wurden dann oftmals als Ausdruck eines Organisationsfetischismus kritisiert, wie beispielsweise von den Kritiker_innen besagter »Plattform«, die darauf hinwiesen, dass – ohne die Notwendigkeit der Organisierung zu bestreiten – die »Plattformisten« deren Bedeutung überschätzten und als eine Art Allheilmittel verstehen würden (vgl. Volin u.a. 1927). So merkte Max Nettlau an, dass er »nicht Gegner der Organisation« sei, »aber Gegner des Glaubens an die Macht der Organisation an und für sich« – um festzuhalten: »Jede Arbeit braucht einen bestimmten, durch die Verhältnisse gegebenen Kraftaufwand; ein kleinerer ist unzureichend, ein größerer ist eine Kraftvergeudung oder anderswie schädlich. Dies läßt man beim mechanischen Organisieren, Mitglied an Mitglied reihend, beiseite, und dadurch werden unzählige Kräfte brachgelegt. Wenn das Ziel ist, für den Sozialismus das Möglichste zu tun, dann muß jeder zugreifen, jeder handeln, und dies geschieht einfach nicht, wenn in allen Richtungen die allermeisten eben bloße Mitglieder sind, die nur bei seltenen großen Gelegenheiten zu eigener Tätigkeit kommen und die bei den Millionorganisationen ganz in der Masse verschwinden. Da wird der einzelne zum bloßen Zuschauer, der hört oder liest, wie gewisse Führer das, was zu geschehen hat, untereinander besprechen und bestimmen, und er hat sich zu fügen oder darf in seltenen Fällen mit unzähligen andern, die er nicht kennt, für oder gegen etwas seine Stimme abgeben. Derartiges kann ich nur mit der

kümmlichen Betätigung des Sportinteresses vergleichen, die für Unzählige darin besteht, mit 10.000 oder 50.000 andern zuschauen, wie einige wenige einen wirklichen sportlichen Wettkampf ausfechten.« (Nettlau 1980: 70)

Wieder einmal war es dann Errico Malatesta – übrigens selbst ein unermüdlicher Kämpfer für anarchistische Organisationen¹¹ –, der den eigentlich anarchistischen Kern, das Primat des Normativen ins Gedächtnis rief, als er gegenüber den »Plattformisten« betonte, dass er es zwar verstehe, wenn diese »von dem Erfolg der Bolschewisten in ihrem Land besessen« wären und daher, »nach Art der Bolschewisten, die Anarchisten in einer Art diszipliniertem Heer vereinigen« wollen, »das unter der ideologischen und praktischen Führung weniger Chefs geschlossen zum Sturm auf die gegenwärtigen Regimes marschiert und das dann nach dem materiell errungenen Sieg die Errichtung der neuen Gesellschaft leitet«. Allerdings: »Vielleicht stimmt es, dass sich mit diesem System, wenn es möglich wäre, dass sich die Anarchisten ihm anschließen und die Chefs geniale Männer wären, unsere materielle Effizienz erhöhte. Doch mit welchen Folgen? Würde mit dem Anarchismus nicht das passieren, was in Russland mit dem Sozialismus und Kommunismus passierte? Jene Genossen können den Erfolg nicht erwarten – genau wie wir. Doch ist es nicht nötig, auf die Überzeugungen im Leben zu verzichten und den Charakter eines eventuellen Sieges zu entstellen. Wir wollen kämpfen und siegen, doch als Anarchisten – für die Anarchie!« (Malatesta 2014e: 213f.)

Da ich an dieser Stelle die Auseinandersetzungen innerhalb des Anarchismus nicht näher erläutern kann, Diskussionen beispielsweise um die Rolle des Mehrheitsprinzips und die Frage, ob und wenn ja, in welcher Weise verbindende Organe, beziehungsweise Föderationen konstituiert werden können, sei hier nur auf einige dieser Diskussionen hingewiesen. Für den deutschsprachigen Raum wäre hier beispielsweise die Auseinandersetzung um das auf dem Leipziger Kongress der *Anarchistischen Föderation Deutschlands* (1909) eingebrachte Organisationsstatut zu nennen.¹² Für internationale Debatten wäre die Diskussion in der *Internationalen Arbeiter-Assoziation* um die Frage eines gemein-

¹¹ Malatesta meinte daher im Hinblick auf die »Plattform«: »Tatsächlich werden im Entwurf genau jene Vorstellungen formuliert, die einige beharrlich allen als Organisatoren bezeichneten Anarchisten zuschreiben – entgegen der offensichtlichen Wahrheit und trotz unserer Proteste.« (Malatesta 2014e: 204)

¹² Siehe hierzu Leder 2014: 482 ff.

schaftlichen Organs anstelle des alten Generalrats zu nennen;¹³ schließlich auch die weite Kreise ziehende Debatte um die schon angesprochene »Plattform«.¹⁴

Die Rolle des Individuums

Bleiben wir noch kurz bei der »Plattform«-Debatte. Von den Verfasser_innen wurde dort im »organisatorischen Teil« unter dem Stichwort »Kollektive Verantwortung« festgehalten, dass »die Praxis, auf eigene Faust zu handeln, entschieden verurteilt und abgelehnt werden« müsse, und, da das »revolutionäre und sozialpolitische Leben (...) vor allem zutiefst kollektive Bereiche« umfasse –, eine revolutionäre gesellschaftliche Tätigkeit »unmöglich auf der Grundlage der persönlichen Verantwortung einzelner Aktivist:innen erfolgen« könne. Stattdessen plädierten sie für »das Prinzip der kollektiven Verantwortung«, das heißt: »Für die revolutionär-politische Tätigkeit jedes Mitglieds der Union ist die Union als Ganzes verantwortlich; ebenso antwortet jedes einzelne Mitglied für die revolutionär-politische Tätigkeit der Union als Ganzes.« (Plattform 1926) Unter anderem an dieser Idee entzündete sich der Widerspruch Malatestas, der hierzu anmerkte: »[W]enn die Union für das verantwortlich ist, was jedes Mitglied tut, wie kann sie dann den einzelnen Mitgliedern und den verschiedenen Gruppen die Freiheit lassen, das gemeinsame Programm in der Weise umzusetzen, die sie für die beste halten? Wie kann man für eine Handlung verantwortlich sein, wenn man nicht die Befugnis hat, sie zu verhindern? Folglich müsste die Union, und für diese das *Exekutivkomitee*, die Aktion der einzelnen Mitglieder überwachen und ihnen vorschreiben, was sie zu tun haben oder nicht; daher kann die Missbilligung nach der Tat die vorweg übernommene Verantwortung nicht ausgleichen; niemand könnte etwas tun, bevor er nicht das Einverständnis oder die Erlaubnis des Komitees erhalten hätte. Kann ein Individuum andererseits die Verantwortung für Aktionen einer Kollektivität übernehmen, bevor es weiß, was diese tun wird, und wenn es diese nicht daran hindern kann, das zu tun, was es missbilligt?« (Malatesta 2014e: 208f.)

¹³ Siehe hierzu Eckhardt 2013.

¹⁴ Siehe hierzu unter anderem die verschiedensprachigen Beiträge unter: <http://www.nestormakhno.info/>; sowie van der Walt/Schmidt 2013: 311 ff.

Diese Ausführungen weisen zurück auf einen wichtigen Aspekt der anarchistischen Vorstellungswelt, nämlich die Rolle und Bedeutung, die das Individuum, die Persönlichkeit im Anarchismus besitzt. »Wo Massen in Bewegung sind«, so Erich Mühsam, »müssen es zur Masse vereinte Persönlichkeiten sein, sonst kann ihre Bewegung nicht zur Freiheit führen, sondern nur zur Übertragung von Macht an diejenigen, die sie führen. Die Kultur der Persönlichkeit bedeutet nämlich nicht das Heranzüchten von Führern, sondern ist im Gegenteil der einzige Schutz gegen die Gefahr, von Führern mißleitet zu werden.« (Mühsam 2005: 96f.)

Diesen Gedankengang formulierte die *Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften* (FVdG) 1904 dahingehend aus, dass die »wahre Macht des Proletariats (...) auf der möglichst großen Zahl völlig freier, vom Geist des Klassenkampfes durchdrungener Persönlichkeiten« basiere, »wie sie niemals der auf einem Vertretersystem beruhenden Parlamentarismus, wohl aber eine vom Geist des Sozialismus getragene Gewerkschaftsbewegung herausbilden kann. Geistige und sittliche Entwicklung der Einzelpersonlichkeit, selbständige Organisation der Konsumtion und wenn möglich, der Produktion, Massenaktionen mit voller Verantwortlichkeit jedes Einzelnen – Streiks, Maifeier, Boykott – das sind die Vorbedingungen der endgültigen Befreiung des Proletariats. Diese Befreiung selbst, die Aufhebung der Klassenherrschaft wird erfolgen durch den Generalstreik. Nicht durch eine Revolution, nicht im Wege des Blutvergießens und der Gewalt, sondern durch ein ethisches Kampfmittel, durch die Verweigerung der Persönlichkeit, die, in weitem Umfange durchgeführt, das Proletariat aus der Produktion ausschaltet und dadurch die ökonomische Herrschaft der Kapitalistenklasse und ihr Instrument, den Staat, beseitigt« (zit. n. Döhring 2009: 28f.). Der Kern des Föderalismus sei, so dann Rudolf Rocker, »nicht der Triumph der Nullen, sondern die Erziehung zur Selbständigkeit. Er appelliert an das Verantwortungsgefühl der Menschen, an ihren Charakter« (Rocker 1979: 26).

Auch wenn über die jeweilige Reichweite und Verwirklichungsmöglichkeit Auseinandersetzungen bestanden,¹⁵ hat der Anarchismus daher an die Vorstellung Max Stirners angeknüpft, wonach eine »Revolu-

¹⁵ »Abgesehen von einer kleinen Anzahl von ›Erziehungsaposteln‹, die an die Möglichkeit glauben, die Massen auf die Höhe der anarchistischen Ideale zu heben, bevor die materiellen und moralischen Verhältnisse, in denen sie leben, verändert sind und die somit die Revolution auf den Zeitpunkt verschieben, an dem alle fähig sein werden, nach anarchistischen Grundsätzen zu leben, stimmen die Anarchisten alle in dem Wunsch überein, die herrschenden Ordnungen so schnell wie möglich umzustürzen« (Malatesta 1980: 126).

tion (...) gewiss das Ende nicht herbei« führe, »wenn nicht vorher eine Empörung vollbracht ist!« (Stirner 2009: 321) – Damit ist gemeint, dass, während die »Revolution (...) auf neue *Einrichtungen*« abzielen würde, »die Empörung« dahin führe, »[u]ns nicht mehr einrichten zu *lassen*, sondern Uns selbst einzurichten« (Stirner 2009: 319) Auf dieser Linie betonte Elisée Reclus, dass die Anarchist_innen »daran arbeiten« sollen, »sich persönlich freizumachen von allen vorgefassten oder aufgezwungenen Ideen, und Schritt für Schritt um sich herum Freunde [zu] versammeln, die auf dieselbe Weise leben und handeln. Vom Nächsten zum Nächsten, durch kleine liebende und intelligente Gesellschaften, bildet sich die große brüderliche Gesellschaft.« (Reclus [1895] zit. n. Clark 2015: 81) Fritz Oerter hat dementsprechend – ähnlich wie es beispielsweise auch für die anarchistische Bewegung in Spanien ganz zentral war (vgl. Navarro 2015) – auf eine »Propaganda der Tat« verwiesen, die sich dadurch auszeichne, dass »wir als einzelne Pioniere einer neuen Gesellschaft schon jetzt durch unser Leben und Handeln ein gutes Beispiel geben« müssten, indem »wir geeint in solidarischen Gruppen, Bündnissen und Massen tatkräftige Vorstöße und Aktionen gegen die heutige Gesellschaft unternehmen«, wobei eine solche lebensweltliche Propaganda vielerlei Formen annehmen könne: »Solche Vorstöße und Aktionen sind der Solidaritäts- und Generalstreik, Boykott, Sabotage und Antimilitarismus, ferner die Gründung von freien Schulen, von anarchistischen Siedlungen, Kolonien[,] Arbeits- und Konsumgemeinschaften usw. In der Erwägung, daß die Verhältnisse sich nur dann ändern werden, wenn wir uns zunächst selber ändern, müssen wir aus uns und allen, die zu uns kommen, neue Menschen machen, und in der weiteren Erkenntnis, daß nur der ein Anarchist sich nennen kann, der seine ganze Person für die Sache einsetzt, verwerfen wir das Bevormundungssystem in jeder Form, ganz gleich, ob es sich im Parlament, im Beamtentum, in Tarifgemeinschaften oder sonst wo breit macht.« (Oerter 1914: 4)¹⁶

¹⁶ Vor diesem Hintergrund wird auch nachvollziehbar, warum die Frage der Pädagogik für den Anarchismus eine so eminent wichtige Rolle spielen konnte: »In der Bedeutung, die die Anarchisten traditionell dem Problem der (schulischen wie familiären) Erziehung beimessen, hat also – wie auch ihre generelle Aufgeschlossenheit für die moralischen und psychologischen Aspekte des Politischen – nichts Erstaunliches. Da die Verdrängung dieser grundlegenden Fragen für die negativen Seiten der revolutionären Bewegung (von der unvermeidlichen Bürokratisierung ihrer Organisationen bis hin zu den absehbarsten totalitären Verirrungen) verantwortlich ist, scheint der Anarchismus weniger eine politische Strömung unter vielen, als vielmehr eine *moralische Propädeutik* (oder gewissermaßen »Metapo-

Ausblick

Der anarchistische Diskurs kann jedenfalls meines Erachtens interessante Debatten vorweisen und ihm gebührt sicherlich das »Verdienst, zuerst auf die hierarchischen und oligarchischen Folgen der Parteiorganisation unermüdlich hingewiesen« und sich »über die Gefahren der Organisation im klaren« (Michels 1970: 336) gewesen zu sein.

Viele Akteur_innen der »Neuen Linken« haben jedenfalls – und dies nicht ohne Grund, dabei bewusst oder unbewusst – an genuin anarchistische Vorstellungen des Organisierens angeknüpft (oder an der anarchistischen Kritik gängigerer Organisationsformen).¹⁷ Nicht zufällig ist daher der Anarchismus bisweilen sogar im deutschsprachigen Raum zum Thema geworden, wie ja auch der vorliegende Sammelband zeigt. Freilich sollte man nicht vergessen: Der Anarchismus ist keine Schönwettertheorie, sondern eine (gerade auch für den Einzelnen) anspruchsvolle Konzeption bestimmter Anforderungen. Nicht nur das Wiederauftauchen in weiten Teilen klassisch autoritärer Vorstellungen, wie sie beispielsweise Slavoj Žižek vertritt (vgl. Kellermann 2012), ist vielleicht ein Zeichen, dass man sich die Fragen von »Basisdemokratie« und »Konsensprinzip« oft zu einfach vorstellte und daher nur allzu schnell wieder in die vermeintlich einfachen Lösungen verfällt, kurz, jene Erlösungshoffnungen, die ironischerweise dem Anarchismus immer wieder fälschlicherweise vorgehalten wurden.

Abschließend den Blick noch einmal auf die Geschichte der sozialistischen Bewegungen zurückwerfend, darf angemerkt werden: Wenn heute auch von Seiten einer marxistisch geprägten Linken in Deutschland die Idee vertreten wird, dass man auf unterschiedlichster Grundlage eine gemeinsame kampffähige, das heißt effektiv widerständige Praxis entwickeln solle, ist dies erst einmal zu begrüßen. Es wurde von

litik) für jede mögliche Revolution – gesetzt den Fall, man versteht unter Revolution (...) eine von der bisher beherrschten Klasse instituierte freie, egalitäre und anständige Gesellschaft.« (Michéa 2014: 157f.)

¹⁷ »Der Verwirklichung einer anarchistischen Praxis kamen sicherlich die kulturellen Nebeninitiativen, die sich aus dem Rahmen der FAUD [*Freie Arbeiter Union Deutschland*] heraus verselbständigten, am nächsten. Der Versuch, unterschiedliche gesellschaftliche Gruppierungen zu integrieren – und hierbei die Bedeutung des Konsumentenbereichs nicht zu vernachlässigen –, nahm vieles von den Ansätzen vorweg, die später in den »Neuen Sozialen Bewegungen« der Bundesrepublik unter anderen Begleitumständen zur Verwirklichung von ähnlichen – »basisdemokratischen« – Vorstellungen führten.« (Rübner 1994: 11) Für die Gegenwart siehe hierzu bspw. Graeber 2013.

anarchistischer Seite auch immer wieder begrüßt, nur: Es waren – allen voran – Marx und Engels, die eine solche sich herausbildende Einheit (im weitesten Sinne) zerstörten (Erste Internationale); es waren die organisierten Sozialdemokrat_innen (von reformistisch bis »radikal«), die die Anarchist_innen aus der Zweiten Internationale verbannten (in den 1890er Jahren) und ihnen sogar absprachen, Sozialist_innen zu sein. (Vgl. hierzu Malatesta 2014b) Schließlich waren es die Bolschewist_innen und die *Komintern*, die sich sämtliche revolutionäre und anarcho-syndikalistischen Strömungen unterwerfen wollten. (Vgl. Rocker 1974: 304ff.)¹⁸ Kurz: Das oft etwas scheinheilig beklagte »Sektierertum« des Anarchismus war weder in dieser Form gegeben, noch dort, wo es existierte, unverständlich. Vor diesem Hintergrund ist es die »marxistische« Seite, die allen voran beweisen muss, dass sie sich hier um eine ernsthafte, offene und tragfähige Grundlage bemüht. Andererseits drängt die Zeit, und angesichts der Stärke der Reaktion (und zwar bis hinein ins wirklich faschistisch oder religiös-faschistische Lager) auf der einen, wie der gesamtgesellschaftlichen Perspektivlosigkeit in Zeiten reiner Krisenverwaltung auf der anderen, ist ein praktischer Sprung ins Ungewisse vermutlich allem Debattieren über die letzten 150 Jahre vorzuziehen.

Literatur

- Bakunin, Michael (2015a) [1869]: Die vollständige Bildung, in: Ders.: Staat, Erziehung, Revolution. Ausgewählte Texte 1869-1871, Lich, S. 321-350.
- Bakunin, Michael (2015b) [1871a]: Drei Vorträge vor den Arbeitern des Tals von St. Imier im Schweizer Jura, in: Ders.: Staat, Erziehung, Revolution. Ausgewählte Texte 1869-1871, Lich, S. 351-401.
- Bakunin, Michael (2015c) [1871b]: Die Commune von Paris und der Staatsbegriff, in: Ders.: Staat, Erziehung, Revolution. Ausgewählte Texte 1869-1871, Lich, S. 402-425.
- Bakunin, Michael (2015d) [1871c]: Protest der Allianz, in: Ders.: Die Politik der Internationale, Münster, S. 85-162.
- Bakunin, Michael (2011) [1871/72]: An die Redakteure der »Révolution Sociale«, in: Ders.: Konflikt mit Marx. Teil 2: Texte und Briefe ab 1871, Berlin, S. 699-719.
- Barwich, Franz (2005) [1923]: Die Arbeiterbörsen des Syndikalismus, Frankfurt am Main.
- Berkman, Alexander (1978) [1929]: Abc des Anarchismus, Berlin.

¹⁸ Die inhaftierten und ermordeten Anarchist_innen beiseitegelassen, sowie die unzähligen Denunziationen von Seiten der Sozialdemokratie und des organisierten Kommunismus.

- Clark, John (2015): *Elisée Reclus – Die Menschheit, die Natur und das anarchistische Ideal*, in: *Ne znam – Zeitschrift für Anarchismusforschung*, 1 (2015), S. 68-81.
- Cornelissen, Christiaan (2015) [1908]: *Über die Evolution des Anarchismus*, in: Ders.: *Die moderne Welt der Arbeit und ihre Kämpfe. Ausgewählte Texte eines revolutionären Syndikalisten (1907-1931)*, Lich, S. 43-60.
- Déjacque, Joseph (1980) [1852/53]: *Den Proletariern*, in: Ders.: *Utopie der Barrikaden*, Berlin: 1980, S. 30-67.
- Deleuze, Gilles (2003): *Nomaden-Denken*, in: Ders.: *Die einsame Insel. Gespräche 1953-1974*, Frankfurt am Main 2003, S. 366-380.
- Döhring, Helge (2009): *Abwehrstreik, Proteststreik, Massenstreik? Generalstreik! Streiktheorien und –diskussionen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie vor 1914*, Lich.
- Eckhardt, Wolfgang (2011): *Michael Bakunin: Konflikt mit Marx. Teil 2: Texte und Briefe ab 1871*, Berlin.
- Eckhardt, Wolfgang (2013): *Bakunin und der 6. Kongress der Internationale (Genf, 1.-6. September 1873)*, in: *Syfo – Forschung & Bewegung. Mitteilungen des Instituts für Syndikalismusforschung*, Nr 3 (2013), S. 42-58.
- Engels, Friedrich (1872): *Brief an Carlo Terzaghi vom 06.01.1872*, in: *Marx-Engels-Werke (MEW)*, Band 33, Berlin 1966, S. 371-373.
- Graeber, David (2013): *Direkte Aktion*, Hamburg.
- Guattari, Félix (2003): *Über den Kapitalismus und den Wunsch*, in: Gilles Deleuze. *Gespräche 1953-1974*, Frankfurt am Main, S. 381-397.
- Guillaume, James (2011): *Zirkular von Sonvillier*, in: *Michael Bakunin: Konflikt mit Marx. Teil 2: Texte und Briefe ab 1871*, Berlin 2011, S. 689-696.
- Kellermann, Philippe (2012): *Der leninistische Berlusconi*, URL: http://www.links-netz.de/K_texte/K_kellermann_zizek.html (letzter Zugriff: 10.12.2015).
- Kropotkin, Peter (1989) [1892]: *Die Eroberung des Brotes*, Bern.
- Landauer, Gustav (2010) [1909]: *Organisationsfragen*, in: Ders.: *Antipolitik. Ausgewählte Schriften*, Bd 3.1, Lich, S. 190-193.
- Leder, Tilman (2014): *Die Politik eines »Antipolitikers«*. Eine politische Biographie Gustav Landauers, Lich.
- Malatesta, Errico (2014a) [1894]: *Anarchie und Gewalt*, in: Ders.: *Anarchistische Interventionen. Ausgewählte Schriften (1892-1931)*, Münster, S. 35-41.
- Malatesta, Errico (2014b) [1896]: *Sollten Anarchisten zum kommenden internationalen Kongress zugelassen werden?*, in: Ders.: *Anarchistische Interventionen. Ausgewählte Schriften (1892-1931)*, Münster, S. 42-48.
- Malatesta, Errico (2014c) [1897]: *Die Organisation*, in: Ders.: *Anarchistische Interventionen. Ausgewählte Schriften (1892-1931)*, Münster, S. 49-62.
- Malatesta, Errico (2014d) [1926]: *Zerstörung – und was kommt dann?*, in: Ders.: *Anarchistische Interventionen. Ausgewählte Schriften (1892-1931)*, Münster, S. 193-199.
- Malatesta, Errico (2014e) [1927]: *Ein Projekt anarchistischer Organisation*, in: Ders.: *Anarchistische Interventionen. Ausgewählte Schriften (1892-1931)*, Münster, S. 200-214.
- Malatesta, Errico (1977) [~1920]: *Anarchismus und Diktatur*, in: Ders.: *Gesammelte*

- Schriften, Bd. 1, Berlin, S. 113-115.
- Malatesta, Errico (1980) [1922]: Die Revolution in der Praxis, in: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 2, Berlin, S. 125-131.
- Marcuse, Herbert (1969): Über Revolte, Anarchismus und Einsamkeit. Ein Gespräch, Zürich 1969.
- Marx, Karl; Engels, Friedrich (1872): Die angeblichen Spaltungen in der Internationale, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 18, Berlin 1964, S. 3-51.
- Michéa, Jean-Claude (2014): Das Reich des kleineren Übels. Über die liberale Gesellschaft, Berlin.
- Michels, Robert (1970) [1924]: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Neudruck der zweiten Auflage, Stuttgart.
- Mühsam, Erich (2015) [1920]: Die Einigung des revolutionären Proletariats im Bolschewismus, Münster.
- Mühsam, Erich (2005) [1932]: Befreiung der Gesellschaft vom Staat, Berlin.
- Navarro Navarro; Francisco Javier (2015): Moral und Aktivismus in der spanischen libertären Bewegung der 1930er Jahre, in: Ne znam – Zeitschrift für Anarchismusforschung, 2 (2015), S. 17-54.
- Nettlau, Max (1985) [1927]: Eugenik der Anarchie, Wetzlar.
- Nettlau, Max (1980) [1929]: Von der Organisation zur Assoziation, in: Ders.: Gesammelte Aufsätze, Bd. 1, Hannover, S. 67-76.
- Oerter, Fritz (1914): Programmentwurf, in: Kampf. Unabhängiges Organ für Anarchismus und Syndikalismus, 19 (1914), S. 3-4.
- Oerter, Fritz (2015) [1921]: Die Kulturideale des Syndikalismus, in: Ders.: Texte gegen Krieg und Reaktion, Lich, S. 48-63.
- Plattform (1926): Organisationsplattform der Allgemeinen Anarchistischen Union (Entwurf), <http://www.nestormakhno.info/german/platform/einleitung.htm> (letzter Zugriff: 14.04.2016)
- Ramus, Pierre (2005) [1923]: Die Neuschöpfung der Gesellschaft, in: Pierre Ramus-Gesellschaft (Hrsg.): Pierre Ramus' »Neuschöpfung der Gesellschaft« und andere Texte zur Rekonstruktion der sozialen Balance, Wien, S. 99-353.
- Rocker, Rudolf (1979) [1919]: Prinzipienklärung der Syndikalismus, in: Ders.; F. Barwich; E. Gerlach; A. Lehning; H. Rüdiger: Arbeiterselbstverwaltung/Räte/Syndikalismus, Berlin, S. 7-42.
- Rocker, Rudolf (1974): Aus den Memoiren eines deutschen Anarchisten, Frankfurt am Main.
- Rübner, Hartmut (1994): Freiheit und Brot. Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands. Eine Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus, Berlin, Köln.
- Stirner, Max (2009) [1844]: Der Einzige und sein Eigentum, Freiburg, München.
- Van der Walt, Lucien/Schmidt, Michael (2013): Schwarze Flamme. Revolutionäre Klassenpolitik im Anarchismus und Syndikalismus, Hamburg.
- Volin u.a. (1927): Reply to the Platform (Synthesist), URL: <http://www.nestormakhno.info/english/volrep.htm> (letzter Zugriff: 10.12.2015).
- Volin (2013) [~1939]: Die unbekannte Revolution, Berlin 2013.

Peter Hudis

Über die Notwendigkeit einer Vermittlung von Zielen und Wegen sozialistischer Politik

»Humanity (...) chooses his present from the perspective of the future, and thus forms his present on the basis of a project of a future.«

Karel Kosik

1.

Die antikapitalistischen Bewegungen der vergangenen zwei Jahrhunderte waren größtenteils von einem konkreten Organisationsverständnis geprägt – nämlich der Annahme, dass eine politische Partei den Weg zur Transformation der Gesellschaft weisen könne. Während einige demokratische und auf Gleichheit bedachte Parteien unterstützten, befürworteten andere undemokratische und hierarchisch organisierte Parteien. Trotz dieser wichtigen Unterschiede gingen sowohl Reformist_innen als auch Revolutionär_innen davon aus, dass vor jeder ökonomischen Transformation einer Gesellschaft die politische Macht durch eine Partei übernommen werden müsse. Es ist daher kein Zufall, dass all jene, die nicht auf die politische Machtübernahme zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft setzten, wie die Anarchist_innen, in der Regel die Idee der politischen Partei insgesamt abgelehnt haben.

Sind Parteien als solche überhaupt noch von Relevanz oder sind sie bedeutungslos geworden, weil es mit ihrer Hilfe im vergangenen Jahrhundert nicht gelungen ist, erfolgreich aus dem Kapitalismus auszusteigen? Oder haben sie sich angesichts der Zersplitterung moderner Gesellschaften ihre Bedeutung bewahrt? Es liegt mir fern, an dieser Stelle einen weiteren Beitrag über »die Partei« zu liefern, vielmehr möchte ich dazu anregen, die Debatte aus einem neuen Blickwinkel zu betrachten. Denn das, was innerhalb einer Diskussion nicht angesprochen wird, ist oftmals ebenso interessant, wie das, was offen benannt wird. Was häufig in linken Zukunftsdebatten unausgesprochen bleibt, ist die Beziehung zwischen der eigenen Einstellung zum Thema Organisation und der Auffassung darüber, was eine Alternative zum Kapitalismus darstellt.

Den Diskussionen zum Thema Organisation liegt zumeist die Annahme zugrunde, dass sich alle über das Ziel einig sind und nur über den Weg dorthin unterschiedliche Meinungen bestehen. Das ist mehr als verständlich. In der Tat herrscht unter den revolutionären Kräften bereits seit den Zeiten von Karl Marx die Ansicht vor, dass sich der Kapitalismus durch Privateigentum an den Produktionsmitteln und den freien Markt definiere, während sich der Sozialismus durch die Abschaffung des Privateigentums und zentrale Planwirtschaft auszeichne. Von diesem Standpunkt aus gesehen, ergibt die Argumentation, dass ein Aufstieg aus dem Kapitalismus in erster Linie die Übernahme der gesellschaftlichen Kontrolle durch eine politische *Partei* erfordert, natürlich Sinn. Entzieht man dem Kapital die politische Macht (sei es durch friedliche oder gewaltsame Mittel), ist das größte Hindernis zur Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln überwunden. Ob die Partei, die einen solchen Prozess anführt, zentral oder dezentral organisiert, horizontal oder vertikal strukturiert ist oder auf parlamentarischen bzw. revolutionären Taktiken aufbauen sollte, darüber lässt sich streiten. Doch unabhängig von diesen Differenzen, führt das Festhalten an einer bestimmten Vorstellung darüber, was eine Alternative zum Kapitalismus ausmacht, zwangsläufig zur Annahme, dass eine Art von *Partei* den Weg zum Sozialismus bereiten muss.

Was aber, wenn das in der radikalen Bewegung der letzten 150 Jahren dominierende Verständnis von »Sozialismus« ungeeignet oder gar falsch ist? Was, wenn die Beseitigung des Privateigentums und des »freien« Markts nicht notwendigerweise zum Sozialismus führen? Was, wenn die Machtübernahme durch eine Partei, die sich der zentralen Planwirtschaft verschrieben hat, am Ende eine bürokratische, totalitäre Gesellschaft hervorbringt, – wie schon so oft geschehen? Kurz gesagt: Ist nicht ein neues Revolutionskonzept – *ebenso wie ein neues Organisationskonzept* – notwendig, wenn anstelle der bloßen Eigentumsformen und Verteilungsverhältnisse die Vermittlung von Wertform und Produktionsverhältnissen zum primären Objekt der Kritik werden muss?

Ich möchte dies anhand einer erneuten Überprüfung der Beiträge von Rosa Luxemburg zur Debatte um Spontaneität und Organisation untersuchen – einer Debatte, die stattfand, lange bevor in den letzten Jahren offensichtlich wurde, dass die traditionelle Auffassung vom »Sozialismus« problematisch ist.

2.

Auguste Blanqui, ein Revolutionär des 19. Jahrhunderts, schrieb einst, »dass Revolutionen überhaupt nicht sich selbst machen, sondern gemacht werden; daß sie gemacht werden von einer verhältnismäßig geringen Minderzahl« (Blanqui zitiert nach MEW 18: 530). Luxemburgs Reaktion auf die Russische Revolution von 1905, und dabei insbesondere ihr Buch *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften*, war die wichtigste Widerlegung dieser blanquistischen Perspektive seit Marx überhaupt. Sie kritisierte sowohl die Mainstream-Marxist_innen als auch die Anarchist_innen dafür, den Massenstreik »als bloßes technisches Kampfmittel« zu begreifen, »das nach Belieben und nach bestem Wissen und Gewissen ›beschlossen‹ oder auch ›verboten‹ werden könne« (LGW 2: 98), und ergänzte: »Es ist genauso unmöglich, den Massenstreik als abstraktes Kampfmittel zu ›propagieren‹, wie es unmöglich ist, die ›Revolution‹ zu propagieren.« (ebenda: 100) Sie hatte verstanden, was viele ihrer Zeit und seither übersehen haben, nämlich das Massenaufstände ebenso wie Revolutionen weder von politischen Parteien von oben, noch von radikalen Aktivist_innen von unten hervorgerufen werden können. Sie treten vielmehr spontan auf, in Reaktion auf konkrete materielle Verhältnisse. Die Aufgabe der Revolutionär_innen besteht darin, Akte des Widerstands zu erkennen, zu verstehen und zu *generalisieren* sowie ihnen die *Richtung* zum Umbruch der Gesellschaft zu weisen – anstatt zu behaupten, sie könnten durch einen revolutionären Willensakt hervorgerufen werden.

Wie Luxemburg eindringlich argumentiert, werde »sie, die Masse, der handelnde Chorus« sein, während »die Leitungen« – ob politische Parteien oder individuelle Aktivist_innen – »nur die ›sprechenden Personen‹, das heißt, die *Dolmetscher* des Massenwillens sein sollen« (ebenda: 170). Dies bedeutet nicht, dass sich die Rolle der politischen Parteien für Luxemburg auf die passive Erfassung der Aktivität der Massen beschränkte. Sie vertrat die Ansicht, dass die Parteien insofern auch *proaktiv* vorgehen sollten, da marxistische Theorie vonnöten sei, um den Massen ein Verständnis der *Bedeutung* ihrer Kämpfe zu *entlocken*. Sie lehnte die Vorstellung ab, dass politisches Bewusstsein den Massen von außen durch einen »*lider máximo*« vermittelt werden müsse. Stattdessen bestand ihrer Ansicht nach die revolutionäre Führungsrolle darin, sich darauf zu konzentrieren, das soziale Bewusstsein hervorzulocken, das den alltäglichen Kämpfen entspringt.

In diesem Sinne steht ihre Perspektive in Übereinklang mit Aspekten der Marxschen Bewusstseinstheorie, insbesondere in der Formulierung

aus dem Jahr 1843: »Wir treten dann nicht der Welt doktrinär mit einem neuen Prinzip entgegen: Hier ist die Wahrheit, hier kniee nieder! Wir entwickeln der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien.« (MEW 1: 345) Die Aufgabe der Revolutionär_innen bestand laut Marx nicht darin, den Massen Bewusstsein *einzutrichtern* oder zu *erteilen*, sondern das ihrer Selbsttätigkeit entspringende Bewusstsein zu *verallgemeinern* und *weiterzuentwickeln*. In der Abhandlung, in der er erstmals offen die zentrale Rolle der proletarischen Revolution darlegte, schrieb Marx: »Die einzige Aufgabe eines denkenden und wahrheitsliebenden Kopfes, angesichts eines ersten Ausbruchs des schlesischen Arbeiteraufstandes, bestand nicht darin, den *Schulmeister* dieses Ereignisses zu spielen, sondern vielmehr seinen *eigentümlichen* Charakter zu studieren. Dazu gehört allerdings einige wissenschaftliche Einsicht und einige Menschenliebe, während zu der andern Operation eine fertige Phraseologie, eingetunkt in eine hohle Selbstliebe, vollständig hinreicht.« (MEW 1: 405f)

Einige der Aussagen Luxemburgs in *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften* ähneln denen von Marx in auffallender Weise. Sie schrieb: »Kurz, in den Massenstreiks in Rußland spielt das Element des Spontanen eine so vorherrschende Rolle, nicht weil das russische Proletariat ›ungeschult‹ ist, sondern weil sich Revolutionen nicht schulmeistern lassen.« (LGW 2: 132) Es ist mit Sicherheit kein Zufall, dass sie dieselbe Formulierung gebraucht wie der junge Marx, mit der sie diejenigen angreift, die Revolutionen »schulmeistern« wollen. Zwar kannte sie einen Großteil der frühen Schriften Marx', wie die *Ökonomisch-philosophischen Manuskripte* nicht, hatte jedoch Zugang zu Marx' *Kritische Randglossen zu dem Artikel ›Der König von Preußen und die Sozialreform. Von einem Preußen‹* aus dem Jahre 1844, in dem der Satz, »den *Schulmeister* dieses Ereignisses zu spielen« (MEW 1: 405), vorkommt. Kurz bevor sie *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften* schrieb, hatte sie einen Band der frühen Werke von Marx überarbeitet, der den Beitrag mit dieser Aussage enthielt (vgl. LGW 1.2: 462ff.).

Je mehr sich Luxemburg jedoch der Marxschen Konzeption vom Verhältnis zwischen Theorie und Praxis annäherte, desto weiter entfernte sie sich vom dominierenden Verständnis dieser Beziehung vieler Marxist_innen. Dies wird insbesondere in ihrer Kritik an der *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* (SPD) deutlich. Ihrer Ansicht nach verstanden deren Führer_innen die Bedeutung des 1905 losgetretenen Phänomens der Massenstreiks für Westeuropa nicht. Während sich die SPD aufgrund ihrer gut organisierten Gewerkschaften, politischen Mas-

senpartei und ihrer parlamentarischen Vertretung den »rückschrittlichen« Russ_innen »voraus« währte, argumentierte Luxemburg, die überwiegend nicht organisierten russischen Massen wären den deutschen aufgrund ihrer revolutionären Kreativität überlegen. Sie sah ihre Aufgabe darin, die etablierte sozialistische Bewegung aufzurütteln, indem sie den Geist von 1905 nach Deutschland brachte. Das Aufrütteln gelang ihr – nicht nur, indem sie sich auf den Streit mit konservativen Gewerkschaftsführer_innen und offenen Revisionist_innen einließ, sondern indem sie sich (um 1910) von Karl Kautsky wegen dessen Unterstützung einer »Zermübnungsstrategie« anstelle einer radikalen Massenaktion distanzierte.

Dies war ebenfalls ein integraler Bestandteil ihrer zahlreichen Auseinandersetzungen mit Vladimir I. Lenin über die »Organisationsfrage«. Keineswegs war Luxemburg, was die Organisationsfrage betraf, in allen Punkten uneins mit Lenin. Trotzdem sah sie im Gegensatz zu Lenin im Zentralismus kein Allheilmittel für die Probleme der Organisation, – was sie nicht davon abhielt, in ihrer eigenen Organisation, der *Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens* (SDKPiL), eine zentralistische Politik durchzusetzen. Ebenfalls verwarf sie die Leninsche Definition des Sozialdemokraten als »der mit der *Organisation* des *klassenbewußten* Proletariats unzertrennlich verbundene Jakobiner« (LW 7: 386) als »blanquistisch«. Ihrer Meinung nach unterlag Blanqui nicht einfach einem Irrtum, wie Lenin behauptete, indem er die Verschwörung einer kleinen Minderheit befürwortete, sondern hatte stattdessen nicht begriffen, dass die Existenz eines proletarischen Klassenbewusstseins »auch eine völlige Umwertung der Organisationsbegriffe« impliziert. (LGW 1.2: 422ff.)

Im Jahr 1911 wurde ihre Kritik an Lenin noch schärfer, wie einem kürzlich entdeckten Manuskript mit dem Titel *Zur Lage der russischen Sozialdemokratie* zu entnehmen ist. Sie schrieb: »Wir [sahen] uns gezwungen, entschieden gegen den Organisationszentrismus Lenins und seiner Freunde aufzutreten, weil sie der Bewegung des Proletariats dadurch einen revolutionäre Richtung sichern wollten, dass sie die Partei rein mechanisch in die Windeln einer geistigen Diktatur des zentralen Vorstands wickelten.« (Luxemburg 1991: 350)

Es findet sich jedoch in den Schriften Luxemburgs dieser Phase eine augenfällige Lücke: Weder in *Massenstreik* noch in anderen Schriften (zumindest bis 1911) erwähnt sie die Sowjets, die neue Form der Selbstorganisation der Arbeiter_innen, die aus der Russischen Revolution von 1905 hervorging. Warum nicht?

Die ersten Sowjets entstanden im Mai 1905 in Iwanowo, einem Zentrum der russischen Textilindustrie. (vgl. Anweiler 1974: 40) Luxemburg behandelte zwar in verschiedenen Artikeln die Arbeiter_innenstreiks, ließ die Sowjets jedoch unerwähnt. Auch Ende 1905, als die *Polnische Sozialistische Partei* PPS-Proletariat der SDKPiL die Gründung von Arbeiter_innenräten anbot, schlug sie das Angebot mit der Begründung aus, dass es sich bei den Beteiligten um »Opportunisten« handle.¹ Angesichts der Aufmerksamkeit, die sie dem Thema Spontaneität widmete, überrascht ihre fehlende Behandlung der Sowjets. Welche größeren Anzeichen von Spontaneität als die Sowjets kann es denn geben? Dies ist umso erstaunlicher, wenn wir ihre Arbeit mit der von Lenin vergleichen, dem so oft unterstellt wurde, sein Interesse gelte ausschließlich der Organisation in Form von Parteien. Im Jahr 1905 schrieb Lenin einen Beitrag mit dem Titel *Unsere Aufgaben und der Sowjet der Arbeiterdeputierten* für die Zeitschrift *Novaya Zhizn*.² Hierin hieß es, »daß es mir auch in dieser Hinsicht unzweckmäßig erscheint, vom Sowjet der Arbeiterdeputierten die Annahme des sozialdemokratischen Programms und den Eintritt in die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands zu verlangen. Mir scheinen für die Führung des politischen Kampfes gegenwärtig *sowohl* der Sowjet (*umgebildet* in einer Richtung, über die gleich gesprochen werden soll) *als auch* die Partei gleichermaßen unbedingt notwendig zu sein. Vielleicht irre ich mich, aber mir scheint (...), daß der Sowjet der Arbeiterdeputierten in politischer Hinsicht als Keimform einer *provisorischen revolutionären Regierung* betrachtet werden muß. Mir scheint, der Sowjet muß sich so bald wie möglich zur provisorischen revolutionären Regierung ganz Rußlands ausrufen oder (was dasselbe ist, nur in anderer Form) eine provisorische revolutionäre Regierung *bilden*.« (LW 10: 5)

Soweit mir bekannt ist, gibt es in den Schriften Luxemburgs von 1905 und 1906 keine derartige Formulierung der Notwendigkeit seitens der Revolutionär_innen, die Sowjets zu einer provisorischen Regierungsbildung aufzurufen. Wieso nicht? Eine Erklärung könnten ihre Bemühungen sein, die Lehren der Revolution von 1905 auf Deutschland zu übertragen. Sie wollte die revolutionäre Initiative, die von Russland ausging, in den Westen bringen – sah aber, aufgrund der in Deutschland bereits

¹ Ich möchte Eric Blanc danken, der in unserer persönlichen Korrespondenz meine Aufmerksamkeit auf diesen Punkt lenkte.

² Zu diesem Artikel und den Umständen, unter denen er letztlich veröffentlicht wurde: Solomon 1967.

gegebenen weit entwickelten Organisationsformen, keine Notwendigkeit, für die dortige Bewegung neue Formen *sui generis* zu ersinnen. Sie hoffte, die SPD und die Gewerkschaften davon zu überzeugen, den Massenstreik auf der Grundlage des *bereits existierenden* Organisationsapparats aufzunehmen. Verständlicherweise entschied sie sich daher, den Massenstreik und nicht die Organisationsform der Sowjets zu betonen. Doch die Dinge sollten sich 1917-18 entscheidend ändern, als die Eingliederung der Gewerkschaften und der SPD in den Staatsapparat während des Ersten Weltkriegs sie dazu veranlassten, den bolschewistischen Slogan „Alle Macht den Sowjets!“ zu übernehmen.

Doch dies ist nicht die einzig mögliche Erklärung. Sie schien abgeneigt, einer von der *Sozialdemokratischen Partei* unabhängigen Organisationsform größere Bedeutung beizumessen. Luxemburg hat nie den zentralen organisatorischen Leitgedanken der Zweiten Internationalen in Frage gestellt – die Notwendigkeit einer einzigen, *geeinten* Partei, die die Führung übernimmt. Auch wenn sie spontanen Kämpfen gegenüber sehr eingenommen war und denjenigen widersprach, die zur Verherrlichung hierarchischer Organisationsformen tendierten, unterschied sie sich nicht von Lenin, wenn es darum ging, die Notwendigkeit einer führenden Partei hochzuhalten – ein Konzept, das *nicht* von Marx, sondern von Ferdinand Lassalle und Karl Kautsky stammt. (Vgl. Hawel/Kalming 2014: 20) Dies mag erklären, warum sie den Sowjets, als einer Organisationsform, die sich unabhängig der organisierten Parteien entwickelte, so wenig Aufmerksamkeit widmete.

Georg Lukács lag also nicht falsch mit seiner Argumentation in *Geschichte und Klassenbewusstsein*, wonach »Rosa Luxemburg, die früher und klarer als viele die spontane Wesensart der revolutionären Massenaktionen erkannt hat«, ebenfalls der Ansicht gewesen sei: »Diese Gestalt des proletarischen Klassenbewusstseins ist die *Partei*.« (Lukács 1923: 65) Falsch lag er jedoch mit seiner Behauptung, dies zeige, dass sie vom Standpunkt einer sozialen Totalität ausging. Es gibt keinen Beweis dafür, dass Luxemburg – die niemals Hegelsche Philosophie studierte – je das von Lukács entwickelte Konzept der Totalität der Gesellschaft eingebracht hätte (das er ihr posthum zuschrieb). Stattdessen gibt es ein gespanntes Verhältnis von Spontaneität und Partei in Luxemburgs Werk, das weder dialektisch eingebunden ist noch aufgelöst wird. Obgleich sie der Spontaneität zugeneigt war, hatte sie nie die Absicht, mit dem Konzept der führenden Partei zu brechen, denn sie wich nie von dem Sozialismus-Konzept ab, das zu ihrer Zeit unter den Marxist_innen maßgeblich war. Wie wir ihren Beiträgen zur Ökonomie entnehmen kön-

nen – insbesondere in ihren Werken *Einführung in die Nationalökonomie* und *Die Akkumulation des Kapitals* – tendierte auch sie dazu, Kapitalismus als »Marktanarchie« und Sozialismus als »Planwirtschaft« zu definieren. Angesichts dieser eher traditionellen Auffassung von der Alternative zum Kapitalismus, ergab es für sie durchaus Sinn, am zugehörigen traditionellen Konzept »der Partei« festzuhalten.

Die großen Differenzen zwischen Lenin und Luxemburg bestanden daher *nicht* in der Frage der Organisation. Die Kluft zwischen beiden trat vielmehr hinsichtlich der Ereignisse *nach* der Revolution auf. Angesichts der Unterdrückung von Demokratie und Meinungsfreiheit nach der bolschewistischen Revolution übte Luxemburg 1918 in *Die russische Revolution* scharfe Kritik an Lenin und Trotzki. Hiermit lenkte sie den Blick auf das entscheidende Thema der Notwendigkeit uneingeschränkt demokratischer Verhältnisse *nach* der Machtübernahme, wenn der Austritt aus dem Kapitalismus tatsächlich gelingen soll. Sie starb, bevor sie sämtliche Auswirkungen dieser Überlegung benennen und die ökonomischen Inhalte des Sozialismus überdenken konnte. Doch *Die russische Revolution* bietet eine Fülle von Einsichten dazu, welches Ausmaß ein Umbruch annehmen muss, um eine Alternative zum Kapitalismus zu ermöglichen. Hiermit nimmt sie, und zwar in viel stärkerem Maße als durch ihre ambivalente Haltung gegenüber Spontaneität und Organisation, Bezug auf die zentralen Fragen, mit denen sich unsere Generation konfrontiert sieht.

3.

Trotz Luxemburgs profunder Kritik an der Unterdrückung der Demokratie nach 1917, hätte sie es nie für möglich gehalten, dass etwas so Grauenhaftes wie der Stalinismus *aus der revolutionären Bewegung heraus* entstehen könnte. Selbstverständlich können wir eine solche Unwissenheit für uns heute kaum in Anspruch nehmen. Die Geschichte liefert ausreichend Beweise für den enormen Schaden, den die Annahme angerichtet hat, dass sich Sozialismus durch Verstaatlichung von Eigentum und Planwirtschaft auszeichne. Angesichts der schweren Krise, in die die verschiedenen sozialistischen Modelle in Folge gerieten, brauchen wir ein viel umfassenderes Konzept einer Alternative zum Kapitalismus, als es früheren Generationen zur Verfügung stand.

Wie ich in *Marx's Concept of an Alternative to Capitalism* (Hudis 2013) argumentiert habe, finden sich die *Grundlagen* zur *Ausarbeitung* eines solchen Konzepts einer postkapitalistischen Gesellschaft im Werk von Marx, vorausgesetzt, wir untersuchen dieses vor dem Hintergrund sei-

nes größten Anliegen: der Kritik der Wertproduktion. Auch wenn ich an dieser Stelle nur einzelne Aspekte ansprechen kann, werde ich die für eine Neubetrachtung der Rolle der revolutionären Organisation relevanten Implikationen darlegen.

Das zentrale Konzept in der Marxschen Diskussion einer postkapitalistischen Gesellschaft ist der Bruch mit der Herrschaft der universalen abstrakten Arbeitszeit. Es ist kein Geheimnis, dass die Kategorie der Zeit für die Kritik von Marx am Kapital zentral ist. Ohne Arbeit gibt es selbstverständlich auch kein Kapital. Was aber ist Arbeit? Marx zufolge ist Arbeit eine konkrete produktive Tätigkeit, die mit einem bestimmten Ziel ausgeübt wird. (vgl. MEW 23: 192ff.) Allgemeiner formuliert, verfolgt Arbeit die konkrete Absicht, das, was wir in der Vergangenheit oder Gegenwart finden, in etwas zu transformieren, was die Zukunft prägen kann. *Bei der Arbeitsausübung wird die Dreidimensionalität der Zeit zu einer integralen Dimension unseres Seins.* Im Kapitalismus jedoch hat Zeit eine völlig andere Bedeutung. Die Menschen hören auf, Zeit zu »organisieren« und zu »kontrollieren«; stattdessen »organisiert« oder »kontrolliert« die Zeit die Menschen. *Dies ist im Kern Marx' Kritik am Kapital.* Das zentrale Problem des Kapitalismus ist laut Marx *nicht* die Existenz von Privateigentum oder des Marktes. Privatbesitz gab es schon vor dem Kapitalismus, und ebenso sicher trägt der Kapitalismus eine Menge dazu bei, das Privateigentum unabhängiger Erzeuger_innen zu *zerstören*. Im Kapitalismus kann es unterschiedlichste Formen von Eigentum geben; es kann sogar Mischformen geben (die staatskapitalistischen Regime der UdSSR und Osteuropas sind Beispiele hierfür). Ganz bestimmt ist der Markt wesentlich für den Kapitalismus. Doch Marx' Kritik am Kapital geht über die bloße Existenz des Marktes hinaus; sie richtet sich gegen das, was den Markt erst möglich macht. Und was den allgemeinen Arbeits- und Warenmarkt ermöglicht, ist die Unterordnung der konkreten Arbeitstätigkeit unter eine homogene Form von Arbeit, unter die *abstrakte* Arbeit.

Das zentrale Problem des Kapitalismus besteht darin, dass er eine Gesellschaft hervorbringt, in der Wert (im Sinne von in Geld gemessenem Wohlstand) zum Zwecke einer weiteren Wertsteigerung akkumuliert wird. Der Antrieb zur Wertsteigerung wird somit zum Ziel *an sich*. Die Schlüsselfrage ist daher: *Woher* kommt dieser Antrieb? Grund hierfür ist die »besondere soziale Form«, die Arbeit im Kapitalismus annimmt. (Vgl. MEW 23: 201ff.) Man schreibt Marx häufig zu, gesagt zu haben, dass Arbeit der Ursprung allen Werts ist. Doch das ist streng genommen nicht richtig. Nicht jede Arbeit, sondern nur eine bestimmte *Form*

von Arbeit schafft Wert. Die Form der Arbeit, die Wert schafft, ist die abstrakte, homogene, undifferenzierte Arbeit. Konkrete Arbeit schafft Gebrauchswerte, während abstrakte Arbeit Tauschwerte schafft, die Erscheinungsform von Wert. Wie die US-amerikanische marxistische Humanistin Raya Dunayevskaya es 1958 in *Marxism and Freedom* ausdrückte, ist die Grundlage der Marxschen Kritik am Kapital keine Arbeitswerttheorie, sondern vielmehr eine Werttheorie der Arbeit (vgl. Dunayevskaya 2000).

Doch was bedeutet die Aussage, abstrakte Arbeit sei Ursprung und Wesen des Werts? Wie wird konkrete Arbeit, die Gebrauchswerte schafft, der abstrakten Arbeit untergeordnet? Abstrakte Arbeit – und Wertschaffung insgesamt – wird durch eine besondere Modalität der *Zeit* zum übergeordneten Prinzip des Kapitalismus. Der Wert einer Ware wird nicht durch den tatsächlichen Umfang von Zeit bestimmt, der es bedarf, um diese zu produzieren; sonst würden die Arbeiter_innen dazu angehalten, lieber langsamer zu arbeiten als schneller. Stattdessen wird der Wert durch die *durchschnittlich* zur Produktion *notwendige* Zeit bestimmt. Ein Beispiel: Wenn Arbeiter_innen in Deutschland ein Auto in 24 Stunden bauen, während ihre chinesischen Kolleg_innen für ein vergleichbares Modell 16 Stunden benötigen, dann schaffen diese zusätzlich von den deutschen Arbeiter_innen geleisteten acht Stunden keinen Wert. Marx schreibt, »daß, was den Wert bestimmt, nicht die Zeit ist, in welcher eine Sache produziert wurde, sondern das Minimum von Zeit, in welchem sie produziert werden kann« (MEW 21: 96). Dieses Minimum an Zeit wird hinter dem Rücken der produzierenden Arbeiter_innen festgelegt und tritt selbst nur durch die Gesetze der Konkurrenz in Erscheinung. Aus diesem Grund dominiert abstrakte Arbeit die konkrete Arbeit, weil nicht die tatsächliche Arbeitszeit die Warenproduktion bestimmt, sondern die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit.

Hierin liegt der Schlüssel für die übermächtige Herrschaft des Kapitals. Da sich das Minimum an Arbeitszeit, das notwendig ist, um eine Ware auf dem Weltmarkt zu produzieren, im Wettbewerb offenbart, werden die Arbeiter_innen ungeachtet ihrer Bedürfnisse und physischen Fähigkeiten gezwungen, sie auch in dieser Zeit herzustellen. Die Tyrannei der abstrakten universellen Arbeitszeit führt so zu einer Entfremdung der Arbeiter_innen, nicht nur von dem Produkt ihrer Arbeit, sondern auch von ihrer Produktionstätigkeit. Wie Marx so trefflich formulierte: »Die Zeit ist alles, der Mensch ist nichts mehr, er ist höchstens noch die Verkörperung der Zeit. Es handelt sich nicht mehr um die Qualität. Die Quantität allein entscheidet alles. Stunde gegen Stunde, Tag gegen Tag«.

(ebenda: 85) Der Kapitalismus übernimmt, was unsere Spezies auszeichnet – die Fähigkeit Zeit frei und bewusst zur Deckung unserer sinnlichen und spirituellen Bedürfnisse zu organisieren –, und macht uns stattdessen zu Gefangenen der Zeit. Die Zeit steht uns gegenüber, wie eine weitere Person, wie eine Kraft, die unsere Subjektivität einer Abstraktion unterwirft. *Dies ist das zentrale Problem des Kapitalismus.*

Sobald der zentrale Widerspruch des Kapitalismus einwandfrei erkannt ist, kann bestimmt werden, wie die postkapitalistische Gesellschaft notwendigerweise beschaffen sein muss, um den Kapitalismus zu ersetzen. Marx zufolge kann der Ausstieg aus dem Kapitalismus erst dann gelingen, wenn die Produktion um der bloßen Werterzeugung willen abgeschafft wurde. Die Werterzeugung kann erst dann beendet werden, wenn die Unterscheidung in den Kategorien konkreter und abstrakter Arbeit aufgehoben wurde. Denn letztlich ist abstrakte Arbeit das Wesen des Werts. Wenn sie aufhört zu existieren, wird auch die Werterzeugung aufhören zu existieren.

Doch was muss getan werden, um die Gesellschaft von abstrakter Arbeit zu befreien? Da die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit die Kraft ist, »mit der die unglaubliche Transformation aller konkreten Arbeit in eine abstrakte Masse erfolgt« (Dunayevskaya 1965), wird abstrakte Arbeit in dem Augenblick wegfallen, in dem gesellschaftlich notwendige Arbeit nicht länger als Maß sozialer Beziehungen gilt. In einer sozialistischen Gesellschaft wird die *tatsächliche* Arbeitszeit nicht länger von der *gesellschaftlich notwendigen* Arbeitszeit bestimmt. Die Ausübung konkreter Handlungen zur Produktion von Gebrauchswerten wird als einzig wahres Maß gesellschaftlicher Existenz dienen. Dann wird nicht länger eine Kraft hinter unserem Rücken agieren, die unser Tun als sinnlos oder unproduktiv erscheinen lässt, wenn wir abstrakte Standards nicht einhalten. Die Diktatur der Zeit wird durch frei begründete Produktionsverhältnisse und menschliche Beziehungen zerschlagen werden, in denen »Zeit zum Raum für menschliche Entwicklung wird« (ebenda).

4.

Dieses Ziel ist natürlich weder leicht zu formulieren, geschweige denn in die Praxis umzusetzen. Kein Wunder also, dass sich frühere Generationen mit einer viel einfacheren Sicht auf den Sozialismus zufrieden gegeben haben. Aber wir können nicht von der Vergangenheit zehren. Wir müssen mit den Gegebenheiten *unserer* Zeit klar kommen. Diese machen schmerzhaft offensichtlich, wie schwierig, wenn nicht gar unmöglich es

ist, Massenaktionen gegen dieses System hervorzurufen, solange kein gangbares Konzept dafür vorliegt, was für eine Art von Gesellschaft es ersetzen soll. Dieser Gedanke weist geradewegs auf die Notwendigkeit einer Neuformulierung des Problems der Organisation.

Die Lage in Griechenland 2015 verdeutlicht dies. Wenngleich einige aus der radikalen Linken die Partei *Synaspismos Rizospastikis Aristeras* (Syriza) dafür kritisiert haben, antikapitalistische Maßnahmen nicht in ausreichendem Maße zu unterstützen, ist dies doch in gewisser Weise unfair. Syriza wurde nicht gewählt, um eine Alternative zum Kapitalismus zu liefern, sondern um eine Alternative zu der von der EU verordneten Austeritätspolitik vorzulegen. David Black schrieb: »Die Stärke der Position Syrizas beruht zum Teil auf ihrer kontinuierlichen internationalistischen Perspektive. Syriza vermeidet nicht nur den Weg des ›Sozialismus in einem Land‹, der sich geschichtlich als Sackgasse erwiesen hat, sondern auch eine auf ein Land beschränkte Anti-Austeritätspolitik, indem sie anderen neuen Anti-Austeritätsparteien wie etwa Podemos in Spanien als leuchtendes Beispiel dient.« (Black 2015) Dennoch hat das Ausbleiben einer Perspektive zur Überwindung des Kapitalismus entscheidende Auswirkungen – in Griechenland wie anderswo. Dies hat der ehemalige Finanzminister von Syriza, Yanis Varoufakis, vor seinem Amtsantritt in einer Rede explizit angesprochen, als er sagte: »Für Radikale stellt sich damit die Frage so: Sollten wir diese Krise des europäischen Kapitalismus als willkommene Gelegenheit betrachten, ihn durch ein besseres System zu ersetzen? Oder sollte uns diese Krise so sehr beunruhigen, dass wir mit allen Kräften versuchen, den europäischen Kapitalismus zu stabilisieren?

Für mich ist die Antwort klar. Dass die Krise Europas einer Alternative zum Kapitalismus zum Durchbruch verhilft, ist viel unwahrscheinlicher, als dass sie bedrohliche rückschrittliche Kräfte entfesselt, die eine humanitäre Katastrophe herbeiführen können, welche die Hoffnung auf jeglichen Fortschritt auf Generationen hinaus zunichtemachen kann.« (Varoufakis 2015) Da die griechische Linke (und was dies betrifft, die Linke überhaupt) nicht wirklich weiß, wie ein für unsere Zeit angemessenes Sozialismuskonzept formuliert werden müsste, ist das Beste, worauf man derzeit hinarbeiten kann, dabei zu helfen, die *Europäische Union* (EU) vor der Bedrohung durch neofaschistische Kräfte zu retten. Varoufakis' Meinung nach, »muss sich die Linke eingestehen, dass wir derzeit nicht darauf vorbereitet sind, die Kluft, die sich mit dem Zusammenbruch des europäischen Kapitalismus auftun würde, mit einem funktionierenden sozialistischen System zu schließen« (ebenda).

Varoufakis weist uns auf ein *objektives* Problem hin – nämlich dass das Fehlen einer klaren Idee davon, was es für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft braucht, der Linken anscheinend nur die Option lässt, entweder den Kapitalismus vor sich selbst zu retten oder aber in der politischen Bedeutungslosigkeit zu versinken. Er argumentiert daher, dass Syriza keine andere Möglichkeit bleibt, als auf Ersteres zu setzen, in der Hoffnung, so ein wenig Zeit zu gewinnen, damit irgendwer, irgendwo ergründet, was es bedeutet, eine wirklich sozialistische Gesellschaft aufzubauen.

Wenn aber die Formulierung der positiven Inhalte einer möglichen sozialistischen Gesellschaft ausbleibt, was nützt es dann, auf den Aufbau von Parteien und Organisationen zu setzen, die auf die Übernahme der Staatsmacht abzielen? Woher sollen sie wissen, was nach einer Machtübernahme zu tun ist, wenn ein solches Konzept fehlt? Reduziert dies die Rolle von Parteien auf das Ergreifen defensiver Maßnahmen, um die Stellung zu halten? Und wenn ja, warum dann eher mutmaßlich antikapitalistische Parteien unterstützen als andere? Und was würde es wiederum bringen, auf den Versuch einer Machtübernahme zu verzichten und sich stattdessen zu bemühen herauszufinden, was es bedeutet, im 21. Jahrhundert eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen? Können wir es uns wirklich leisten, den spontanen Aktionen der Massen die volle Verantwortung dafür aufzubürden, eine Vision der konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse zu entwickeln, die notwendig sind, um die kapitalistische Wertproduktion zu überwinden? Es steht außer Frage, dass neben den spontanen Aufständen auch andere Formen der Organisation notwendig sind, um die schwierigen theoretischen Fragen zu klären, die durch die Praxis allein nicht zu lösen sind. Aber warum weiterhin die Rolle solcher Organisationen im Sinne einer politischen Machtübernahme definieren, wenn es aktuell gerade einmal den Ansatz einer Idee davon gibt, wie wir heute einen Ausstieg aus dem Kapitalismus gestalten können?

Das Organisationskonzept der früheren sozialistischen und kommunistischen Bewegungen beruhte auf der Annahme, dass »die Partei« notwendig sei, um die Massen zugunsten eines bereits bekannten Ziels zu mobilisieren. Aber jetzt, da wir wissen, dass dieses Ziel selbst ungeeignet war, erhält Organisation eine andere Bedeutung. Die Idee einer einzigen Führungspartei ist dadurch obsolet. Wir brauchen vielmehr eine Vielzahl von Organisationen, die unterschiedliche Bedürfnisse und Interessen vertreten, sich aber an einem *gemeinsamen* Ziel orientieren. Notwendig sind Organisationen, die als Zentren organisierten *Denkens*

fungieren – Orte, an denen Menschen aus unterschiedlichen Kontexten zusammenkommen können, um kollektiv eine philosophisch begründete Alternative zum Kapitalismus auszuarbeiten. Das Maß, in dem solche Organisationen bei Wahlen oder auf anderen Wegen um die politische Macht streiten, hängt von den lokalen Gegebenheiten ab. Aber es scheint kaum der Mühe wert, unsere Kräfte in den Aufbau von Organisationen zu stecken, deren zentrale Aufgabe und Zielsetzung nicht die Entwicklung einer klaren, verständlichen und umsetzbaren Alternative zum Kapitalismus ist.

Anstatt uns zu fragen, welche Organisationsform am besten zur Machtübernahme geeignet ist, sollten wir uns lieber fragen, welche Organisationsform am besten dazu geeignet ist, eine Antwort darauf zu geben, was nach dem Kapitalismus kommt – als notwendiges *Präludium* (Vorspiel) vor der Machtübernahme. Die herrschenden Klassen werden sich schließlich nicht kampfflos ergeben. Man *muss* ihnen die politische Macht entziehen, ebenso wie ihre Eigentumsrechte. Doch dies zu erreichen, ist nur ein erster Schritt in einem längeren revolutionären Prozess. Sofern wir keine Vision dafür entwickeln und formulieren, was das *Ziel* dieses Prozesses sein soll, wird es schwer werden, Massen von Menschen mit dem Selbstvertrauen auszustatten, dass die bestehende Gesellschaft gründlich umgestaltet werden kann. Wie Kosik argumentierte, formen wir unsere Gegenwart auf der Grundlage unseres Konzepts der Zukunft (vgl. Kosik 1976). Dies gilt sowohl für Organisationsformen als auch für andere Formen von Zusammenschlüssen. Die Zeit ist reif, die Mauern einzureißen, die die politische Organisation von der philosophischen Aufgabe trennen, eine Alternative zum Kapitalismus zu formulieren.

Literatur

- Anweiler, Oskar (1974): *The Soviets: The Russian Workers, Peasants, and Soldiers Councils, 1905-21*, New York.
- Black, David (2015): *Syriza's Greek Spring: Buying Time by »Saving Capitalism from Itself«*, unter: <http://www.internationalmarxisthumanist.org/articles/syrias-stormy-greek-spring-buying-time-saving-capitalism-david-black> (letzter Aufruf: 29.10.2015).
- Dunayevskaya, Raya (1965): *Marx's Humanism Today*, in: Fromm, Erich (Hrsg.): *Socialist Humanism*, New York.
- Dunayevskaya, Raya (2000): *Marxism and Freedom*, Atlantic Highlands.
- Hawel, Marcus/Kalming, Stefan (2014): *Politische Lernprozesse. Zur schwierigen*

- Rolle der kritischen Intellektuellen in sozialen Bewegungen, in: dies. (Hrsg.): Bildung mit links! Gesellschaftskritik und emanzipatorische Lernprozesse im flexibilisierten Kapitalismus, Hamburg, S. 16-33.
- Hudis, Peter (2013): *Marx's Concept of the Alternative to Capitalism*, Chicago.
- Kosik, Karel (1976): *Dialectics of the Concrete*, Dordrecht.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich: *Werke*, Berlin (Ost), 1956 ff. (zit. als MEW Band: Seite)
- Lenin, Vladimir Iljitsch: *Werke*, Berlin (zit. als LW Band: Seite)
- Lukács, Georg (1923): *Geschichte und Klassenbewusstsein. Studien über marxistische Dialektik*, Berlin.
- Luxemburg, Rosa: *Werke*, Berlin (Ost), 1970 ff. (zit. als LGW Band: Seite)
- Luxemburg, Rosa (1991): *Zur Lage in der russischen Sozialdemokratie*, in: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK)*, Band 27, H. 3, 1991.
- Solomon, M. (1967): *The Workers' Movement and the Formation of Bolshevism and Menshevism*, Chicago
- Varoufakis, Yanis: *How I Became an Erratic Marxist*, unter: <https://www.wsws.org/de/articles/2015/02/24/varo-f24.html> (letzter Aufruf: 28.10.2015).

3. Hybride Lernräume – Keimformen einer verändernden Praxis?

Gregor Kritisidis

Quadratur des Kreises

Die Linke und das Regime der Troika in Griechenland

»Wer die Welt verändern will, sollte sich ein zutreffendes Bild
von ihr machen.«

Fritz Lamm

»Das griechische Volk ist seltsam.
Es isst PASOK und schießt SYRIZA.«

Graffiti in Athen

Die Verhandlungen zwischen Griechenland und den Staaten der *Europäischen Union* (EU) sowie dem *Internationalen Währungsfond* (IWF) haben gute Chancen, als gleichermaßen tragisches wie absurdes Theater in die Geschichte einzugehen. Die griechische Regierung war Ende Januar 2015 mit dem Vorhaben angetreten, in einem »ehrenhaften Kompromiss« das Austeritätsdiktat der Gläubiger des Landes zu überwinden und einen Schuldenschnitt zu erreichen. Sie lehnte, nachdem sie Monate lang hingehalten wurde, die Forderungen der Gläubiger kurz vor Ablauf der im Februar geschlossenen Übergangsvereinbarung ab. Sie setzte ein Referendum an, bei dem mit überwältigender Mehrheit ihre ablehnende Haltung bestätigt wurde. Unmittelbar nach dem Referendum lud sie die Verlierer des Referendums, die bis Januar 2015 regierenden Parteien, zu einer Sitzung ein, um das Vorgehen bei den folgenden Verhandlungen mit den Gläubigern abzustimmen. Das Papier, das die griechische Regierung schließlich Brüssel unterbreitete, war maßgeblich von französischen Beamt_innen mitformuliert worden und deckte sich weitgehend mit dem Vorschlag der Gläubiger, der zuvor von der Bevölkerung mehrheitlich zurückgewiesen worden war. Dieser Vorschlag wurde jedoch auf Betreiben der deutschen Bundesregierung abgelehnt, und die griechische Regierung unterwarf sich einem Diktat, das einer bedingungslosen Kapitulation gleichkam.¹ (vgl. Chilas 2015) Gleichzeitig erklärte der IWF als Teil der Gruppe der Gläubiger, dass ein Schuldenschnitt unum-

¹ Bezeichnend ist die Formulierung: »Die Regierung muss die Institutionen zu sämtlichen Gesetzesentwürfen in relevanten Bereichen mit angemessenem Vorlauf konsultieren und sich mit ihnen abstimmen, ehe eine öffentliche Konsultation durchgeführt oder das Parlament befasst wird.« (*Süddeutsche Zeitung* vom 14.7.2014).

gänglich ist, da die Schuldentragfähigkeit Griechenlands nicht gegeben sei. Die deutsche Bundesregierung hingegen lehnte einen Schuldenschnitt ab, erklärte aber eine Beteiligung des IWF für zwingend erforderlich. Gleichzeitig ist allen Beteiligten uneingestanden klar gewesen, dass die Austeritätspolitik, gemessen an den offiziellen Zielen, gescheitert ist und der neue Kreditvertrag weder für Griechenland noch für die Eurozone eine dauerhafte Perspektive beinhaltet.

Wenn der Tragödie im antiken Griechenland die Funktion der Katharsis zukam, so kann die Analyse dieses absurden Trauerspiels der Gegenwart zur politischen Klärung beitragen. Denn die Ereignisse des ersten Halbjahres 2015 sind Ausdruck sowohl der widersprüchlichen Verhältnisse und historischen Entwicklungsdynamiken in Griechenland als auch in der EU und darüber hinaus. Die Ereignisse des Sommers 2015 haben in aller Schärfe eine Reihe von Fragen aufgeworfen: Warum hat die griechische Regierung das Ziel der Überwindung der Austeritätspolitik aufgegeben und das Verbleiben Griechenlands innerhalb der Euro-Zone zum zentralen Kriterium ihrer Politik gemacht? Denn selbst wenn man in Betracht zieht, dass angesichts der von der *Europäischen Zentralbank* (EZB) mittels Deckelung der sogenannten ELA-Kredite (*Emergency Liquidity Assistance*) erzwungenen Bankenschließung die Ökonomie vor einem Kollaps stand: Warum hat sie diese Möglichkeit nicht vorausgesehen und ernsthaft einen »Plan B« vorbereitet, um die Kontrolle über die Geldpolitik zu erlangen und das Druckmittel der Einstellung des Schuldendienstes gegenüber den Gläubigern einsetzen zu können? Mit welcher Perspektive wäre ein politischer und ökonomischer Bruch mit den realen Mächten in der EU verbunden?

Aber auch für die breite Mehrheit der Bevölkerung nicht nur in der europäischen Peripherie stellen sich weitreichende Fragen: Kann die Austeritätspolitik in Europa, kann das »System Schäuble« überwunden werden, ohne eine Zerstörung der europäischen Einheit hervorzurufen? Gibt es überhaupt Bindekräfte innerhalb der EU jenseits der neoliberalen Marktordnung? Ist die Perspektive eines sozialen und demokratischen Europas angesichts der weltweiten sozialen Transformationsprozesse und der damit verbundenen Migrationsbewegungen überhaupt noch eine »konkrete Utopie« im Sinne Ernst Blochs? Oder handelt es sich nicht vielmehr um eine ohnehin erodierende Integrationsideologie, deren Funktion vor allem darin besteht, davon abzuhalten, alternative Wege aus einem sich radikalisierten kapitalistischen Krisenregime auszuloten und wirksamen Widerstand dagegen zu organisieren? Diese Fragen sind unmittelbar mit der Frage verknüpft, wie kollektive Lern-

prozesse im Sinne eines »transformativen Lernens« (vgl. Kohler 2014; Kokkos 2015) organisiert werden können. Die sozialen Bewegungen in Griechenland bilden in dieser Hinsicht eine Fülle von Anschauungsmaterial. Können wir von ihnen lernen, und wenn ja, was?

Es wäre vermessen, alle diese Fragen im Rahmen eines Aufsatzes auch nur ansatzweise behandeln zu wollen. Ich möchte aber versuchen, zu ihrer Beantwortung einige Überlegungen beizusteuern, die insbesondere die spezifischen griechischen Verhältnisse als Aspekte der europäischen Krise in den Mittelpunkt rücken, denn es wäre unproduktiv, aus den Entwicklungen in Griechenland unzutreffende Schlussfolgerungen für die Verhältnisse in anderen Ländern abzuleiten.²

Griechenland als Einzel-, Sonder- und Testfall

Zu Beginn der Staatsschuldenkrise galt Griechenland als Einzelfall. Nachdem sich in Irland, Portugal, Spanien, Italien und Zypern eine ähnliche Dynamik von Wirtschafts- und Bankenkrise sowie einem Ansteigen der Staatsverschuldung entwickelt hatte, musste diese Einzelfallthese jedoch in eine Sonderfallthese umgewandelt werden. Die Krise der staatlichen Verschuldung in der Peripherie der Eurozone wurde dabei aus dem Kontext der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise herausgelöst und der »Sonderfall Griechenland« als eine besonders schwere Abweichung von der »normalen« Abweichung der sogenannten PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien und Griechenland sowie Spanien) von der ökonomischen Entwicklung, quasi als eine Mischung von »südeuropäischem Schlandrian« und »balkanischer Vetternwirtschaft« gedeutet. Auf diese Weise wurde auch zu erklären versucht, warum die von der EU und dem IWF verordnete Austeritätspolitik in Griechenland nicht in gleichem Maße von Erfolg gekrönt gewesen sei wie in den anderen PIIGS-Staaten und sich zu einem dauerhaften Krisenherd in der EU entwickelt habe.³

Eine derartige Mythenbildung zielt offenkundig im Kern darauf, die durch den »Fall Lehman-Brothers« aufgeworfenen Fragen nach den systemimmanenten Ursachen der ökonomischen Krise auf ein ungefährlicheres Terrain zu verlagern. Dennoch ist das Deutungsmuster eines

² Im Weiteren stütze ich mich vor allem auf meine Analysen der letzten Jahre (vgl. Kritisidis 2014a, b, 2015a).

³ Im Kern ist die Austeritätspolitik überall desaströs, abhängig vom Umfang und der Dauer der Maßnahmen (vgl. Phillips 2014) .

»Sonderfalls Griechenland« nicht vollkommen unbegründet. In der Tat weist Griechenland in seiner ökonomischen, sozialen und politischen Struktur einige Besonderheiten auf, die es von den anderen Ländern der Eurozone unterscheidet: Die staatlichen Strukturen in Griechenland sind verhältnismäßig schwach entwickelt, die soziale Integrationsfähigkeit des Staates ist – verglichen mit anderen Staaten der EU oder des globalen Nordens – gering, das Steuersystem ist löchrig und von großen Ungleichheiten gekennzeichnet, ebenso bleiben viele Gesetze aufgrund mangelnder Kontrollen und eines unzureichenden staatlichen Durchsetzungswillens weitgehend auf dem Papier. Gleichzeitig hat der Staat eine große ökonomische Bedeutung als Auftrag- und Arbeitgeber, aber auch als Eigentümer von Unternehmen. Die Funktions- und Steuerungsdefizite haben zweifelsohne Griechenland dafür prädestiniert, in den Fokus der Finanz- und Schuldenkrise und in die Rolle des »schwarzen Schafes« zu geraten. Die These, dass die »Modernisierungsdefizite« der griechischen Gesellschaft und ihres Staatswesens für das Ausmaß der Krise, ja für die Krise selbst ursächlich seien, ist jedoch unzutreffend.⁴

Die Krise in Griechenland ist ein Ausdruck der weltweiten kapitalistischen Krisendynamik und lediglich ihre lokale Ausprägung. Zudem ist Griechenland nicht aufgrund seiner gesellschaftlichen Rückständigkeit in den Fokus der Krisenbetrachtung gerückt, sondern wegen seiner Modernität. Gerade weil die staatlichen Regulierungen teils inkonsistent, teils unwirksam sind, konnte die neoliberale Modernisierung weitgehend ungebremst durchgesetzt werden. In Griechenland haben sich die ökonomischen und sozialen Widersprüche aufgrund der Schwäche staatlicher und institutioneller Organisation in besonderem Maße entfalten können. Griechenland ist nicht aus Mangel an Deregulierungen im Brennpunkt der Krise, sondern weil die Ökonomie bereits zu Beginn der »Strukturreformen« in den 1990er Jahren nur wenig reguliert wurde. Zugespitzt gesagt: Was wir in Griechenland beobachten können, ist die Entfaltung eines ungebremsten Kapitalismus in seiner reinsten Form – mithin das, was mit den allseits geforderten »Strukturreformen« überhaupt erst hergestellt werden soll. Nicht die Moderni-

⁴ In Politik und Medien hat vor allem die Losung eines »notwendigen Mentalitätswandels« der griechischen Bevölkerung Verbreitung gefunden. Das ist insofern kurios, als es in Deutschland – sieht man einmal von Norbert Elias ab – eigentlich keine Begriffsbildung dazu gibt. Fragt man nach, was denn mit Mentalitäten gemeint ist, bekommt man die erstaunlichsten Antworten. In der politischen Soziologie wird die Diskussion der griechischen Gesellschaftsstrukturen weitgehend unter dem Begriff des Klientelismus geführt. (Vgl. Stergiou 2015)

sierungsdefizite haben Griechenland zum Sonderfall gemacht, sondern die ungebremsste neoliberal-kapitalistische Modernisierung hat die gesellschaftspolitischen Konflikte in Griechenland in besonders scharfer Form hervortreten lassen. Und aus Sicht der Gläubiger hat sich Griechenland aufgrund der Schwäche seiner sozialen und politischen Eliten als ideales Testfeld zur Umsetzung einer neoliberalen Schocktherapie qualifiziert. Dieses »Schicksal« teilt das EU-Land mit Ländern aus dem *global south* wie zum Beispiel Argentinien, wenngleich auf einem noch deutlich höheren Niveau.

Aus diesem Grund sind die sozialen und politischen Entwicklungen in Griechenland und insbesondere die der sozialen Bewegungen von besonderen Interessen, sind sie doch der zugespitzte Ausdruck von gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen in der gesamten EU. Mehr noch: Die Verhandlungen zwischen der griechischen Regierung und den Staaten der Eurozone haben diese Konflikte auf die europäische Ebene gehoben und den Charakter der Vergesellschaftung in der EU und insbesondere der Euro-Zone aller idealistischen Verschleierungen entkleidet.

Die Eurozone – eine »Fehlkonstruktion«?

Der zentrale theoretische Konflikt, der mit der Griechenland-Krise im Sommer 2015 aufgeworfen worden ist, kreist um die Frage, ob die Euro-Zone eine »Fehlkonstruktion« ist. Nach vorherrschender, auch von linken Intellektuellen insbesondere in Deutschland geteilten, Einschätzung stellt die Euro-Zone einen wesentlichen Integrationsfortschritt dar, hinter den eine – wie auch immer verstandene – progressive Politik aus politischen und ökonomischen Gründen unter keinen Umständen zurückfallen dürfe. Oder mit den Worten der deutschen Bundeskanzlerin gesprochen: Scheitert der Euro, scheitert Europa. (vgl. Hickel 2015; Nölke 2015)

Diese Position ist insofern überraschend, als noch in den 1990er Jahren etwa von gewerkschaftsnahen und linken Intellektuellen die Einführung des Euro als den Interessen der abhängig Beschäftigten entgegengesetzt betrachtet wurde. Angesichts der unterschiedlichen Produktivitätsniveaus führe eine Einheitswährung dazu, dass die Prozesse der Deindustrialisierung in den wirtschaftlich schwächeren Ländern beschleunigt und der Druck auf die Arbeits- und Lebensbedingungen zunehmen werde. Da für die wirtschaftlich schwächeren Länder

die Möglichkeit entfiel, durch eine Abwertung der eigenen Währung die Importe relativ zu verteuern – von Importzöllen auf Luxusgüter wie Autos ganz zu schweigen – und die Exporte gegenüber den Handelspartnern zu verbilligen, verbleibe als Anpassungsinstrument vor allem die Lohnpolitik, das heißt eine Senkung des Lohn- und Sozialleistungsni-
 veaus. Der durch die gemeinsame Währung strukturell erzwungene Sozialabbau in der europäischen Peripherie werde in der Folge auch den Druck auf die sozialen Standards in Zentraleuropa erhöhen und die Gewerkschaften insgesamt schwächen. (vgl. Busch 1992, 1993)

Diese Analyse hat sich in den letzten Jahren bestätigt. Alle Staaten, die im Zuge der Staatsschuldenkrise in Turbulenzen gerieten, weisen eine Gemeinsamkeit auf: die einer negativen Handels- und Leistungsbilanz gegenüber den Staaten mit starken Exportsektoren in Zentraleuropa. Denn während etwa Portugal und Griechenland bereits vor der Krise 2008 eine hohe Staatsverschuldung aufwiesen, gilt das etwa für Spanien und Irland nicht, im Gegenteil: Irland galt als »keltischer Tiger« und damit als neoliberales Musterland mit einer relativ niedrigen Staatsverschuldung. (vgl. Galenianos 2015)

Die Schuldenkrise der europäischen Peripherie ist im Kern das Gegenstück zu den Leistungsbilanzüberschüssen der Staaten Kerneuopas und als solche Ausdruck der Defizitkreisläufe innerhalb der EU. (vgl. Konicz 2015) Es wäre allerdings vermessen, in diesem Zusammenhang von einer Fehlkonstruktion der Währungsunion zu sprechen. Die gemeinsame Währung war von Beginn an als Instrument zur Stärkung der zentraleuropäischen Exportindustrien konzipiert. Der Anspruch, eine »Konvergenz« der europäischen Nationalökonomien zu erreichen, gehörte zur politischen Legitimation der gemeinsamen Währung. Die umfangreichen Mittel zur Strukturförderung bildeten dabei ebenso einen Anreiz für die wirtschaftlichen und politischen Eliten der Staaten der Peripherie wie der Zugang zu günstigen Krediten.

Es ist daher abwegig, wenn nun etwa im Fall Griechenlands die negativen ökonomischen Auswirkungen eines Ausscheidens aus der Eurozone hervorgehoben werden. Faktisch hat bis auf die griechische Handelschiffahrt, die ohnehin global operiert und ihre Geschäfte überwiegend in Dollar abwickelt, der Beitritt zur Währungsunion für alle Sektoren der griechischen Ökonomie erhebliche Wettbewerbsnachteile zur Folge gehabt. Das gilt nicht nur für den Tourismus, sondern auch für die Industrie und die Landwirtschaft, deren Verflechtung mit den Ländern des Balkans und des östlichen Mittelmeers wesentlich größer ist als die mit den Staaten der Eurozone. Es ist bezeichnend, dass viele

nordgriechische Industrieunternehmen ihre Produktion in benachbarte Staaten außerhalb der Eurozone verlagert haben, obwohl in den letzten fünf Jahren die Vorgaben der Gläubiger zu dramatischen Lohnsenkungen geführt haben.

Besonders abwegig ist im Zusammenhang mit der Debatte über die Eurozone die Behauptung, bei einer Rückkehr zu einer eigenen Währung würde die Abwertung der neuen Währung gegenüber Euro und Dollar dazu führen, das Griechenland nicht mehr in der Lage sei, den Schuldendienst zu leisten. Abgesehen davon, dass dies schon seit 2010 ohne öffentliche Kredite der anderen Staaten der Euro-Zone nicht mehr Fall ist: Auch die von den Gläubigern verfolgte innere Abwertung hat diesen Effekt, allerdings mit vollkommen desaströsen Folgen für die Ökonomie. Es gehörte und gehört zu den zentralen Elementen aller Konzeptionen für eine Überwindung der Austeritätspolitik, eine expansive, antizyklische Wirtschaftspolitik mit der Forderung nach einer zumindest teilweisen Streichung der Schulden zu verbinden. Auf gleicher Ebene liegt auch das Argument, durch die Einführung einer eigenen Währung würden sich die Importe etwa für Energie und Medikamente derart verteuern, dass viele Menschen sich diese nicht mehr leisten könnten. Auch das ist bereits jetzt schon für einen großen Teil der Bevölkerung als Folge der Steuererhöhungen, der Lohn- und Rentenkürzungen sowie der Zerstörung des Gesundheitssystems der Fall.

Abgesehen von den vorübergehenden negativen wirtschaftlichen Auswirkungen, die ein Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone mit sich brächte, würde eine Währungsabwertung ökonomisch mittelfristig positive Wirkungen entfalten. Diese Option ist jedoch, sieht man einmal von den gegensätzlich motivierten Überlegungen Wolfgang Schäubles und Yannis Varoufakis' ab, aus unterschiedlichen Gründen weder seitens der Gläubiger noch der griechischen Regierung in Erwägung gezogen worden. Die Gründe dafür sind sowohl aus Sicht der Staaten der Euro-Zone, als auch der griechischen Regierung nicht im engeren Sinne ökonomischer, sondern politisch-ökonomischer Natur: Die Staaten der Eurozone wollten ihre Krisenpolitik unter allen Umständen fortsetzen, abweichende Vorstellungen bekämpfen und ihre Umsetzung unterbinden. Aber auch aus Sicht der griechischen Regierung gab es Gründe, den Konflikt mit den Staaten der Eurozone nicht bis zum Äußersten zuzuspitzen und ein Ausscheiden aus der Eurozone zu provozieren, nicht weil, sondern obwohl die wirtschaftlichen Konsequenzen eines Verbleibens in der Eurozone für die griechische Ökonomie äußerst nachteilig sind. Die griechische Regierung fürchtete die politischen Turbulenzen in Grie-

chenland und die negativen Reaktionen seitens der europäischen Staaten. Auf dieses Problem hat der ehemalige Finanzminister Varoufakis mit der Aussage angespielt, es wäre zwar besser gewesen, wenn Griechenland nicht der Eurozone beigetreten wäre, politisch sei es aber zu riskant, die Perspektive eines Ausscheidens zu verfolgen. Im Kern ging es um die Frage, über welche Machtressourcen die griechische Regierung verfügt, um sich in einen langfristigen Konflikt mit den herrschenden Klassen in Europa zu behaupten.

Austerität als politisches Regime

Die von den Gläubigern verordnete Politik hat den wirtschaftlichen Ungleichgewichten innerhalb der Euro-Zone und insbesondere der ökonomischen Situation Griechenlands durchaus Rechnung getragen, wenn auch nach neoliberaler Logik. Das Programm der »inneren Abwertung« war und ist eine logische Konsequenz aus der Mitgliedschaft Griechenlands in der Eurozone: Da die Geldpolitik supranational über die EZB organisiert und das Instrument der Wechselkurspolitik nicht mehr vorhanden ist, blieb und bleibt als Anpassungsvariable nur die Lohnpolitik übrig. (vgl. Windels 2011) Die negativen Handelsbilanzen wurden in der Vergangenheit durch gigantischen Kapitalexport lange Zeit überdeckt. Solange die griechische Wirtschaft dank umfangreicher Investitionen in die Infrastruktur wuchs, stellte die wachsende Schieflage der Leistungsbilanz und die zunehmende private wie öffentliche Verschuldung kein Problem dar. Schließlich platzte die Blase, als mit dem griechischen Bankenrettungspaket die Staatsschulden exorbitant anstiegen. (vgl. Roth 2013) Die Refinanzierungskrise des griechischen Staates bot den Anlass, eine Art Notstandsregime zu etablieren und eine umfangreiche Demontage politischer und sozialer Rechte zu verwirklichen.

Seit dem Abschluss der Kreditverträge vom Mai 2010 zwischen den Staaten der Eurozone sowie dem IWF einerseits und der Republik Griechenland andererseits steht das Land unter Vormundschaft. Die positive demokratische Gestaltung der Gesellschaft mittels des Staates ist mit diesen Verträgen, deren Implementierung bereits vom Verfahren her mehr als fragwürdig ist, quasi suspendiert worden.⁵ Seit 2010 be-

⁵ Mit einfachem Gesetz wurden die Verträge ab dem Zeitpunkt ihrer Unterzeichnung – also rückwirkend – für bindend erklärt. Ein derartiges Verfahren widerspricht dem geltenden griechischen Recht. Eine parlamentarische Debatte über

stimmen die Vertreter_innen der Gläubiger die politische Agenda, und zwar in umfassender Weise. So wurde nicht nur das Budgetrecht des Parlaments vollkommen ausgehebelt. Die Verträge vom Mai 2010 – in Griechenland wird nur von *Mnimonía*, den Memoranden, gesprochen – sowie die darauf folgenden Vereinbarungen zielen auf die drastische Senkung der Masseneinkommen und einer Transformation der gesamten Gesellschaft. Durch die Memoranden wurde und wird genau vorgeschrieben, welche Maßnahmen in welchem Zeitraum zu vollziehen sind. Zur Überwachung dieser Vorgaben wurde mit der Troika eine eigene Institution geschaffen.

Besonders dramatisch waren und sind die Eingriffe in das Tarif- und Arbeitsrecht bis hin zu dessen faktischer Suspendierung. Das Ziel der Reform der öffentlichen Verwaltung oder des Steuersystems gab es zwar dem Anspruch nach, diese Vorhaben standen in der Praxis aber mehr als deutlich hinter der Frage von Budget- und Lohnkürzungen, Steuererhöhungen und Deregulierungen zurück. Das liegt in der Logik des Bündnisses zwischen den Gläubigern und ihren Vertreter_innen einerseits und der griechischen Oberschicht sowie andererseits ihren politischen Repräsentant_innen begründet. Keine griechische Regierung hatte bisher ein Interesse, Vorhaben umzusetzen, die zentrale Interessen der griechischen Oberschicht berühren. Exemplarisch dafür ist die Reform des Steuerwesens, die fast ausschließlich auf die Erhöhung indirekter Steuern sowie der Besteuerung der breiten Masse abzielte. Die Verhandlungen zwischen den griechischen Regierungen und den Gläubigern hatten und haben daher überwiegend steuer-, arbeits-, sozial-, oder tarifrechtliche Fragen zum Gegenstand.

Der Aufschrei »This is a coup«, der nach dem Abkommen im Juli 2015 in den sozialen Netzwerken die Runde um den Globus machte, ist vor diesem Hintergrund nicht ganz zutreffend. Tatsächlich ist die Macht-

das umfangreiche Vertragswerk fand ebenso wenig statt wie eine öffentliche Debatte, zumal der Vertragstext nur in englischer Sprache vorlag. Dieses Muster hat sich beim weiteren Vorgehen durchgesetzt. Der Staatsrechtler Giorgos Kassimatis charakterisiert diese Verträge als eine »Aufhebung der Verfassung« sowie eine »Abtretung von Souveränitätsrechten« (Kassimatis 2011); darüber hinaus kritisiert er eine Reihe von Verstößen gegen das EU- und das Völkerrecht. (vgl. ebenda) Sein Kollege Kostas Chrysogonos spricht von einer »de-facto« Abtretung der Souveränität, da die »Memoranden gleichbedeutend sind mit der Übertragung der Zuständigkeit für die Implementierung und Durchführung der Wirtschafts-, Haushalts- und Sozialpolitik des Landes an die Troika.« (Chrysogonos 2013: 37; vgl. auch Fischer-Lescano 2014, Fisahn 2014)

übernahme der Gläubiger schon 2010 erfolgt. Der von der Regierung *Synaspismos Rizospastikis Aristeras* (SYRIZA) – *Anexartiti Ellines* (AnEI) (Unabhängige Griechen) unternommene Versuch, am Regime der Troika mit demokratisch-parlamentarischen Mitteln substanziell etwas zu ändern, ist mit dem Abkommen vom Juli 2015 gescheitert. Es ist nicht gering zu schätzen, dass die griechische Regierung in den Verhandlungen mit den Gläubigern versucht hat, die Kreditverträge wieder auf eine staats-, EU- und völkerrechtliche Ebene zu verlagern, etwa durch die Einbindung des EU-Parlaments oder die Internationale Arbeitsorganisation. Die Verlagerung der Kreditabkommen, überhaupt von staatlichen Verträgen auf eine privatrechtliche, quasi außerhalb des internationalen öffentlichen Rechts stehende Ebene, ist ein Charakteristikum neoliberaler Politik und Ausdruck weitgehender politischen Willkür.⁶

Wirtschaftliche und soziale Folgen der Schocktherapie

Die Maßnahmen der Troika haben sich sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer Hinsicht desaströs ausgewirkt. Durch die Politik der inneren Abwertung ist die Ökonomie in eine deflationäre Abwärtsspirale gestoßen worden. Die Steuereinnahmen sinken trotz massiver Steuererhöhungen, und der Schuldenberg steigt sowohl in absoluten Zahlen als auch relativ zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Außerhalb von Kriegszeiten hat es eine derartige wirtschaftliche Zerstörung in einem ökonomisch fortgeschrittenen Land noch nie gegeben. Selbst der IWF betrachtete mittlerweile die Resultate der von ihm mitverantworteten Politik im Gegensatz zur EU kritisch. Die Austeritätspolitik hat zwar die Grundlage für eine massive Umverteilung des Eigentums gelegt, denn nicht nur durch die nach deutschen Vorbild eingesetzte Privatisierungsagentur, auch durch Firmenpleiten und private Notverkäufe findet eine gigantische Umverteilung von Immobilien, Ländereien und Sachvermögen statt. Den großen Kapitalgruppen in Griechenland haben die Senkung der Masseneinkommen und die Zerstörung kleiner und mittelständischer Unternehmen keineswegs geschadet. Durch die Rezession sinkt jedoch die Schuldentragfähigkeit des griechischen Staates, sodass die Bedienung der Schulden mittelfristig in Frage steht. Eine erneute Umschuldung, in welcher Form auch immer, ist daher auf absehbare Zeit unum-

⁶ Im Zusammenhang mit dem geplanten Transatlantischen Handelsabkommen (TTIP) ist dieses Problem einer breiteren Öffentlichkeit bewusst geworden.

gänglich. Das Programm der Gläubiger ist in dieser Hinsicht erfolgreich gescheitert.

Für die Mehrheit der Lohnabhängigen, Rentner_innen und kleinen Selbstständigen hat die Politik der Troika dramatische Auswirkungen. Die Einkommen sind mittlerweile nach Schätzungen um bis zu 40 Prozent gesunken, die Arbeitslosigkeit lag im Frühjahr 2015 offiziell bei 26 Prozent, bei jungen Leuten unter 25 Jahren bei 58 Prozent. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Statistik große Unsicherheiten aufweist, da viele Menschen sich gar nicht mehr arbeitslos melden, etwa weil sie keinen Anspruch mehr auf Leistungen und die Suche nach Arbeit aufgegeben haben.

Zudem muss die massenhafte Auswanderung berücksichtigt werden: Allein nach Albanien sind rund 200.000 albanisch-stämmige Menschen zurückgewandert. Mittlerweile verlassen viele junge und gut ausgebildete Menschen Griechenland. Über die tatsächliche Verarmung gibt es aufgrund ihrer dramatischen Zunahme kaum belastbare Daten. Zehntausende Familien sind vor allem in den städtischen Zentren ohne Einkommen und auf die Unterstützung durch Suppenküchen und Lebensmittelhilfen angewiesen. Betroffen sind vor allem die ohnehin verwundbarsten Teile der Bevölkerung, das heißt diejenigen Schichten, die bereits vor der Krise nur über ein geringes Einkommen verfügten und von diesen insbesondere Kinder, Alte, Alleinerziehende, Migrant_innen, chronisch Kranke oder Menschen mit Behinderungen. Besonders dramatisch sind die Auswirkungen der Kürzungsvorgaben der Troika im Gesundheitssektor. Durch die Budgetkürzungen ist das Gesundheitssystem faktisch kollabiert. Einen Hinweis auf das Ausmaß der Verschlechterung der öffentlichen Gesundheitsversorgung gibt die Rate der Kindersterblichkeit, die zwischen 2008 und 2010 um 43 Prozent angestiegen ist. Nicht weniger dramatisch ist die psychische Situation großer Teile der Bevölkerung. So ist die Selbstmordrate zwischen 2007 und 2011 um 45 Prozent gestiegen.⁷ Angesichts dieser Situation ist es erstaunlich, wie viele Menschen in Griechenland trotz der eigenen Probleme den Flüchtlingen aus dem Nahen Osten umfangreiche Hilfe gewähren.

⁷ Eine Übersicht über die humanitäre Krise gibt Chondros 2015: 61ff.

Griechenland als postdemokratischer Maßnahmenstaat

In Griechenland gibt es eine lange Tradition autoritärer Krisenlösungen. Die demokratische Ordnung, wie sie nach 1974 entwickelt worden ist, war in ihrer sozialen Ausgestaltung begrenzt und in ihrer Rechtsstaatlichkeit brüchig. Seit Beginn der 1990er Jahre ist der Klassenkompromiss der sogenannten *Metapolitevsi* nach 1974 zunehmend unter Druck geraten. Diese ohnehin schwach ausgeprägte Sozial- und Rechtsstaatlichkeit ist durch die Politik der Troika seit 2010 weitgehend suspendiert worden. Da sich die Durchsetzung der Austeritätspolitik explizit gegen die wirtschaftlichen Interessen der Mittel- und Unterschichten und damit gegen ihre soziale Integration richtet, macht sie folglich eine Aufhebung demokratischer Partizipationsmöglichkeiten notwendig, beziehungsweise setzt zu ihrer Durchsetzung diese geradezu voraus. Die Maßnahmen der Troika gehen daher mit einer Aushöhlung der demokratischen Institutionen, einer dramatischen Erosion ihrer sozialen Basis sowie einer Zerstörung der demokratischen Kultur einher. Ihrer inneren Logik nach hängen die sozialen und politischen Auswirkungen der Austeritätspolitik eng zusammen und bilden nur verschiedene Seiten derselben Münze. Denn formal verabschiedet zwar immer noch das Parlament die Gesetze, ihrem Inhalt nach handelt es sich aber um einen Vollzug der Vorgaben der durch die Troika vertretenen Gläubiger. Die parlamentarische Demokratie ist in Griechenland nur noch eine Attrappe, hinter der sich ein postdemokratischer und autoritärer Maßnahmenstaat formiert hat.⁸

Alle Regierungen, die seit 2010 gebildet wurden, stehen daher auf einer mehr als zweifelhaften Legitimationsbasis. Unter politischen Akteur_innen und Beobachter_innen sind die negativen Folgen der Austeritätspolitik für die politische Demokratie bisher selbst von ihren Befürworter_innen nicht in Frage gestellt worden. Während der Massenproteste gegen die sogenannte »mittelfristige Finanzplanung« im Frühsommer 2011, die die Regierung Papandreou zu einem zeitweiligen Rückzug zwang, kommentierte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: Die Abgeordneten des griechischen Parlaments könnten »keine ei-

⁸ Der Begriff des autoritären Maßnahmenstaates, wie er von Ernst Fränkel in seiner Analyse des Dritten Reiches entwickelt wurde, zielt darauf ab, das Fortbestehen des rechtlichen Rahmens des bürgerlichen Staates und die gleichzeitige Zerstörung rechtlicher Sicherungen in einzelnen Bereichen zu fassen. (vgl. Fraenkel 1999).

genständigen Entscheidungen von halbwegs maßgeblicher Bedeutung« mehr treffen. Griechenland werde »auf absehbare Zeit nur eine eingeschränkte Demokratie sein. Das griechische Volk kann wählen, was es will – wirklich ändern kann es nichts.« (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.6.2011). Den griechischen Regierungen kam nach 2010 die Funktion zu, dem Regime der Gläubiger die notwendige innenpolitische Legitimation zu verleihen und das Programm der inneren Abwertung durchzusetzen. Angesichts des dauerhaften Widerstandes war dies zunehmend nur mit rechtlich zweifelhaften Mitteln oder mit offener Gewalt möglich, wie an zwei zentralen Beispielen erläutert werden soll.

1. Angesichts des rapiden Legitimationsverlusts und der inneren Zersetzung der das Memorandum mittragenden Parteien, die sich bis in die Parlamentsfraktionen erstreckte, war ein geordnetes parlamentarisches Verfahren zur gesetzlichen Umsetzung der geforderten Maßnahmen kaum möglich. Die Regierungen gingen daher dazu über, die Austeritätsmaßnahmen ohne Zustimmung des Parlaments per Dekret zu verordnen. Das international bekannteste Beispiel dafür ist die handstreichartige Abschaltung des staatlichen Fernseh- und Rundfunksenders *Elliniki Radiofonia Tileorasi* (ERT) im Frühsommer 2013, die breite Massenproteste zur Folge hatte. Besonders pikant war dieses Vorgehen vor allem auch deshalb, weil damit die Frage des Zugangs zu Informationen, der Pressefreiheit und damit der demokratischen Willensbildung berührt ist. Da das Regierungsdekret vom Parlament nicht bestätigt wurde, war die Weiterführung des Sendebetriebs durch einen Teil der Mitarbeiter_innen, die das Hauptgebäude besetzt hielten, legal und rechtmäßig. Die Regierung revidierte ihre Entscheidung jedoch auch dann nicht, als der Oberste Gerichtshof in einer einstweiligen Verfügung entschieden hatte, dass bis zur Aufnahme des Sendebetriebs durch den von der Regierung angekündigten neuen öffentlich-rechtlichen Senders *Νέα Ελληνική Ραδιοφωνία, Ίντερνετ και Τηλεόραση* (NERIT) die ERT weitersenden müsse. Die Regierung ignorierte dieses Urteil und ließ im November das Hauptgebäude der ERT von der Polizei stürmen. Zahlreiche Stationen in der Provinz konnten ihren Betrieb dagegen fortsetzen.
2. Ein anderes Beispiel betrifft das Koalitions- und Streikrecht, ein zentraler Gradmesser demokratischer Freiheiten. In den letzten Jahren haben die griechischen Regierungen bei wirtschaftlichen Konflikten in zunehmendem Maße das Mittel der Dienstverpflichtung zur Anwendung gebracht. Dabei handelt es sich um ein Notstandsrecht, das noch aus der Endphase der Junta stammt und für den Fall des Krieges, von

Naturkatastrophen oder der Gefährdung der öffentlichen Gesundheit vorgesehen ist. Streikwillige Arbeiter_innen können damit von der Regierung zur Arbeit verpflichtet werden, bei Zuwiderhandlung drohen ihnen Gefängnisstrafen oder Entlassung. Nun mag die Anwendung dieses Mittels in Einzelfällen legitim sein, und bei den Protesten der LKW-Fahrer 2010 oder beim Streik der Kommunalen Angestellten – vor allem der Müllabfuhr – im Herbst 2011 lässt sich noch mit Mühe eine Gefährdung der öffentlichen Hygiene konstruieren. Beim Streik der Beschäftigten des öffentlichen Nahverkehrs und der Seeleute Anfang 2014 sowie dem geplanten Arbeitskampf der Lehrer_innen im gleichen Jahr ist aber eine nachvollziehbare Begründung nicht einmal in Ansätzen vorhanden. Stehen die staatlichen Eingriffe in das Koalitionsrecht auch nach internationalen Maßstäben stets auf einer brüchigen Legitimationsbasis, so zeigt allein ihre Häufung einen dramatischen Verlust an Rechtsstaatlichkeit. Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass zahlreiche Arbeitskämpfe durch gewaltsame Polizeieinsätze beendet wurden.

In der Folge haben alle politischen Parteien, die die Memoranden umgesetzt haben, ihren politischen Rückhalt in der Bevölkerung verloren. Seit 2010 hat ein großer Teil derjenigen, die unter den Maßnahmen der Gläubiger besonders zu leiden haben, sich gegen das Regime der Troika zu Wehr gesetzt und für die elementaren sozialen und politischen Grundrechte gekämpft. Die sozialen Bewegungen sind insbesondere nach den Platzbesetzungen im Frühsommer 2011 trotz der eindeutigen Positionierungen der erdrückenden Mehrzahl der Massenmedien für die politische Meinungsbildung maßgeblich geworden. Dabei wurden zentrale programmatische Forderungen wie die nach einer Streichung der Schulden entwickelt. Den sozialen Bewegungen gelang es mehrfach, die Regierungen zu stürzen und damit dem Wahlerfolg von SYRIZA und AnEl den Weg zu ebnen. Bei den Wahlen im Mai 2012 zeichnete sich bereits deutlich der Zusammenbruch der alten Doppelherrschaft aus *Panellinio Sosialistiko Kinima* (PASOK) und *Nea Dimokratia* (ND) ab. Wenn im Juni 2012 sich die ND noch als stärkste Partei behaupten konnte, so vor allem deshalb, weil eine relative Mehrheit der Bevölkerung vor einem Konflikt mit den Gläubigern zurückschreckte und die Angstkampagne gegen SYRIZA aus diesem Grund verfiel. Als die Regierung Samaras ihren ohnehin schwachen Rückhalt in der Bevölkerung bei den Kommunal- und Europawahlen im Mai 2014 auch formal verlor und sich unfähig zeigte, die vorgegebenen Maßnahmen durchzusetzen, stellten die Gläubiger alle Zahlungen im Sommer 2014 ein. Damit war das weitere

Schicksal der Regierung Samaras besiegelt, da es keine Zugeständnisse seitens der Gläubiger gab und das von der Regierung angestrebte Auslaufen der Kreditverträge sich als illusorisch erwies.

Der gescheiterte Versuch, den Ausnahmezustand zu beenden

Mit dem Aufstieg von SYRIZA und AnEl wurde das politische Personal der Staatsführung weitgehend ausgetauscht und erstmals seit 2010 eine Regierung gewählt, die über eine von den Gläubigern unabhängige, ja ihren Interessen und Absichten diametral entgegenstehende Agenda verfolgte. Das Ziel der griechischen Regierung bestand darin, die Austeritätspolitik und damit den 2010 geschaffenen Ausnahmezustand zu überwinden, zumindest mit einem »ehrenhaften Kompromiss« soweit zu lockern, dass eine Stabilisierung der Ökonomie und eine Überwindung der humanitären Krise möglich werden. Dabei war sie bereit, von ihrem – an historischen Beispielen gemessen – sehr bescheidenen Programm Abstriche zu machen. Mit dem Abkommen vom Februar 2015 wurden bereits wesentliche Vorentscheidungen getroffen, und SYRIZA verzichtete auf zentrale Elemente seiner Programmatik. (vgl. Kritisidis 2015b) Die Gläubiger waren aber zu keinerlei substantiellen Zugeständnissen bereit, wie sich bereits in der medialen Kampagne gegen SYRIZA während des Wahlkampfes und der Regierungsbildung abgezeichnet hatte (vgl. Kritisidis/Schreiner 2015), und wie es in der Krise vom März 2015 manifest wurde: Auslöser war das »Gesetz zur Bekämpfung der humanitären Krise«. Damit wurde im griechischen Parlament die Grundlage gelegt, die Haushalte von 300.000 Menschen wieder an das Stromnetz anzuschließen, ebenso vielen Unterstützung bei der Miete zukommen zu lassen und Essensmarken an all diejenigen zu verteilen, die sich nicht mehr ausreichend Nahrungsmittel leisten können. Mit 200 Millionen Euro war für dieses Minimalprogramm eine vergleichsweise geringe Summe notwendig – allein auf 360 Millionen Euro belaufen sich die Zinszahlungen, die seit 2010 aus den Griechenland-Krediten der Kreditanstalt für Wiederaufbau an den Bundeshaushalt abgeführt worden sind. Die EU-Kommission versuchte, diese ersten Maßnahmen der neuen Athener Regierung gegen die soziale Krise mit Nachdruck zu verhindern. Der Gesetzentwurf, schrieb Declan Costello, zuständiger Direktor in der EU-Kommission, in einer E-Mail nach Athen, müsse erst mit den Gläubigern abgestimmt werden. Ein Gesetzesbeschluss ohne Genehmigung der Gläubiger sei »inkonsistent« mit dem Abkommen Grie-

chenlands mit der Euro-Gruppe vom 20. Februar 2015. In der Folge verzichtete die griechische Regierung auf eigenständige, in der Lesart der Euro-Gruppe »einseitige«, Maßnahmen.

Damit hatte sich die griechische Regierung jedoch noch nicht bereit erklärt, die Maßnahmen der Gläubiger umzusetzen. Diese spielten auf Zeit, und während die griechische Regierung ohne Refinanzierung die Schulden weiter bediente, um eine Verhandlungslösung offen zu halten, beschränkte die EZB die Liquidität des griechischen Bankensystems, während gleichzeitig die Euro-Zone mit billigen Krediten geflutet wurde. Angesichts der unversöhnlichen Haltung der Euro-Staaten versuchte die SYRIZA-Führung schließlich eine Karte zu spielen, die sie bisher nicht zum Einsatz gebracht hatte: Sie ersuchte um Unterstützung bei der eigenen Basis und bei den sozialen Bewegungen und setzte das Referendum über die Austeritätspolitik an. In Reaktion darauf deckelte die EZB die Liquiditätsversorgung, sodass angesichts der Kapitalflucht die Banken geschlossen werden mussten, um den Zusammenbruch des Geldumlaufs abzuwenden. Trotz der überwältigenden Ablehnung der Austeritätspolitik mit über 60 Prozent trat SYRIZA unmittelbar danach den Rückzug an. Dieser Versuch, mit parlamentarisch-demokratischen Mitteln sich aus einem quasi diktatorischen Regime zu befreien, ist damit gescheitert.

Konsequenzen aus dem Diktat des dritten Memorandums

Das Diktat der Euro-Gruppe vom Sommer 2015 hat weitreichende Fragen aufgeworfen und zu einer kontroversen Debatte über die Möglichkeiten einer Alternative geführt. Aus Sicht der griechischen Regierung und der Regierungsfraktion von SYRIZA, aber auch der »Gruppe 53+«, einer bewegungsorientierten Strömung in der Partei, gab es angesichts des massiven Drucks seitens der Gläubiger keine andere Möglichkeit, als einen neuen Kreditvertrag zu unterschreiben, der faktisch bedeutet, sich den Vorgaben der Gläubiger zu unterwerfen. (vgl. Chondros 2015: 176 ff.)

Für diese Position gibt es Ursachen, die im widersprüchlichen Charakter von SYRIZA, aber auch in der widersprüchlichen Situation selbst begründet sind: Als Bündnis verschiedener Strömungen der Linken hat sich SYRIZA auf eine Strategie festgelegt, die die Eroberung der Kontrolle des Staatsapparates zum Dreh- und Angelpunkt gemacht hat, wobei den sozialen Bewegungen die Rolle zukam, als Drohpotenzial für die

institutionelle Durchsetzungskraft zu sorgen. Die Formel, die Austeritätspolitik zu überwinden und gleichzeitig im Euro-Verbund bleiben zu wollen, ist Ausdruck dieser Strategie, die zudem auf Unterstützung aus anderen Ländern der Eurozone spekulierte. Stathis Kouvelakis, der wichtigste Vordenker der linken Plattform, hat das Kräfteverhältnis innerhalb von SYRIZA analysiert, das dieser Strategie zugrunde lag. (vgl. Kouvelakis 2015) Zu keinem Zeitpunkt gab es Überlegungen für eine weitergehende Konfliktstrategie, die von der Gesamtpartei, also auch dem rechten Flügel, mitgetragen worden wäre. Selbst innerhalb der radikalen Linken gab es nur wenig durchdachte Vorstellungen, was es angesichts begrenzter Machtmittel bedeutet, einen politischen und ökonomischen Machtkonflikt gegen die griechische Oligarchie und die internationalen Gläubiger einzugehen.⁹

Die Kritik der linken Plattform, aber auch vieler Aktivist_innen der sozialen Bewegungen, zielt daher nicht allein auf die gescheiterte Verhandlungsstrategie der Regierung, sondern vorrangig auf ihre Unterlassungen: Bis auf das Referendum hat SYRIZA nichts unternommen, den potenziell stärksten Trumpf auszuspielen und die soziale Basis des Wahlerfolges vom Januar 2015 zu mobilisieren. Zu einer Einbeziehung breiter Teile der Bevölkerung in die Auseinandersetzung mit den Gläubigern ist es nicht gekommen, und das war durchaus beabsichtigt. Andererseits ist es der linken Opposition und den sozialen Bewegungen auch nicht gelungen, in dieser Hinsicht strategisch wirksame Initiativen zu entwickeln. Die Begrenzung beziehungsweise Vermeidung von innenpolitischen Konflikten lässt sich an zwei Beispielen illustrieren: Zwar hat die Regierung den staatlichen Rundfunk ERT wiedergegründet und ist damit der Forderung der sozialen Bewegungen nachgekommen. Eine innere Demokratisierung des Senders ist jedoch nicht erfolgt, etwa durch die institutionelle Absicherung der inneren Pressefreiheit der Journalist_innen oder der Stärkung der Mitsprache der Beschäftigten in den Verwaltungsorganen. Gleichzeitig verzichtete die Regierung darauf, gegen die privaten

⁹ Jannis Milios hat die Widersprüchlichkeit von SYRIZA treffend charakterisiert: »SYRIZA hatte zwei Seelen. Die eine war der Reformismus und die Staatsfixierung der traditionellen Linken – sowohl derjenigen, die aus der sowjetischen Tradition stammt (sic!), als auch derjenigen, die eine eurokommunistische Herkunft hat. Die andere Seele war der Radikalismus der globalisierungskritischen Bewegungen der ersten Jahre des 21. Jahrhunderts. In der regierenden SYRIZA wurde die erste Seele viel stärker als die zweite. Leider trifft diese Feststellung auch auf die Mehrheit der Gruppen und Personen zu, die die Laiki Enotita gründeten.« (Milios 2015).

Sender, die traditionell die Interessen der Oligarchie und der Gläubiger propagieren, vorzugehen und ihren Einfluss zu mindern.

Ein anderes Beispiel betrifft das Gesetz 4264/2014 über den Handel außerhalb von Geschäftsgebäuden. Dieses Gesetz stammt von der Regierung Samaras und richtet sich gegen die neu entstandene genossenschaftliche Bewegung »Ohne Zwischenhändler«, aber auch gegen fahrende Händler_innen wie Roma, die auf dem Land traditionell Haushaltswaren oder Möbel verkaufen. Der von den sozialen Bewegungen erhobenen Forderung, dieses Gesetz aufzuheben, folgte die Regierung nicht. Offenbar war SYRIZA nicht bereit, mit der Lobby des Großhandels in Konflikt zu geraten. Es sei hinzugefügt, dass es sich hierbei nicht um einen Konfliktpunkt mit der Troika handelte. Die Regierung hätte in dieser Frage also durchaus tätig werden können, ohne internationale Reaktionen zu provozieren.

Gut die Hälfte des Zentralkomitees von SYRIZA, ein großer Teil der Parteibasis, die Jugendorganisation und eine Minderheit der Parlamentsfraktion folgten im Juli der Einschätzung des Parteizentrums, dass man ein drittes Memorandum unterschreiben müsse, nicht. Die Parlamentarier_innen, die sich der Ratifizierung der von den Gläubigern vorab geforderten gesetzlichen Regelungen verweigerten, bildeten in der Konsequenz den Nukleus einer neuen Partei, die nach der chilenischen *Unidad Popular* benannte *Laiki Enotita* (LAE, Volksunion). Bei den folgenden Neuwahlen konnte sich das Regierungsbündnis aus SYRIZA und AnEI behaupten und damit für ihren politischen Kurs ein neues Mandat erhalten. Die geringe Wahlbeteiligung von rund 55 Prozent – SYRIZA verlor rund 320.000 Stimmen – verweist jedoch darauf, dass ein großer Teil der sozialen Bewegungen und vor allem der Jugend sich von der Partei abgewandt hat. Das Ergebnis der anderen Linksparteien – neben der *Kommunistischen Partei Griechenlands* (KKE) und der LAE zählt auch das Bündnis der außerparlamentarischen marxistischen Linken *Antikapitalistiki Aristeri Synergasia gia tin Anatropi* (ANTARSIA) dazu – verdeutlicht die Desillusionierung und die gegenwärtig geringe Bereitschaft zu einer erneuten Konfrontation mit den Gläubigern und der griechischen Oberschicht. Das wird nicht so bleiben, denn die Suche nach Lösungen und die Beantwortung der damit verbundenen Organisationsfragen werden weitergehen, zumal die Regierung SYRIZA–AnEI mit der Umsetzung des dritten Memorandums ihren eigenen Rückhalt in der Bevölkerung rasch unterminieren wird. Es liegt auf der Hand, dass bei der Suche nach Alternativen der Ausbau der selbstorganisierten sozial-ökonomischen Strukturen eine zentrale Rolle spielen wird und nicht die Parteiform.

Die Ereignisse des Sommers und das Ergebnis der Wahlen im September 2015 können nur auf den ersten Blick überraschen. Auf den zweiten Blick wirft es ein Schlaglicht auf den politisch-soziologischen Charakter von SYRIZA. Denn auch wenn SYRIZA sich aus der Tradition der (euro-)kommunistischen Linken entwickelt hat und viele Aktivist_innen der Partei im Spektrum der radikalen Linken sozialisiert worden sind, so hat die Partei mit der Entwicklung zu einer Massenpartei sich zum politischen Ausdruck eines sozialen Bündnisses zwischen der Unter- und der Mittelschicht entwickelt. Letztere hat aufgrund der spezifischen sozio-ökonomischen Verhältnisse eine besondere Struktur. So gibt es eine große Anzahl kleiner Familienunternehmen, etwa im Handel, dem Transportgewerbe, dem Tourismus und der Landwirtschaft. Auch hybride Formen von Selbständigkeit und abhängiger Beschäftigung sind weit verbreitet. (vgl. Grekopolou 1995)

Diese Konstellation ist keineswegs neu, sondern hat drei historische Vorläufer: die von der kommunistischen KKE geführte *Nationale Befreiungsfront* (EAM) von 1941 bis 1944, die linksliberale *Zentrumsunion* (Enosi Kentrou, EK) von 1961 bis 1967 und die sozialistische PASOK nach 1974 bis Mitte der 1980er Jahre. In allen drei Fällen kam es unter dem Druck der Oligarchie und des ausländischen Faktors zu einer Spaltung dieses Bündnisses: 1944 durch die militärische Intervention der Briten, die zur Kapitulation im Abkommen von Varkiza und schließlich in den Bürgerkrieg führte; 1965 durch den Kauf von Abgeordneten durch die US-gestützte Monarchie, der den Sturz der Regierung Giorgos Papandreou zur Folge hatte und in den Putsch der Junta von 1967 mündete; und ab Mitte der 1980er Jahre durch den Druck der Finanzmärkte, der die regierende PASOK 1986 zur Auflage eines Kürzungspakets – damals unter Finanzminister Kostas Simitis, dem späteren Ministerpräsidenten, – veranlasste und in den 1990er Jahren zur neoliberalen Transformation der Partei führte.

Es ist zu vermuten, dass SYRIZA ein ähnliches Schicksal teilt wie ihre historischen Vorläufer, nachdem sich die Partei ihres linken Flügels entledigt hat, nur dass die Transformation in eine Partei des linken Neoliberalismus sich rasend schnell vollziehen wird. Denn wie soll der Kampf gegen das Austeritätsdiktat geführt werden, wenn man es gleichzeitig exekutieren wird? Die Alternative wäre gewesen, sich in der Kunst des Rückzugs zu üben, die Regierungsämter preiszugeben und die Partei als Organisation in ihrer Gesamtheit zusammenzuhalten.

Die Regierungskonstellation, aber auch die Kräfteverhältnisse innerhalb von SYRIZA waren Ausdruck eines breiten sozialen Bündnisses,

das die griechische Gesellschaft in Krisenzeiten immer wieder seit der Staatsgründung im 19. Jahrhundert geprägt hat, aber auch einer objektiv widersprüchlichen Konfliktlage: Denn selbst wenn man unterstellt, eine starke organisierte Strömung hätte, getragen von einer Massenbewegung, den Konflikt mit der griechischen Oligarchie und den Gläubigern zugespitzt – das Potenzial dafür wäre vorhanden gewesen: Diese Bewegung wäre international relativ isoliert geblieben und hätte kaum Bündnispartner von hinreichendem politischen Gewicht gefunden. In den anderen Ländern des »Olivengürtels« haben sich die politischen Verhältnisse noch nicht in dem Maße zugespitzt, wie das in Griechenland der Fall ist. In den Ländern Osteuropas ist aufgrund der spezifischen Traditionen die Linke nicht zum Träger der Opposition geworden, sondern die nationalistische Rechte, die – wie etwa in Polen – nicht nur soziale Forderungen formuliert, sondern auch gegen den Beitritt zur Währungsunion opponiert. Diese Ungleichzeitigkeiten und gegenläufigen Entwicklungen haben den Versuch, das Regime der Troika zu überwinden, nicht begünstigt.

Andererseits eröffnet das dritte Memorandum überhaupt keine sozial-ökonomische Entwicklungsperspektive. Im Gegenteil: Es setzt den zerstörerischen Weg der Vergangenheit fort. Mit anderen Worten: Unter weit schwierigeren sozialen Bedingungen werden sich die politischen Konflikte entlang der bekannten Linien verschärfen, wobei die europäische Dimension wesentlich stärker ausgeprägt sein wird. Inwieweit Parteien wie SYRIZA dabei eine emanzipatorische Rolle spielen können, ist eine offene Frage. Klaus Dörre bemerkt zur Rolle von SYRIZA, die Partei müsse nun etwas leisten, »was Linksregierungen künftig überall in Europa treffen könnte: Die Austerität bildet den Rahmen, innerhalb dessen Positionsgewinne für alternative Politikkonzepte realisiert werden müssen.« (Dörre 2015: 64) Was ist aber, wenn in der Praxis diese Positionsgewinne innerhalb des Rahmens der Austerität gar nicht möglich sind? Denn selbst wenn man wie Giorgos Chondros versucht, die Partei programmatisch gegen die Regierungspolitik zu immunisieren (vgl. Chondros 2015: 186): Wie soll eine solche Quadratur des Kreises auf Dauer möglich sein? Eine regierende Partei wird schlechterdings nicht die eigene Basis gegen eine Politik mobilisieren können, für die sie selbst eine Mitverantwortung trägt. Die weitere Kürzung der Renten, die Erhöhung der Mehrwertsteuer oder die Möglichkeit von Zwangsräumungen wird viele Menschen unmittelbar treffen. Spätestens, wenn bei Protesten staatliche Zwangsmittel eingesetzt werden sollen, stellt sich die Frage, was eine linke Regierung von anderen möglichen Konstellationen un-

terscheidet – und was daran links ist, die Rolle des neoliberalen Blut-hundes zu übernehmen.

Die Erfahrungen des Sommers und die widersprüchliche Position von SYRIZA beinhalten aber auch weitertreibende Elemente: Breiten Teilen der Bevölkerung nicht nur in Griechenland ist deutlich geworden, dass das Handeln kleiner Gruppen in staatlichen Funktionen nicht von zentraler Bedeutung ist, sondern soziale Emanzipation von der eigenen organisierten Tätigkeit abhängt. Gerade für die sozialen Bewegungen und die Linke in Deutschland, in der der Etatismus der alten Arbeiterbewegung ein zähes Leben führt, ist das eine wichtige Erkenntnis. Damit bekommen staatliche und gesellschaftliche Institutionen eine andere Bedeutung: Sie sind nicht das Instrument gesellschaftlichen Wandels, sondern ein Kampfplatz. Erich Gerlach hat in Bezug auf die Regierung der französischen Volksfront diesen Aspekt besonders hervorgehoben: Regierung und Parlamenten kommt die Aufgabe zu, die außerparlamentarisch erkämpften Positionen juristisch abzusichern. (vgl. Gerlach 1957)

Zudem ist mehr als deutlich geworden, dass ohne eine Internationalisierung der sozialen Bewegungen, ohne eine größere reale Koordination, ohne die übergreifende Organisation von Lernprozessen eine Überwindung des Austeritätsregimes nicht möglich ist. Angesichts der Ungleichzeitigkeiten und unterschiedlichen historischen Traditionen in den verschiedenen Ländern und Regionen Europas und darüber hinaus werden sich diese Lernprozesse entlang der gesellschaftspolitischen Konflikte entwickeln, die einen allgemeinen Charakter haben. Die emanzipatorischen Bewegungen können in dieser Hinsicht an die Erfahrungen der Ersten Internationale anknüpfen, deren mosaikartige Zusammensetzung ganz verschiedene Akteure zusammenbrachte und die von einem Pluralismus unterschiedlicher Konzepte und theoretischer Ansätze geprägt war. Ohne die Freisetzung von sozialen Entwurfsphantasien und gesellschaftsverändernden Energien über die Grenzen hinweg wird soziale Befreiung nicht gelingen.

Literatur

- Busch, Klaus (1992): Umbruch in Europa. Die ökonomischen, ökologischen und sozialen Perspektiven des einheitlichen Binnenmarktes, Köln.
- Busch, Klaus (1993): Maastrichter Vertrag, EWS-Krise und optimaler Währungsraum, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 9, Köln.
- Chrysogonos, Kostas (2013): I katastratigisi tou syntagmatos stin epochi ton mnimo-

- nion (Die Umgehung der Verfassung im Zeitalter der Memoranden), Athen.
- Chilas, Nikos (2015): Die offene Wunde. Das »linke« dritte Memorandum für Griechenland und seine rechten Auswirkungen, in: Lunapark21, Heft 31, S. 12-15.
- Kohler, Franziska (2014): Transformatives Lernen für ein gelebtes Buen Vivir, Wien, http://othes.univie.ac.at/31632/1/2014-02-05_0809080.pdf (Letzter Zugriff: 22.12.2015).
- Chondros, Giorgos (2015): Die Wahrheit über Griechenland, die Eurokrise und die Zukunft Europas. Der Propagandakrieg gegen SYRIZA, Frankfurt am Main.
- Dörre, Klaus (2015): Kapitalistischer Kannibalismus. Griechenland, Deutschland und die Europäische Union, in: SPW. Sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 4, S. 53-66.
- Fischer-Lescano, Andreas (2014): Troika in der Austerität. Rechtsbindungen der Unionsorgane beim Abschluss der Memoranda of Understanding, in: Kritische Justiz, Heft 1, S. 2-25.
- Fisahn, Andreas (2014): Nur in guten Zeiten. Grenzen der EZB in der Krise und die Grundlagen der europäischen Union, in: Ders. u.a. : Wider das Recht. Ein Gutachten zur Unrechtmäßigkeit der EZB-Aktivitäten im Rahmen der autoritären Kürzungspolitik der Troika. Berlin, S. 11-49.
- Fraenkel, Ernst (1999): Der Doppelstaat, in: Nationalsozialismus und Widerstand, Gesammelte Schriften, Band 2, hrsg. von Alexander von Brünneck, Baden-Baden.
- Galenianos, Manolis (2015): Die Ursachen der griechischen Wirtschaftskrise: Eine europäische Perspektive, in: Ulf-Dieter Klemm, Wolfgang Schultheiß (Hrsg.): Krise in Griechenland, Frankfurt am Main, New York, S. 89-110.
- Gerlach, Erich (1957): Massenstreiks: Deutsche Theorie und französische Praxis, in: SoPo. Sozialistische Politik, Nr. 7, Juli, S. 5-7.
- Grekopoulou, Paraskevi (1995): Die Mittelschichten in Griechenland – Entwicklung und soziale Differenzierung seit 1950. Ein Beitrag zur Sozialstrukturanalyse Griechenlands, Frankfurt am Main.
- Hickel, Rudolf (2015): Rettet Griechenland!, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9, S. 61-67.
- Kassimatis, Giorgos (2011): EU verstößt gegen demokratische und europäische Rechtskultur. Zum Kreditabkommen der Troika mit Griechenland, in: Widerspruch 61, 31. Jg., 2. Halbjahr, Zürich.
- Kokkos, Alexis (2015): Transformative Learning in Europe. An Overview of the Theoretical Perspectives. Hellenic Open University, <http://www.alexiskokkos.gr/keimena/29TLineuropeanoverview.pdf> (Letzter Zugriff: 08.08.2015).
- Konicz, Tomasz (2015): Aufstieg des deutschen Europa, In: Telepolis <http://www.heise.de/tp/artikel/44/44423/1.html> (Letzter Zugriff: 22.12.2015).
- Kouvelakis, Stathis (2015): Turning »No« into a political front. Some lessons from SYRIZA – and where we go from here, <https://www.jacobinmag.com/2015/08/tsipras-debt-germany-greece-euro/> (Letzter Zugriff: 6.10.2015).
- Kritidis, Gregor (2014a): Griechenland – auf dem Weg in den Maßnahmenstaat? Autoritäre Krisenpolitik und demokratischer Widerstand, Hannover.
- Kritidis, Gregor (2014b): The Rise and Crisis of the Anarchist and Libertarian Move-

- ment in Greece, in: Bart van der Steen, Ask Katzeff, Leendert van Hoogenhuijze (Hrsg.): *The City is Ours. Squatting and Autonomous Movements in Europe from the 1970s to the Present*. Oakland, S. 63-93.
- Kritisdis, Gregor (2015a): Austeritätspolitik und autoritäre Formen der Krisenbewältigung. Die Goldene Morgendämmerung im politischen System Griechenlands, in: Aristotelis Agridopoulos, Ilias Papagiannopoulos (Hrsg.): *Griechenland – Krisen und Krisendiskurse*, Wiesbaden.
- Kritisdis, Gregor (2015b): Kompromisse »konstruktiver Mehrdeutigkeit«. Die Krise in der Europäischen Union hat mit den Wahlen in Griechenland eine neue Zuspitzung erfahren, in: *Sozialistische Positionen*, März, <http://www.sopos.org/aufsaeetze/54f9897e932cb/1.phtml> (Letzter Zugriff: 22.12.2015).
- Kritisdis, Gregor/Schreiner, Patrick (2015): Griechenland: SYRIZAs Dilemma und die verlogenen Reaktionen in Deutschland, in: *Sozialistische Positionen*, Januar, <http://www.sopos.org/aufsaeetze/54cb41933e051/1.phtml> (Letzter Zugriff: 22.12.2015).
- Milios, Janis (2015): Interview, in: *Analyse & Kritik*, Nr. 608, http://www.akweb.de/ak_s/ak608/20.htm (Letzter Zugriff: 4.12.2015)
- Nölke, Andreas (2015): Abschied vom Euro? Europas Linke nach der Griechenlandkrise, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 9, S. 68-76.
- Phillips, Tony (2014): *Europe on the Brink. Debt Crisis and Dissent in the European Periphery*, London.
- Roth, Karl Heinz (2013): Griechenland und die Euro-Krise, in: *Sündenbock Griechenland*, Ossietzky Themenheft 1, Berlin.
- Stergiou, Andreas (2015): Staatsverständnis und Klientelismus in Griechenland, in: Ulf Dieter Klemm, Wolfgang Schultheiß (Hrsg.): *Die Krise in Griechenland. Ursprünge, Verlauf, Folgen*, Frankfurt am Main, S. 111-125.
- Windels, Torsten (2011): Griechenland – Testfall für die Euro-Zone?, in: Joachim Lange (Hrsg.): *Griechenland und die Lehren für die Euro-Zone. Was ist für die Bewältigung der Finanz- und Verschuldungskrise zu tun?*, Loccumer Protokolle 12/11, Rehburg, Loccum, S. 93–108.

Amir Taha

Die Tahrir-Assemblage von 2011

Lernprozesse des »Arabischen Frühlings«
während und nach der Revolution in Ägypten

Die Revolution in Ägypten hatte viele Hoffnungen auf Freiheit und Demokratie geweckt. Sie wurden enttäuscht. Spätestens vier Jahre danach offenbart sich den Ägypter_innen der Rückfall in eine brutale Militärherrschaft. Das, was stattgefunden hat, darf aber nicht als abgeschlossenes Ereignis angesehen werden. Der revolutionäre Aufbruch im Jahr 2011 war der Anfang einer neuen Epoche, deren Charakter sich erst in den nächsten Jahren, vielleicht Jahrzehnten herauskristallisiert. Die Entwicklungen in Ägypten sind für den »Arabischen Frühling« allerdings paradigmatisch. Obwohl man geneigt ist, zu denken, dass es keinen Ausweg aus der verfahrenen Situation gibt, erweist sich das einstweilige Scheitern der Revolution als Chance für einen exemplarischen Lernprozess. Ein Blick zurück kann darüber Klarheit verschaffen, wie sich der politische und militärische Gegner aufgestellt hatte, warum er seine Macht gegenüber der ägyptischen Bevölkerung verlor, sich jedoch durch die Zirkulation der Eliten reorganisierte und die Revolution vorerst in abermals brutaler Herrschaft zum Erliegen brachte.

Aus Niederlagen lässt sich eine Menge für die Zukunft lernen. Jedoch gleicht keine gesellschaftliche Konstellation, die in eine revolutionäre Situation führte, einer anderen oder zukünftigen derart, dass sie eins zu eins übertragbar wäre.

Gilles Deleuze schreibt im »Postscript on the Societies of Control«, dass man weder von Angst, noch von Hoffnung reden solle, um sich im politischen Kampf für Freiheit weder entmutigen noch enttäuschen zu lassen. Stattdessen sollte ganz nüchtern und analytisch nach »neuen Waffen« (Deleuze 1992: 4) gesucht werden. Ich werde meine Reflexion der Revolution in Ägypten daher theoretisch an Begrifflichkeiten von Deleuze und Felix Guattari, insbesondere an den Theoremen der rhizomatischen *Assemblage* und der *Kriegsmaschine* orientieren. Diese Theoreme dienen mir als analytische »Waffe der Kritik« mit welcher ich, bezogen auf die ägyptischen Verhältnisse und mit Blick auf die Zukunft, zugleich eine »Kritik der Waffen« (Karl Marx) betreiben möchte.

Rhizomatische Assemblage und Kriegsmaschine im Ausnahmezustand

Der Begriff der Assemblage ist aus der Kunst entlehnt. In der Kunst werden damit Collagen mit plastischen Objekten bezeichnet (siehe Auguste Rodins oder auch Kurt Schwitters Technik), die auf einer Grundplatte befestigt sind und eine dreidimensionale Reliefstruktur aufweisen. Deleuze und Guattari haben den Begriff auf ihre postmoderne Philosophie übertragen. Hierbei spielt die Praxis der Neukombination (Dekontextualisierung) von bereits bestehenden Körpern eine zentrale Rolle, mit der sich neue Sinnzusammenhänge ergeben. Eine Assemblage ist demnach keine Ansammlung von Gleichartigem, vielmehr ist sie ein rhizomatisches, »kontingentes Ensemble« von Praktiken und Gegenständen unterschiedlicher Weisen, die jeweils in sich nahezu autonom funktionieren. (vgl. Deleuze/Guattari 2005) – Eine Assemblage bewegt sich entlang des Spannungsfeldes von Territorialität und Entterritorialisierung, wo sie den Herrschafts- und Kontrollapparat delegitimiert. Die Assemblage ermöglicht die Erschließung neuer Räume durch technische und administrative Praktiken, wodurch eine Dechiffrierung (Glättung des Raumes) und Neucodierung von Milieus entlang der beiden Achsen (Territorialität und Deterritorialisierung) geschaffen wird. Deleuze und Guattari schreiben: »On a first, horizontal, axis, an assemblage comprises two segments, one of content, the other of expression. On the one hand it is a machinic assemblage of bodies, of actions and passions, an intermingling of bodies reacting to one another; on the other hand it is a collective assemblage of enunciation, of acts and statements, of incorporeal transformations attributed to bodies. Then on a vertical axis, the assemblage has both territorial sides, or reterritorialised sides, which stabilize it, and cutting edges of deterritorialization, which carry it away.« (ebenda: 88)

Die Assemblage setzt eine sogenannte Kriegsmaschine in Gang. In »A Thousand Plateaus« bestimmen Deleuze und Guattari die Kriegsmaschine als eine widerständige Strategie »schöpferischer Fluchtlinien« zur »Glättung« des »gekerbten Raumes«. Der Staat einer Kontrollgesellschaft ist bestrebt, solche spontan aufkommenden »schöpferischen Fluchtlinien« bereits in ihrer Entstehungsphase zu torpedieren, damit aus ihnen eine revolutionäre Situation erst gar nicht entstehen kann.

Der Staat ist eine »soziale Maschine«, die – so Deleuze und Guattari – permanent damit beschäftigt ist, die Menschen auf seinem Territorium »einzufangen« und das Gebiet zu reterritorialisieren. Insofern be-

steht die Hauptaufgabe des Staatsapparates stets in der »Kerbung des Raumes« und in der Kontrolle von Bewegungsabläufen, insbesondere von Migration, sowie in der Bindung der Gesellschaftsinsassen an einen konkreten Ort (anti-nomadisch). (vgl. Deleuze/Guattari 2005: 531f.) Der Staat setzt und überwacht Grenzen, unterbindet spontane Grenzüberschreitung. Die Räume, die geschaffen werden, sind geschlossen und nach Funktionen organisiert, durchleuchtet, einkalkuliert, insofern gekerbt und dadurch umfassend kontrollierbar. Innerhalb des staatlichen Territoriums erlaubt der Staat kein Äußeres seiner selbst.

Dagegen ist die Kriegsmaschine das Andere des Staates, das sich auf seinem Territorium als Zusammenfassung widerständiger Praktiken ergibt und die in einer revolutionären Situation den Kontrollverlust des Staates herbeiführen können, wodurch sie aber bewusst oder unbeabsichtigt eine Hypertrophie der »sozialen Maschine« und ihrer Herrschaftstechniken provoziert. Die Kriegsmaschine schafft einen »glatten Raum« (Deleuze/Guattari 2005: 584), in dem sich die Menschen stromlinienförmig, unkontrolliert und widerständig bewegen können. Die Glättung der Kerbungen in den Räumen kommt einer Deterritorialisierung gleich, wodurch der staatliche Kontrollapparat ins Leere greift. In einer nomadischen Bewegung können neue Räume entstehen, die sich der staatlichen Kontrolle entziehen, so dass sich in ihnen ein Widerstand gegen den Staat organisieren kann.

Die Überlegungen zur Kriegsmaschine sowie zur Assemblage, die an Deleuze und Guattari angelehnt sind, bieten eine Folie, auf der die Entstehung und der Verlauf der Revolution in Ägypten gelesen werden können. Mit dem Begriff der Kriegsmaschine lassen sich die revolutionären Prozesse während der heißen Phase, das heißt der ersten Tage der Revolution, zusammenfassen sowie die gegen die Revolution gerichteten Maßnahmen des Staates verstehen. Mit dem Begriff der rhizomatischen Assemblage wiederum wird ein hochkomplexes Verhältnis kollektiver Handlungsfähigkeit sichtbar, wodurch es möglich wird, in Ägypten die Formierung eines großkollektiven politischen Subjekts in Gestalt einer lose strukturierten revolutionären Masse nachzuvollziehen, die weder eine »Multitude« (Negri/Hardt 2002) noch ein »linkes Mosaik« (Urban 2009) oder eine leninistische Avantgardepartei oder eine autoritär-religiöse Gemeinschaft mit einem direktiven und programmatischen Zentrum gewesen ist. Zwar waren entsprechende Akteure (Parteien, Gewerkschaften und religiöse Bünde) während der Revolution mit einem gewissen Einfluss auf die Gesamtentwicklung aktiv, aber die spontanen Massen, die sich zu freien assoziativen Assemblagen zusammenschlos-

sen, hätten durch sie zu keinem Zeitpunkt der Revolution politisch vereinnahmt und zielgerichtet gesteuert werden können.

Vorgeschichte und Hintergründe der Revolution in Ägypten: Korruption und willkürliche Polizeibrutalität

Die Gründe für den Auslöser der Revolution in Ägypten sind sehr vielseitig. Der Auslöser lässt sich jedenfalls nicht monokausal auf ein einzelnes Ereignis oder auf einen einzigen Grund zurückführen. Grundsätzlich aber liegt ein Hauptgrund in dem Polizeistaat, der sich in den letzten zehn Jahren des Mubarak-Regimes verschärft hatte. Die Polizei war gleichsam ein Staat im Staate geworden. Das Innenministerium und die Staatssicherheit (Amn Al Dawla) kontrollierten weitgehend alle Aspekte des sozialen und politischen Lebens. Der Geheimdienst hatte starken Einfluss auf sämtliche Wahlen – angefangen bei den Kommunal- bis hin zu den Gewerkschafts- und Parlamentswahlen und sogar auf die Zusammensetzung des Kabinetts, wie auch auf die Benennung von Rektoren an den Universitäten und der Chefredakteure in den staatlichen Medien.

2010 gewann Mubaraks *Nationaldemokratische Partei* (NDP) die Parlamentswahlen mit angeblich 95 Prozent der Stimmen. Diese Wahl war in all den Jahren des Regimes, die mit Abstand korrupteste. In den Wahllokalen hatte die Polizei eine absolute Kontrolle ausgeübt und hinderte Oppositionelle daran, die Wahllokale zu betreten. Wähler_innen wurden massiv eingeschüchtert und gezwungen, ihr Kreuz bei der NDP zu machen. Im neugewählten Parlament war demzufolge keine Oppositionspartei, nicht einmal eine sogenannte Marionettenopposition, mehr vertreten, wie es in den 30 Jahren zuvor noch der Fall gewesen war. Das Regime von Mubarak reagierte auf diese Weise auf die Entstehung mehrerer außerparlamentarischer Oppositionsbewegungen der letzten Jahre, von denen *Kefaya* (»Es reicht«) die bekannteste gewesen ist; sie hatte sich bereits 2004 gegründet und seitdem durch Demonstrationen von sich hören gemacht. *Kefaya* wandte sich hauptsächlich gegen eine Verlängerung der Präsidentschaft Mubaraks oder eine »Vererbung« des Amtes an dessen Sohn Gamal Mubarak.

Parallel zu dieser demokratischen Bewegung entstand auch ein sogenannter *Citizen Journalism*: eine Generation von Bloggern und Aktivist_innen, die sich vorrangig im Internet mit Hilfe der Sozialen Netzwerke einen Raum der politischen Artikulation und Vernetzung als Alternative zu den gleichgeschalteten Staatsmedien geschaffen haben. In den zahl-

reiche Blogs wurde vorrangig die Polizeibrutalität, dokumentiert und skandalisiert. In den Jahren zwischen 2005 und 2010 haben die Blogger eine große Anzahl von Videos im Internet öffentlich zugänglich gemacht, in denen die Brutalität anschaulich zu sehen ist. Zwar war in der Bevölkerung allgemein bekannt, dass das Innenministerium seit seiner Entstehung für Unterdrückung, Folter und Mord verantwortlich und die blutige Hand der Tyrannei ist, aber zum ersten Mal nahm diese Tyrannei konkrete, für jede und jeden einsehbare Gestalt an. Durch die sozialen Netzwerke, die seit 2006 in Ägypten insbesondere mit Facebook und Twitter eine umfassende Verbreitung gefunden hatten, erreichte die Kenntnis von Korruption, willkürlicher Brutalität, Repression, Folter und Mord die ägyptische Bevölkerung auf umfassende Weise. Videos und Berichte, die das Ausmaß belegten, gehörten nunmehr zum Alltag; selbst einige private TV-Sender haben solche Berichte gezeigt und zur Skandalisierung, die in öffentlicher Empörung mündete, beigetragen. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung nahm in den folgenden Jahren sukzessive zu.

Das Regime befand sich in der Folge in einem freien Fall der Delegitimierung. Die Menschen entzogen der Herrschaft Mubaraks ihre Anerkennung in einem Maße, dass sich das Regime in die Enge getrieben fühlte. Massive Wahlfälschungen und Repression waren die einzigen verbliebenen Mittel, sich an der Macht zu halten. 2010 gründeten Oppositionelle aus der demokratischen Bewegung ein »Parallelparlament«, welches auf symbolische Weise den Machtverlust der NDP antizipierte. Mubarak kommentierte dies noch mit den zynischen Worten: »Lasst sie mal ihre Zeit vertreiben.«

Ebenfalls 2010 wurde ein 26-jähriger Mann aus Alexandria von zwei Polizisten auf brutalste Weise zusammengeschlagen und ermordet. Sein Name war Khaled Said. Er war ein Blogger und befand sich zu dem Zeitpunkt in Alexandria in einem Internetcafé, als Polizisten ihn festnehmen wollten und er sich der Verhaftung zu widersetzen versuchte. Die Umstände seines Todes wurden vom Innenministerium vertuscht. Es hieß, Said sei an Asphyxie gestorben, weil er während seiner Verhaftung ein Päckchen Marihuana geschluckt habe, um dem Verdacht auf Drogendealerei zu entgehen. Ein Augenzeuge beschrieb den Hergang allerdings ganz anders: »They dragged him to the adjacent building and banged his head against an iron door, the steps of the staircase and walls of the building. (...) Two doctors happened to be there and tried in vain to revive him but [the police; A.T.] continued beating him. (...) They continued to beat him even when he was dead.« (Schemm 2014)

Die Staatsmedien führten nach dem brutalen Vorfall eine Schmutzkampagne gegen Said, indem sie private Fotos veröffentlichten, die ihn als vermeintlichen Drogensüchtigen und Dealer darstellten. Kurze Zeit später posteten aber Aktivist_innen anonym ein Foto von Saids Leiche auf Facebook und Twitter. Das Foto war im Leichenschauhaus aufgenommen worden und dokumentierte sämtliche todesursächlichen Verletzungen am Körper. Saids Gesicht war komplett verunstaltet, sein Körper trug deutlich erkennbare Spuren von Folter. Auch verschiedene Zeitungen und Privatsender zeigten schließlich das Foto. Eine Welle der Empörung ging durch die Bevölkerung. In Alexandria wurde eine große Demonstration organisiert, an der sich Aktivist_innen unterschiedlichster politischer Strömungen und die breite Bevölkerung – auch Prominenz, wie der Friedensnobelpreisträger und Oppositionsführer Mohammad El Baradei – beteiligten sich an der Demonstration. Vor allem diente die Demonstration zur Sammlung einer Vielzahl von politisch unorganisierten Jugendlichen und als Initialzündung für eine soziale Protestbewegung, die schließlich im Januar 2011 in eine Revolution einmündete.

Einen knappen Monat zuvor wurde in Alexandria, am 31. Dezember 2010, ein Bombenanschlag auf die Al Qeddissen-Kirche verübt, bei dem 23 Menschen ums Leben kamen und 97 Menschen verletzt wurden. Kurze Zeit darauf wurde der Salafist Sayed Bilal als Tatverdächtiger verhaftet. Zwei Tage darauf erhielt dessen Familie die anonyme Nachricht, sie könne Bilals Leiche aus dem Leichenhaus abholen. Die näheren Umstände des Bombenanschlags konnten nicht aufgeklärt werden. Es bleibt insofern offen, inwieweit der Anschlag tatsächlich von den Salafisten zu verantworten ist oder der Geheimdienst nur auf die drohende Gefahr eines religiös motivierten Terrorismus hinweisen wollte, die durch die Delegitimierung des Regimes seitens der demokratischen Bewegung bevorstünde. Es wäre jedenfalls nicht das erste Mal gewesen, dass ein Regime auf diese Weise in der Bevölkerung Angst und Schrecken verbreitete und sich an der Macht zu halten versuchte.

»Arabischer Frühling«

Der Auftakt des »Arabischen Frühlings« begann Ende 2010 in Tunesien aus mehr oder weniger zufälligen Umständen. Der 26-jährige arbeitslose Tunesier Mohammad Al Bouzizi hatte sich auf dem Rathausplatz von Sidi Bouzid aus Verzweiflung selbst angezündet, weil die Polizei seinen Gemüsekarren beschlagnahmt hatte. Es war das Initial für einen Aufstand der

Tunesier, der am 14. Januar 2011 dazu führte, dass der Präsident Zain al Abideen Bin Ali sein Amt niederlegte und mit einem Flugzeug nach Saudi Arabien floh. Ein Witz verbreitete sich spontan in den sozialen Medien, demnach das Flugzeug, bevor die Reise in Saudi-Arabien endete, mehrere andere arabische Hauptstädte angefliegen haben soll, um weitere ungeliebte Diktatoren einzusammeln. (vgl. Suliman 2011)

Die Tunesier sangen nun auf den Straßen triumphierend das Gedicht »Wenn das Volk zum Leben erwacht, beugt sich sogar das Schicksal« ihres 1934 verstorbenen Dichters Abo El Qassin El Shabi, und der Witz sowie die Nachricht von der Befreiung beflügelte die Bevölkerung anderer arabischer Länder, die begeistert nach Tunesien schauten und sahen, dass es möglich war, gegen Unrecht und Tyrannei zu rebellieren. Elf Tage später erreichte die Welle des Arabischen Frühlings Ägypten.

Am 20. Januar 2011 kamen in Kairo mehrere Oppositionsgruppen zu strategischen Beratungen zusammen und beschlossen, überall in Ägypten für den 25. Januar (»Polizeinationaltag«) zu Großdemonstrationen und Protesten aufzurufen. Auf den Kundgebungen sollten Polizeibrutalität, Staatskorruption und soziales Unrecht skandalisiert werden. In den Sozialen Medien verbreitete sich der Aufruf wie ein Lauffeuer. Auf der Facebook-Seite *We are all Khaled Said* hieß es: »Our mass protest on the 25th will be the beginning of the end, the end of all the silence and submission (...) and the beginning of a new page (...). We'll reclaim all our rights and refuse to be silent after this day.« (Facebook 2011) Am 25. Januar brach schließlich auf Kairo, Alexandria, Suez und Mahalla eine Welle der Proteste herein. Die Medien haben sich in ihren Berichterstattungen auf die Ereignisse in Kairo konzentriert, wo die protestierende Stadtbevölkerung mit einem Sitzstreik den zentral in Downtown gelegenen Tahrir-Platz blockierte und erst wieder weichen wollte, wenn ihre Forderungen erfüllt werden würden. Noch am Abend des ersten Protesttages versuchte die Polizei die Massen mit Tränengas und Vogelschrot aus Gewehrläufen zu zerstreuen.

Die Gruppen, die gemeinsam zu den Protesten aufgerufen hatten, schlossen sich zu einem Netzwerk zusammen, in dem sich einzelne politische Aktivist_innen, Parteien und soziale Bewegung mit ganz unterschiedlichen Aktionsformen organisierten. Man ging davon aus, dass dieses Netzwerk außerstande sei, über die üblichen Kreise des heterogenen Spektrums, das von Journalist_innen über Online-Aktivist_innen bis hin zu den Fangemeinden von Fußballultras reichte, eine allgemeine Öffentlichkeit zu erreichen. Entsprechend ging man davon aus, dass zu den Demonstrationen in Kairo allerhöchstens ein paar Tausende zusam-

menkommen würden. Am 25. Januar kamen wider erwartend Massen zu den Protesten. Es entstand eine Assemblage aus den zahlreichen Gruppen, die ihre ganz unterschiedlichen Forderungen skandierten: Von Brot, Freiheit und Menschenwürde, über die Enthebung des Innenministers Habib Al Adly, bis hin zu einer Verfassungsreform und eines Mindestlohns. (vgl. Egypt Independent 2011)

Die Assemblage der Oppositionsgruppen hatte einen offenen, pluralen Charakter, weil sie aufgrund ihrer Spontaneität und Heterogenität keinen Identitätskern in ihren »relations of interiority« ausbilden konnte. Das plurale Moment blieb bestimmend und führte schließlich zu einer radikalen Dynamik, in der die erste Assemblage durch den spontanen massenhaften Zulauf (Zunahme der Quantität) in eine zweite Assemblage überging (qualitativer Sprung).

Manuel de Landa schreibt hierzu: »unlike wholes in which parts are linked by relations of interiority (that is, relations which constitute the very identity of the parts) assemblages are made up of parts which are self-subsistent and articulated by relations of exteriority, so that a part may be detached and made a component of another assemblage. Assemblages are characterised along two dimensions: along the first dimension are specified the variable roles which components parts may play, from a purely material role to purely expressive one, as well as mixtures of the two. A second dimension characterises processes in which these components are involved: processes which stabilise and destabilise the identity of the assemblage.« (de Landa 2006: 18f.)

Der Übergang zur zweiten Assemblage erfolgte durch eine konzentrische Identitätserweiterung, indem sich immer mehr Menschen und Gruppen den Massen angeschlossen haben. Die Massenproteste hatten überall in den großen Städten, nicht nur in Kairo, den Charakter von Aufmärschen (*Rally*) angenommen. Die Transformation der ursprünglichen Assemblage in diese zweite ging mit einer Identitätsdestabilisierung der ersten einher, deren führende Oppositionsgruppen nicht mehr zwingend auch die zweite Assemblage unter Kontrolle hielten; sie hatte sich gegenüber diesen verselbständigt.

Darüber hinaus ging mit der Transformation eine Deterritorialisierung einher, denn die oppositionellen Gruppen, wie die *Kefaya*-Bewegung seit 2004, hatten noch nur bestimmte und begrenzte politische Gestaltungs- und Artikulationsräume zur Verfügung, die längst vom Staat kontrolliert wurden. Durch den Massenzulauf änderten sich die Fluchtlinien und die Strategien, dem Prozess des Einfangens im »gekerbten Raum« zu entgehen. Neue Praktiken im Schutz der Massen waren möglich, wodurch

und indem neue Räume erschlossen werden konnten, die sich angeeignet, deterritorialisieren und umcodiert wurden.

Zugleich aber ging die erste Assemblage in der zweiten nicht vollständig auf. Die erste existierte weiter. Zwischen beiden bildete sich eine permeable Membran, wodurch es möglich wurde, in den Praktiken ineinander zu greifen und zugleich arbeitsteilig vorzugehen. Auf diese Weise kam es zu einem Zwei-Wege-Prozess der Interaktion einer multiplen Assemblage aus Synthese und Separation. De Landa schreibt hierzu: »an extra axis defining processes in which specialised expressive media intervene, processes which consolidate and rigidify the identity of the assemblage, or on the contrary, allow the assemblage a certain latitude for more flexible operation while buffering from genetic or linguistic resources (processes of coding and decoding). All of these processes are recurrent, and their variable repetition synthesises entire populations of assemblages. Within these populations other synthetic processes, which may also be characterised as territorialisation or codings but which typically involve entirely different mechanisms, generate larger-scale assemblages of which the members of the original population become component parts.« (de Landa 2006: 19)

Mit der erweiterten, zweiten Assemblage kam als neues politisches Motiv die Sozialgerechtigkeit hinzu. Aus den Forderungen nach Reformen wurde der Ruf nach einer Revolution. Auf den Massenkundgebungen wurde der Sturz des Regimes proklamiert, und die Besetzung des Tahrir-Platzes nahm den symbolischen Gehalt einer Revolution an. Die Sicherheitskräfte des Regimes haben in diesem Augenblick versucht, den Radikalisierungsprozess zu stoppen, indem sie mit brutaler Gewalt vorgegangen sind. In Kairo und Suez gab es Tote. Der Prozess war aber durch Einschüchterung und Brutalität nicht mehr aufzuhalten, sie hatte den Charakter einer non-linearen Kausalität angenommen.

De Landa schreibt hierzu: »Linear causality is typically defined in terms of atomistic events, but once we depart from these we must consider the role that the internal organisation of an entity may play in the way it is affected by external cause. This internal organisation may, for example, determine that an external cause of large intensity will produce a long-intensity effect (or no effect at all) and vice versa, that small causes may have large effects. These are cases of nonlinear causality, defined by thresholds determining the capacities of an entity to be causally affected. In some cases, this capacity to be affected may gain the upper hand to the point that external causes become mere triggers or catalysts for an effect (...). Catalysis deeply violates linearity since it implies that

different causes may lead to the same effect – as when a switch from one internal state to another is triggered by different stimuli – and that one and the same cause may produce very different effects depending on the part of the whole it acts upon (...).« (De Landa 2006: 20)

Auf diese Weise lassen sich die ersten 18 Tage der Revolution in Ägypten als ein multi- oder non-lineares Ineinandergreifen von verschiedenen Ereignissen, Gründen und Handlungen verstehen, als Kombination aus kleineren und größeren Ursachen, die im Großen und Ganzen gleichsam als »List der Vernunft« (Hegel) erscheint, deren Ergebnisse im Einzelnen durch bestimmtes Handeln nicht intendiert gewesen sind, sich aber dennoch ergeben haben. Insbesondere einige katalytische Ereignisse wie die Revolution in Tunesien, die auf Ägypten übergang, waren in der Strategie kollektiver Handlungsfähigkeit der oppositionellen Gruppen nicht vorhersehbar und deshalb nicht intendiert gewesen.

Mit der zweiten, zur Masse erweiterten, Assemblage entwickelte sich auch durch die neu erschlossenen Räume und Praktiken die Kriegsmaschine. Der zweiten, größeren Assemblage ist es gelungen, glatte Räume zu schaffen, das heißt einen unübersichtlichen, heterogenen Raum von qualitativer Multiplizität sowie einen rhizomatisch-fluiden Raum zu kreieren, in dem unaufhörlich die pluralen Gruppen variierten und – der Kontrolle des Regimes entzogen – flukturierten. (vgl. Patton 2000: 12) In diesen physischen und expressiven Räumen konnte die Kriegsmaschine in Gang gesetzt werden.

Eine nomadische Bewegung kulminierender Deterritorialisierung auf den sozialen, politischen und örtlichen Sphären war im Gange. Mit anderen Worten: Die Gesellschaft entzog sich sukzessive dem krakenhaften Regime, dessen Tentakeln immer kürzer wurden und nicht mehr bis in die letzten Winkel des öffentlichen Lebens, des privaten Alltags und zunehmend auch nicht mehr in die zur politischen Artikulation freige-machten Räume reichten. Die Besetzung des Tahrir-Platzes war bereits eine direkte Konfrontation des Regimes, welches sich in einem offensichtlichen Prozess vollständiger Delegitimierung befand. *Tahrir* bedeutet »Befreiung«, insofern hatte der Widerstand ein hochgradig besetztes Nationalsymbol als Ort tatsächlicher Befreiung vom Regime deterritorialisiert. Der Tahrir-Platz ist aber nicht nur auf symbolische, sondern auch auf physische Weise der »Körper« des ägyptischen Zentralstaates, da er durch seine zentrale Lage den Norden und Süden, Westen und Osten der Megastadt Kairo verbindet. Darüber hinaus befinden sich an diesem Platz die Gebäude des bürokratischen Apparates. Die Kriegsmaschine hatte sich auf dem Tahrir aufgestellt und forderte das Regime heraus.

Die Polizei schritt ein und zerstreute die Massen. Aber die Menschen kamen drei Tage später, am 28. Januar, zum »Zornfreitag« in noch größerer Zahl zurück.

Das Innenministerium verhängte ein Demonstrationsverbot. Das Kommunikationsministerium schaltete das Internet und alle Mobilfunknetze ab. In den drei Tagen zuvor wurden von den Sicherheitskräften viele Aktivist_innen verhaftet. Auf diese Weise versuchte das Regime die revolutionäre Entwicklung zu unterbinden. Es gelang ihm nicht. In den Straßen von Kairo, Alexandria, Suez und Mahalla wurden Barrikaden gebaut. Es war der Punkt erreicht, an dem die Bevölkerung zu einem Bürgerkrieg bereit war. An diesem 28. Januar fanden an unzähligen Orten Straßenschlachten mit der Polizei statt. Nach Regierungsquellen kamen an diesem Tag 850 Protestierende ums Leben, 10.000 wurden verletzt. Die Entschlossenheit führte schließlich zum Erfolg, denn es ist den Protestierenden gelungen, den *Tahrir*-Platz in Kairo, den *Al Mansheyya* in Alexandria oder auch den *Al Arbaeen*-Platz in Suez zurückzuerobern und abermals zu besetzen. Die Polizei musste sich zurückziehen und hinterließ in den folgenden 18 Tagen bis zum Sturz Mubaraks (11. Februar) ein Machtvakuum, in dem sich die Kriegsmaschine der Assemblage immer weiter entfalten konnte.

Durch die Abwesenheit des Regimes wurde in dem Machtvakuum das Andere des Staates sichtbar: eine soziale Maschine aus Kreativität, Solidarität und Veränderungswillen. Das Regime war aber noch da und versuchte über die Medien durch gezielte Falschaussagen Angst und Schrecken zu verbreiten. Es hieß, die Proteste seien von ausländischen Mächten gesteuert – mit dem Ziel, den ägyptischen Staat zu destabilisieren. Chaos, Gewalt und Raub seien das Machwerk ausländischer Terroristen und Spione. Die ägyptische Bevölkerung wurde aufgefordert, ihre Straßen, Häuser und Geschäfte zu schützen. In der Folge gründeten sich Nachbarschaftskomitees. Motiviert waren diese Komitees allerdings vor allem auch aus wirtschaftlichen Gründen. In vielen Nachbarschaften entstand die Idee, Druck auf die Lebensmittelgeschäfte auszuüben, damit sie ihre Preise senken würden. Man organisierte auch Masseneinkäufe für Nachbarschaftskollektive, indem man die Einkäufe in den großen Märkten am Rande der Städte tätigte, wo man einen günstigeren Preis für die Waren bezahlt. Die Nachbarschaften vernetzten sich untereinander und bildeten solidar-ökonomische sowie kommunale, selbstverwaltete Strukturen heraus, die wiederum als weitere, soziale Mutation der Assemblage zu begreifen sind. Die soziale Assemblage diente wiederum als Rückhalt für die politischen Proteste, weil auf diese Weise die grund-

legende Versorgung auch der Besetzer_innen des Tahrir-Platzes und anderer öffentlicher Orte gewährleistet werden konnte.

In den 18 Tagen bis zum Sturz Mubaraks erlebte die Besetzung des Tahrir-Platzes mehrere Phasen: Am 28. Januar unterstützte das Militär den Einsatz der Polizei gegen die Demonstrant_innen. Nach dem Rückzug der Polizei übernahm zunächst das Militär die Kontrolle auf den Straßen und belagerte den Tahrir-Platz, sodass es bis zum 1. Februar nahezu unmöglich war, von außen noch auf den Platz zu gelangen. Die Besetzer_innen waren gleichsam auf dem Platz vom Militär umzingelt oder eingeschlossen. Im Zuge der Zweittagesattacke seitens der Anhänger Mubaraks am 2. und 3. Februar, der sogenannten Kamelschlacht,¹ wurde der Platz wieder zugänglich.

Die Protestierenden riefen nunmehr für den 4. Februar zu einer weiteren Großdemonstration auf dem Tahrir-Platz auf, zu der Hunderttausende kamen. Bei vielen, die sich bis dahin dem politischen Kampf noch nicht angeschlossen hatten, überwog nun die Wut gegenüber der Brutalität der Staatsmacht gegen die Protestierenden. Die Nachbarschaften-Assemblage und die Tahrir-Assemblage verbanden sich miteinander zu einer gigantischen Revolutions-Assemblage: einem aufgebrauchten Sammelsurium äußerster Diversität, das heißt aus Linken, Liberalen, Konservativen, Muslimbrüdern, Salafisten und Jihadisten. Das soziale Spektrum reichte von der Arbeiter_innenklasse bis zur Mittel- und Oberschicht; das Regime hatte die ganze Bevölkerung gegen sich aufgebracht: Frauen und Männer, Jüngere und Ältere, Muslim_innen, Christ_innen und Nichtgläubige. (vgl. Al Raggal 2014: 172) Es war das ägyptische Volk, das sich in seiner Heterogenität, Vielseitigkeit und antagonistischen Widersprüchlichkeit gegen Mubarak auflehnte. Die Revolutions-Assemblage hatte ihren einzigen gemeinsamen Nenner in der Aufgebrachtheit gegen das Regime, das nunmehr keine Kontrolle mehr über das Volk hatte.

Allerdings war keine der protestierenden Gruppen groß, erfahren und allgemein anerkannt genug, die politische Führung in der Revolution und des gesamten Staates zu übernehmen. (vgl. Al Raggal 2014: 207) Selbst die Muslimbrüder, die wegen ihrer Ideologie eine hierarchische und au-

¹ Die Attacke der Mubarak-Anhänger wurde deshalb »Kamelschlacht« genannt, weil sie mit Kamelen und Pferden die Protestierenden auf dem Tahrir-Platz angegriffen haben. Das Militär schaute dabei zu, griff nicht ein, hatte aber zu Beginn eine Trasse geöffnet, durch welche die Anhänger Mubaraks auf den Platz einritten. (vgl. Al Elaimy 2014)

toritäre Organisationsstruktur haben, konnten und wollten sich nicht an die Spitze der Revolution stellen, um den Staat zu erobern. Während der Besetzung des Tahrir-Platzes hatten die Muslimbrüder mit der Regierung verhandelt, aber sie haben zu keinem Zeitpunkt den Anspruch erhoben, im Namen der Revolution zu sprechen. Die Revolution hatte für sich selbst gesprochen und hätte vermutlich zu diesem Zeitpunkt sehr allergisch auf Vereinnahmungs- und Instrumentalisierungsversuche einzelner Akteursgruppen der Revolutions-Assemblage reagiert, die wie eine riesige Maschine aus Gruppen organisiert war, die sich arbeitsteilig um Schutz und Verteidigung, Lebensmittel- und Gesundheitsversorgung, Schlafmöglichkeiten und Hygiene, Infrastruktur und Stromversorgung, Presse und Medien, Kinderbetreuung und -unterricht sowie kulturelle Unterhaltung wie Kino und Konzerte kümmerten.

Die Revolutions-Assemblage wurde in den Medien als ein riesiges Festival nach »westlichem« Muster dargestellt. In der Berichterstattung stand auch die »westlich-orientierte Jugend« im Mittelpunkt. Das ist aber nur eine, wenn auch vielleicht die auffälligste Seite der Revolutions-Assemblage gewesen. Der Tahrir-Platz war als der symbolische Ort der Revolution wie eine Kommune für ein intensives und alternatives Leben strukturiert, die von den hierarchischen und vertikalen Strukturen des Staates befreit war. Daher mussten die Muslimbrüder, die selbst hierarchisch und vertikal strukturiert sind, noch auf ihre Gelegenheit warten; hätten sie zu früh den revolutionären Prozess zu kanalisieren versucht, hätte sich die Revolution vermutlich auch gegen sie gewandt.

Vier Jahre nach der Revolution finden einige Verklärungen statt, wenn aus der Retrospektive die Revolutionsprozesse rekonstruiert werden. Als fatal könnte sich die Annahme erweisen, dass der Einsatz der Mittel und die Schritte zur Ausbildung der Revolutions-Assemblage wiederholt werden können. Jede soziale Bewegung, die gegen ein Regime aufbegehrt, muss ihre eigenen und neuen Wege finden, wenngleich allgemeine Schlussfolgerungen in der Neukomposition der Mittel wichtig sind und insofern aus der Revolution in Ägypten für zukünftige Revolutionen Schlussfolgerungen zu ziehen sind.

Schlussfolgerungen

Was in diesen 18 Tagen der Revolution stattgefunden hat, war ein Prozess der permanenten Deterritorialisierung und die Verteidigung des Erreichten gegen die Angriffe des Regimes. Die ägyptische Bevölkerung

hat in diesem Prozess gelernt, dass es möglich ist, gegen eine Diktatur schrittweise das alltägliche Leben selbst zu bestimmen und zu gestalten sowie die Angst zu überwinden, auch die politischen Räume zu erobern. Es war ein Lernprozess, der schrittweise vom Protest zur Revolte bis hin zur Revolution ging – mit der Entwicklung jeweils entsprechender Strategien der Mobilisierung, Öffentlichkeitsarbeit und organisierter Solidarität: eine soziale Lernmaschine.

Es wäre eine falsche Einschätzung, würde man die Revolution in Ägypten allein aus der Bedeutung der neuen sozialen Medien wie Facebook oder Twitter heraus, zu erklären versuchen. Die *social media* waren allerdings ein zentrales Werkzeug zur horizontalen Vernetzung, Mobilisierung und Herstellung von Gegenöffentlichkeit, mit Hilfe derer die vom Regime gekerbten Räume geglättet, das heißt unkontrollierbar gemacht wurden. – Eine neue Waffe des Widerstands.

Die Bereitschaft, eine Koalition zwischen dem politischen Islam und einer progressiven Befreiungsbewegung einzugehen, hat in Ägypten die Revolution zum Scheitern gebracht. Denn der Staat konnte mit Hilfe der Muslimbrüder die revolutionären Prozesse wieder einfangen. Mubarak wurde zwar gestürzt, aber die herrschenden Eliten sind letztendlich nur rotiert. Am Ende waren die Ideale der Revolution in die Frage der Identität Ägyptens übergegangen und dadurch neutralisiert worden. Statt Brot, Freiheit und soziale Gerechtigkeit ging es schließlich um religiöse und kulturelle Identität. Mit neuen Wahlen wurde eine grundlegende Umgestaltung des ägyptischen Staates ausgebremst. Die Wahlen boten lediglich die Alternative zwischen Skylla und Charybdis: zwischen dem alten Regime und dem der Islamisten.

Die Revolution in Ägypten bietet sich mit ihrem vorläufigen Scheitern im Besonderen und der Arabische Frühling im Allgemeinen als exemplarischer Lernstoff an für das Funktionieren und die revolutionäre Indienstnahme einer Kriegsmaschine in diktatorischen Gesellschaftsformationen im spätmodernen oder postmodernen Kapitalismus, in dem traditionelle Praxisformen keinen richtigen Anklang mehr finden. Die Revolution in Ägypten zeigt trotz ihres Scheiterns, dass es möglich ist, andere Formen und Wege zu finden, sich gegenüber der autoritären Krake des Regimes emanzipatorisch zu behaupten.

Wenn Deleuze sagte, dass alle Revolutionen zum Scheitern verurteilt sind, wenn sie bloß die gleichen Strukturen des Staates rekonstruieren, gegen die sie aufbegehren, dann trifft dies auch auf die Revolution in Ägypten und allgemein auf den Arabischen Frühling zu. Der Prozess der Deterritorialisierung ist permanent dem der Reterritorialisierung entge-

genzusetzen, oder die Revolution wird zur Beute der wiederkehrenden Eliten oder ihrer Widersacher.

Literatur

- Al Elaimy, Zeyad (2014): Personal interview, 19. September.
- Al Raggal, Aly (2014): »The Ghostly Revolution«. *Revolution as a Process: The Case of the Egyptian Uprising*, Wien.
- de Landa, Manuel (2006): *A New Philosophy of Society: Assemblage Theory and Social Complexity*, London/New York.
- Deleuze, Gilles (1992): »Postscript on the Societies of Control«, *October*, Vol. 59, S. 3-7.
- Deleuze, Gilles/Guattari, Felix (2005): *A Thousand Plateaus Capitalism and Schizophrenia*, Massumi, Brian Minneapolis London.
- Egypt Independent (2011): »Prosecution witness confirms suspects incited ›camel battle‹.«, *Egypt Independent*, 13. Sept., www.egyptindependent.com/news/prosecution-witness-confirms-suspects-incited-camel-battle (Letzter Zugriff: 02.09.2014).
- Facebook (2011): We are All Khaled Said, »25 January«, www.facebook.com (Letzter Zugriff: 01.09.2014).
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2002): *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt am Main.
- Patton, Paul (2000): *Deleuze and the Political*, London.
- Schemm, Paul (2014): »Egypt cafe owner describes police beating death«, *U-T San Diego*, <http://www.utsandiego.com/news/2010/jun/13/egypt-cafe-owner-describespolice-beating-death/> (Letzter Zugriff: 02.09.2014).
- Urban, Hans-Jürgen (2009): Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 5, S. 71-78.
- Suliman, Aktham (2011): »Laa Nuridukom«, in: *Neues Deutschland* vom 29.01.

Martina Blank

Mosaik im Stadtviertel?

Soziale Bewegungsräume im Großraum Buenos Aires

Ein linkes Mosaik, das sich ernst nimmt, so die Herausgeber dieses Bandes, kann sich nicht auf Deutschland beschränken, sondern muss global handlungsfähig und international zusammengesetzt sein. Diese Erkenntnis gehört zum Kanon linker Politik und wurde im Zuge neoliberaler Globalisierung – auch und gerade – in den globalisierungskritischen Bewegungen erneuert. Zu einem zentralen Slogan wurde nach dem Erdgipfel in Rio de Janeiro 1992 die den Umweltbewegungen entstammende Wendung »Global denken, lokal handeln«. Darin drückt sich der Wunsch nach einer arbeitsteiligen politischen Praxis aus, die globalen, sich dem unmittelbaren Zugriff entziehenden Dynamiken von Wirtschaft und Politik, vielfältige, konkrete Projekte vor Ort gegenüberstellt. Was als einfache Formel daher kommt, erweist sich bei näherer Betrachtung jedoch als ausgesprochen komplizierte Verschränkung. Bei der daher notwendigen Erforschung von »Glokalitäten« lässt sich zudem ein gewisses Auseinanderdriften von Bewegung und Wissenschaft beobachten: Je mehr sich Bewegungen auf lokale Suchprozesse einlassen, desto mehr verschwinden sie vom Radar der globalisierungskritischen Wissenschaft. (Featherstone 2008) Ein gutes Beispiel hierfür bieten die sozialen Bewegungen, die im Zuge der Argentinienkrise 2001 weltweite Aufmerksamkeit erregten. Als im Dezember jenes Jahres Massenproteste die Regierung zum Sturz brachten, applaudierten Globalisierungskritiker_innen weltweit diesem als lange überfällig wahrgenommenem Widerstand gegen einen der prominentesten Fälle forcierter Neoliberalisierung.

Vom ehemaligen Musterschüler des *Internationalen Währungsfonds* (IWF) und der Weltbank wurde der Staat Argentinien zum Sündenfall neoliberaler Globalisierung und die argentinischen Bewegungen vorübergehend zur Avantgarde einer neuen globalisierten Widerstandsbewegung. (Negri et al. 2003) Doch die Akteur_innen vor Ort verweigerten sich hartnäckig der Handlungslogik globalisierten Widerstands. Schon wenige Wochen nach dem Regierungssturz organisierte sich ein großer Teil der Protestbewegung in Hunderten von Stadtteilversammlungen und machte nun die eigene Nachbarschaft zum zentralen Be-

zugspunkt von Aktionen. »*Trabajo territorial*« (territoriale Arbeit) löste schleichend die Proteste ab.

Eine solche »territoriale Arbeit« war keineswegs neu. Viele Akteure des neuen Mobilisierungszyklus, wie zum Beispiel die Arbeitslosenorganisationen der *piqueteros* oder die neue Generation von Menschenrechtsaktivist_innen *Hijos por la Identidad y la Justicia contra el Olvido y el Silencio* (H.I.J.O.S.), hatten sich bereits vor den Massenprotesten der Stadtteilarbeit verschrieben. (Colectivo Situaciones 2002; Colectivo Situaciones/MTD de Solano 2002; Svampa/Pereyra 2003) Tatsächlich handelte es sich um eine allgemeine Tendenz für politisches Handeln im Großraum Buenos Aires (Merklen 2005): Soziale Bewegungen, NGOs, Gewerkschaften und politische Parteien widmeten sich den Stadtvierteln mit verschiedenen sozialen und kulturellen Aktivitäten, wie Volksküchen, Kunstprojekten oder Bildungsworkshops.

Je mehr die Akteur_innen jedoch die zentralen Bühnen verließen, desto mehr gerieten sie auch aus dem Blick der globalisierungskritischen Öffentlichkeit. Gleichzeitig erwies sich die Verortung im Stadtviertel als kompliziert und erzeugte neue, unerwartete Reibungspunkte, Konflikte und Herausforderungen. Die für Globalisierungskritiker_innen so vielversprechende argentinische Widerstandsbewegung schien sich vollkommen zu zersplittern und damit jedwede Handlungsfähigkeit zu verlieren. (vgl. North/Huber 2004)

Doch wer sich auf die Spuren ihrer lokalen Suchprozesse begab, dem bot sich ein anderes Bild von *trabajo territorial* als einer ausgesprochen effektiven Strategie zur Vernetzung und Öffnung neuer Handlungsräume. Die argentinische Forschung hat sich diesen Suchprozessen in zahllosen Studien gewidmet. (vgl. Colectivo Situaciones 2003; Schuster et al. 2005; Zibechi 2003) Um aber eine Brücke zwischen diesen ortsbezogenen Überlegungen und dem globalen Nachdenken über glokales Handeln zu schlagen, möchte ich an dieser Stelle die kritische Geographie in den Fokus rücken, die sich seit ihrem Bestehen mit dem Spannungsfeld von Globalisierung und Ortsspezifität befasst. Eine ganze Reihe von Konzepten, die diese Disziplin hervorgebracht hat, hat sich als hilfreich zur Analyse von Bedingungen und Wirkungen globalisierten Widerstands erwiesen. Im Folgenden werde ich deshalb diese Konzepte kurz vorstellen und ihre Anwendungsmöglichkeiten für die Beleuchtung der anderen Seite der argentinischen Massenproteste des Jahres 2001 aufzeigen. Es wird sich zeigen, dass *trabajo territorial*, weit entfernt von einem hilflosen Rückzug auf die lokale »Scholle« in Zeiten nicht zu kontrollierender Globalisierung (Castells 1997), eine sehr effektive dezent-

trale Bewegungsstrategie ist, die präzise auf die globalen Formen neoliberaler Zurichtung antwortet und neue Räume zur Vernetzung öffnet.

Glokal denken, global handeln: Anleihen bei der kritischen Geographie

Die fortwährende räumliche Restrukturierung von Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Kultur im Zuge neoliberaler Globalisierung, aber auch die wissenschaftliche Hinterfragung der historischen Territorialisierung von politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Prozessen in Form von Nationalstaaten, haben unsere gewohnten Konzepte zur Verortung politischer Praxis zur Disposition gestellt. Zahlreiche Autor_innen haben sich daher auf die Suche nach alternativen Räumlichkeiten zur Analyse sozialer Bewegungen gemacht. (Nicholls/Miller/Beaumont 2013)

In der geographischen Forschung haben sich insbesondere die Konzepte *scale*, *place* und *networks* als produktiv für die Erforschung sozialer Bewegungsräume erwiesen. (Escobar 2001; Juris 2008; Miller 2000; Oslender 2004; Routledge 1993, 2003; Routledge/Cumbers 2009) *Territory*, ein weiteres Konzept der kritischen Geographie, hat in der Bewegungsforschung lange eine geringere Rolle gespielt, wurde aber kürzlich für diese ebenfalls fruchtbar gemacht. (Agnew/Oslender 2013) Diese verschiedenen Raumkonzepte wurden weitgehend unabhängig voneinander entwickelt, bieten aber einander ergänzende Einblicke in politische Handlungsräume. Verschiedene Autor_innen haben deshalb auch für eine Integration dieser Konzepte in polymorphe Analysemodellen plädiert. (Jessop/Brenner/Jones 2008; Leitner/Sheppard 2009; Nicholls/Miller/Beaumont 2013) Im Folgenden werde ich die vier Konzepte nacheinander vorstellen und am Beispiel Argentiniens aufzeigen, welche Perspektiven sie zur Analyse globaler sozialer Bewegungen eröffnen.

Scale

»Scale« bedeutet so viel wie Maßstabebene und wurde konzeptionell hauptsächlich von Geograph_innen ausgearbeitet, die sich mit der Restrukturierung von Staat und Kapital im Zuge neoliberaler Globalisierung befassen. (Keil/Mahon 2009) Obgleich das Konzept in der Geographie keineswegs unumstritten ist (Marston/Jones III/Woodward 2005), hat es sich längst zu einem Standardkonzept zur Analyse der räum-

lichen Strategien sozialer Bewegungen entwickelt. (Leitner/Sheppard 2009) *Scale* beschreibt die räumliche Verteilung von Macht durch Hierarchisierungen wirtschaftlicher, politischer, sozialer und kultureller Prozesse in Form von verschiedenen Ebenen sozialen Handelns. Diese Hierarchisierungen, zum Beispiel in lokale, regionale, nationale und globale Regierungsebenen, schaffen spezifische Ein- und Ausschlüsse, die »einige Akteure, Allianzen und Organisationen auf Kosten anderer ermächtigen« (Brenner 2001: 608). Diese verräumlichten Machtasymmetrien sind niemals in Stein gemeißelt, sondern Produkte von materiellen und symbolischen Kämpfen. (Brenner 2001: 600f.; Smith 1993: 101) Dennoch sind sie effektiv institutionalisiert und generieren so historisch spezifische Bedingungen für soziale Bewegungen.

Scale ist daher besonders nützlich für die Untersuchung von »räumlichen Gelegenheitsstrukturen« (Miller 2000). Sie bestimmen die Suche nach adäquaten Plattformen für politisches Handeln – von lokalen Planfeststellungsverfahren zu Konferenzen der *Vereinten Nationen* (UNO). Wenn soziale Bewegungen die Besonderheiten von Arenen auf verschiedenen Maßstabsebenen nutzen, um ihre Projekte voranzutreiben, betreiben sie ein aktives »*jumping scale*« (Smith 1993) oder »*shifting scale*« (Miller 2000). Dabei kann es sich um die Internationalisierung von Kämpfen handeln (sogenanntes *upscaling*), aber auch um deren Lokalisierung (»*downscaling*«).

Gerade Lokalstaaten weisen oftmals einen besonderen Grad an relativer Autonomie und Offenheit auf, der sie für soziale Bewegungen interessant machen kann. (Miller 2000: 52f.) Auch wird kleinräumlichen Maßstabsebenen wie lokalen Gemeinschaften in der Forschung ein besonderes Aktionspotenzial unterstellt, weil Staat und Kapital hier in ihrer Reichweite begrenzt oder besonders desorganisiert seien. (Staheli 1994: 388) Schließlich können »subalterne Strategien der Lokalisierung« auch Teil einer umfassenderen Veränderung räumlich-politischen Handelns sein. (Escobar 2001)

Eine multidimensionale Perspektive auf globalisierungskritische Bewegungen ist besonders hilfreich im Fall der argentinischen Proteste. Argentinien war einer der prominentesten Fälle forcierter Neoliberalisierung seit den 1970er Jahren. Dazu gehörte die Internationalisierung der argentinischen Wirtschaft durch die Liberalisierung und Deregulierung der Märkte sowie die Privatisierung von Industrien und Infrastrukturen. (Azpiazu/Basualdo 2004) Mittels der hohen Auslandsverschuldung wurden Konflikte um Staatsausgaben internationalisiert und auf der Ebene internationaler Finanzierungsinstitutionen wie IWF

und Weltbank verhandelt, wo über kritische Kredite und ihre Bedingungen entschieden wurde.

Doch die resultierende »Strukturanpassung« beinhaltete auch eine Dezentralisierung öffentlicher Aufgaben wie Gesundheit und Bildung, die ebenso Provinzen und Lokalregierungen ins Zentrum von Haushaltskonflikten rückten. (Auyero 2002; Rock 2002: 67f.) Im Fall der Provinz von Buenos Aires traf diese Entnationalisierung öffentlicher Aufgaben unmittelbar die Gemeindeebene, die bereits in den 1980er Jahren begonnen hatte, ehemals zentralstaatlich bereitgestellte Leistungen zu übernehmen und an lokale Organisationen und Unternehmen ausgliedern. (González Bombal 1988: 23ff.) In den 1990er Jahren wurden dann viele der Hilfsprogramme internationaler Finanzierungsorganisationen durch Regionalregierungen gelenkt, die diese ihrerseits zur Finanzierung ihrer klientelistischen Strukturen nutzten. (Svampa/Pereyra 2003: 86ff.) Dieser Prozess wurde verstärkt durch eine Reorganisation der dominierenden peronistischen *Partido Justicialista* (PJ), in deren Rahmen ein Netzwerk lokal verwurzelter Parteibosse die traditionelle korporatistische Parteistruktur überlagerte und so gewerkschaftsorientierte Partizipationsstrukturen durch Patronage-basierte Massenkontakte ersetzte. (Levitsky 2003: 26) Das Ergebnis war ein weitreichendes Netzwerk zur »Problemlösung«, das das letzte Glied in der klientelistischen Kette, den in den Nachbarschaften verorteten lokalen »*puntero*« zu einer der wichtigsten Instanzen für soziale Belange machte. (Auyero 2001)

Anders gesagt, die andere Seite war einer schuldengetriebenen Internationalisierung von Haushaltsverantwortung die Expansion des Staats in jene lokalen Räume, die vermeintlich besonders weit entfernt von Staat und Kapital sind. *Scale* hilft uns also zu erkennen, dass neoliberale Globalisierung nicht nur die externe Abhängigkeit der argentinischen Ökonomie vertiefte, sondern zugleich Lokalstaaten und Nachbarschaften ins Zentrum politischer Konflikte rückte.

Dass die Bewegungen des neuesten Mobilisierungszyklus *trabajo territorial* zu ihrer Aufgabe machten, war also auch der Erkenntnis geschuldet, dass viele der skandalisierten Zustände, wie unzureichende soziale Hilfen, Infrastrukturen, Gesundheits- und Bildungsangebote, auf lokalstaatlicher Ebene auszuhandeln waren. Die nationalstaatliche Ebene wurde hingegen als sowohl international als auch lokal ausgehöhlte Politikebene wahrgenommen, auf der es nichts zu holen gab. Dies gilt auch in besonderem Maße für die Menschenrechtsbewegungen, die in einer – wenn auch keineswegs konfliktfreien – Ar-

beitsteilung die für die Politisierung von Menschenrechtsverletzungen unzugängliche Nationalstaatsebene von verschiedenen Seiten unter Druck setzten. Dies geschah international durch Gerichtsverfahren im Ausland und Initiativen bei der UNO als auch lokal im Alltag von Tätern und Opfern.

Was die Stadtteilebene betrifft, bietet sich jedoch ein anderes Konzept zur Untersuchung der argentinischen Protestbewegung an: *place*. Denn während sich *scale* für die Analyse von räumlichen Hierarchisierungen eignet, ist *place* instruktiv, wenn es um die Untersuchung bestimmter Arenen geht. (Brenner 2001: 599f.)

Place

Place, das wohl am ehesten mit Ort oder auch Ortsspezifisch zu übersetzen ist, ist eine der prominentesten Kategorien in der raum-orientierten Bewegungsforschung. (Escobar 2001; Miller 2000; Oslender 2004; Routledge 1993) Wie *scale* stellt *place* ursprünglich einen Versuch dar, nationalstaatszentrierte Analysen zu überwinden, wendet sich aber deutlicher gegen Erzählungen von einer deterritorialisierenden Globalisierung. *Place* fokussiert die Orte von Alltagsbegegnungen und betont ihre Besonderheit.

Die zwei wichtigsten Quellen für *place*-orientierte soziale Bewegungsforschung sind John A. Agnew und Doreen Massey. Abgesehen von Unterschieden im Detail verstehen beide Autor_innen *place* als sozial konstruierten offenen Prozess. Während Agnew *place* mit einem Gebietsbegriff verknüpft (Agnew 1987: 28), bezeichnet Massey damit einen offenen Treffpunkt. (Massey 1994: 154) Beide sind sich einig in Hinblick auf die multiskalare Konstruiertheit von *place*, was dieses Konzept auch eng mit jenem von *scale* verknüpft. Doch jeder Ort verfügt über ein eigenes, spezifisches Set multiskalarer Prozesse, Strukturen, Identitäten usw. In den Worten Masseys entstehen *places* »out of a particular constellation of social relations, meeting and weaving together at a particular locus« (Massey 1994: 154).

Soziale Bewegungen entstehen an bestimmten Orten, und diese bieten spezifische Ressourcen oder Beschränkungen, wobei insbesondere Gemeinschaftsstrukturen eine wichtige Rolle spielen. (Escobar 2001; Oslender 2004; Routledge 1993) Bezogen auf den argentinischen Fall des *trabajo territorial* ist *place* ausgesprochen hilfreich, um sich die ortsspezifische Konfiguration von Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit bewusst

zu machen. Seit Buenos Aires 1880 Sitz der argentinischen Regierung ist, hat die Stadt eine sehr spezielle Funktion als Zentrum der nationalen Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Noch bis in die 1930er Jahre zentrierte sich das soziale und politische Leben in Buenos Aires in den Stadtvierteln. (vgl. de Privitellio 2003) Ein durch und durch prekärer Urbanisierungsprozess stimulierte Nachbarschaftskooperation und eine regelrechte »Assoziierungswut« in den einzelnen Vierteln. (ebenda: 31; González Leandri 2001: 219) So entwickelten sich zahllose lokale zivilgesellschaftliche Institutionen, wie die sogenannten Entwicklungsgesellschaften zur Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung der Stadtviertel, die zu einer zentralen Artikulationsinstanz zwischen Nachbarschaft und Gemeinde wurden. (de Privitellio 2003: 105ff.)

Diese erstarkende lokale Zivilgesellschaft machte die Nachbarschaften auch zu politisch umkämpften Orten. (González Leandri 2001: 218ff.) Sei es die traditionell dezentrale anarchistische Bewegung (Suriano 2001) oder die großen, national operierenden Parteien wie die Unión Cívica Radical oder die Partido Socialista: Alle relevanten politischen Akteure versuchten im Stadtviertel präsent zu sein. (de Privitellio 2003: 81)

Diese Konstellation änderte sich radikal mit dem Aufstieg des Peronismus in den 1940er Jahren. Ein umfassender Prozess von Staatszentralisierung und neue öffentliche Praxen wie Massenkundgebungen im Stadtzentrum verwandelten Buenos Aires in eine andere, zentralisierte Stadt mit neuen dominanten öffentlichen Orten und anderen Formen öffentlicher Praxis. (Podalsky 2004: 28ff.) Mit dem Sturz Perons folgte wiederum ein neues, konsumorientiertes Projekt für die Stadt. (Podalsky 2004) Die Stadtviertel fielen in politische Bedeutungslosigkeit; eine fortschreitende soziale Fragmentierung war zu beobachten. (Podalsky 2004: 69)

Diese Tendenz kehrte sich nach dem letzten Militärputsch von 1976 um, als die Stadtviertel eine politische Wiederbelebung erfuhren. Dies lag sowohl an einem Mangel an Alternativen als auch an den im vorangegangenen Abschnitt beschriebenen Prozessen der Lokalisierung von Staatsaufgaben. Darüber hinaus versuchte die Militärregierung über eine Öffnung lokaler Gremien und eine Förderung lokaler Nichtregierungsorganisationen Zugang zur Zivilgesellschaft zu finden. (González Bombal 1988: 50) Diese veränderte politische Gelegenheitsstruktur führte zu einer Wiederbelebung fast vergessener Institutionen wie den Entwicklungsgesellschaften. (González Bombal 1988: 44ff.) Einmal wieder belebt, entwickelten sie aber eine eigene, unabhängige Dynamik. Es war – das ist heute nahezu vergessen – eine Serie von Aufständen in den

Vororten von Buenos Aires, die 1982 der mit den Menschenrechtsbewegungen im Zentrum konfrontierten Militärregierung das Genick brachen. (González Bombal 1988)

Die Wiederbelebung der Stadtteilpolitik ließ sich auch in den urbanen Landbesetzungsbewegungen der 1980er Jahre beobachten. (Merklen 1997) Wie zu Beginn des Jahrhunderts mündete eine zunehmend prekäre Urbanisierung in neue, gemeinschaftliche Praxen zur Gestaltung der Nachbarschaften und zur Auseinandersetzung mit den Gemeinden. Diese Landbesetzungsbewegungen waren auch die direkten Vorläufer vieler autonomer *piquetero*-Organisationen, wie den *Movimientos de Trabajadores Desocupados*. Ihr Fokus auf *trabajo territorial* ist eng verknüpft mit dieser Tradition der gemeinsamen Gestaltung des Stadtviertels und dem anschließenden Verlust dieses sozialen Zusammenhalts in den 1990er Jahren. (Colectivo Situaciones/MTD de Solano 2002) Aber auch für die aus der Protestbewegung hervorgegangenen Stadtteilversammlungen war Gemeinschaft ein zentrales Anliegen. (Bielsa et al. 2002) Als einen der wichtigsten Effekte neoliberaler Globalisierung wurde die Vereinzelung identifiziert, der man nun durch neue Formen der Soziabilität entgegenzutreten wollte. Auf der Suche nach diesen neuen Formen bot sich auch ein Rekurs auf ortsspezifische Traditionen der Stadtteilarbeit an. Dies gilt umso mehr für jene Teile der Menschenrechtsbewegungen, wie die von H.I.J.O.S. ins Leben gerufene *Mesa de Escrache Popular*, die es sich zur Aufgabe machten, Menschenrechtsverletzungen ehemaliger Militärs in den Wohnvierteln der Täter zu thematisieren und dafür in einer monatelangen Stadtteilarbeit in Kooperation mit verschiedenen lokalen Gruppierungen die Nachbarschaft zu aktivieren.

Place hilft uns also zu begreifen, dass der Rekurs auf das Stadtviertel alles andere als zufällig oder nur eine globale Lokalität war, sondern eine historisch-spezifische Ressource. Doch wie schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren auch die Neuen Sozialen Bewegungen bei weitem nicht die einzigen Akteure in diesem Spiel. So fielen viele der aus der Protestbewegung entstandenen Stadtteilversammlungen den Reibungen mit politischen Parteien und linken Splittergruppierungen zum Opfer. Allerdings konfrontierten die Neuen Sozialen Bewegungen auch ausgesprochen asymmetrische Machtkonstellationen. Dies galt insbesondere außerhalb des Hauptstadtdistrikts, wo die Akteure besonders stark mit klientelistischen Netzwerken und Gewaltakteuren konfrontiert wurden. Um diesen Aspekt in seiner strukturellen Problematik zu verstehen, bietet sich jedoch ein anderes Konzept der kritischen Geographie an: *territory*.

Territory

Mit Robert D. Sack lässt sich Territorialität definieren als »the attempt to affect, influence, or control actions, interactions, or access by asserting and attempting to enforce control over a specific geographic area« (Sack 1983: 55). Die Errichtung und Kontrolle nationalstaatlicher Grenzen ist der bekannteste Ausdruck von Territorialität. Verstanden als »enclosure, bordering, and parcelization of social relations« (Brenner 2009: 31), findet sich Territorialität jedoch nicht nur in staatlichen Praktiken. Von *gated communities* und Nachbarschaftspatrouillen zu Jugendgangs und weniger offensichtlichen Formen kulturellen Ausschlusses ist Territorialität präsent in vielen alltäglichen Raumpraxen. Obgleich Territorialität also stark mit Nationalstaaten assoziiert ist, kann es auch zur Entfetischisierung nationalstaatszentrierter Erzählungen dienen, ohne gleich das Kind mit dem Bade auszuschütten. Das ist besonders wichtig für das Verständnis lateinamerikanischer sozialer Bewegungen, die oftmals mit einer fragmentierten territorialen Formation konfrontiert sind. (Agnew/Oslender 2013)

Historisch betrachtet, war die Formierung des territorialen Nationalstaats immer und überall ein unvollständiger Prozess. (Keating 2003) Selbst im Falle Europas blieb die kontinuierliche Produktion und Reproduktion territorialer Integrität, eine der Hauptaufgaben von Staaten. (Keating 2003: 257) Dies gilt umso mehr für Staatsbildungsprozesse außerhalb Europas, die durch den neoliberalen Abbau von Entwicklungsstaaten in Lateinamerika und anderen Regionen des Globalen Südens zusätzlich erschwert wurden.

Ein spezifisches Ergebnis ist das, was Guillermo O'Donnell als »braune Flecken« von Staatlichkeit beschreibt: »The increase in crime, the unlawful interventions of the police in poor neighborhoods, the widespread practice of torture and even summary execution of criminal suspects from poor or otherwise stigmatized sectors, the actual denial of rights to women and various minorities, the impunity of the drug trade, and the great numbers of abandoned children in the streets (all of which mark scant progress in relation to the preceding authoritarian period) reflect not only a severe process of urban decay, they also express the increasing inability of the state to implement its own regulations.« (O'Donnell 1999: 138f.)

Im Falle Argentiniens war die Formierung des territorialen Nationalstaats gegen Ende des 19. Jahrhunderts sogar zunächst ausgesprochen effektiv. (Rock 2002: 57ff.) Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurde diese

zwar durch einen ständigen Wechsel zwischen zivilen, semi-zivilen und militärischen Regierungen geprägt, aber erst mit der letzten Militärregierung von 1976 bis 1983 und der folgenden demokratisch gewählten Regierung wurden die Bedingungen für territoriales Management durch die wirtschaftliche Neoliberalisierung und die oben beschriebene politische Re-Skalierung fundamental geändert. Zum Ende des Jahrhunderts zeigte dieser Prozess zerstörerische Kräfte: Strukturanpassung resultierte in Deindustrialisierung, einem Anstieg sozialer Unsicherheit, Arbeitslosigkeit, Verarmung und schließlich wirtschaftlichem Kollaps. (Kessler/Di Virgilio 2005; Teunissen/Akerman 2003) Gleichzeitig verunmöglichte die territoriale und politische Fragmentierung der politischen Hauptakteure die Realisierung eines hegemonialen Projekts auf Nationalstaatsebene (Sabato 2002); im Jahr 2001 konnte der argentinische Staat nicht mal mehr eine Einheitswährung in seinem Territorium gewährleisten. In der Hauptstadt und ihren urbanen Ausläufern drückte sich dieser Prozess in einer regelrechten Kolonisierung der Stadtviertel durch informelle Staatsakteure aus. Wie Javier Auyero in einem Überblick über die Literatur schreibt: »There are plenty of reports on acts of intimidation to and physical attacks on political opponents in Buenos Aires and elsewhere carried out by beneficiaries of welfare programs and/or party members and/or loyalists to a party leader who are deployed as shock troops (...). Reports about suspected links between politicians, elected officials, and illegal networks (...) and about dangerous liaisons between police agents and criminal gangs (...) also abound. (...) Together, all these accounts point to an intreccio between violent entrepreneurs, state actors, and political elite that is more than an ephemeral phenomenon.« (Auyero 2007: 38)

Auyero kontrastiert sein Konzept der »gray zones of state power« explizit mit O'Donnells lokalisierten »braunen Flecken« als ein endemisches Phänomen, das die gesamte argentinische Politik durchzieht. (ebenda: 50f.) Nichtsdestotrotz stellt er auch fest, dass seit den 1990er Jahren O'Donnell's »braune Flecken« in der argentinischen Landschaft deutlich zugenommen haben. (ebenda: 55) Die zwei notorischsten Akteure in dieser Hinsicht sind die bereits erwähnten peronistischen *punteros* und die Polizeikräfte der Provinz Buenos Aires. (Auyero 2007: 38ff.)

Dies beinhaltet besondere Probleme für soziale Bewegungen, die mit einer ganzen Reihe territorialer Praxen verschiedener staatlicher, semi-staatlicher und nicht-staatlicher Akteure konfrontiert sind. Die von sozialen Bewegungen häufig erhobene Forderung nach Autonomie muss auch vor diesem Hintergrund gelesen werden. So entstanden gerade

avantgardistische *piquetero*-Organisationen, wie der *Movimiento de Trabajadores Desocupados de Solano* (MTD Solano), zunächst vor allem in Auseinandersetzungen mit lokalen *punteros*. *Trabajo territorial* erwies sich hier auch als Formel für eine durchaus komplexe skalare Strategie, war doch eine zentrale Forderung dieser Organisationen der direkte Zugang zu staatlichen Hilfsprogrammen und die direkte Verhandlung mit zentralstaatlichen Instanzen – ohne jedoch das Stadtviertel als zentralen Bezugspunkt aufzugeben. Denn eben hier galt es die Gemeinschaft zusammenzuhalten, um den Einfluss der auf der Basis von Trennungen operierenden Akteure zu beschränken. Die gleiche Erfahrung machten auch Menschenrechtsaktivist_innen und Stadtteilversammlungen in den Vororten von Buenos Aires, wo Polizeikräfte regelrechte Ghettoisierungen betrieben und – teils in Kooperation mit Akteuren des Drogenhandels – die bürgerlichen Bewegungsaktivist_innen aus ärmeren Wohnblöcken fernzuhalten suchten. Die territoriale Arbeit dient hier also letztlich dem *place-building* im emphatischen Sinne, der Konstruktion eines offenen Treffpunkt und der Schaffung sozialer Bindungen zur Überschreitung gerade auch lokaler Trennungen. Volksküchen, Kunstprojekte oder Workshops für politische Bildung dienen hier zur Netzwerkbildung auf lokaler Ebene.

Networks

Netzwerke dürften das wohl intuitivste Konzept zur Erforschung sozialer Bewegungen sein. Zum einen spricht dafür ihr typischer Mangel an internen formalen Strukturen. Zum anderen bilden soziale Bewegungen beständig Netzwerke, um Informationen und Expertise auszutauschen und um Proteste und andere Formen kollektiven Handelns zu koordinieren.

Mit dem Aufkommen neuer Informationstechnologien haben sich derartige Aktivitäten enorm ausgeweitet. So hat sich das »Netzwerken« auch zu einer dominanten kulturellen Logik für das Selbstverständnis sozialer Bewegungen und alternative Formen direktdemokratischer Politik entwickelt. (Juris 2008) Zentrale Fragen in der Untersuchung von Bewegungsnetzwerken sind Spannungen zwischen ort-bezogenen Kämpfen und übergreifenden Netzwerken, das Verhältnis von Größe und Effektivität von Netzwerken sowie ihre internen und externen Machtverhältnisse. (Featherstone 2008; Mayer 2008; Routledge 2003; Routledge/Cumbers 2009)

Das Netzwerkkonzept betont Horizontalität, Verbundenheit, Überschreitung und die Vielfältigkeit rhizomatischer, also unzählig verästelter und verflochtener, Strukturen (Jessop/Brenner/Jones 2008: 390). So anders das Denken in Netzwerken auch ist, (Sheppard 2002: 317) zahllose Autor_innen haben argumentiert, dass Netzwerke andere Räumlichkeiten keineswegs ersetzen, sondern ergänzen. (Jessop/Brenner/Jones 2008; Leitner/Sheppard 2009) Bezogen auf den Fall Argentinien ist ein genauer Blick auf Netzwerkllogiken überaus sinnvoll, um falschen Dichotomien von globalen, vermeintlich machtvollen Netzwerken *versus* lokalen, vermeintlich machtlosen *places* zu entkommen. (Vgl. z.B. Castells 1996, 1997) So sollte deutlich geworden sein, dass viele der oben beschriebenen Effekte, Ergebnisse lokaler Netzwerkaktivitäten sind. Von den lokalen Parteibossen zu den *punteros*: Alle politischen und territorialen Akteure im Großraum Buenos Aires rekurrieren auf formelle und vor allem informelle Netzwerke, die den Handlungsraum strukturieren. Aber auch die sozialen Bewegungen sind in hohem Maße mit Vernetzung befasst.

Nur diese Vernetzung folgte nicht unbedingt jenem konsequenten »*upscaling*«, das von globalisierungskritischen Bewegungen erwartet wird. Obgleich sich auch die argentinischen Bewegungen des Internets bedienten und an internationalen Foren teilnahmen, fand ein Gutteil der Vernetzung in den Stadtvierteln statt: Stadtteilversammlungen und Hausbesetzer_innen, Menschenrechtsaktivist_innen und Arbeitslosenorganisationen, Umweltaktivist_innen und Fabrikbesetzer_innen und selbst die halb abfällig, halb augenzwinkernd als »*piquetistas*« bezeichneten internationalen Bewegungsaktivist_innen vernetzten sich vor allem vor Ort – in den Stadtvierteln. Wenngleich also die Bewegungen mit ihrer Stadtteilarbeit letztlich die dominante Skalierung verdoppelten, beziehungsweise zumindest nicht in Frage stellten, so eröffneten sich gerade hier neue Vernetzungsmöglichkeiten. Dies gilt auch für die regionale Ebene. So wurde im Großraum Buenos Aires die politisch-administrative Grenze zwischen Hauptstadtdistrikt und Provinz zwar teilweise zu einem trennenden Faktor innerhalb von Bewegungen wie den Stadtteilversammlungen, zugleich aber auch zu einem Kooperationsband zwischen verschiedenen, in den jeweiligen Provinzdistrikten verorteten Bewegungen. So kann uns das Netzwerkkonzept helfen zu verstehen, dass Netzwerke keineswegs immer auf ein *upscaling* von Kämpfen zielen müssen, sondern mitunter lokal, deshalb aber nicht minder grenzüberschreitend sind.

Fazit

Auch die sozialen Bewegungen in Argentinien sind nicht frei von Zersplitterung, Aufreibung und Zerfall. Sie haben aber mehr erreicht als gemeinhin angenommen. Mosaiklinke bedeutet eine Politik der kleinen Schritte, in der frühere Bewegungen die Ausgangsbedingungen für künftige erweitern. Die der Argentinienkrise folgenden Regierungen der Kirchners haben sich durchaus zentralen Forderungen der sozialen Bewegungen angenommen. Dabei handelte es sich zwar immer auch um herrschaftsförmige Reartikulationen, dennoch: Die Wiederaufnahmen von Verfahren gegen ihrer Strafe bisher entgangenen Militärs, Justizreformen und Versuche zur Reform der Polizei der Provinz Buenos Aires bedeuteten eine deutliche Verbesserung der rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen. Im Bereich der Vergangenheitsbewältigung wie auch bei der Sexual- und Mediengesetzgebung gilt Argentinien heute für Lateinamerika als Vorreiter. (Kaleck 2010)

Aber auch die im Zuge der Neoliberalisierung als notwendiges Übel betrachteten sozialen Kosten wurden wieder zum behandlungswürdigen Problem sozialer Ungleichheit, dem mit einer deutlichen Ausweitung von Sozialhilfen begegnet wurde. (Kessler 2014) Schließlich wurde auch mit strukturellen Reformen wie der Wieder-Verstaatlichung von Schlüsselindustrien experimentiert, deren Ausgang bis heute ungewiss ist. Der größte Erfolg dieser Regierungen war sicher die weitgehende Umschuldung, die neue Handlungsspielräume für die Regierung eröffnete. Doch wäre es zu kurz gegriffen, die Krise in Argentinien und ihre Bearbeitung auf die Schuldenproblematik zu reduzieren. Die Zahlungsunfähigkeit des argentinischen Staats war ein Kristallisationspunkt, an dem sich zahllose Kämpfe vorübergehend verdichteten. Für die Bewegungen wurde dies zu einem Moment der Inspiration, doch diese richtete sich eben nicht gegen IWF, Weltbank und »die« neoliberale Globalisierung. Sondern auf deren zahllose, konkrete Glokalisierungen. Für die kritische Wissenschaft, die solche Kämpfe begleitete und auch von ihnen lernen möchte, bedeutet es aber auch, sich in die Niederungen dieser Kämpfe zu begeben. Die hier vorgestellten Konzepte der kritischen Geographie können dabei eine Hilfestellung bieten, multidimensional, verortet und vernetzt zu denken.

Will die Mosaikdebatte nicht in die gleichen Fallen tappen wie jene zu den globalisierungskritischen Bewegungen, so gilt es insbesondere die räumliche Fehlannahme global = allgemein und lokal = partikular zu überwinden. Wie der hier beschriebene Fall zeigt, sind zentrale, öf-

fentliche Plätze nicht die einzigen Orte, an denen die politische Artikulation verschiedener Akteure möglich ist. Das Zusammentreffen von Staat und Bewegungen, von Parteien, Nichtregierungsorganisationen (NGO), Gewerkschaften und sozialen Bewegungen kann auch im vermeintlich Lokalen stattfinden. Ob die Artikulation gemeinsamer Interessen dort gelingt, hängt von vielen Faktoren ab. Während sich zum Beispiel Hauptstadt-Asambleas und linke Gruppierung aneinander bis zur Zerstörung aufrieben, entstanden in den Vororten und bei der Arbeit der Menschenrechtsgruppierungen immer wieder neue und überraschende Allianzen. »Plätze sichern« (Candeias/Völpel 2014) ist also nicht immer die einzige mögliche Strategie für die Erarbeitung politischer Artikulationen, das Stadtviertel nicht immer »nur« der Ort der Basisorganisation. Wenn Hans-Jürgen Urban in Rückgriff auf Pierre Bourdieus Feldbegriff die Frage stellt, wie eine feldübergreifende Handlungsfähigkeit entstehen kann (Urban 2010), dann wäre dies um die Frage nach dem Wo zu ergänzen? Die im Zuge der globalisierungskritischen Debatte entwickelten Konzepte der kritischen Geographie halten dabei wichtige Antworten für die Konstituierung einer Mosaiklinken bereit.

Literatur

- Agnew, John A. (1987): *Place and Politics: The Geographical Mediation of State and Society*, Boston.
- Agnew, John A./Oslender, Ulrich (2013): *Overlapping Territorialities, Sovereignty in Dispute: Empirical Lessons from Latin America*, in: Nicholls, Walter; Miller, Byron; Beaumont, Justin (Hrsg.): *Spaces of Contention: Spatialities and Social Movements*, Farnham, S. 121-140.
- Auyero, Javier (2001): *La política de los pobres: Las prácticas clientelistas del peronismo*, Buenos Aires.
- Auyero, Javier (2002): *La protesta: Retratos de la beligerancia popular en la Argentina democrática*, Buenos Aires.
- Auyero, Javier (2007): *Routine Politics and Violence in Argentina: The Gray Zone of State Power*, Cambridge.
- Azpiazu, Daniel/Basualdo, Eduardo (2004): *Las privatizaciones en la Argentina: Génesis, desarrollo y principales impactos estructurales*, in: Petras, James/ Veltmeyer, Henry (Hrsg.), *Las privatizaciones y la desnacionalización de América Latina*, Buenos Aires, S. 55-112.
- Bielsa, Rafael A. et al. (2002): *Qué son las Asambleas Populares*, Buenos Aires.
- Brenner, Neil (2001): *The limits to scale? Methodological reflections on scalar structuration*, in: *Progress in Human Geography* 25: 4, S. 591-614.
- Brenner, Neil (2009): *A Thousand Leaves: Notes on the Geographies of Uneven Spa-*

- tial Development, in: Keil, Roger; Mahon, Rianne (Hrsg.), *Leviathan Undone? Towards a Political Economy of Scale*, Vancouver, S. 27-49.
- Candeias, Mario; Völpel, Eva (2014): Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise: Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland, Hamburg.
- Castells, Manuel (1996): *The Rise of the Network Society, The Information Age: Economy, Society, and Culture, Volume 1*, Oxford, Malden.
- Castells, Manuel (1997): *The Power of Identity, The Information Age: Economy, Society, and Culture, Volume 2*, Oxford, Malden.
- Colectivo Situaciones (2002): *Situaciones 5 (+1): Genocida en el barrio: Mesa de escrache popular*, Buenos Aires.
- Colectivo Situaciones (2003): *¡Que se vayan todos! Krise und Widerstand in Argentinien*, hrsg. v. Ulrich Brand, Berlin, Hamburg, Göttingen.
- Colectivo Situaciones; MTD de Solano 2002: *La Hipótesis 891: Mas allá de los piquetes*, Buenos Aires.
- de Privitellio, Luciano (2003): *Vecinos y ciudadanos: Política y sociedad en la Buenos Aires de entreguerras*, Buenos Aires.
- Escobar, Arturo (2001): Culture sits in places: reflections on globalism and subaltern strategies of localization, in: *Political Geography* 20: 2, S. 139-174.
- Featherstone, David (2008): *Resistance, Space and Political Identities: the Making of Counter-Global Networks*, Chichester.
- González Bombal, Inés (1988): *Los Vecinazos: Las Protestas Barriales en el Gran Buenos Aires, 1982-83*, Buenos Aires.
- González Leandri, Ricardo (2001): La nueva identidad de los sectores populares, in: Cattaruzza, Alejandro (Hrsg.): *Nueva Historia Argentina 7: Crisis económica, avance del estado e incertidumbre política (1930-1943)*, Buenos Aires, S. 201-238.
- Jessop, Bob/Brenner, Neil/Jones, Martin (2008): Theorizing sociospatial relations, in: *Environment and Planning D: Society and Space* 26: 3, S. 389-401.
- Juris, Jeffrey S. (2008): *Networking Futures: The Movements against Corporate Globalization*, Durham, London.
- Kaleck, Wolfgang (2010): *Kampf gegen Straflosigkeit: Argentinien's Militärs vor Gericht*, Berlin.
- Keating, Michael (2003): The Invention of Regions: Political Restructuring and Territorial Government in Western Europe, in: Brenner, Neil et al. (Hrsg.), *State/Space: A Reader*, Malden et al., S. 256-277.
- Keil, Roger/Mahon, Rianne (Hrsg.) (2009): *Leviathan Undone? Towards a Political Economy of Scale*, Vancouver.
- Kessler, Gabriel (2014): *Controversias sobre la desigualdad: Argentina, 2003-2013*, Buenos Aires.
- Kessler, Gabriel/Di Virgilio, Mercedes (2005): The New Poverty in Argentina and Latin America, in: Hanley, Lisa M.; Ruble, Blair A.; Tulchin, Joseph S. (Hrsg.): *Becoming Global and the New Poverty of Cities*, Washington D.C., S. 79-117.
- Leitner, Helga/Sheppard, Eric (2009): The Spatiality of Contentious Politics: More than a Politics of Scale, in: Keil, Roger; Mahon, Rianne (Hrsg.): *Leviathan Undone?*

- Towards a Political Economy of Scale, Vancouver, S. 231-245.
- Levitsky, Steven (2003): Transforming Labor-Based Parties in Latin America: Argentine Peronism in Comparative Perspective, Cambridge.
- Marston, Sallie A./Jones III, John Paul/Woodward, Keith (2005): Human geography without scale, in: Transactions of the Institute of British Geographers 30: 4, S. 416-432.
- Massey, Doreen (1994): Space, Place and Gender, Cambridge, Oxford.
- Mayer, Margit (2008): Multiskalare Praxen städtischer sozialer Bewegungen, in: Wissen, Markus; Röttger, Bernd; Heeg, Susanne (Hrsg.): Politics of Scale: Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik, Münster, S. 268-289.
- Merklen, Denis (1997): Organización comunitaria y práctica política: Las ocupaciones de tierras en el conurbano de Buenos Aires, in: Nueva Sociedad 149, S. 162-177.
- Merklen, Denis (2005): Pobres ciudadanos: Las clases populares en la era democrática (Argentina, 1983-2003), Buenos Aires.
- Miller, Byron (2000): Geography and Social Movements: Comparing Antinuclear Activism in the Boston Area, Minneapolis, London.
- Negri, Antonio et al. (2003): Diálogo sobre la globalización, la multitud y la experiencia argentina, Buenos Aires.
- Nicholls, Walter/Miller, Byron/Beaumont, Justin (Hrsg.) (2013): Spaces of Contention: Spatialities and Social Movements Farnham.
- North, Peter/Huber, Ulli (2004): Alternative Spaces of the »Argentinazo«, in: Antipode 36: 5, S. 963-984.
- O'Donnell, Guillermo (1999): On the State, Democratization, and Some Conceptual Problems: A Latin American View with Glances at Some Postcommunist Countries, in: Counterpoints: Selected Essays on Authoritarianism and Democratization, Notre Dame, Indiana, S. 133-157.
- Oslender, Ulrich (2004): Fleshing out the geographies of social movements: Colombia's Pacific coast black communities and the »aquatic space«, in: Political Geography 23: 8, S. 957-985.
- Podalsky, Laura (2004): Specular City: Transforming Culture, Consumption, and Space in Buenos Aires, 1955-1973, Philadelphia.
- Rock, David (2002): Racking Argentina, in: New Left Review 17, S. 55-86.
- Routledge, Paul (1993): Terrains of resistance: nonviolent social movements and the contestation of place in India, Westport, Connecticut.
- Routledge, Paul (2003): Convergence Space: Process Geographies of Grassroots Globalization Networks, in: Transactions of the Institute of British Geographers 28: 3, S. 333-349.
- Routledge, Paul/Cumbers, Andrew (2009): Global Justice Networks: Geographies of Transnational Solidarity, Manchester, New York.
- Sabato, Hilda (2002): ¿Democracia en agonía?, in: Punto de Vista 72, S. 41-48.
- Sack, Robert D. (1983): Human Territoriality: A Theory, in: Annals of the Association of American Geographers 73: 1, S. 55-74.
- Schuster, Federico L. et al. (Hrsg.) (2005): Tomar la palabra: Estudios sobre protesta

- social y acción colectiva en la Argentina contemporánea, Buenos Aires.
- Sheppard, Eric (2002): The Spaces and Times of Globalization: Place, Scale, Networks, and Positionality, in: *Economic Geography* 78: 3, S. 307-330.
- Smith, Neil (1993): Homeless/global: Scaling places, in: Bird, Jon et al. (Hrsg.): *Mapping the Futures: Local cultures, global change*, London, New York, S. 87-119.
- Staehele, Lynn A. (1994): Empowering political struggle: spaces and scales of resistance, in: *Political Geography* 13: 5, S. 387-391.
- Suriano, Juan (2001): *Anarquistas: Cultura y política libertaria en Buenos Aires, 1890-1910*, Buenos Aires.
- Svampa, Maristella/Pereyra, Sebastián (2003): *Entre la ruta y el barrio: la experiencia de las organizaciones piqueteras*, Buenos Aires.
- Teunissen, Jan Joost/Akkerman, Age (Hrsg.) (2003): *The Crisis That Was Not Prevented: Lessons for Argentina, the IMF, and Globalisation*, The Hague.
- Urban, Hans-Jürgen (2010): Lob der Kapitalismuskritik: Warum der Kapitalismus eine starke Mosaik-Linke braucht, in: *Luxemburg* 1, S. 18-29.
- Zibechi, Raúl (2003): *Genealogía de la revuelta. Argentina: la sociedad en movimiento*, La Plata, Buenos Aires, Montevideo.

Stefanie Kron

Lernen neu lernen?

Wie unterschiedliche Akteur_innen in der Sozialforenbewegung Entscheidungen finden¹

»Eine andere Welt ist möglich« lautet der Slogan der *Weltsozialforen* (WSF), die seit 2001 zunächst jährlich und ab 2005 alle zwei Jahre in einem Land des Südens stattgefunden haben. Der Slogan bezieht sich auf die Entwicklung alternativer Entwicklungs- und Lebensmodelle zum neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Dabei geht es um Fragen, wie Formen von wirtschaftlichem, politischem, sozialem und kulturellem Handeln aussehen können, die nicht um den »totalen Markt« als einer »perfekten Institution« (De Sousa Santos 2004: 1005) herum organisiert sind und die sozialökologisch gerecht und kollektiv sind sowie Raum für plurale Lebensrealitäten bieten und soziale Ungleichheiten abbauen.

Wie der Soziologe Boaventura de Sousa Santos (2004) schreibt, haben die im WSF geübten und ausgeübten Praktiken während dem Zusammentreffen von Vertreter_innen verschiedenster sozialer Bewegungen und Kämpfe weltweit, auch die Kritik an den Formen der Produktion, Aneignung und Vermittlung von Wissen zum Gegenstand. Dabei wird in den Blick genommen, auf welche Weise sie durch die neoliberale Globalisierung weltweit privilegiert sind. (Vgl. de Sousa Santos 2004: 1006) Die »radikaldemokratische Utopie« der WSF und anderer Sozialforen, das heißt überhaupt die Möglichkeit einer gegenhegemonialen Globalisierung zu behaupten, bedeutet, die Alternativlosigkeit des »technisch-wissenschaftlichen Wissens« des neoliberalen Gesellschaftsmodells zu hinterfragen.

Diese Hegemonie des im Kern antidemokratisch organisierten technisch-wissenschaftlichen Wissens mit seinen Grundpfeilern der Objektivierbarkeit, des sogenannten Expertentums sowie der Beurteilung des Wertes von Wissensproduktion, Aneignung und Vermittlung nach marktförmigen Kriterien durchzieht inzwischen Schulen, Universitäten und andere Bildungseinrichtungen weltweit. Die Hegemonie wird abgesichert und reproduziert, indem das hegemoniale Wissen,

¹ Mein besonderer Dank geht an Silke Veth für ihre hilf- und kenntnisreichen Kommentare zu diesem Text.

wenn es »auf rivalisierendes Wissen trifft«, dieses entweder in »Rohmaterial« verwandelt (wie im Fall des indigenen oder bäuerlichen Wissens über Biovielfalt) oder es auf der Basis der »hegemonialen Kriterien von Wahrheit und Effizienz« als falsch und ineffizient verwirft. (Ebenda: 1007)

Debatten über Wissen betreffen immer auch Prozesse des Lernens. Die Sozialforenbewegung ist daher mit all ihren Widersprüchen auch als Experimentierfeld zu verstehen – nicht nur von alternativen Formen der Produktion, Aneignung und Vermittlung von Wissen – sondern zudem von alternativen Formen des Lernens, die in der Praxis der Sozialforen selbst entstehen, die partizipativ angelegt sind und die politische Handlungsmacht der Lernenden befördern. Ulrich Brand und Christoph Görg etwa beschrieben Anfang der 2000er Jahre die Sozialforen als »Lernprozesse« politisch-organisatorischer Art. (Vgl. Brand/Görg 2003) Sie meinten damit vor allem die Rückwirkung der Foren und Treffen – auch auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene – auf die Praxis des Widerstands: in sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Schulen und Universitäten, Medien und Unternehmen. Die Autoren plädierten in diesem Kontext für eine permanente Reflexion und kritische Weiterentwicklung der Methoden der Vorbereitung und Durchführung der Sozialforen.

Brand und Görg wiesen auch auf einen der größten Widersprüche der Sozialforen – verstanden als alternative Lernprozesse – hin, gleichsam »die methodische Spannung zwischen Bildungs- und Identitätsveranstaltung einerseits sowie Erfahrungsaustausch [und] Diskussion von Strategien auf der anderen Seite« (ebenda). Die Idee des linken Mosaiks spielt in der Weltsozialforumsbewegung keine Rolle. Dennoch ist auch die bundesdeutsche Mosaik-Linke, zu der sich ein höchst plurales Spektrum politischer Akteure zählt (und gezählt wird), wie etwa Parteilinke, Bewegungslinke, linke NGOs und gewerkschaftlich organisierte Linke, von diesen Spannungen geprägt. Die beiden Autoren und langjährigen Sozialforen-Aktivist*innen können jedoch gerade dieser Spannung mit Blick auf alternative Formen des Lernens als eine produktive Seite der Sozialforumsbewegung abgewinnen: »Es ist ein mühsamer Prozess, durch die bestehenden Differenzen hindurch und ohne sie zu unterdrücken, Alternativen und gemeinsame Strategien zu entwickeln. Aber es ist der einzige Weg zu einer produktiven Weiterentwicklung.« (ebenda)

Spätestens seit den beiden WSF in Tunis 2013 und 2015 ist diese Spannung: der Widerspruch zwischen dem Bedürfnis »nach Herausbildung einer gemeinsamen Identität und den sich entwickelnden Streitkulturen« (ebenda) jedoch in teils offene Konflikte umgeschlagen. Dies beinhaltete

beispielsweise den Versuch der Instrumentalisierung des Forums durch antisemitische Gruppierungen aus dem Nahen Osten oder die starke Präsenz nationalistischer und regierungsnaher Schein-NGOs etwa aus Marokko und Algerien, die sich insbesondere während des WSF 2015 zum Teil gewalttätige Auseinandersetzungen lieferten. Des Weiteren ist die Zunahme von Frontalveranstaltungen mit globalisierungskritischen *celebrities* zu nennen, die wenig Raum für Austausch und Diskussion boten sowie die abnehmende Präsenz von Süd-Süd-Netzwerken, die weitgehende Abwesenheit der neueren sogenannten Krisen-Linken aus Italien, Spanien oder Griechenland, beziehungsweise von Bewegungen wie *blockupy*. Andererseits ist aber auch eine wachsende Dominanz institutionalisierter entwicklungspolitischer Akteur_innen aus den Ländern des Nordens zu beobachten, die das Forum mancherorten wie eine alternative Geberländerkonferenz wirken ließen und zahlreiche junge Menschen anzogen, die vor allem auf der Suche nach Auslandspraktika und beruflichen Kontakten waren.

Eine Krise des WSF wird bereits seit Längerem sowohl vom internationalen Rat des WSF wie auch von langjährigen WSF-Aktivist_innen und teilnehmenden Organisationen konstatiert. Sie machen sich für einen Erneuerungsprozess stark. Nur wie dieser gestaltet werden soll, ist bislang umstritten. So heißt es im Bericht über den Workshop »Perspektiven des Weltsozialforumsprozesses – von lokal zu global«. »Starke Kritik wurde (...) zudem an den sehr frontalen Methoden des Prozesses geübt: Ein Sozialforumsprozess, der einmal damit angetreten ist, ›anders zu lernen‹, muss sich wieder auf alte Errungenschaften zurückbesinnen.« (WSF blog RLS Tunis 2013)

Die *Rosa Luxemburg Stiftung* (RLS) hatte den WSF-Prozess von Beginn an aktiv unterstützt und den Workshop 2013 in Tunis organisiert. Die Leiterin der *Akademie für politische Bildung* der RLS und WSF-Aktivistin der ersten Stunde, Silke Veth, hebt auf dem RLS-Blog zum WSF 2013 die Idee der Sozialforumsbewegung als einer neuen Form globaler Organisation und der »Schaffung eines offenen Raums, in dem ›Lernen neu gelernt wird‹«, hervor. Dies beinhaltet auch den »Fokus des Treffens auf den globalen Süden zu richten«, allerdings nicht im entwicklungspolitischen Sinne, sondern im Verständnis horizontaler Formen von Austausch, Lernen und Vernetzen zwischen Nord und Süd über »Räume und Themen des Widerstands«. Hierzu zählen Kämpfe gegen die Privatisierung öffentlicher Güter wie Wasser oder sozialer Infrastruktur, gegen Megaprojekte, *Landgrabbing* und Biopiraterie sowie die Debatten um Alternativen wie etwa das Konzept des *buen vivir* aus Südamerika,

der *climate justice* (Klimagerechtigkeit) aus den USA oder der *Commons* (Gemeinschaftsgüter). Nicht zuletzt ist auch die Frage feministischer und antirassistischer Politik ein von zahlreichen Differenzen und unterschiedlichen Perspektiven geprägtes Dauerthema.

Doch was kann »anders lernen« oder »Lernen neu lernen« über Vernetzung, Austausch und die Fokussierung gemeinsamer Themen hinaus im Kontext der Sozialforen genau bedeuten? Welcher Begriff oder welche Begriffe von »Lernen« stecken in den Aussagen von »anders lernen« und »Lernen neu lernen«? Zunächst einmal besticht bei den Debatten um das WSF die besondere Bedeutung, die einem möglichst horizontalen, gleichberechtigten und direkten *Encounter* von Gruppen, Organisationen und Bewegungen aus dem Norden *und* dem Süden mit Blick auf Lernprozesse zu widerständigen Erfahrungen und Praktiken gegeben wird.

Damit kann das Lernverständnis der Sozialforumsbewegung von Konzepten wie dem globalen Lernen abgegrenzt werden. Globales Lernen ist in der Nachhaltigkeitsdebatte verortet und versteht sich als pädagogische Antwort auf die Globalisierungsprozesse. Die Kategorisierungen in *Erste* und *Dritte Welt* sollen überwunden und stattdessen Probleme und Perspektiven weltweiter Entwicklung thematisiert werden, sowie Chancen und Möglichkeiten des gemeinsamen Handelns von Süd und Nord. Im Vordergrund stehen Themen wie die entwicklungspolitische Bildung, fairer Handel, Umweltbildung, Friedenserziehung und interkulturelle Pädagogik, Kompetenz und Training. Zudem gibt es Anschlussstellen an die Bildung für nachhaltige Entwicklung. (Vgl. Hartmeyer 2012) Obgleich das Bildungskonzept des globalen Lernens zu Weltoffenheit und Empathie erziehen will und innovative pädagogische Konzepte sowie partizipative Lernmethoden, wie etwa Projektarbeit, nutzt, wird es insbesondere aus einer postkolonialen Perspektive kritisiert. Aram Ziai etwa merkt an, globales Lernen berücksichtige nicht ausreichend die bis heute andauernden Wirkungen kolonialer und postkolonialer Machtstrukturen zwischen Nord und Süd. (Vgl. Ziai 2013) Eine weitere Kritik bezieht sich darauf, dass beispielsweise der »Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung«, der von der *Bundeskultusministerkonferenz* (KMK) und dem *Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit* (BMZ) 2007 für die schulische und politische Bildung auf den Weg gebracht wurde, für sich beansprucht, globale Schlüsselthemen und –probleme aus einer vom Norden geprägten entwicklungspolitischen Perspektive zu definieren, sowie teils rassistische und koloniale Stereotype über den Süden zu reproduzieren.

Mit Rekurs auf Brand und Görg wäre auch einzuwenden, dass globales Lernen kein Lernen in politisch-organisatorischer Hinsicht beinhaltet, das heißt nicht auf Selbstermächtigung und die Aneignung politischer Handlungsmacht zielt. Was Lernprozesse im Kontext politischer (Selbst-)Organisierung und sozialer Bewegungen zwischen Nord und Süd bedeuten, wie sie sich zumindest in Ansätzen während der WSF zeigten, lässt sich daher am ehesten mit den Konzepten des informellen Lernens oder des stärker die Idee politischer Bewusstseinsbildung und Emanzipation beinhaltenden non-formalen Lernens umschreiben. Der Begriff des informellen Lernens grenzt Prozesse des Alltagslernens, des Lernens in der Arbeit oder des Lernens bei der Lösung konkreter Probleme vom formellen schulischen und universitären Lernen ab. Demgegenüber bezeichnet der Begriff des non-formalen Lernens, Lernprozesse der außeruniversitären und außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. (Vgl. Overwien 2013) Je nach Kontext kann auch informelles Lernen ein wichtiges Feld des Kompetenzerwerbs sein, das »durchaus auch aus emanzipatorischer, subjektorientierter Perspektive Bestand hat« (ebenda).

Ein oft angeführtes und prominentes Beispiel hierfür sind die Lernprozesse bei der Umsetzung des seit 1989 eingeführten Bürgerhaushaltes der südbrasilianischen Stadt Porto Alegre. Hier entscheiden Delegierte aus verschiedenen Stadtteilen über lokale Infrastruktur, Schulen, Gesundheitsprojekte oder die Wohnungspolitik mit. »Lernprozesse beziehen sich«, wie Bernd Overwien mit Bezug auf eine Studie von Daniel Schugurensky schreibt, (siehe Schugurensky 2006) »neben engeren fachlichen Aspekten auf den Umgang mit öffentlichem Geld, den Ausgleich von unterschiedlichen Interessen und auf politische Abläufe überhaupt«. Hervorzuheben ist dabei vor allem der Aspekt der direkten Demokratie: »This is our school of democracy«, zitiert Schugurensky einen der Interviewpartner (zitiert nach Overwien 2013). Nicht zufällig fanden unter anderem aus diesem Grund die ersten Weltsozialforen in Porto Alegre statt. Die Stadt galt damit auch als Labor, als ein konkreter Ort für die Weiterentwicklung von Alternativen zum Neoliberalismus, dessen repräsentativsten Vertreter_innen sich zudem zeitgleich zum Weltwirtschaftsforum im schweizerischen Davos trafen. Diese Gleichzeitigkeit eines gemeinsamen Ortes (Porto Alegre) und Gegners (Wirtschaftseliten in Davos) setzte in der Sozialforumsbewegung politisch relevante Lernprozesse im engeren Sinne in Gang. So identifiziert Griff Foley mit Blick auf Australien eine ganze Reihe von Lernfeldern in sozialen Bewegungen und sozialen Aktionen (vgl. Foley 1999), die »informell, oft auch

beiläufig sind und vielfach gar nicht als Lernen wahrgenommen werden« (Overwien 2013). Diese prägen auch die WSF, beziehungsweise die Sozialforumsbewegung, die immerhin in ihr 15. Jahr geht. Hierzu gehören zunächst die dezentrale inhaltliche Planung und Durchführung der WSF, der auf politische Systeme und die Interessenstrukturen der Gegner (neoliberale Eliten) bezogene Erwerb von Analysekompetenzen, die Aneignung des für die Argumentation notwendigen (Fach-)Wissens, Medienkompetenzen und nicht zuletzt ein erhebliches Beharrungsvermögen bei der Anwendung der erworbenen Kompetenzen. (Vgl. Foley 1999) Foley sieht hier enge Bezüge zur Befreiungspädagogik von Paolo Freire. (Siehe Freire 1973) Dieser machte im Bewegungslernen Prozesse einer politisch verstandenen Bewusstwerdung aus. Die Sozialforumsbewegung beinhaltet demnach Lernprozesse im Sinne eines handelnden Lernens, sowie bereits aus der Arbeiter_innenbewegung bekannte Formen der Bildungsarbeit. Hierzu gehören die gemeinsame Konzipierung, Vorbereitung und Durchführung von Aktionen und Kampagnen, dialogische Lernprozesse in Gruppen- und Einzeldiskussionen, die kollektive oder individuelle Aneignung von bewegungsbezogenem Fachwissen, das Ineinanderfließen biographischer Erfahrungen – und Differenzen – im kommunikativen Prozess sowie nicht zuletzt die Stärkung des Selbstwertgefühls. (vgl. Gugl/Jäger 1997; Overwien 2013)

In einigen Aspekten dieses Lernverständnisses war die Sozialforumsbewegung im Sinne eines wichtigen Bezugspunktes der globalisierungskritischen Bewegungen der 1990er Jahre durchaus erfolgreich. Hierzu gehören, wie Veth 2010 im Vorfeld des Europäischen Sozialforums in Istanbul schrieb, »das strikte Festhalten an dem Gedanken des offenen Raums«, wodurch »Begegnung und Erfahrungsaustausch und nicht zeitraubendes Ringen um Kompromisse und Abschlusserklärungen im Mittelpunkt der Treffen« stehen. »Gemeinsame Absprachen und Strategieentwicklung – über frühere nationale und politische Grenzen hinweg – sind möglich geworden. Die Agenda hat sich verbreitert, eigene Standards, wie das offensive Bemühen um Diversity-Kriterien und Gender-Balance als Konsequenz aus der Dominanz weißer, westlicher Männer, sind Ergebnisse gemeinsamer Erfahrungen. Kollektives Lernen hat stattgefunden, wenn auch oft zäh und nicht frei von Machtinteressen.« Nicht zuletzt sind neuartige und lange Zeit sehr erfolgreiche Formen der Organisation, wie das globalisierungskritische Netzwerk ATTAC, eine Art Hybrid aus sozialer Bewegung und NGO oder auch das bäuerliche Netzwerk *Via Campesina*, eine sehr erfolgreiche und bis heute aktive Süd-Süd-Kooperation, aus der Sozialforumsbewegung entstanden.

Die Ebenen und Orte des Lernens haben sich verbreitert und demokratisiert. Durch die Ausstrahlungskraft der ersten Weltsozialforen entstand zunächst eine vitale Sozialforumsbewegung auf europäischer und nationaler Ebene. Es kam zu horizontalem Erfahrungsaustausch, der auch traditionelle Politik- und Lernverständnisse der »großen Erzählungen« und »großen Revolutionen« kritisch hinterfragte. »Das Lernen verlernen« war ein prominenter Slogan der ersten Jahre. Dabei war weniger der Wunsch nach der Entwicklung einer Stimme, zu einer kollektiven, transnationalen politischen Akteur_in, Motor der Aktiven, sondern stärker das Lernmotiv: das Interesse an einer Ideenbörse für Alternativen.

Hervorzuheben sind auch der Erwerb von Kompetenzen in der Anwendung digitaler Medien für kollektive und partizipative Lernprozesse, sowie hinsichtlich der globalen Dimension wie auch regionalen Besonderheiten der Privatisierung öffentlicher Güter und natürlicher Ressourcen. Zudem war besonders auf dem Höhepunkt der Weltsozialforumsbewegung das beharrliche Ringen um alternative Formen der Öffentlichkeit stark zu spüren. Verschiedene Medieninitiativen und alternative Medienformate sind aus dem WSF-Prozess hervorgegangen. Das Internet war – manchmal auch recht naiv gedacht und gemacht – das Medium der Wahl, da es das Potenzial zu bergen schien, viele der Ansprüche an eine authentische und partizipative Kommunikation zu erfüllen. Es ermöglicht eine neue – zeitnahe und transnationale – Form der Kommunikation und des »nicht-hierarchischen vernetzten Handelns« (Plöger 2013).

Mit der Ausrichtung der beiden WSF 2013 und 2015 im nordafrikanischen Tunesien sollten einerseits die Akteur_innen des Arabischen Frühlings gestärkt werden. Andererseits sollten die Teilnehmer_innen des Nordens von diesen Akteur_innen lernen und diese nicht belehren, ohne indes von den oben genannten Standards abzurücken. Ob dies erfolgreich war, bleibt weiterhin eine ambivalente Diskussion. Insgesamt scheinen kollektive Lernprozesse zwischen Nord und Süd aus einer postkolonial-machtkritischen Perspektive eher zu den Schwächen des WSF-Prozesses zu gehören. In der Sozialforumsbewegung hat dennoch eine Generation der globalisierungskritischen Bewegungen weltweit zumindest gelernt, dass es möglich ist, gemeinsame Orte zu schaffen, an denen organisatorisch-politische wie auch soziale und ökonomische Alternativen gedacht und Strategien entwickelt werden können. Hieran könnten auch die Akteur_innen des Konzepts des linken Mosaiks in Deutschland anknüpfen. In diesem Sinne sollte die Krise des WSF genutzt werden, um strukturelle und institutionelle Verkücherungen aufzubrechen, mögli-

cherweise einen Generationenwechsel zu akzeptieren und sich stärker den neuen emanzipatorischen Formen von transnationalen Kämpfen zu öffnen, beziehungsweise ein Ort für diese zu werden: Gemeint sind grenzüberschreitende Arbeitskämpfe, Kämpfe der Migration, um Klimagerechtigkeit und Ernährungssouveränität sowie gegen die wachsende Hegemonie postdemokratischer Institutionen des Regierens. Aber auch das will gelernt sein. Das nächste WSF 2016 in Montreal, das erste in einem Land des Nordens, wird sich daran messen lassen müssen.

Literatur

- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2003): »Ein anderes Weltsozialforum ist möglich«, in: www.links-netz.de, http://www.links-netz.de/K_texte/K_brand_wsf.html (Letzter Zugriff: 4.2.2016).
- De Sousa Santos, Boaventura (2004): »Das Weltsozialforum: Für eine gegenhegemoniale Globalisierung«, in: UTOPIE kreativ, H. 169, S. 1004-1016.
- Foley, Griff (1999): *Learning in Social Action. A contribution to understanding in formal education*, London.
- Freire, Paolo (1973): *Pädagogik der Unterdrückten*, Reinbek bei Hamburg.
- Gugel, Günther/Jäger, Uli (1997): *Gewalt muss nicht sein. Eine Einführung in friedenspädagogisches Denken und Handeln*, Tübingen.
- Hartmeyer, Helmuth (2012): *Von Rosen und Thujen. Globales Lernen in Erfahrung bringen*, Münster.
- Overwien, Bernd (2013): »Informelles Lernen in politischer Aktion und sozialen Bewegungen«, in: AB 3-13, www.uni-kassel.de/fb05/fileadmin/datas/fb05/FG_Politikwissenschaften/FG_DidaktikderpolitischenBildung/AB_3-13_Overwien.pdf (Letzter Zugriff: 4.2.2016).
- Plöger, Andrea (2013): *Eine andere Welt sichtbar machen. Mediale Repräsentation, Strategien und Kommunikation im Weltsozialforumsprozess*, Berlin 2013, http://www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS_thesis_000000096295 (Letzter Zugriff: 4.2.2016).
- Schugurensky, Daniel (2006): »This is Our School of Democracy: Informal Learning in Local Democracy«, in: Bekerman, Zvi et al. (Hrsg.): *Learning in Hidden Places. The Informal Education Reader*, New York.
- Veth, Silke (2010): »Die Europäischen Sozialforen von Florenz bis Istanbul«, <http://www.rosalux.de/staatdemokratie/specials/esf-20100/die-europaeischen-sozialforen-von-florenz-bis-istanbul.html> (Letzter Zugriff: 4.2.2016).
- WSF-Blog RLS Tunis 2013, <http://wsf.blog.rosalux.de/category/wsf2013/> (Letzter Zugriff: 4.2.2016).
- Ziai, Aram (2013): »Das Imperium schlägt zurück«, in: *Welt-Sichten*, <https://www.welt-sichten.org/artikel/18311> (Letzter Zugriff: 4.2.2016).

Ronald Höhner

Politik als Veränderungsprojekt

Über kollaboratives Lernen und die Herausbildung eines linken Mosaiks als Beitrag politischer Weiterbildung

Die Idee eines linken Mosaiks stellt Politische Bildung auf verschiedene Weise vor große Herausforderungen. Politische Bildung ist ein Ort für die Aneignung von Themen und Inhalten – nur von welchen genau? In Bildungsveranstaltungen kann zudem das linke Mosaik analysiert und seine Entwicklung reflektiert werden – jedoch mit welchem Ziel? In der Weiterbildungsabteilung der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) denken wir, dass Politische Bildung darüber hinaus unmittelbar zur Herausbildung des linken Mosaiks beitragen kann – doch wie soll das funktionieren?

Im pädagogischen Setting einer Weiterbildungsveranstaltung, in der es das Potenzial einer kollegialen Lerngruppe gibt, ist es möglich, eigene Haltungen zu hinterfragen und zu verändern, mit Widersprüchen und Dilemmata der Alltagspraxis einen produktiven Umgang zu finden sowie neue Verhaltensweisen fehlerfreundlich auszuprobieren. Genau das macht Weiterbildung zu einem geeigneten Rahmen, um am Funktionieren des linken Mosaiks, dem Kitt, der es zusammenhält, und an den Gestaltungsmöglichkeiten für Einzelne zu arbeiten. Deshalb hat die Weiterbildungsabteilung der RLS eine systematische Fortbildung – den Kurs »Politik als Veränderungsprojekt« (PaV) – entwickelt. Im ersten Teil des Aufsatzes werde ich ein Denkmodell des Mosaiks als kollaborativen Akteur erläutern, welches der Fortbildung zugrunde liegt. Anschließend werde ich detaillierter auf die Durchführung und die Innovationen des neuen Formats eingehen.

Zum Denkmodell »Mosaik als kollaborativer Akteur«

Wer gehört zum linken Mosaik und wo sind seine Grenzen? An welchen Themen, mit welchen Strategien und welchen Taktiken arbeitet es? Wie genau funktioniert die Mosaik-Linke? Um dem Mosaik-Begriff für die politische Bildung schärfere Konturen zu geben, sind all diese Fragen gleichermaßen bedeutsam. Werden darauf keine Antworten gefunden, bleibt die Mosaik-Idee in der Politischen Bildung eine schön klingende Theorie, dann wird sie politisch beliebig oder bleibt aktionistisch

und gesellschaftspolitisch folgenlos. Für unsere Bildungsarbeit verwenden wir ein Denkmodell des Mosaiks als eines kollaborativen Akteurs. Durch das Denkmodell sollen die genannten Fragen vernetzt gedacht werden, jedoch den Fokus auf die letztgenannte Ebene, die des Funktionierens eines Mosaik-Akteurs, legen. Gerade jene Ebene ist in den zahlreichen Publikationen zum Thema Mosaik bislang am wenigstens ausformuliert.

In dem kollaborativ angelegten Denkmodell stecken zwei zentrale Begriffe – die des Akteurs und die der Kollaboration. Mit dem Akteursbegriff verbindet sich ein Gestaltungsanspruch im Mosaik, der sowohl nach innen als auch nach außen gerichtet ist. Gestaltungsansprüche implizieren eine Auseinandersetzung mit Strategie und Taktik, mit Fragen der Strukturierung und Organisation, von Hierarchie und Führung, von legitimen Handlungsmöglichkeiten Einzelner sowie der Etablierung einer Mosaik-Kultur. Der Begriff der Kollaboration weist auf den Charakter der Zusammenarbeit von Akteur_innen im Mosaik hin. Kollaboration wird dabei im Sinne der Sozialpsychologie verstanden und grenzt sich von anderen Formen politischer Zusammenarbeit ab.¹ Im Gegensatz zur Kooperation erfordert Kollaboration gemäß dieser Sichtweise keine gemeinsam festgelegten Ziele, Arbeitsweisen und Kommunikationskulturen. Kollaboration kommt zustande, wenn alle Beteiligten aus der Zusammenarbeit ihren jeweiligen Nutzen ziehen. Dies hat den Vorteil einer hohen Geschwindigkeit in der Zusammenarbeit und den Haken der Unverbindlichkeit für die Zukunft. In Abgrenzung zur Konkurrenz als Form der Zusammenarbeit fragt Kollaboration wiederum nicht danach, wie der Nutzen der Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Akteur_innen aufgeteilt wird. Dies erleichtert das Einlassen auf die Zusammenarbeit, birgt jedoch auch die Gefahr späterer Beziehungsstörungen, etwa durch Übervorteilung.²

¹ In der Sozialpsychologie wird Zusammenarbeit nicht synonym für Kooperation verwendet. Mit dem Begriff der Kooperation ist eine besondere Art von Zusammenarbeit gemeint. Neben dieser kann Zusammenarbeit auch kollaborativ, konkurrierend, ja sogar durch Haltungen von Ignoranz oder Feindseligkeit geprägt sein.

² Zur Illustration möchte ich die drei Formen der Zusammenarbeit am Beispiel einer Bündnisaktion veranschaulichen. Bündnisse, die auf Kooperation basieren, investieren ihre Kommunikation in gemeinsame Positionierungen und Ziele. Es besteht ein Anspruch auf die Herstellung eines Konsenses. Die Ausbildung stabiler Beziehungen ist wichtig. Bündnisse sind voraussetzungsreich und die damit einhergehende soziale und politische Verbindlichkeit kann ausgrenzend wirken und an der Identität beteiligter Akteure rütteln. Bündnisse, die auf Konkurrenz basieren, verwenden ihre Zeit vor allem darauf, interne Stimmengewichte und Machtpositionen

Kollaboration als Haltung und gelebte Praxis

Die beteiligten Akteur_innen bringen ihre eigene Kultur und erprobte Praxis in die Bündnisprojekte einer Zusammenarbeit ein, die dann zur Verhandlung stehen. Deshalb stellen im politischen Alltag übergreifende politische Zusammenhänge zunächst einen Mix verschiedener Praxen von Interaktion dar. In politischen Bündnissen finden sich in der Regel Momente sowohl von Kooperation und Kollaboration genauso wie von Konkurrenz, manchmal auch von Feindseligkeit. Diese entwickeln unterschiedlich starke Einflüsse auf die Bündniskultur. Im Prozessverlauf werden entscheidende Dinge verhandelt und dann auch festgelegt – so etwa die Vertretung des Bündnisses nach außen, Wege des Zugangs zum Bündnis, die Kommunikationskanäle, Positionen, die zu besetzen sind, oder Verfahren des Treffens von Entscheidungen. Meist wird in einem solchen Prozess die Kollaboration als Form der Zusammenarbeit verdrängt.

Für die Idee des Mosaiks bieten jedoch weder die Kooperation noch die Konkurrenz einen hinreichenden Ansatz, um die Kultur der Zusammenarbeit zu beschreiben, die es tragen kann. Das Mosaik sollte mehr als ein Zweckbündnis sein. Es sollte nicht *den* Anlass, *das* Ziel, nicht *den* Ort und *die* Beteiligten als disziplinierende Rahmung geben, da dies den offenen Charakter eines Mosaiks verletzen würde. Ein Mosaik besteht aus denen, die jeweils dabei sind. Es sollte kein klares Zentrum haben, sondern über flüchtige Strukturen und kein festgelegtes Regelwerk verfügen. Ein Mosaik manifestiert sich durch das Tun aller Beteiligten und erscheint zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten anders. Dennoch sollte die Mosaik-Idee eine gewisse Bindungskraft und ein Zugehörigkeitsgefühl entfalten. Die Kollaboration

auszubalancieren und den Nutzen aufzuteilen. Positionierungen lesen sich additiv, es gibt Redelisten und Abstimmungen, Beteiligte wechseln, Beziehungen bleiben unverbindlich. Ein Bündnis auf der Basis von Kollaboration fokussiert schließlich den gemeinsamen nächsten Schritt, fragt danach, wer was einbringen kann und wer welche Aufgaben übernehmen möchte. Man investiert eher ins Tun, als ins Aushandeln. Regeln werden nur aufgestellt, wenn sie erforderlich werden und Debatten geführt, wenn Toleranzgrenzen Einzelner überschritten werden. In einem kollaborativen Bündnis lernt man sich unverbindlich kennen und achten. Zuständigkeiten werden eher informell geregelt oder wechseln situativ auch wieder. Entsprechende Bündnisse investieren nicht unbedingt darin, sich einen Namen zu suchen oder eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Man spricht in der Regel von einem Netzwerk, Zusammenhang oder einfach von »Leuten, die was zu einem Thema machen«.

stellt ein geeignetes und überzeugendes Konzept für Zusammenarbeit dar, um ein Mosaik zu denken, das diese Eigenschaften aufweist. Kollaboration als Haltung und gelebte Praxis (Christoph Speer) macht Gemeinsames gegenüber Trennendem stark. Sie will Praxis reflektieren und aus Erfahrungen lernen. Es bevorzugt machbare nächste Schritte gegenüber einer Idee großer Würfe und soll Widersprüche aushalten und zum Gegenstand machen, sobald sie für das Handeln relevant werden. In einer Kollaboration soll sich das notwendige Vertrauen für gemeinsames Handeln weniger auf Grundlage von bereits bestehenden sozialen Beziehungen oder einem gemeinsamen Organisationskontext ausbilden. Die Grundlage für Kollaboration im Mosaik scheint mir vielmehr die geteilte Überzeugung zu sein, eigene Ziele mit anderen Akteur_innen – so verschieden diese auch sein mögen – besser erreichen zu können, als es alleine möglich ist. Auch sollte die Annahme gelten, dass es andere Akteur_innen gibt, die diese Grundhaltung teilen und gefunden werden können.

Wie aus Kollaborationserfahrungen das Mosaik als Akteur entsteht

Politische Erfahrungen, die auf einer Reflexion des eigenen Beitrags zu einer gemeinsamen Praxis – sowie die der anderen – basieren, können eine zunehmend komplexere und tiefere Zusammenarbeit der beteiligten Parteien möglich machen. Aus den wechselseitigen Annahmen über das Verhalten der anderen Akteur_innen entstehen Erwartungen, aus erfüllten Erwartungen wiederum Gewissheiten, Absprachen und Vertrauen. Das politische Vertrauen kann unabhängig davon wachsen, ob einzelne Personen im Bündnis wechseln. Das Vertrauen wird in der Regel einem organisierten politischem Akteur entgegengebracht, nicht einzelnen Personen, die diesen tragen oder repräsentieren.

In diesem Prozess tauchen zwischen den Beteiligten immer neue Fragen und Widersprüche auf, ohne deren Bearbeitung sich die Zusammenarbeit nicht vertiefen kann. Durch eine Bearbeitung entstehen sukzessive eine gemeinsame Vision und eine geteilte Kultur der Zusammenarbeit, die Akteur_innen nähern sich selbstbestimmt einander an. Es bildet sich eine geteilte Grundlage aus, die einen gesellschaftlichen Veränderungsanspruch des Mosaiks tragen kann. Ein solcher kann die Mosaikteile auch wieder verbinden. Die zusammenführende Basis wird nicht strategisch »gemacht«, ihr Potenzial ist in linker politischer Zusam-

menarbeit als solcher bereits in Keimform angelegt und muss sich nur entwickeln. Indem einzelne Akteur_innen sich die Frage stellen, was das Verbindende ist, füllt sich die Idee des Mosaiks. Ein »Kitt« wird erzeugt, der aus einer anderen Verbindungsmasse als »Zement« besteht.

Das Mosaik setzt sich niemals endgültig und abschließend ineinander. Je nach Konstellation wird es unterschiedliche Bilder ergeben, jedoch verbindet es stets unterschiedliche Spektren. Als Potenzial ist es auch in der Bundestagsfraktion der LINKEN, auf der attac-Sommersakademie oder auf der Ferienakademie unter den Stipendiat_innen der Rosa-Luxemburg-Stiftung angelegt. Mit den richtigen Fragen ausgestattet, können hier Mosaik-Orte entstehen und sich ausdehnen.

Selbstverständlich können sich Personen und kollektive Akteur_innen auch entscheiden, nicht mit anderen in einem Bündnis zu kollaborieren. Zudem können Personen und kollektive Akteure sich in einer Kollaborationssituation recht unterschiedlich verhalten und durch ihr Verhalten Zusammenarbeit fördern oder auch verhindern. Unterschiedliches Verhalten in Interaktionen führt zu diversen Erfahrungen, die auch wieder zu verschiedenen Gewissheiten führen. Mosaikförmige Zusammenarbeit kann gelegentlich auch für die beteiligten dysfunktional sein und Zusammenarbeit (noch) nicht funktionieren. Kollaborationswidriges Verhalten kann aber auch durch andere Akteur_innen als Möglichkeit kompensiert werden. Interaktionen hängen von den Beteiligten ab und sind deshalb stets ergebnisoffen.

Es geht keineswegs darum, ein Mosaik per Dekret in die Welt zu bringen. Es sollte darum gehen, Möglichkeiten für das Entstehen eines Mosaiks an unterschiedlichen Orten und Zeiten zu nutzen. Mosaik entsteht einfach – als Ereignis und Praxis linker Zusammenarbeit. Sie werden nicht von einem strategischen Zentrum geplant.

Dieses Verständnis eines linken Mosaiks grenzt sich damit zum einen von der Idee einer spontanen Masse, die anlassbezogen aktiviert werden kann, ab, wie sich es Rosa Luxemburg vorgestellt hat. Es grenzt sich zum anderen aber auch von der Idee eines supralinken Dachverbandes oder eines Metabündnisses ab, das von oben organisiert, strukturiert und zusammengehalten wird. Es denkt linke Projekte anders, das heißt organischer, freizügiger und dynamischer in der Entwicklung.

Weiterbildung als ein Mittel zur Etablierung des Fehlenden

Mit der Fortbildung »Politik als Veränderungsprojekt« bietet die RLS seit 2014 einen Bildungsraum an, in dem das Mosaik als Haltung und gelebte Praxis entstehen kann. Die Initiative dazu entstand aus dem kollegialen Erfahrungsaustausch verschiedener linker Weiterbildner_innen aus dem Umfeld der RLS über ihre verschiedenen Bemühungen, in linken Fortbildungen eine Bündnisperspektive einzuweben. Der entscheidende Grund für bisherige Schwierigkeiten entsprechender Bildungsangebote wurde von den anwesenden Bildner_innen in der ungenügenden Begegnung unterschiedlicher Bündnisakteur_innen gesehen. Die Formate, mit denen bis jetzt gearbeitet wurde, boten keinen wirklichen Echtzeit-Dialog zwischen ihnen an. Linke Fortbildungen sind bislang trotz angestrebter Öffnungen immer noch sehr auf bestimmte Spektren des linken Feldes fokussiert und Kurse damit in ihren Zielgruppen zu homogen gedacht. Genau hier setzt der neue Kurs »Politik als Veränderungsprojekt« an und entwickelt ein Angebot, das diesen Mangel überwinden soll. Die Kernidee besteht darin, die spektrenübergreifende Zusammenarbeit *selbst* zum Gegenstand der Fortbildung zu machen und dies durch die Zusammensetzung der Teilnehmenden, des Teamendenkreises, der Theorien und Lernorte auch deutlich kenntlich zu machen. In das Weiterbildungsprojekt fließen zum einen die gemachten Erfahrungen und bewährten Ansätze anderer Formate ein,³ zum anderen werden auch neue Wege gegangen.

Diese Idee einer expliziten Mosaik-Fortbildung stößt in vielen Einzelgesprächen mit politischen Partner_innen sowie Kolleg_innen auf Interesse und zeigt, dass Bedarf herrscht. Gleichzeitig gibt es Zweifel und Bedenken. Wer ist denn das Mosaik, das dort Zusammenarbeit lernen soll? Wie lernt ein Mosaik überhaupt? Welcher messbare politische Praxisnutzen kann durch eine Fortbildung für die einzelnen Akteur_innen entstehen, da immer nur Einzelpersonen an einer Fortbildung teilnehmen können und nicht sämtliche kollektiven Akteure eines lose zusammenhängenden Ganzen? Auf einem Planungsworkshop in der RLS im August 2013 sind diese Fragen erörtert worden. Es hat sich aus einem breit eingeladenen Kreis von Mosaik-Aktiven eine Initiativgruppe zu-

³ Gemeint sind etablierte linke Formate wie zum Beispiel die »attacademie«, der Kurs »Zukunftspiloten« der Bewegungsstiftung, die Weiterbildung »Politik-Kommunikation-Management« der RLS oder auch das »U35-Programm« von verdi.

sammengefunden, welche das Experiment einging und einen Pilotkurs konzipierte. In diesem wirken Bildner_innen aus der Partei die LINKE, der Gewerkschaft ver.di, der RLS, dem Peter-Weiss-Haus in Rostock, der Bildungskoordination von attac, der Bewegungsstiftung sowie verschiedene freie Bildner_innen aus dem antikapitalistischen und christlichen Friedensspektrum mit. Auf der Grundlage bisheriger Erfahrungen sowie von vielen Ideen, Hinweisen und Kritiken, die aus dem Workshop heraus entstanden sind, hat die Initiativgruppe den Sprung gewagt. Sie entwickelte im Verlauf von zwei Klausuren ein tragfähiges und neuartiges Konzept, das ausprobiert wurde. Der Anspruch, etwas Neuartiges zu gestalten, trieb die Beteiligten bei ihrer Konzeptionsarbeit an, die von den Beteiligten als ungewöhnlich und durchaus auseinandersetzungsfähig wahrgenommen wurde. In einem Prozess, in dem auch politische, didaktische und inhaltliche Spannungen verhandelt werden mussten, entstand etwas Neues. Es bildeten sich innovative Ansätze heraus, die mehr als Kompromisse bedeuten: sie sind gleichsam der elastische »Kitt« für ein Mosaik-(Bildungs)Projekt.

Im Oktober 2014 konnte der Pilotkurs an den Start gehen. Die Teilnehmenden wurden quotiert ausgewählt, so etwa nach einem repräsentativen Schlüssel für die diversen gesellschaftspolitischen Spektren, denen sie angehörten – zum Beispiel einer Partei, NGO, Gewerkschaft, Sozialen Bewegung, radikalen Linke oder lokalen Initiativen. Der Teamendenkreis, der die sechs Wochenendmodule des Kurses bildungsseitig begleitet hat, wurde ebenso auf der Grundlage des Gedankens einer Repräsentation unterschiedlicher linker Spektren ausgesucht, wie die Lerninhalte, Lernformen und auch die Lernorte danach gestaltet wurden.

Das Konzept des Kurses »Politik als Veränderung«

Die Weiterbildung richtet sich an eine besondere Zielgruppe. Sie ist ausgerichtet für linke Akteur_innen aus verschiedenen Kontexten, die ihre jeweiligen Wirkungsorte zu wirklichen Mosaik-Orten weiterentwickeln wollen und dabei von einer kollaborativen Zusammenarbeitsperspektive getragen werden. Dafür sollen sie sich auf einen längerfristigen Lernprozess miteinander einlassen und an den Fragen arbeiten, was ihre jeweiligen politischen Wirkungsorte (potenziell) miteinander zu tun haben, was sie verbindet, was man voneinander lernen und wie man sich künftig stärker aufeinander beziehen kann. Die pädagogische Rahmung, die seitens der RLS bereitgestellt wird, ermöglicht die Reflexion des initi-

ierten Dialogprozesses, um sie nachhaltig in die gesellschaftspolitischen kollektiven Kontexte der einzelnen Teilnehmenden zu reproduzieren und multiplizierbar zu machen.

Die Fortbildung erschließt damit Neuland. Manches kann aus zuvor gemachten Erfahrungen adaptiert werden, vieles muss neu entstehen. Es gibt sicherlich auch andere Fortbildungen, in denen Linke spektrienübergreifend gemeinsam lernen. In diesem Weiterbildungsmodul werden allerdings bestimmte Themen vereint, an denen gearbeitet wird, wie zum Beispiel Wachstumskritik, Feminismus oder die Finanzkrise. Die Themen werden auf der Suche nach einer kollektiven und übergreifenden allgemeinen Handlungsfähigkeit zusammengeführt. Daher werden zusätzliche Seminarangebote zu Öffentlichkeitsarbeit, Rhetorik oder Praxis Politischer Bildung angedockt. Dieses Weiterbildungsmodul ist jedoch ein ausdrückliches Mosaik-Bildungsprojekt, indem das Mosaik selbst Gegenstand der Reflexionen ist. Die Teilnehmenden begegnen sich als Akteur_innen mit eigenen Werten, Überzeugungen, Mentalitäten, Erfahrungen und Praxen; sie machen ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede zum Reflexionsgegenstand mit dem Lernziel, größtmögliche Heterogenität auszuhalten und zugleich notwendige Homogenität zu finden im Sinne kollektiver Handlungsfähigkeit. Das ist qualitativ etwas Neues, da unterschiedliche Vorstellungen nicht nur über den Kontext von Wissen oder von politischen Fähigkeiten, die sich angeeignet werden, mittelbar aufeinander stoßen, sondern die Werte und leitenden Visionen – in diesem Sinne die Metaebenen – werden selbst erörtert.

Die konzeptionelle Innovation

In dem Kurs geht es um politische Identitäten und um eine Kultur linker Zusammenarbeit; und zwar nicht analytisch auf einer Ebene von Modellen, sondern durch praktisches Erleben in einem gemeinsamen Lernprojekt. Für diese Erfahrungsebene können Fortbildungen Räume und Modelle der Reflexion anbieten, die es ansonsten nur selten gibt. Damit können sie die Voraussetzung schaffen, das Mosaik innerhalb eines Lernzusammenhangs selbst zu gestalten und diese Erfahrungen in die verschiedenen Kontexte der Teilnehmenden zu transferieren. Es kehrt sich der klassische Zusammenhang von Lernziel und Lernsetting um. In traditionellen Fortbildungen stellt sich die Frage, welches Lernsetting man braucht, um die Ziele der Fortbildungen bestmöglich zu erreichen. In dem Kurs »Politik als Veränderungsprojekt« ist die Frage umgekehrt

gestellt. Welche Inhalte und zu vermittelnden Fähigkeiten braucht ein Kurs, damit es attraktive Teilnahmegründe für die verschiedenen Akteur_innen und Akteursgruppen des linken Mosaiks gibt, um das Lernsetting allgemein zu akzeptieren? Eine derartige Umkehrung hat konzeptionelle Konsequenzen für die Gestaltung und Durchführung der Weiterbildung:

1. Die Zusammensetzung der Gruppe muss für die Teilnehmenden ausreichend überraschend sein, damit die Neugier auf Unbekanntes (Spontaneität) größer ist als das Bedürfnis nach Erwartbarem (Kontrolle). Die Heterogenität in linken Weltanschauungen, Kommunikations- und Entscheidungskulturen, Aktionsformen und Praxiserfahrungen muss durch die Teamenden pädagogisch überbrückt werden, damit ein Kurs gut funktioniert. Um dies zu gewährleisten, wird mit einem quotierten und fragebogenbasierten Auswahlverfahren gearbeitet.
2. Das Lernsetting soll einerseits das Öffnen neuer Horizonte für die Teilnehmenden unterstützen. Auf der anderen Seite soll es aber auch an gewohnte Lernkulturen anknüpfen. Dem Widerspruch wird dadurch Rechnung getragen, dass alle Module des Kurses an anderen Lernorten stattfinden: vom Tagungshotel der Partei die LINKE, über die Kommune Niederkaufungen und die Bildungsstätte der IG BAU bis zum Peter-Weiss-Haus in Rostock.
3. Das Mosaik-Verständnis, so wie es dieser Fortbildung zugrunde liegt, kommt ohne einen gemeinsamen Kanon an Wissen aus. Gleichzeitig soll es Mosaik gestaltender Akteur_innen nach innen und außen sein. Dafür braucht es handlungsleitende Modelle und Fähigkeiten. Im Kurs wird dem durch ein heterogenes Team Rechnung getragen. Die Heterogenität ermöglicht es in der Regel, verschiedene Denkschulen, Handlungslogiken und erprobte Praxen als Reichtum der Orientierung von Denken und Handeln vorzustellen, der von jeder einzelnen Person aus der Gruppe angeeignet werden kann, um die Bandbreite von individuellen und kollektiven Handlungsmöglichkeiten zu erweitern.
4. Das Mosaik, gedacht als kollaborativer Akteur, darf demgemäß keine abgeschlossene Gruppe von Gleichgesinnten sein. Es wäre ansonsten kein Mosaik. Es kann auch nicht darum gehen, Widersprüche und Spannungen zwischen unterschiedlichen Akteur_innen zusammenzuführen oder Konflikte zu glätten, gleichsam das Mosaik als pädagogischen Rahmen zur erzieherischen Homogenisierung einzusetzen. Die Teilnehmenden des konkreten Mosaik-Bildungsprojektes bilden zwar eine Lerngruppe und haben selbstverständlich den Anspruch und das

legitime Bedürfnis auf eine pädagogische Rahmensetzung, aber das linke Mosaik in der Weiterbildung ist kein »Brutkasten« in dem unausgewachsene heterogene Extremitäten und Singularitäten unter den Laborbedingungen künstlich geschaffener Lernorte: unter Neonlicht und Fernwärme zusammenwachsen oder zusammengeschweißt werden, weil sie vermeintlich zusammengehören. Das Konzept des Kurses trägt diesem Widerspruch dadurch Rechnung, dass die Lerngruppe als Netzwerk interpretiert und dessen Interaktion entsprechend gerahmt wird. Die Teilnehmenden sollen sich weniger als Individuen, sondern mehr als politische Akteur_innen kennenlernen, die einen bestimmten Teil des Mosaiks repräsentieren. Gruppendynamiken werden mit Netzwerkmodellen reflektiert, und die Gestaltungsverantwortung der Lernkultur verbleibt weitgehend bei der Gruppe selbst.

Für die Umsetzung der oben aufgelisteten vier Kernelemente einer Mosaik-Fortbildung gibt es bisher wenig Erfahrungswissen, das niedergeschrieben wurde und auf das bei der Entwicklung und Umsetzung des Kurses zurückgegriffen werden kann. Deshalb ist Erfindungsgeist gefragt. Zur besseren Einordnung der Ausführungen sei an dieser Stelle der rote Faden des Kurses knapp skizziert. Im ersten Modul geht es um linke Kulturen der Kommunikation, Arbeitsteilung und Entscheidungsfindung. Das zweite Modul widmet sich dem Austausch über Transformationsverständnisse und deren zu Grunde liegende Strategien. Das dritte Modul legt den Fokus auf das Funktionieren und die Veränderungsmuster der eigenen Organisation. Der zweite Teil des Kurses ist dem Praxiswissen gewidmet, unter anderem zu den Themen Projekt, Strategie, Großgruppe oder Konsens. Am Ende gibt die Fortbildung intensiv Gelegenheit zum Transfer.

Wie wir Theorie vermitteln

Im Modul »Organisierung und Veränderung« geht es darum, Modelle zur Veränderung der eigenen Organisation und Organisierung⁴ kennenzulernen und daraus einen Handlungsplan für den eigenen Wirkungskontext

⁴ Unter Organisierung verstehe ich den politischen Kontext, dem sich eine Organisation oder ein_e politische_r Akteur_in selbstgewählt zugehörig fühlt (Parteilinke, globalisierungskritische Bewegung, Gewerkschaft, attac, Antifa usw.). Dafür sind weder Mitgliedschaften noch persönliche Beziehungen notwendig. Das unterscheidet die Organisierung von der Organisationsebene.

abzuleiten. Für dieses Lernziel stehen zahlreiche publizierte Modelle zur Verfügung. Vor allem aus dem Feld der betriebswirtschaftlichen Organisationsentwicklung bedingen diese in der Regel die Nutzung formaler Hierarchien und etablierter Kommunikationskanäle. Damit sind sie als Grundlage für ein linkes Wandlungsverständnis mit einem erheblichen Makel versehen. Veränderungsmodelle aus der Bewegungsforschung haben demgegenüber das Handeln aus der Position der Ohnmacht und gegen die Hierarchie zum Ausgangspunkt. Die meisten Kursteilnehmer_innen sind in Kontexten aktiv, in denen sie zum einen mit festen Hierarchiestrukturen konfrontiert sind und zugleich den Anspruch auf egalitäre Strukturen durch ihr Handeln verwirklichen wollen. Modelle für den Wandel genau solcher linken Organisationen oder politischen Gruppen gibt es jedoch nicht, zumindest nicht in pädagogisch aufgearbeiteter Form.

Das didaktische Herangehen besteht darin, vier Impulse für die Suche nach der geeigneten Wandlungsstrategie für die eigene Organisation zu setzen. Diese werden durch die Teamenden »neutral« als Eckpfeiler vorgestellt. Dies erfordert, dass man sich als Person mit einem Modell identifiziert. Zur Auswahl stehen die *vier Zimmer der Veränderung*⁵, Paul Watzlawicks *change zweiter Ordnung*⁶, der *Movement Action Plan (MAP)*⁷ nach Bill Moyer sowie John Kotters *Pinguin-Kolonie*⁸. Die Präsentationen werden durch eine Aneignungsphase unterstützt. Für die *vier Zimmer der Veränderung* können die Teilnehmenden in einer stillen Diskussion Gefühle und typische Sätze aus ihren Veränderungserfahrungen zusammentragen. Der *change zweiter Ordnung* wird anhand von gesetzten Beispielen sowie aus den Kontexten der Teilnehmenden als Reflexionsmodell eingeübt. Nach der Vorstellung der beiden komplexen Veränderungsmodelle *MAP* und *Pinguin-Kolonie* können sich die Teilnehmenden auf einer Achse zwischen den beiden Pinnwän-

⁵ Dies ist ein gängiges Modell aus dem Change-Management, nach dem ein Veränderungsprozess nacheinander vier emotionale Phasen durchläuft.

⁶ Paul Watzlawick unterscheidet bei Veränderungen die erste Ordnung, für die Ziele wie Optimierung oder Anpassung typisch sind, sowie die zweite Ordnung, bei denen es um Neuausrichtung, Erfindung oder Spontanentwicklung geht.

⁷ Ein Modell aus der Bewegungsforschung, nach dem gesellschaftlicher Wandel in acht Phasen verläuft, in denen unterschiedliche Akteur_innen jeweils mit unterschiedlichem Gewicht zum Wandel beitragen.

⁸ Populäres Change-Modell, welches am Beispiel einer durch Natureinfluss notwendigen Umsiedlung einer Pinguinkolonie erzählt wird. Der Veränderungsprozess ist dabei in acht unterscheidbare Phasen unterteilt.

den nach der Passgenauigkeit der Modelle für ihre Praxis aufstellen. In zufällig zusammengewürfelten, mithin heterogenen Kleingruppen können anschließend Verständnisfragen und Unbehagen hinsichtlich der Modelle thematisiert und Transferfragen erörtert werden. Nach dieser Sequenz mit vier Inputs aus verschiedenen Denktraditionen zum Thema Wandel haben die Teilnehmenden zwei Stunden Zeit, an ihren eigenen Veränderungsvorhaben zu arbeiten und diese in eine Veränderungsplanung zu überführen.

Überwiegend sind plausible Vorstellungen zu erfolgreichen Handlungsstrategien und legitimen Handlungsermächtigungen durch die Teilnehmenden sichtbar geworden. Im allgemeinen Austausch darüber zeigten sich gemeinsame Charakteristika der individuellen Veränderungsvorstellungen. Die Vorhaben sind in Phasen aufgeteilt, werden also prozesshaft gedacht. Sie berücksichtigen eine wirkmächtige emotionale Ebene bei den Betroffenen und inszenieren Meilensteine im Veränderungsprozess. Sie arbeiten mit einer Steuerungsgruppe, die den zu wandelnden Kontext breit repräsentiert. Diese Charakteristika sind eine erste Antwort auf die Frage, was eine mosaikfähige Veränderungsstrategie ausmacht.

Ein ähnliches Herangehen wurde auch in anderen Modulen, etwa für die Themen Kommunikationskultur, Transformation oder politische Strategie gewählt. Auch wenn sich die Präsentations- und Aneignungsmethoden bei diesen Themen erheblich unterscheiden, ist allen Lernphasen gemeinsam, dass theoretischer Input »neutral« als Eckpfeiler für einen Denkraum gesetzt wird, innerhalb dessen die Teilnehmenden ihren Transfer selbst erarbeiten. Dafür brauchen sie Zeit, anregende Fragestellungen und den kollegialen Austausch, jedoch keine richtungsleitende Expert_innen.

Wie wir an der Identität als Mosaik-Akteur_in arbeiten

Die Arbeit an dem Selbstbild als Mosaik-Akteur_innen ist das eigentliche Erfolgskriterium dieser Fortbildung. Gelingt es nicht, Haltungen, Weltbilder und Leitsätze zu hinterfragen und neu zu formulieren, hat diese Fortbildung ihre Vorteile gegenüber bisherigen Ansätzen verfehlt. Deshalb wird im Kursverlauf der Identitätsarbeit immer wieder Raum zugunsten inhaltlicher Arbeit eingeräumt. An dieser Stelle sei der Kursbeginn exemplarisch erläutert. Die erste Begegnung der Teilnehmenden miteinander prägt den gesamten Kursverlauf. Es muss den Teamenden

daher wichtig sein, von Anfang an vorurteilsbesetzten linken Strukturierungsmomenten der Gruppe wenig Raum zu geben. Dazu gehören organisationale Zugehörigkeit (zum Beispiel Partei, Nichtpartei), die Verortung in linken Diskursen (etwa Reform oder Revolution), politische Praxen (zum Beispiel direkte Aktion, Gremien, Wissenschaft) oder auch thematische Felder (wie Antifa, fairer Handel). Es fällt den Gruppen sehr schwer, gerade dies nicht von den anderen in einer Vorstellungsrunde zu erfahren und sich selbst nicht mit diesen Merkmalen als politische Person präsentieren zu können. Dadurch ist es jedoch gelungen, andere Ähnlichkeiten zum Ausgangspunkt für erste Eindrücke und damit Status und Einfluss in der Gruppe zu machen: Wohnort, das letzte gelesene politische Buch, meine letzte politische Aktion etc. Zu der danach folgenden Paararbeit zum vertiefenden Kennenlernen finden sich Personen auf der Basis von Sympathie und Nähe zusammen. Sie produzieren jeweils einen biografischen Kurzfilm-Plot übereinander, welcher dann spielerisch im pädagogisch gesetzten Setting eines »Politischen Kurzfilmfestivals in der Kategorie Mosaik-Akteure« präsentiert wird. Die Ergebnisse sind geprägt von gegenseitiger Wertschätzung, Humor und authentischer Begegnung. Es kommen so die Ähnlichkeitsmerkmale einer Bildungsbiografie, Politisierungsgeschichte, handlungsleitender Werte oder Lebensziele hinzu.

Erst in einem dritten Schritt legen die Teilnehmenden einander ihre aktuellen politischen Wirkungsorte, Netzwerke, Themen und Aktionsformen offen. Als Methode dafür wird eine Landkarte gewählt, die die Teilnehmenden gemeinsam auf dem Boden mit unterschiedlichen Metaplan-Kartenformaten und -farben zusammentragen. Es werden Überschneidungen und Abgrenzungen sichtbar, thematische Bezüge und Widersprüche. Dieses »Meta-Netzwerk« wird anschließend reflektiert und als das im Raum befindliche Mosaik wahrgenommen. Dieses Mosaik erscheint vielfältig, überraschend breit und doch vernetzt, sodass eine positive Stimmung entsteht, die Lust auf Debatte und Zusammenarbeit macht. Diese Grundeinstellung der Teilnehmenden kann den Kurs bis zum Schluss prägen. Derartige Fragen, zum Beispiel »Wie hältst Du es mit der Partei?«, »Revolution oder Reform« oder »Wie hältst Du es mit der Gewalt?« werden bei dieser Vorgehensweise keine identitätspolitischen und separierenden Teilstrukturierungen der Gruppe mehr bewirken. Es finden sich dagegen eher spektrumübergreifende Arbeitsgruppen zusammen, die auch zwischen den Modulen selbstorganisiert zusammenkommen, sodass eine Dialogkultur entsteht, in der ein Austausch über Widersprüche, getragen von Neugier und Wertschätzung, möglich ist.

Ein anderes wichtiges Moment der Identitätsarbeit ist das Einladen von linken »Persönlichkeiten« als Gesprächspartner_innen. Die Teilnehmenden können im Kurs Personen wie zum Beispiel Tom Strohschneider als Chefredakteur des Neuen Deutschlands, Stephanie Handtmann als Geschäftsführerin von attac oder Uli Wohland als gewerkschaftlichen und Community-Organizer mit ihren eigenen Fragen auf selbstbestimmte Weise interviewen.

Im letzten Modul haben die Teilnehmenden Raum und Zeit, identitäre Fragen zu bearbeiten. Was hat sich bei jede_m selbst hinsichtlich der eigenen politischen Identität verändert? Was haben sie voneinander gelernt und welche gemeinsamen Schritte für die Zukunft wollen sie verabreden? Und was macht diese Fortbildung aus ihrer Innensicht heraus zu einem Mosaik-Lernort?

Wie wir Transfer unterstützen

Der Kurs kann nur so erfolgreich sein, wie es den Teilnehmenden gelingt, ihren eigenen Kontext im Sinne einer Mosaik-Perspektive zu verändern. Im Idealfall treten die Teilnehmenden nach dem Kurs als Multiplikator_innen in Erscheinung, sodass dem Transfer in jedem Seminar große Bedeutung zukommt. Daneben arbeiten die Teilnehmenden in kursbegleitenden Arbeitsgruppen als einem unabhängigen Ort für Debatte, gegenseitige Unterstützung und Vernetzung.

Im Kurs sind die Teilnehmenden aufgefordert, die Fortbildung für ein eigenes Praxisprojekt zu nutzen. Dieses hat keinen Inhalts- oder Aktionsfokus, sondern die Veränderung von Kulturen, Strukturen und Kommunikation im eigenen Wirkungskontext zum Ziel.

Potenziale und Widrigkeiten eines solchen Projekts

Mit der Fortbildung »Politik als Veränderungsprojekt« verbinden die Initiator_innen die Hoffnung, dass nach mehrmaligem Durchlauf ein Netzwerk von Mosaik-Akteur_innen entsteht, welches auf der Grundlage gemeinsamer Haltungen, Ideen, Kommunikationskulturen und wachsender Beziehungsgeflechte in der Lage sein wird, die linke politische Interaktion in Richtung kollaborativer Zusammenarbeit zu verändern. Die kollaborative Zusammenarbeit sucht nicht Gefolgschaft für eigene Ziele, sondern belässt die Ziele verhandelbar und auf Augenhöhe. Damit dies

gelingt, muss die Fortbildung nicht nur als Bildungsort, sondern vielmehr als politischer Ort wahrnehmbar sein. Das heißt, dass kollektive Akteur_innen des Mosaiks den Kurs als Mosaik-Weiterbildung anerkennen und die einzelnen Personen aus politischen Motivationen daran teilnehmen. Deshalb arbeiten wir daran, relevante Mosaik-Akteur_innen im Teamendenkreis, bei den Inhalten, der Finanzierung und organisatorischen Abwicklung wirksam und sichtbar einzubeziehen und sie in eine Kollaboration zu verwickeln. Die RLS hat dabei die Rolle der Initiierung; sie kann jedoch nicht dauerhaft Träger *für* das Mosaik sein. Sie muss und will sich als eine von vielen Mosaik-Akteurinnen einfügen und dabei vor allem jenes in die Kollaboration einbringen, was sie hat und kann – Geld, Know-How und Infrastruktur. Bei diesen drei Dingen gilt es aber auch selbstkritisch zu reflektieren, dass es sich um Machtressourcen handelt, die immer wieder auch dazu verleiten können, das »Heft« in die Hand zu nehmen und nicht wieder aus der Hand zu geben, sodass eine höchst unegalitäre Binnenstruktur im linken Mosaik entstehen würde.

Die Akteur_innen-Fortbildung setzt sich mit anderen als den gewöhnlichen Fragen einer vergleichbaren Fortbildung an das Mosaik in Beziehung. Das Mosaik braucht etwa neben einer Fortbildung auch politische Debatten- und Feierorte, identitätsstiftende Aktionen sowie nicht zuletzt Orte und Gelegenheiten, an denen Visionen und Strategien wachsen können. All dies findet in Ansätzen bereits statt, jedoch ist es wenig verknüpft und aufeinander bezogen. Zum Verweben dessen, was bereits da ist, steuert diese Weiterbildung einen Faden bei. Indem Bezüge gesucht und gefunden werden, entwickeln sich Fortbildungen, Publikationen, Vernetzungsorte oder Aktionsformate iterativ (wiederholend) aufeinander zu. Das Mosaik vergegenständlicht sich auf dynamische Weise.

Was unter »Laborbedingungen« ganz einfach und idealtypisch klingt, erweist sich im politischen Handgemenge selbstverständlich bedeutend schwerer. Es gibt aber verschiedene Ideen des Zusammenkommens im linken Mosaik oder einer superlinken Vernetzung. Mit dieser Fortbildung ist eine davon ins Gespräch gebracht und didaktisch umgesetzt. Viele Fragen müssen noch debattiert und nicht wenige Widersprüche müssen noch gelöst werden. Wie verorten sich die Partei *DIE LINKE*, die *Interventionistische Linke* oder Gewerkschaften im Mosaik? Verstehen sie sich als ein »Akteur unter Gleichen« oder als »führende Akteure unter vielen anderen«? Sind einzelne Bewegungen bereits ein Mosaik? Verwässert die Offenheit des Mosaiks nicht letztlich den wahrnehmbaren linken Standpunkt? Gibt es auch gute Gründe, an autonomen Politiken

festzuhalten? Sind in Kollaborationen bereits erreichte linke »Verhaltens-Standards«, insbesondere hinsichtlich *race*, *class* und *gender* wieder verhandelbar? Wie kann das Mosaik internationalistisch gedacht werden?

Darauf gibt es gegenwärtig keine oder zu viele Antworten. Zudem sind es nur einige wenige der Fragen, die einer Klärung bedürfen. Wir fangen mit jenen an, die uns den nächsten gemeinsamen Schritt verunmöglichen, wenn sie unbeantwortet bleiben. Mit jeder Klärung gewinnt das Mosaik mehr an Gestalt und damit die Idee an Überzeugungskraft. Diese Kraft wird es brauchen, um fundamentale Widersprüche, die seit mehr als 100 Jahren die Linke fraktionieren, und komplexe Herausforderungen der Gegenwart anzugehen.

Die Fortbildung »Politik als Veränderungsprojekt« wird sicher nicht den archimedischen Punkt aufspüren, von dem aus die Welt aus den Angeln gehoben werden kann. Allerdings bietet sie einen Raum für Mosaik-Akteur_innen sich genau darauf vorzubereiten.

Autorinnen und Autoren

Martina Blank, Dr., Politologin, sie arbeitet als Lehrbeauftragte am Institut für Humangeographie der Goethe-Universität Frankfurt am Main und am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin; Arbeitsschwerpunkte: Nord-Süd-Verhältnisse, soziale Bewegungen und Stadtraum.

Marcus Hawel, Dr., ist Soziologe und Sozialpsychologe; er arbeitet als Referent für Bildungspolitik bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin und leitet den RLS-Gesprächskreis Bildungspolitik; Arbeitsschwerpunkte: Kritische (Bildungs-)Theorie, Vergangenheitspolitik, Kritik der Geschichtsphilosophie; letzte Veröffentlichungen: Marcus Hawel/Moritz Blanke (Hrsg.): *Kritische Theorie der Krise*, Berlin 2012; Marcus Hawel/Stefan Kalmring (Hrsg.): *Bildung mit links! Gesellschaftskritik und emanzipatorische Lernprozesse im flexibilisierten Kapitalismus*, Hamburg 2014; Marcus Hawel/Stefan Kalmring: *Political learning processes. On the difficult role of critical intellectuals in social movements*, in: »Journal for critical education policy studies« (JCEPS), Volume 13, No 1, 2015.

Ronald Höhner ist Volkswirt, Kommunikations- und Verhaltenstrainer; er arbeitet als Referent für politische Weiterbildung in der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin; Arbeitsschwerpunkte: Politik und Veränderung, Lernprozesse im linken Mosaik; letzte Veröffentlichungen: *Bildungsheft Netzwerken*, Berlin 2014; Ronald Höhner: *Mit linker Weiterbildung die Welt verändern*, in: Marcus Hawel/Stefan Kalmring (Hrsg.): *Bildung mit links! Gesellschaftskritik und emanzipatorische Lernprozesse im flexibilisierten Kapitalismus*.

Peter Hudis, PhD, ist Professor für Philosophie und Geisteswissenschaften am Oakton Community College, USA. Seine Forschungsgebiete sind u.a. Hegelsche Philosophie, Marxsche Theorie und kritische race-Theorie. Veröffentlichungen u.a.: *Marx's Concept of the Alternative to Capitalism* (2012); *Frantz Fanon: Philosopher of the Barricades* (2015); (Hrsg.): *Die Macht der Negativität: Schriften zur Philosophie der Revolution* (2009); (Hrsg.): *The Rosa Luxemburg Reader* (2004). Er ist gegenwärtig der Herausgeber der 14-bändigen Rosa-Luxemburg-Ausgabe in englischer Sprache: *Complete Works of Rosa Luxemburg* (drei Bände sind bereits veröffentlicht).

Stefan Kalmring, Dr., ist Soziologe, Volkswirt und Kommunikationstrainer; er arbeitet als Referent für politische Weiterbildung in der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin und leitet den RLS-Gesprächskreis für politische Bildung; Arbeitsschwerpunkte: Kapitalistische Landnahmen, Bildungspolitik, Dialektik des Antikapitalismus; letzte Veröffentlichungen: Stefan Kalmring: Die Lust zur Kritik. Plädoyer für soziale Emanzipation, Berlin 2012; Maria Backhouse/Olaf Gerlach/Stefan Kalmring/Andreas Nowak (Hrsg.): Die globale Einhegung. Krise, ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus, Münster 2013; Marcus Hawel/Stefan Kalmring (Hrsg.): Bildung mit links! Gesellschaftskritik und emanzipatorische Lernprozesse im flexibilisierten Kapitalismus, Hamburg 2014.

Philippe Kellermann, lebt und arbeitet in Berlin; in seiner Freizeit beschäftigt er sich mit anarchistischer Theorie und Geschichte; er ist Herausgeber von »Ne znam – Zeitschrift für Anarchismusforschung«.

Gregor Kritidis, Dr., ist Sozialwissenschaftler; er arbeitet als Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt; Arbeitsschwerpunkte: Linksozialismus, Wolfgang Abendroth, Soziale Bewegungen, Griechenland; letzte Veröffentlichungen: Gregor Kritidis: Wolfgang Abendroth. Oder: Rote Blüte im kapitalistischen Sumpf, Berlin 2015; Gregor Kritidis: Überläufer. Deutsche Deserteure in den Reihen der griechischen Befreiungsbewegung, in: Chryssoula Kambas/Marilisa Mitsou (Hrsg.): Die Okkupation Griechenlands im Zweiten Weltkrieg. Griechische und deutsche Erinnerungskultur, Köln/Wien 2015; Gregor Kritidis: Austeritätspolitik und autoritäre Formen der Krisenbewältigung. Die Goldene Morgendämmerung im politischen Systems Griechenlands, in: Aristotelis Agridopoulos (Hrsg.): Griechenland im europäischen Kontext. Krisen und Krisendiskurse, Wiesbaden 2016.

Stefanie Kron, Dr., ist Soziologin; sie arbeitet als Referentin für Internationale Politik und soziale Bewegungen bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung; sie ist Mitglied des Netzwerkes »kritische Migrations- und Grenzregimeforschung« (kritnet) und Mitherausgeberin des Journals »Movements«; Arbeitsschwerpunkte: Flucht und Migration, Grenzregime, Organisation und Arbeitskämpfe in transnationalen Räumen, feministische Politiken, kritische Entwicklungsforschung; letzte Veröffentlichungen: Ilker Ataç/Stefanie Kron/Sarah Schilliger/Helge Schwiertz/Maurice Stierl: Kämpfe der Migration als un-/sichtbare Politiken, in: »Movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung«, Nr. 2/2015,

www.movements-journal.org; Stefanie Kron: Tödlicher Transit, in: TerrorZones. Gewalt und Gegenwehr in Lateinamerika, Berlin 2015; Lisa Marie Heimeshoff/Sabine Hess/Stefanie Kron/Helen Schwenken/Miriam Trze (Hrsg.): Grenzregime II, Berlin 2014.

Hanna Meißner, Dr., ist Soziolog_in; sie lehrt und forscht am Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung (ZIFG) der TU Berlin; Arbeitsschwerpunkte: Gesellschaftstheorie, Feministische Theorie, Wissenschaftsforschung, Arbeits- und Organisationssoziologie; letzte Veröffentlichung: Studies in Ableism – Für ein Vorstellungsvermögen jenseits des individuellen autonomen Subjekts, in: Zeitschrift für Inklusion, Nr. 2/2015, www.inklusion-online.net.

Jan Schlemmermeyer ist Politikwissenschaftler und lebt in Berlin sowie in Frankfurt am Main; er ist bei Blockupy und in antifaschistischen Mobilisierungen aktiv und arbeitet derzeit an seiner Promotion zum Thema »Linke Bündnispolitiken im Postfordismus«; Arbeitsschwerpunkte: Kritische Staats- und Kapitalismustheorie, Parteien- und Bewegungsforschung, Theorien gesellschaftlicher Differenzierung; er publiziert unter anderem in der PROKLA und ist Mitautor des Buches: Mirja Keller/Lena Kögler/Moritz Krawinkel/Jan Schlemmermeyer: Antifa. Geschichte und Organisierung, Stuttgart 2011.

Rahel Sophia Süß ist Politikwissenschaftlerin und Lektorin an der Universität Wien; sie studierte Philosophie und ist Promotionsstipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie Initiatorin des Magazins »engagée« für politisch-philosophische Einmischungen. Im Rahmen ihrer Dissertation beschäftigt sie sich mit radikalen Demokratietheorien und kollektiver Handlungsfähigkeit; letzte Veröffentlichung: Kollektive Handlungsfähigkeit. Gramsci – Holzkamp – Laclau/Mouffe, Wien/ Berlin 2015.

Amir Taha ist Komparatist und Anglist; er ist Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung und arbeitet als Wissenschaftliche Hilfskraft für Schreibberatung sowie als Dozent in der Anglistik an der Universität Tübingen; Arbeitsschwerpunkte: Film und Gegenkultur; letzte Veröffentlichung: Amir Taha zusammen im Herausgeber_innenkollektiv und Marcus Hawel (Hrsg.): Work in Progress. Work on Progress, Beiträge kritischer Wissenschaft, Jahrbuch, Hamburg 2014.

Michael Vester, Dr., ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Leibniz Universität Hannover; Forschungsschwerpunkte: Sozialstruktur, Milieu und Mentalität, soziale Bewegungen, sozio-politische Lernprozesse; Autor zahlreicher Publikationen, unter anderem: Die Entstehung des Proletariats als Lernprozess. Die Entstehung antikapitalistischer Theorie und Praxis in England 1792-1848, Frankfurt am Main 1970; Ende oder Wandel der Klassengesellschaft. Peter von Oertzen und die Forschungen zum Wandel der Sozialstruktur und zur Entstehung neuer gesellschaftlich-politischer Milieus, in: Locomer Initiative (Hrsg.): Zur Funktion des linken Intellektuellen – heute. In memoriam Peter von Oertzen, Hannover 2009.

VSA: Nach der Krise des Kapitals



Raul Zelik

Im Multiversum des Kapitals

Wer herrscht wie, wer protestiert, wer nicht und warum nicht?

Eine Flugschrift in Kooperation mit der WOZ – Die Wochenzeitung
96 Seiten | € 9.00

ISBN 978-3-89965-694-7

Dieser Flugschrift liegt die Frage zugrunde, was radikale Theorie zu den politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart an Problembewusstsein und Antworten beisteuern kann. Sie sind auch dem Anliegen verpflichtet, kritische Theorien wieder als radikale Interventionen erkennbar zu machen.



Aaron Tauss (Hrsg.)

Sozial-ökologische Transformationen

Das Ende des Kapitalismus denken
200 Seiten | € 19.80

ISBN 978-3-89965-698-5

Der Kapitalismus befindet sich in einer multiplen Krise. Die politische Klasse ist verunsichert, macht aber in der Regel weiter in althergebrachten Bahnen. Damit entsteht eine Lücke, um eine Welt jenseits des Kapitalismus zu denken und zu schaffen. Alternative Lebensweisen und Protestbewegungen bilden den Ausgangspunkt einer postkapitalistischen Perspektive, hier wird ausprobiert, was später kapitalistische Formen ersetzen soll. Eben darum geht es den AutorInnen: eine bessere, sozialere, ökologischere und geschlechtergerechtere Welt nach dem Kapitalismus denken und planen zu können.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

VSA:

www.vsa-verlag.de

VSA: Gesellschaftskritik



Dieter Klein
Gespaltene Machteliten
Verlorene Transformationsfähigkeit
oder Renaissance eines New Deal?
Eine Veröffentlichung der Rosa-
Luxemburg-Stiftung
240 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-89965-695-4
Gibt es Differenzierungen in den Mach-
teliten und damit Gründe, Teile von ihnen
künftig in Distanz zum vorherrschenden
Neoliberalismus zu bringen?



Marcus Havel / Stefan Kalmring (Hrsg.)
Bildung mit links!
Gesellschaftskritik und emanzipierte Lern-
prozesse im flexibilisierten Kapitalismus
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-
Stiftung
200 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-89965-597-1
Linke Bildung will emanzipatorisch sein
– und damit anders als klassische Bil-
dungsformate. Sie will schulkritisch sein,
also die Bildungsinteressen der Teilneh-
menden ins Zentrum stellen, diese weder
frontal belehren noch sie in festgezurte
Kursmodule einzwängen. Sie will den
Lernenden weitreichende Gestaltungs-
spielräume im Lernprozess zur Verfügung
stellen. Wissensvermittlung alleine reicht
ihr nicht aus, sie will auch Handlungskom-
petenzen ausbilden.

VSA:

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de